Österreichischer Städtebund

Stadtdialog

Schriftenreihe des
Österreichischen Städtebundes
Mai 2025

Österreichische Gemeindefinanzen 2025 – Entwicklungen 2014 bis 2028

ZENTRUM FÜR VERWALTUNGS FORSCHUNG KDZ

Herausgeber:
Österreichischer Städtebund
1082 Wien, Rathaus
Tel.: 01/4000-89980
E-Mail: post@staedtebund.gv.at
Internet: www.staedtebund.gv.at
Leitung: Generalsekretär Mag. Dr. Thomas Weninger, MLS
Redaktion: Mag. Oliver Puchner, Dalilah Pichler, MSc, Marian Haydn, MSc

Produktion:
p2com Consulting Ges.m.b.H.
Wien, im April 2025

© Copyright Österreichischer Städtebund/KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Medien/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung der Autorinnen und Autoren. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Öffentliche Leistungen der Städte sind Lebensgrundlage der Menschen – ihre finanzielle Absicherung ist daher essenziell!

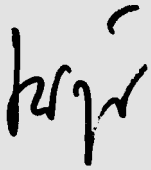
Markus Wache

Die Lage in den Städten spitzt sich zu. Die Steuerreformen der alten Bundesregierung, die Abschaffung der kalten Progression und mehr Mittel für Soziales und Personal führen zu weniger Einnahmen für Städte und Gemeinden. Dazu kommen die allgemeine wirtschaftliche Lage und Mehrbelastungen bei Ko-Finanzierungen von Gesundheit und Sozialem.

Daher liegen unsere Forderungen an die neue Bundesregierung klar auf der Hand: Die öffentlichen Leistungen der Städte bilden die Lebensgrundlage der Menschen. Ich denke an Kindergärten, Pflegewohnheime, öffentliche Verkehrsmittel oder die Energieversorgung. Ohne diese Leistungen kann eine Stadt nicht funktionieren. Als schnelle Maßnahme schlagen wir vor, die 300 Millionen Euro aus dem Gemeindepaket 2024 (§ 28a FAG) auch in den kommenden Jahren zur Verfügung zu stellen – bis eine endgültige Lösung gefunden wurde. Ebenso ist der Hebesatz der Grundsteuer kurzfristig zu erhöhen – bis eine Reform der Grundsteuer gelungen ist. Die Arbeiten dazu im Finanzministerium sind fortzusetzen.

Im vorliegenden Stadtdialog ist Elementarpädagogik das Schwerpunktthema. Der Kindergarten ist die erste Bildungseinrichtung und dementsprechend wichtig sind seine Aufgaben. Für den Österreichischen Städtebund ist das geplante zweite verpflichtende Kindergartenjahr aber nur dann realistisch, wenn den Städten und Gemeinden beim Ausbau der Plätze und beim Personalaufwand finanziell unter die Arme gegriffen wird. Im Rahmen unseres Städtebund-AK-Gleichstellungsindex fordern wir daher die Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts für Elementarbildung auf 1 Prozent statt bisher 0,7 Prozent. So lautet auch das Motto unserer aktuellen Resolution, die am vergangenen Städtetag in Wiener Neustadt – parteiübergreifend und einstimmig – beschlossen wurde: „Mit uns reden, nicht über uns reden!“

In diesem Sinne: Vertiefen Sie sich in die Finanzen der Städte und Gemeinden!
Herzlichst



Mag. Dr. Thomas Weninger, MLS
Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes

Inhalt

Einleitung S. 5

1. Gemeindefinanzen im Überblick S. 7
1.1 Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögenshaushalt S. 7
1.2 Die zentralen Kennzahlen S. 8
1.3 Entwicklungen im Zeitverlauf S. 9
1.4 Finanzkraft vor und nach Transfers (Finanzierungshaushalt) S. 11
1.5 Resümee S. 13

2. Finanzierungshaushalt S. 15
2.1 Einzahlungen der Gemeinden S. 15
2.2 Auszahlungen der Gemeinden S. 17
2.3 Nettobelastung S. 20
2.4 Personal im Detail S. 23
2.5 Resümee S. 24

3. Ergebnishaushalt S. 25
3.1 Erträge der Gemeinden S. 25
3.2 Aufwendungen der Gemeinden S. 27
3.3 Nettoergebnis S. 29
3.4 Abschreibungen und Substanzerhaltung S. 30
3.5 Resümee S. 31

4. Vermögenshaushalt S. 32
4.1 Vermögen der Gemeinden S. 32
4.2 Nettovermögen S. 34
4.3 Liquiditätslage S. 35
4.4 Resümee S. 36

5. Investitionen und deren Finanzierung S. 37
5.1 Kommunale Investitionen im Zeitverlauf S. 37
5.2 Gemeindeinvestitionen gemäß Rechnungsabschlüssen der Gemeinden (ohne Wien) S. 38
5.3 Investitionstätigkeit der Gemeindeebene gemäß ESVG (inkl. Wien) S. 41
5.4 Resümee S. 42

6. Verschuldungssituation S. 43
6.1 Verschuldung der Gemeinden ohne Wien im Überblick S. 43
6.2 Struktur der Fremdmittel der Gemeinden S. 44
6.3 Öffentlicher Schuldenstand und öffentliches Defizit gemäß ESVG S. 45
6.4 Resümee S. 47

7. Länder-Gemeinde-Transfers S. 48
7.1 Transferbeziehungen im Überblick S. 48
7.2 Umlagen an die Länder S. 49
7.3 Verteilungswirkungen des Transfersystems nach Gemeindegröße S. 52
7.4 Resümee S. 52

8. Finanzielle Herausforderungen im Bereich der Elementarpädagogik S. 54
8.1 Ausbau- und Weiterentwicklungsbedarf in der Elementarpädagogik S. 54
8.2 Entwicklung des Zuschussbedarfes S. 55
8.3 Künftige Finanzierungsbedarfe S. 56

9. Gemeindefinanzprognose sowie Handlungserfordernisse und -optionen S. 58
9.1 Gemeindefinanzprognose S. 58
9.2 Handlungserfordernisse und -optionen S. 61

10. Methodischer Anhang S. 65
10.1 Berechnungsmethoden S. 65
10.2 Bundeslandspezifische Besonderheiten S. 66
10.3 Verteilung der Gemeinden nach Bundesland und EW-Klasse S. 67

11. Tabellarischer Anhang S. 69
11.1 Finanzkennzahlen S. 69
11.2 Ergebnishaushalt S. 74
11.3 Finanzierungshaushalt S. 76
11.4 Nettobelastung nach Aufgabenbereichen gemäß Finanzierungshaushalt S. 86
11.5 Vermögenshaushalt S. 88
11.6 Investitionen S. 89
11.7 Verschuldung S. 91
11.8 Transfers zwischen Ländern und Gemeinden S. 94

Österreichische Gemeindefinanzen 2025 – Entwicklungen 2014 bis 2028

Marion Jonas, Dalilah Pichler, Karoline Mitterer, Peter Biwald, Marian Haydn
KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung ©

Einleitung

Seit vielen Jahren arbeitet das Zentrum für Verwaltungsforschung (KDZ) im Auftrag des Österreichischen Städtebundes daran, die Entwicklung der österreichischen Gemeindefinanzen transparent darzustellen. Im Fokus stehen Einblicke in die Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögenssituation und deren Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit und Verschuldung der Gemeinden. Auch die Gemeindefinanzprognose ist fixer Bestandteil unserer Arbeit. Mit der vorliegenden Analyse möchten wir einen offenen und nachvollziehbaren Einblick in die finanzielle Situation der österreichischen Gemeinden gewähren.

Zum Aufbau
Im ersten Kapitel wird ein Überblick des Drei-Komponenten-Haushalts aller österreichischen Gemeinden (ohne Wien) gegeben. In dem Zuge werden einzelne Kennzahlen hervorgehoben. Es wird auch die Finanzkraft in ihrer Entwicklung beleuchtet. Weiters findet sich eine Übersicht über die Entwicklung des Saldos der operativen Gebarung sowie der Investitionen und der Verschuldung.

Die Ein- und Auszahlungen der Gemeinden sowie die Nettobelastung nach Aufgabenbereichen werden im zweiten Kapitel zum Finanzhaushalt näher betrachtet. Bei den Auszahlungen wird eine Übersicht zur Mittelverwendung und deren Veränderung im Zeitverlauf gegeben, bevor ein Blick auf Entwicklungen im Personalbereich erfolgt.

Im dritten Kapitel zum Ergebnishaushalt wird die Struktur der Erträge und Aufwendungen der Gemeinden detailliert vorgestellt. Eine vertiefende Betrachtung fokussiert auf das Nettoergebnis sowie auf die Abschreibungen und die Substanzerhaltung.

Das vierte Kapitel zum Vermögenshaushalt stellt die Vermögenssituation und deren Struktur in Gemeinden ins Zentrum. Es wird genauer auf die Nettovermögensquote (NVQ) sowie die Liquidität eingegangen.

Kapitel 5 und 6 beschäftigen sich mit der Investitionstätigkeit und der Verschuldung der Gemeinden. Bei den Investitionen werden etwa deren Struktur und Entwicklung im Zeitverlauf analysiert, bei der Verschuldung stehen Schuldenstand und Schuldendienst im Fokus. Bei beiden Kapiteln wird zwischen den Werten der Gemeinden gemäß Rechnungsabschluss und einer Betrachtung der öffentlichen Investitionen bzw. der Verschuldung nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) unterschieden (daher unter Berücksichtigung von Gemeindeverbänden und außerbudgetären Einheiten).

In Kapitel 7 steht eine nähere Analyse der Transferbeziehungen zwischen Ländern und Gemeinden im Mittelpunkt. Hier finden sich eine Gesamtübersicht zur Transferbelastung der Gemeinden und eine detaillierte Betrachtung der Ein- und Auszahlungen der Transfers nach Bundesland und Einwohner*innenklassen (EW-Klassen). Die Auswirkung der Transferbelastung auf die Finanzkraft der Gemeinden wird in dem Zusammenhang genauer herausgearbeitet.

Das diesmalige Schwerpunktkapitel 8 widmet sich den zukünftigen Finanzierungsbedarfen im Bereich der Elementarpädagogik, indem die bisherige Entwicklung des Zuschussbedarfes der Gemeinden näher beleuchtet wird. Zusätzlich werden die Ausbau- und Weiterentwicklungsbedarfe in der Elementarpädagogik beschrieben und Schätzungen zum künftigen Finanzierungsbedarf vorgestellt.

Den Abschluss bilden die Gemeindefinanzprognose sowie Handlungserfordernisse und -optionen.

Weitere Anmerkungen
Der umfassende Blick auf die Gemeindefinanzen ermöglicht Analysen nach EW-Klassen und Bundesländern und liefert zahlreiche Hintergrundinformationen und Erklärungen zu den dargestellten Entwicklungen. Im Fokus steht eine Erfassung der Entwicklung des Zeitraums 2014 bis 2023, ergänzt um eine Gemeindefinanzprognose für die nächsten Jahre.

Sofern nicht anders vermerkt, wird Wien aufgrund der Doppelfunktion als Stadt und Land und der dadurch schwierigen Vergleichbarkeit mit den Gemeinden und Städten in Österreich in der Analyse nicht berücksichtigt.

Seit der Umstellung des Rechnungswesens auf Gemeindeebene im Rechnungsjahr 2020 stehen erweiterte Analysemöglichkeiten zur Verfügung. Um einen Zeitreihenvergleich zu ermöglichen, wurden die Gemeindefinanzdaten der Jahre vor 2020 in die Struktur des aktuellen Rechnungswesens überführt. Aufgrund bundeslandweise unterschiedlicher Vorgaben erfolgte zudem eine Bereinigung, um die Vergleichbarkeit zu erhöhen.

Hinweis zu Pro-Kopf-Werten
Mit dieser Ausgabe wurde die Berechnungsmethode umgestellt, was zu Abweichungen bei den Pro-Kopf-Werten im Vergleich zu den Vorjahresausgaben führt. Bisher kam die Mittelwertmethode[1] zur Anwendung. Ab dieser Publikation wird nun die Summenwertmethode genutzt, bei der die Pro-Kopf-Werte auf Basis der Gesamtsummen pro Bundesland bzw. EW-Klasse berechnet werden. Das bedeutet, dass die Summe eines bestimmten Wertes für das gesamte Bundesland oder die jeweilige EW-Klasse ermittelt und anschließend durch die Gesamtbevölkerung der entsprechenden Gebietseinheit dividiert wird. Durch diese Berechnungsmethode ist es möglich, die Gesamtheit der Gemeinden eines Bundeslandes oder einer EW-Klasse im Vergleich darzustellen. Die Pro-Kopf-Werte werden nicht mehr durch „Ausreißergemeinden“ beeinflusst, allerdings fallen bevölkerungsreiche Landeshauptstädte stärker ins Gewicht.

Weiterführende Informationen zu den Methoden können dem Anhang entnommen werden.

1) Berechnung: Mittelwert aus den Pro-Kopf-Werten der einzelnen Gemeinden innerhalb eines Bundeslandes oder einer EW-Klasse.

1. Gemeindefinanzen im Überblick
Halbierung des operativen Überschusses

Die finanzielle Situation der österreichischen Gemeinden hat sich im Jahr 2023 deutlich verändert. Der operative Überschuss hat sich im Vergleich zum Vorjahr halbiert, während die Investitionen – insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung – weiter angestiegen sind. Gleichzeitig stehen die Gemeinden unter Druck, da steigende Ausgaben auf stagnierende oder rückläufige Einnahmen treffen. Dies führt zu einer höheren Nettoneuverschuldung und stellt viele Gemeinden vor große finanzielle Herausforderungen. Der folgende Bericht gibt einen detaillierten Überblick über die aktuelle Entwicklung der Gemeindefinanzen und beleuchtet Unterschiede nach Bundesländern und EW-Klassen sowie die wichtigsten Einflussfaktoren.

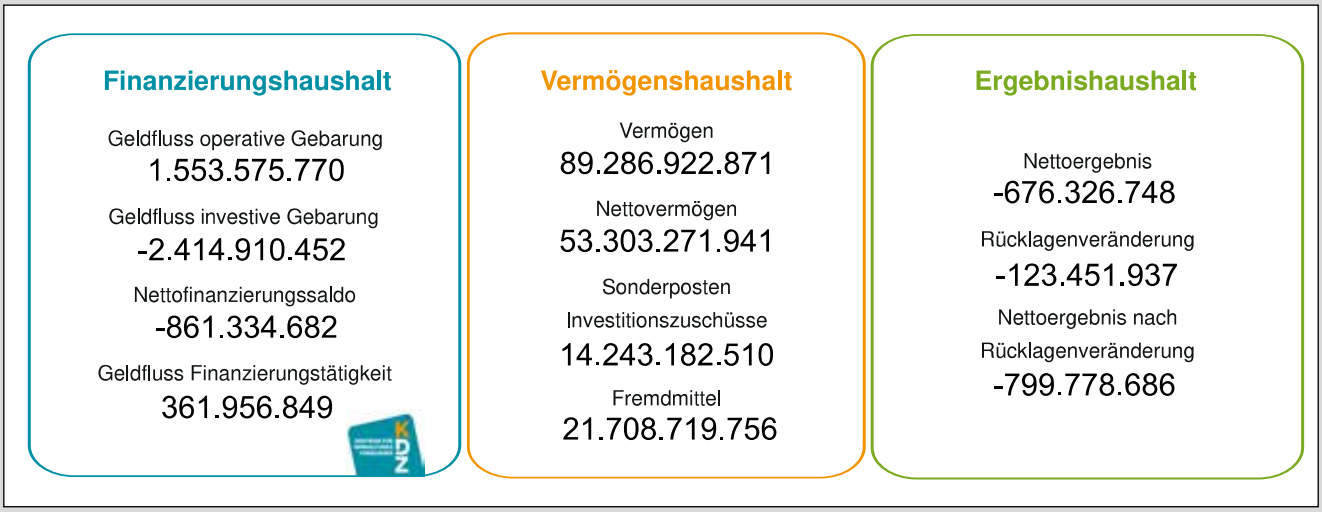
1.1 Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögenshaushalt

Der Drei-Komponenten-Haushalt (Abbildung 1) gewährt einen Gesamtüberblick über die finanzielle Situation aller Gemeinden in Österreich ohne Wien. Seit 2020 ist es durch die Haushaltsreform möglich, auch Informationen zum Vermögen der Gemeinden (Vermögenshaushalt) sowie zur periodengerechten Entwicklung der laufenden Gebarung (Ergebnishaushalt) zu erhalten.

Der **Finanzierungshaushalt** ist jener Haushalt, der am ehesten mit den bis 2019 geltenden kameralen Rechenwerken vergleichbar ist. Hier zeigte sich 2023 ein Überschuss aus der operativen Gebarung in Höhe von etwas weniger als 1,6 Mrd. Euro; das ist eine Halbierung gegenüber dem Vorjahr. Diesem Betrag stehen 2,4 Mrd. Euro an Netto-Investitionen (Saldo investive Gebarung) gegenüber, 300 Mio. Euro mehr als im Vorjahr. Diese Summe steht im Wesentlichen für jene Auszahlungen für Investitionen, die durch Kapitaltransferzahlungen (z. B. Investitionszuschüsse) bzw. durch Vermögensveräußerungen nicht gedeckt sind. Insgesamt war somit der Überschuss aus der operativen Gebarung nicht ausreichend hoch, um die 2023 getätigten Investitionen zu finanzieren. Somit ergab sich ein negativer Nettofinanzierungssaldo in Höhe von 861 Mio. Euro. Diese Differenz muss über Neuverschuldung oder Rücklagenverwendung finanziert werden. Der Saldo der Finanzierungstätigkeit (Differenz aus der Aufnahme (+) und der Tilgung (–) von Finanzschulden) lag bei 362 Mio. Euro, um diesen Betrag wurden mehr Darlehen aufgenommen als getilgt. Dieser Saldo ist gegenüber dem Vorjahr nun dreimal höher.

Mit dem **Ergebnishaushalt** wird darüber Auskunft gegeben, inwieweit die kommunalen Aufwendungen durch Erträge gedeckt werden können. Diese sind unabhängig vom tatsächlichen Zahlungsfluss. Im Gegensatz zum Finanzierungshaushalt wird hier das Sachanlagevermögen in Form von Abschreibungen auf seine Nutzungsdauer aufgeteilt. Auch zukünftige Verpflichtungen werden periodengerecht abgegrenzt. Dazu zählen insbesondere Rückstellungen

Abbildung 1: Drei-Komponenten-Haushalt auf einen Blick (ohne Wien), in Euro, 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.
Anmerkung: Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt wurden für diese Publikation um einzelne Positionen bereinigt. Diese Anpassungen wurden im Vermögenshaushalt nicht nachgezogen. Näheres zur genutzten Methode findet sich im Anhang.

(primär für Personal). Die bedeutendste Kennzahl ist das Nettoergebnis, das 2023 bei –676 Mio. Euro lag[2]. Die Erträge reichten somit nicht aus, um den Wertverzehr der Infrastruktur und den Ressourceneinsatz der Gemeinden zu decken. Mit –123 Mio. Euro wurden mehr Rücklagen gebildet als aufgelöst. Daraus resultierte schlussendlich ein Nettoergebnis nach Rücklagen von rund –800 Mio. Euro im Jahr 2023.

Im **Vermögenshaushalt** wird dem Vermögen der Gemeinden das dafür eingesetzte Kapital gegenübergestellt. Einem Gesamtvermögen von 89,2 Mrd. Euro standen somit ein Nettovermögen von 53,3 Mrd. Euro sowie passivierte Investitionszuschüsse in Höhe von 14,2 Mrd. Euro gegenüber. Die Differenz zum Gesamtvermögen bildeten die Fremdmittel in Höhe von 21,7 Mrd. Euro. Rund drei Viertel des Vermögens wurden folglich über Eigenmittel im weiteren Sinne (Nettovermögen und Investitionszuschüsse) finanziert.

1.2 Die zentralen Kennzahlen

Für eine aussagekräftige Analyse der Gemeindehaushalte eignet sich die Berechnung von Kennzahlen auf Basis des KDZ-Quicktests. Nachfolgend werden ausgewählte davon dargestellt. Der Vergleich zwischen den EW-Klassen und den Bundesländern verdeutlicht oftmals sehr differenzierte Ergebnisse sowie strukturelle und rechtliche Unterschiede.

„Mittelgroße Städte haben gerade noch ein ‚Genügend' bei der Freien Finanzspitze. Alle anderen sind im Durchschnitt bereits Abgangsgemeinden."

Kaum Investitionsspielräume in vier Bundesländern

Die Quote der Freien Finanzspitze (FSQ) wird aus dem Finanzierungshaushalt gebildet und zeigt bestehende Investitionsspielräume (Abbildung 2) bzw. verdeutlicht, in welchem Ausmaß die operativen Einzahlungen[3] die operativen Auszahlungen inkl. Tilgungen übersteigen.

Eine Gemeinde verfügt über einen sehr guten finanziellen Spielraum, wenn die FSQ über 15 Prozent[4] liegt – das würde bedeuten, dass (zumindest) 15 Prozent der operativen Einzahlungen für Investitionen verwendet werden können. Eine Gemeinde mit negativer FSQ gilt als Abgangsgemeinde. Diese Gemeinden können daher ihre laufenden Ausgaben nicht mehr selbstständig decken.

Den „besten" Wert bei der FSQ erreichten die Gemeinden von 10.000 bis 20.000 EW mit 3,4 Prozent, gemäß KDZ-Quicktest-Benotung ein „Genügend". Die drei kleinsten EW-Klassen sowie die Städte über 50.000 EW wiesen eine negative FSQ auf. Dies deutet darauf hin, dass die fortdauernde Gebarung nur auf Basis einer Netto-Neuverschuldung oder Rücklagenverwendung finanzierbar ist.

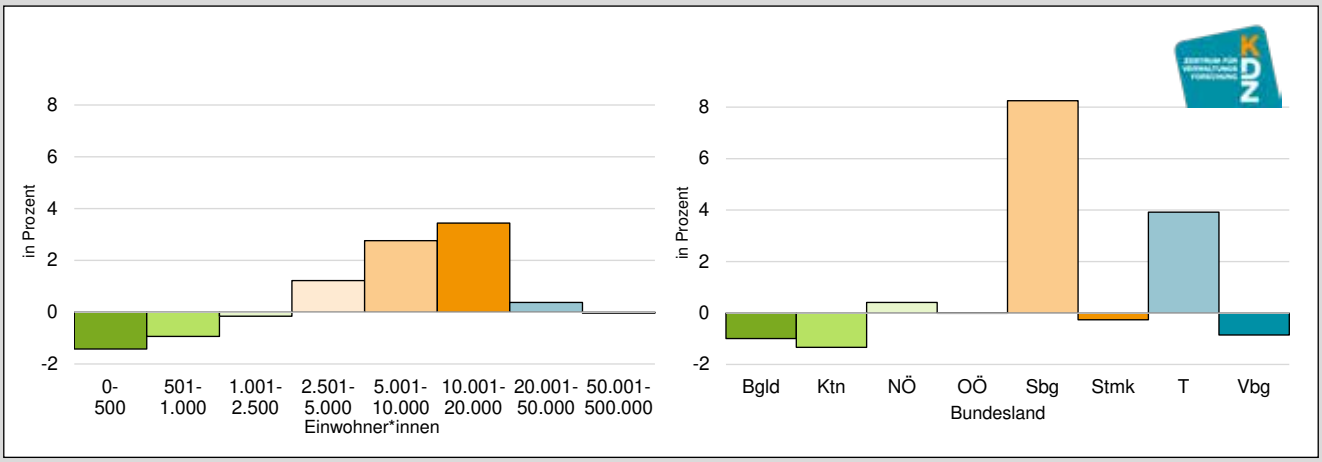
Ein differenziertes Ergebnis zeigt sich, wenn die Werte nach Bundesland betrachtet werden. Während Salzburger Gemeinden in Summe 8,3 Prozent ihrer operativen Einzah-

2) Nettoergebnis bereinigt um die Kontengruppe 871 Bedarfszuweisungsmittel in Höhe von 582 Mio. Euro, die nicht dem laufenden, sondern investiven Bereich zuzuordnen ist.

3) Einzahlungen bereinigt um die Kontengruppe 871 Bedarfszuweisungsmittel.

4) Basierend auf empirischen Studien und der langjährigen Projekterfahrung des KDZ.

Abbildung 2: Quote Freie Finanzspitze (FSQ) nach EW-Klasse und Bundesland in Prozent, 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.

lungen für Investitionen verwenden konnten, konnten dies Gemeinden im Burgenland, in Kärnten, in der Steiermark und in Vorarlberg nur über eine Netto-Neuverschuldung oder Rücklagenverwendung durchführen. Die stark unterschiedlichen Ergebnisse nach Bundesländern deuten grundsätzlich auf verschiedene Strategien bei den laufenden Transferzahlungen sowie auf unterschiedliche Organisationsstrukturen und Aufgabenverteilungen zwischen Ländern und Gemeinden hin.

Eigenfinanzierungskraft gering

Mit der Eigenfinanzierungsquote (EFQ) (Abbildung 3) wird ausgedrückt, inwieweit die operativen und investiven Auszahlungen mit eigenen Mitteln finanziert werden konnten. Ein Wert unter 100 Prozent deutet darauf hin, dass neue Fremdmittel (zumeist Darlehen) aufgenommen oder liquide Mittel (z. B. Rücklagen) verbraucht werden müssen. Im Jahr 2023 hat es keine EW-Klasse geschafft, diese Auszahlungen mit den in diesem Jahr erhaltenen Einzahlungen zu decken. Die beiden EW-Klassen von 10.000 bis 50.000 EW hatten die geringste EFQ mit 95 Prozent. Diese beiden EW-Klassen sind auch besonders stark von einem negativen Transfersaldo betroffen.

Von den Bundesländern haben es nur Salzburg und ganz knapp Kärnten über die 100 Prozent geschafft. Vorarlberger Gemeinden lagen unter 90 Prozent. Grund dafür sind die vergleichsweise hohen Investitionen, die die Vorarlberger Gemeinden im Jahr 2023 getätigt haben.

> *„Keine EW-Klasse konnte 2023 ihre Investitionen aus reiner Eigenfinanzierung stemmen."*

1.3 Entwicklungen im Zeitverlauf

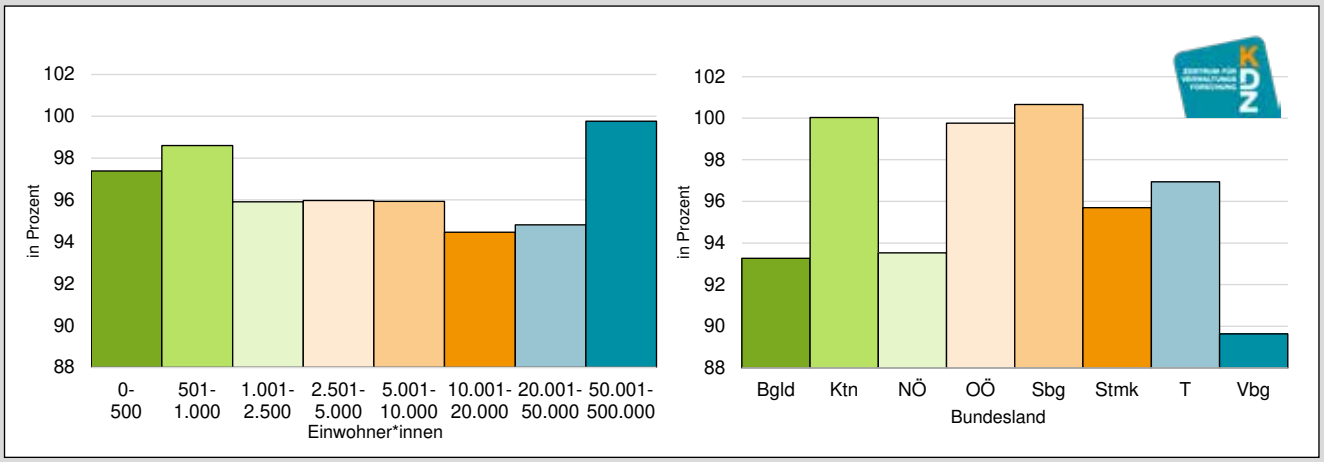
Anstieg bei den Investitionen, noch stabile Verschuldung

In Abbildung 4 ist die Entwicklung zentraler Kennzahlen der Gemeindebudgets (ohne Wien) dargestellt. Die Finanzkraft[5] stieg von 2014 auf 2023 um 39 Prozent. Von 2019 auf 2020 kam es aufgrund der pandemiebedingten Mindereinnahmen bei Ertragsanteilen und eigenen Abgaben zu einem deutlichen Rückgang der Finanzkraft. Mit 2021 konnten die Rückgänge 2020 großteils wieder aufgeholt werden, 2022 kam es zu einer weiteren Verbesserung. 2023 hingegen stagnierte die Finanzkraft. Die schwache Entwicklung der Finanzkraft ist insbesondere begründet in den Steuerreformen der letzten Jahre ohne entsprechende Gegenfinanzierung (z. B. Abschaffung kalte Progression).

Bei den Investitionen der Gemeinden (ohne ausgelagerte Gesellschaften) war in den Jahren 2018 und 2019 ein markanter Anstieg der kommunalen Investitionen festzustellen. Hier fielen die gute wirtschaftliche Entwicklung und das kommunale Investitionsprogramm 2017 zusammen. Mit 2020 konnte ein pandemiebedingter starker Einbruch bei der kommunalen Investitionstätigkeit vermieden werden, was auch mit dem kommunalen Investitionsprogramm 2020 des Bundes im Zusammenhang steht. Ab 2021 waren Nachholeffekte und weiterhin hohe Investitionsbedarfe in den Bereichen Kinderbetreuung, Ganztagsschulen und Klimaschutz zu beobachten. Das Kommunale Investitionsprogramm 2023 konnte auch hier unterstützen, sodass 2023 ein vorläufiger Höchststand an Investitionen erreicht ist.

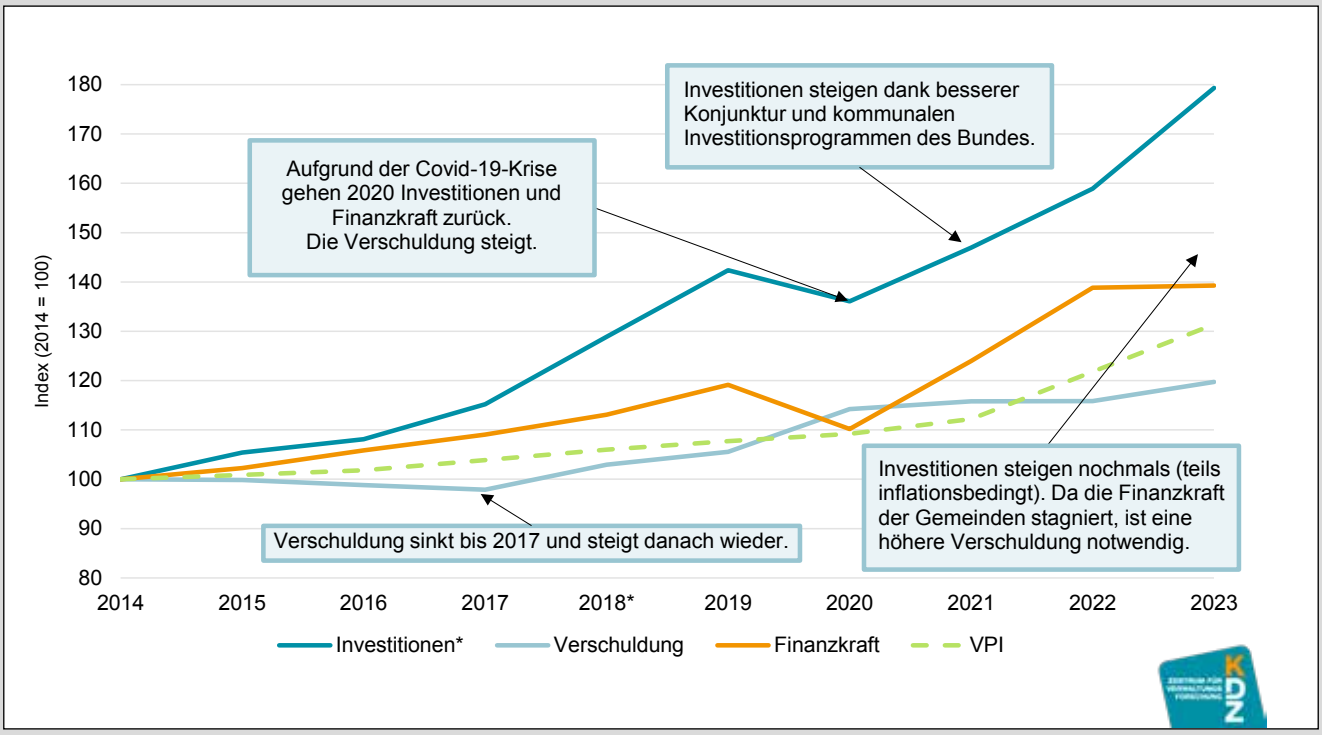
5) Ertragsanteile + eigene Abgaben.

Abbildung 3: Eigenfinanzierungsquote (EFQ) nach EW-Klasse und Bundesland in Prozent, 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.

Abbildung 4: Indexentwicklung Investitionen, Verschuldung und Finanzkraft, 2014 bis 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.
Anmerkung: *) Bereinigt um ein Rekommunalisierungsprojekt einer großen Stadt, das als Reorganisationsmaßnahme zu werten ist.

Die Verschuldung der Gemeinden (ohne ausgelagerte Gesellschaften) sank von 2014 bis zum Jahr 2017 kontinuierlich. Seit 2018 ist die Verschuldung in Absolutwerten wieder angestiegen, in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) jedoch 2018 und 2019 konstant geblieben. 2020 kam es im Zuge der Pandemie zu einem deutlichen Anstieg der Verschuldung der Gemeinden, seitdem konnte die Verschuldung in Relation zum BIP jedoch stabil gehalten und sogar teilweise wieder zurückgeführt werden. Mit 2023 wiesen die Gemeinden jedoch wieder ein Defizit im Verhältnis zum BIP von –0,2 Prozent aus und haben den Schuldenstand daher wieder ausgebaut.

Eine Übersicht über die Absolutwerte der dargestellten Finanzgrößen kann dem Anhang entnommen werden.

Erholung beim Saldo der operativen Gebarung

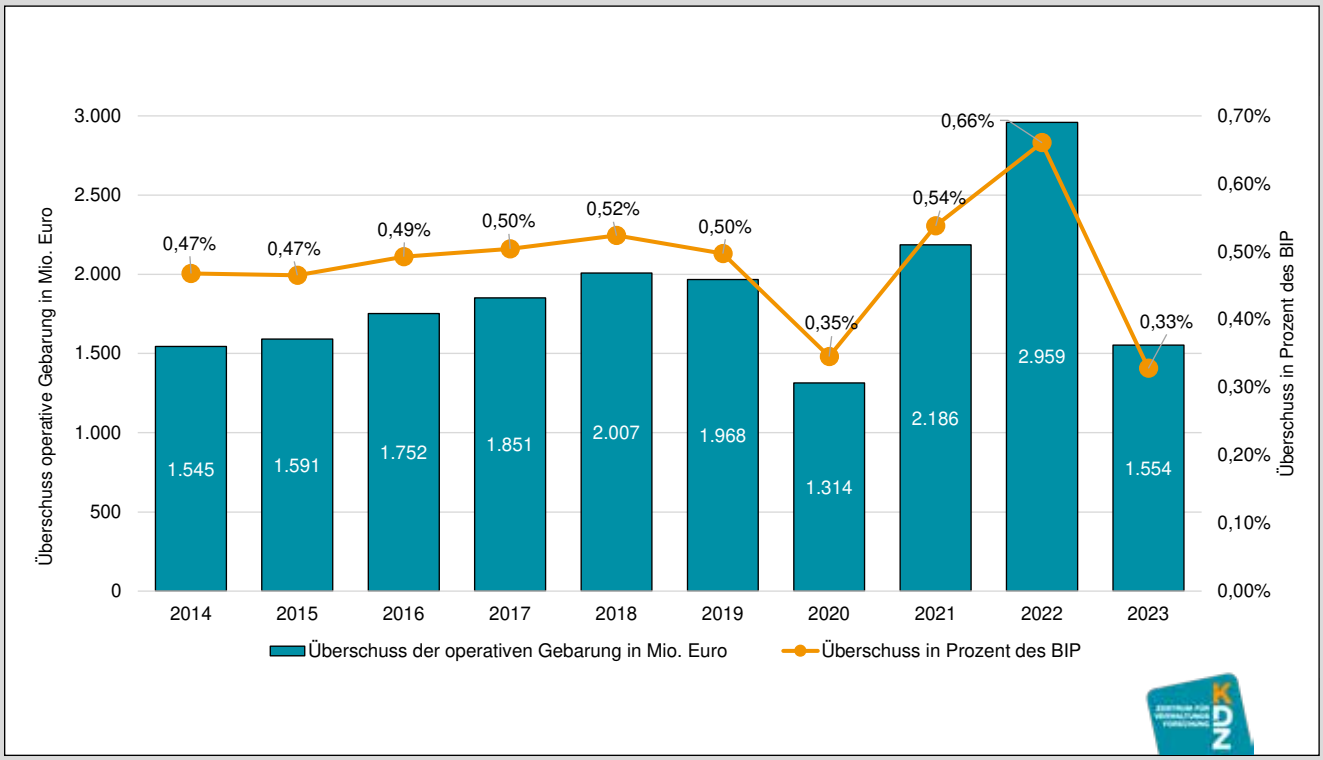
Inwieweit den Gemeinden ausreichend Mittel für Investitionen bereitstehen, ist am Saldo der operativen Gebarung ablesbar (Abbildung 5). Dieser gibt an, in welchem Umfang operative Auszahlungen (Personal, Betriebskosten, Transferzahlungen etc.) durch operative Einzahlungen (Steuern, Gebühren etc.) gedeckt sind. Im Saldo 1 sollte ein Überschuss erwirtschaftet werden, der zur (teilweisen) Finanzierung von Investitionen und/oder zur Tilgung von Schulden bzw. zur Bildung von Rücklagen verwendet wird.

> *„2023 stiegen die Investitionen, obwohl die Finanzkraft nicht zunahm."*

Der Saldo 1 in Prozent des BIP war in den Jahren 2014 bis 2019 weitgehend konstant bis leicht steigend und bewegte sich zwischen 0,47 und 0,52 Prozent des BIP. Im Jahr 2020 kam es durch die Pandemie zu einem deutlichen Rückgang des Saldos 1; mit 0,35 Prozent des BIP ist dies ein besonders niedriger Wert. 2021 und 2022 erholte sich der Saldo 1 wieder und erreichte im Jahr 2022 mit 0,66 Prozent des BIP seinen bisherigen Höchstwert. Dies war in erster Linie auf die gute Entwicklung der Ertragsanteile zurückzuführen. Gleichzeitig sind die Ausgaben noch unterhalb der Inflation gestiegen, da etwa Personalausgaben im Rahmen der Gehaltsverhandlungen zeitverzögert reagieren.

Deutlich anders sieht das Bild 2023 aus, wo der Anteil des Saldos 1 erneut auf 0,33 Prozent zurückging und daher auf das Krisenniveau von 2020 zurückfiel. Dies ergibt sich durch den Rückgang der Ertragsanteile um 2 Prozent einerseits und die gestiegene Inflation von 7,8 Prozent andererseits.

Abbildung 5: Saldo der operativen Gebarung (Saldo 1) und Anteil am BIP, 2014 bis 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

1.4 Finanzkraft vor und nach Transfers

Verschiebungen von großen zu kleinen Gemeinden

Eine relevante Kenngröße für die finanzielle Leistungsfähigkeit einer Gemeinde ist die Finanzkraft pro Kopf. Diese zeigt an, in welchem Ausmaß eine Gemeinde auf eigene Steuern (v. a. Kommunalsteuer, Grundsteuer) und Ertragsanteile zurückgreifen kann. Je höher die Finanzkraft pro Kopf ist, desto besser ist eine Gemeinde mit Finanzmitteln ausgestattet und kann damit den operativen Betrieb finanzieren, aber auch Investitionen tätigen. Die komplexen Transferbeziehungen zwischen Gemeinden und Ländern (v. a. Umlagen an die Länder, Einzahlungen aus Transfers von den Ländern) führen jedoch zu deutlichen Verschiebungen bei der finanziellen Ausstattung der Gemeinden.

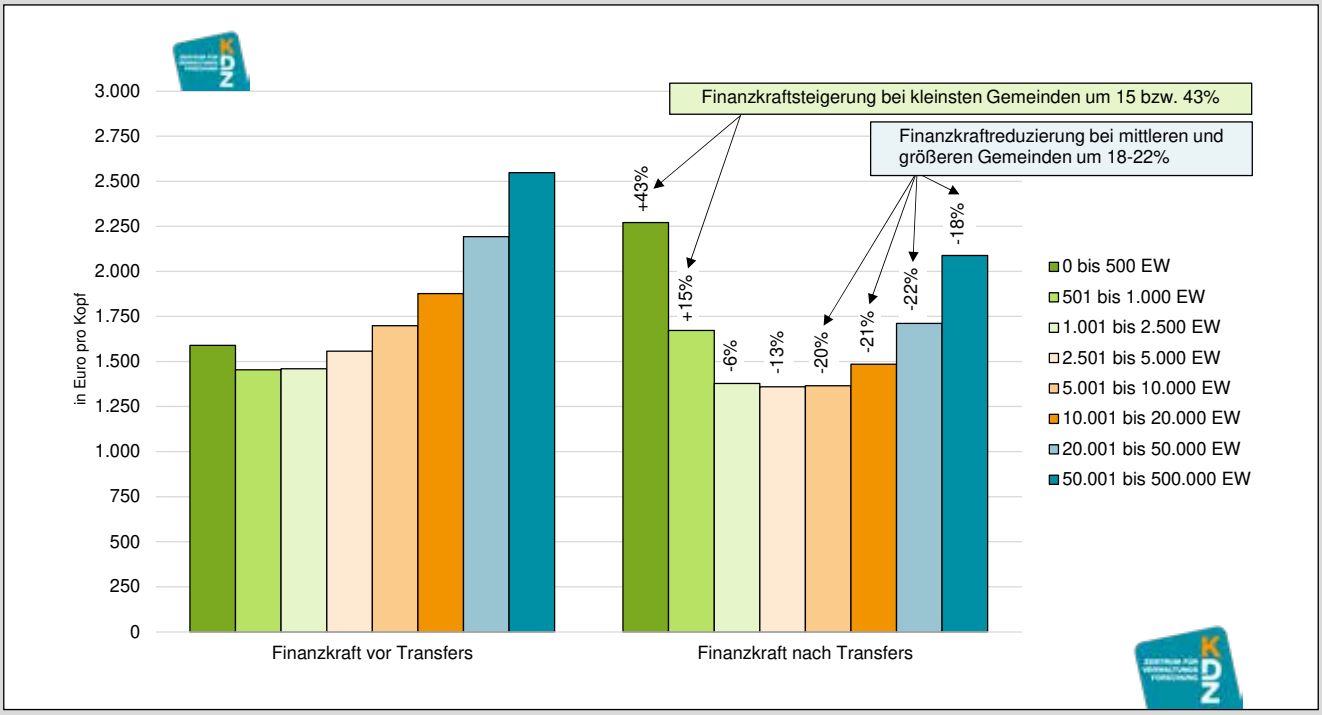
> *„Auch aufgrund des kommunalen Investitionsprogramms stiegen die kommunalen Investitionen wieder an."*

Der Abbildung 6 ist die Finanzkraft vor und nach Transfers[6] nach EW-Klassen zu entnehmen. Im linken Teil der Abbildung (Finanzkraft vor Transfers) ist ersichtlich, dass diese pro Kopf grundsätzlich mit der Gemeindegröße ansteigt. Dass die Kleinstgemeinden bis 500 EW erhöhte Werte haben, ist mit dem hohen Anteil an Tourismusgemeinden zu erklären, die auf gute Kommunalsteuereinnahmen zurückgreifen können. Die Steigerung der Finanzkraft pro Kopf insbesondere ab 10.000 EW ist mit dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel im Rahmen der Ertragsanteilsverteilung zu begründen.

Bei den Ertragsanteilen handelt es sich um jene Mittel, die den Gemeinden im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) als Anteil an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben (etwa Umsatzsteuer, Einkommensteuer) überwiesen werden. Hierbei wird der abgestufte Bevölkerungsschlüssel angewendet, um größeren Gemeinden die Mehrausgaben ihrer regionalen Versorgungsfunktion abzugelten. So bieten zentrale Orte verstärkt Infrastrukturen und Dienstleistungen (etwa Kultur, Sport) an, die von den Einwohner*innen der umliegenden Gemeinden mitgenutzt werden.

6) *Die Finanzkraft nach Transfers ergibt sich aus der Summe an Ertragsanteilen, eigenen Abgaben und den Transferbeziehungen zwischen Ländern und Gemeinden. Sie gibt über das Einnahmenpotenzial der Gemeinden aus dem Finanzausgleich Auskunft.*

Abbildung 6: Finanzkraft vor und nach Transfers nach EW-Klasse in Euro pro Kopf, 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.

Ein weiteres wesentliches Element des Finanzausgleichs stellen die Transferbeziehungen zwischen Ländern und Gemeinden dar, die primär durch die Länder bestimmt werden. Hierunter fallen etwa die Ko-Finanzierungsleistungen der Gemeinden für Landesaufgaben (Krankenanstalten, Soziales) oder Zuschüsse der Länder für Gemeindeprojekte. Insgesamt zeigen die Länder-Gemeinde-Transfers eine stark ressourcenausgleichende Wirkung. Es ergibt sich daher, dass die Finanzkraftunterschiede zwischen den Gemeinden reduziert bzw. Finanzmittel von finanzkräftigen zu finanzschwachen Gemeinden verschoben werden.

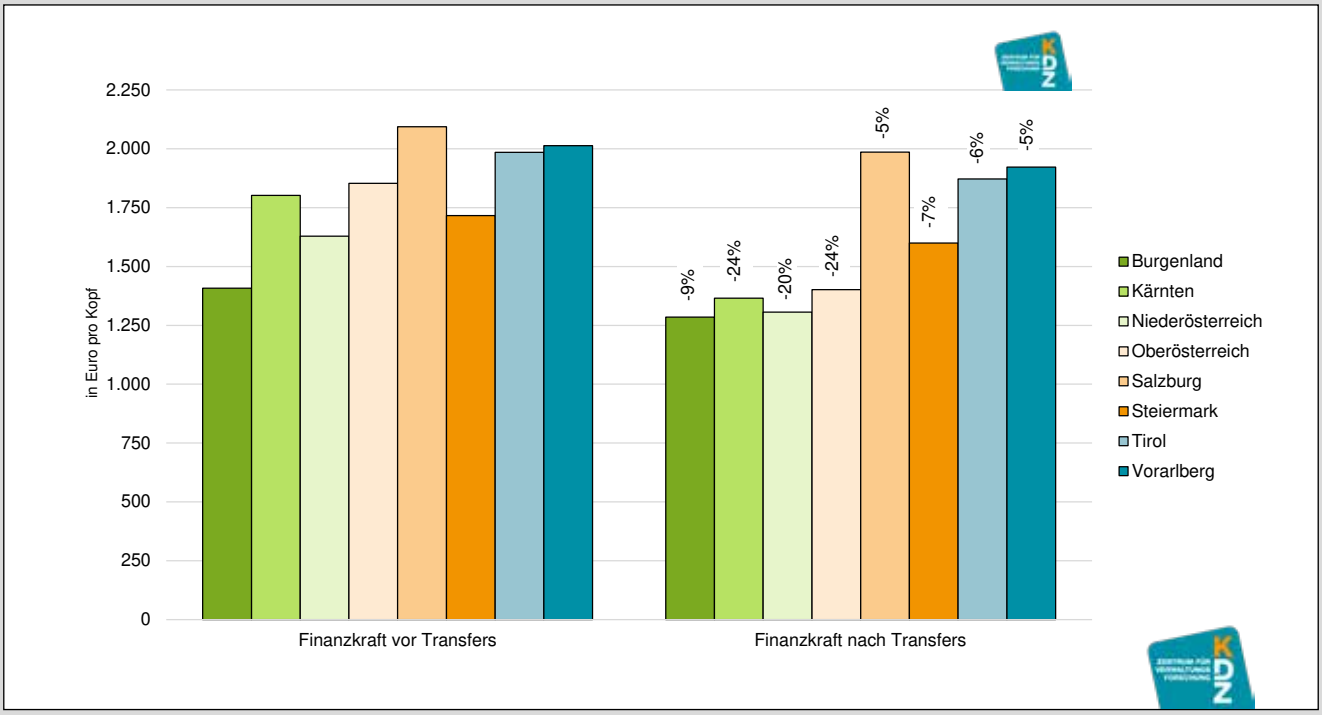
Im Jahr 2023 leisteten die Gemeinden 4,6 Mrd. Euro im Rahmen von v. a. Umlagen an die Länder, das betrifft insbesondere Zahlungen für Krankenanstalten, für die Sozialhilfe und die Landesumlage. 2,7 Mrd. Euro flossen über Gemeinde-Bedarfszuweisungen und Landesförderungen von den Ländern an die Gemeinden. Wird berücksichtigt, dass die Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel (2023: 1,2 Mrd. Euro) originäre Gemeindemittel sind, belief sich der Transfersaldo auf 3,1 Mrd. Euro. Das heißt, 32 Prozent der Ertragsanteile (inkl. Gemeinde-Bedarfszuweisungen) der Gemeinden wurden durchschnittlich im Transferkarussell abgeschöpft. Im Jahr 2023 betrugen allein die Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts (v. a. Umlagen) 61 Prozent der Gemeindeeinnahmen aus Ertragsanteilen (nach Gemeinde-Bedarfszuweisungen).

> *„Je größer die Gemeinde, desto höher fällt die Transferbelastung aus."*

Im rechten Teil der Abbildung 6 ist die Finanzkraft nach Transfers dargestellt. Es zeigt sich, dass sich durch die Transfers die Finanzmittelausstattung nach EW-Klassen deutlich verändert. Es ist ein u-förmiger Verlauf zu erkennen, da die Finanzkraft der kleineren Gemeinden bis 1.000 EW aufgestockt wird. So erhöhte sich 2023 die Finanzkraft pro Kopf bei der durchschnittlichen Gemeinde bis 500 EW um 43 Prozent, die der durchschnittlichen Gemeinde bis 1.000 EW immerhin noch um 15 Prozent. In allen anderen EW-Klassen kam es zu einer Abschöpfung der Finanzkraft. Bei den Gemeinden über 5.000 EW lag diese bei 18 bis 22 Prozent.

Insgesamt ist die höchste Ausstattung pro Kopf nach Transfers bei den kleinen Gemeinden bis 1.000 EW und bei den Städten über 50.000 EW festzustellen. Während Kleinstgemeinden mit dünnen Siedlungsstrukturen kämpfen oder große Infrastrukturen für den Tourismus bereitstellen, müssen Städte die regionale Versorgungsfunktion aufrechterhalten. Eine Verknüpfung der Finanzmittelausstattung mit den damit zu erbringenden Leistungen ist derzeit jedoch nicht vorgesehen, weshalb bereits seit Langem ein

Abbildung 7: Finanzkraft vor und nach Transfers nach Bundesland in Euro pro Kopf, 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.

aufgabenorientierter Finanzausgleich diskutiert wird. Eine Verzahnung von Aufgaben und Finanzen würde schließlich zu einer verbesserten Steuerung und zu einem damit verbundenen effizienteren und effektiveren Mitteleinsatz führen.

Unterschiede nach Bundesland

Bei einer Auswertung nach Bundesland (Abbildung 7) zeigen sich unterschiedliche Einnahmenpotenziale der Gemeinden. So ist tendenziell ein West-Ost-Gefälle zu erkennen, da das regionale Steueraufkommen in den westlichen Bundesländern höher ausfällt. Zudem sind die Ertragsanteile in den westlichen Bundesländern höher. Letzteres ergibt sich aufgrund der Verwendung von Fixschlüsseln bei der Zuteilung der Ertragsanteilsmittel auf die Bundesländer, in die historische Verteilungsschlüssel von ehemaligen gemeindeeigenen Abgaben wie der Getränkesteuer einfließen. Außerdem ist die Finanzkraft pro Kopf in jenen Bundesländern mit einem hohen Bevölkerungsanteil in Städten über 10.000 EW infolge des abgestuften Bevölkerungsschlüssels höher.

Die Finanzkraft pro Kopf wird durch die Länder in unterschiedlichem Ausmaß verändert. Im Jahr 2023 wurde sie in allen Bundesländern reduziert. In den Bundesländern Kärnten, Niederösterreich und Oberösterreich wird die Finanzkraft um 20 bzw. 24 Prozent besonders stark vermindert, im Burgenland um 9 Prozent, bei den anderen Bundesländern zwischen 5 und 7 Prozent. Es fließen somit mehr Mittel von den Gemeinden an das jeweilige Bundesland als umgekehrt.

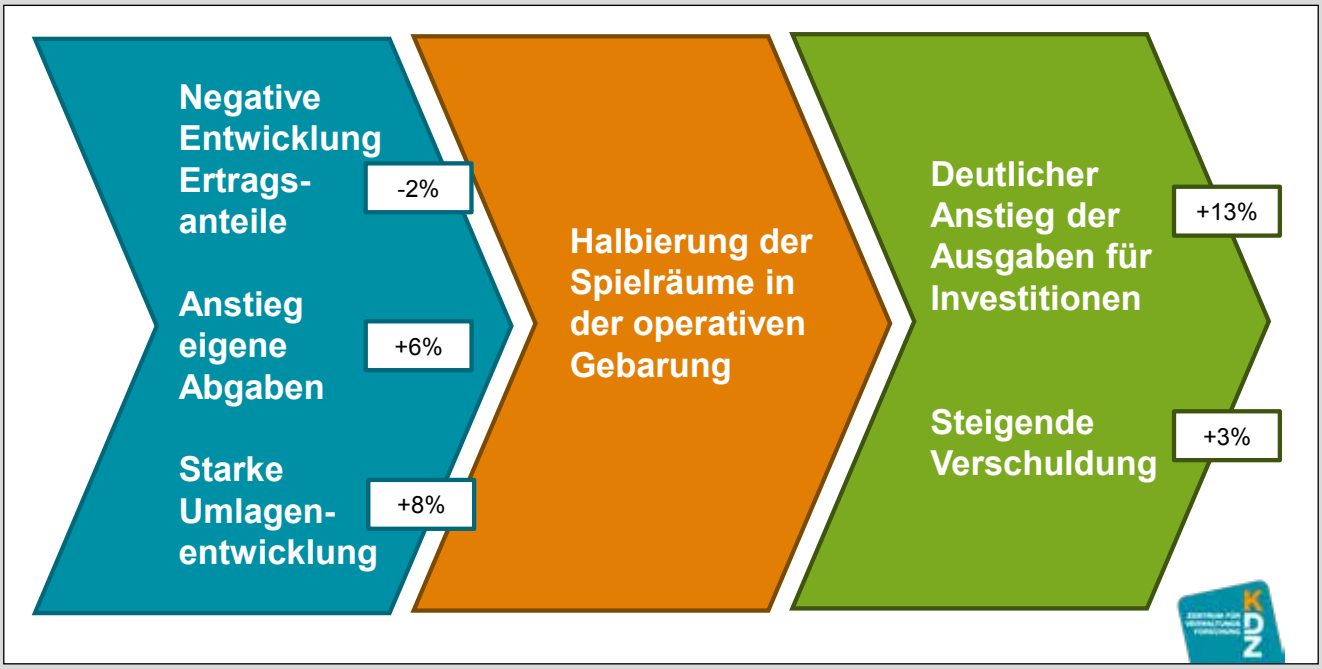
Nähere Informationen zur Entwicklung der Finanzkraft können dem Anhang entnommen werden.

1.5 Resümee

Nach den pandemiebedingten starken Einbrüchen der Gemeindefinanzen im Jahr 2020, einer ersten Erholung im Jahr 2021 und einem positiven Jahr 2022 kam es im Jahr 2023 zu einer drastischen Reduzierung der Finanzierungsspielräume (Abbildung 8). Die Einzahlungen aus Ertragsanteilen sanken um 2 Prozent und konnten durch den Anstieg bei den eigenen Abgaben nur teilweise ausgeglichen werden. Gleichzeitig stiegen die Umlagen um 8 Prozent sehr deutlich, was noch durch die inflationsbedingt höheren Ausgaben im laufenden Betrieb ergänzt wurde. Insgesamt führte dies dazu, dass sich der Spielraum in der operativen Gebarung halbierte.

Der Durchschnitt der Gemeinden wies bereits eine negative Freie Finanzspitze auf und konnte daher die Ausgaben des laufenden Betriebs sowie die Tilgungsverpflichtungen nicht mehr aus eigener Kraft finanzieren. Dennoch stiegen die Investitionen mit 13 Prozent doch recht deutlich. Hierbei ist

Abbildung 8: Wesentliche Entwicklungen der Gemeindefinanzen 2023 im Vergleich zum Vorjahr



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2022 bis 2023.

darauf zu verweisen, dass kommunale Investitionen nur zeitverzögert reagieren, da die Aufträge bereits vergeben sind. Dies fällt mit deutlich gestiegenen Baupreisen einerseits und dem kommunalen Investitionsprogramm 2023 des Bundes andererseits zusammen. Aber auch die unverändert hohen Investitionsbedarfe der Gemeinden – insbesondere in den Feldern Elementarpädagogik, Ganztagsschulen, Klimaschutz und Klimawandelanpassung – spielen eine wesentliche Rolle. Dahingegen konnte die Verschuldung noch stabil gehalten werden, da 2023 auch verstärkt Rücklagen abgebaut wurden.

In Summe öffnete sich 2023 aufgrund der ungünstigen Rahmenbedingungen eine Einnahmen-Ausgaben-Schere. Wesentliche Gründe hierfür sind die stagnierenden Einnahmen – insbesondere aufgrund von Steuerreformen ohne Gegenfinanzierung – und die hohen inflationsgetriebenen Ausgaben. Das Jahr 2023 bleibt hierbei kein Ausnahmejahr, wie die später ausgeführte Gemeindefinanzprognose zeigt. Vielmehr haben sich die Finanzierungsspielräume der Gemeinden gegenüber den Vorkrisenjahren nachhaltig halbiert. Dies erfordert Konsolidierungsschritte bei den Gemeinden, die vom Heben von Effizienzen bis zu Leistungskürzungen werden reichen müssen.

Um die Gemeindefinanzen mittelfristig wieder zu stabilisieren, braucht es eine Verbesserung der Rahmenbedingungen. Die mit dem Finanzausgleich 2024 erneut verschobene Auseinandersetzung mit einer aufgabenorientierten Mittelzuteilung ist möglichst rasch nachzuholen. Die seit Langem sichtbaren strukturellen Verschiebungen im Finanzausgleich zulasten der Gemeindeebene – vor allem durch die Umlagenzahlungen an die Länder, aber auch durch die Nichtabgeltung von Zusatzaufgaben – sind zu benennen und zu beheben.

Die vorliegende Analyse zu den Gemeindefinanzen möchte hierzu eine transparente Datenbasis liefern, damit die Gemeinden auch künftig ein gutes Angebot im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge anbieten können.

2. Finanzierungshaushalt

Einnahmen-Ausgaben-Schere geht auseinander

Die Einzahlungen in die Gemeindehaushalte wuchsen 2023 nur leicht um 3 Prozent, während die Auszahlungen um 11 Prozent zulegten. Hauptgründe für diesen Anstieg sind die anhaltend hohe Inflation und damit verbundene Gehaltserhöhungen in den Jahren 2022 und 2023. Besonders dynamisch entwickelten sich die Investitionen, die im Zehn-Jahres-Vergleich um 79 Prozent anstiegen. Auch in anderen Ausgabenfeldern wie Personal, Sachaufwand und Transferzahlungen gab es Steigerungen zwischen 42 und 54 Prozent – deutlich mehr als der Verbraucherpreisindex (VPI), der im gleichen Zeitraum um 31 Prozent stieg. Insgesamt zeigt sich, dass die Teuerungswelle mit Verzögerung nun die Gemeindefinanzen belastet.

In diesem Kapitel wird ein umfassender Überblick über die Ein- und Auszahlungen aller Gemeinden Österreichs ohne Wien gegeben. In dem Zuge werden sowohl die aktuellen Finanzströme als auch deren Entwicklung im Zeitverlauf der letzten zehn Jahre analysiert. Besonderes Augenmerk liegt auf der Verteilung und Entwicklung der kommunalen Einnahmen und Ausgaben nach Aufgabenbereichen, wobei insbesondere die wesentlichen Einflussfaktoren sowie strukturelle Unterschiede beleuchtet werden. Zudem wird die Entwicklung der Personalausgaben betrachtet, da diese einen zentralen Bestandteil der kommunalen Haushalte darstellen und maßgeblich von strukturellen sowie demografischen Veränderungen beeinflusst werden.

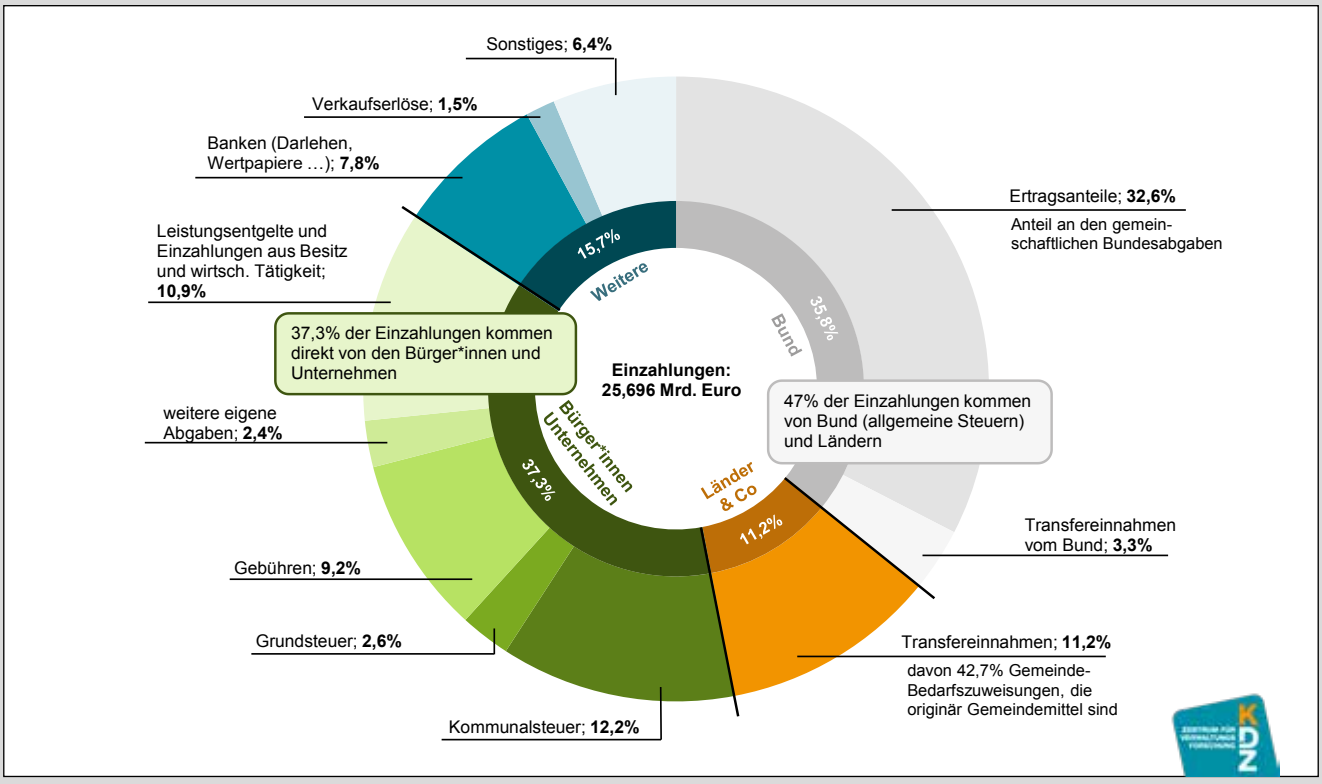
2.1 Einzahlungen der Gemeinden

Die Gemeinden erhalten ihre Einzahlungen vorwiegend im Rahmen des Finanzausgleichs, aber auch direkt von den Gemeindebürger*innen und Unternehmen. In diesem Unterkapitel wird erläutert, wie sich die Einzahlungen zusammensetzen und wie sie sich im Zeitverlauf entwickelt haben.

Einzahlungen steigen kaum

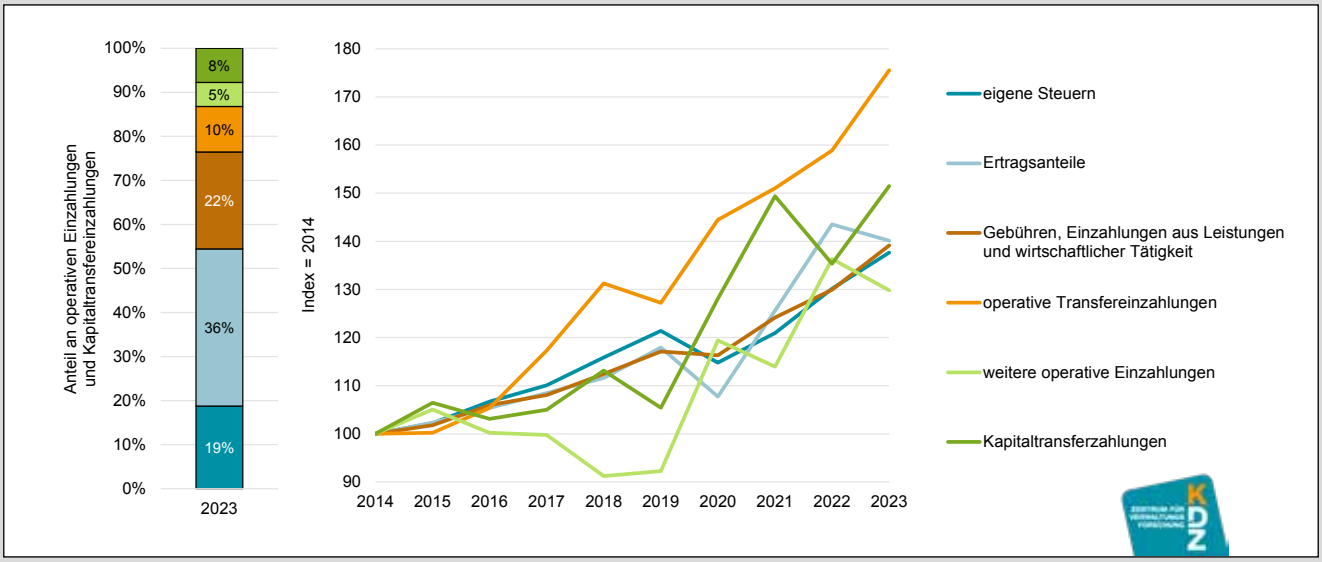
Die Einzahlungen der Gemeinden (Abbildung 9) betrugen insgesamt 25,7 Mrd. Euro, ein Plus von 1 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr. 32,6 Prozent davon entfielen auf die Ertragsanteile (Anteil der Gemeinden an den vom

Abbildung 9: Einzahlungen der Gemeinden im Überblick, 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.

Abbildung 10: Verteilung und Entwicklung der operativen Einzahlungen und Einzahlungen aus Kapitaltransfers nach Einzahlungskategorien, 2014 bis 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

Bund vereinnahmten Steuern, v. a. Lohn-, Umsatz- und Körperschaftssteuer). Im Vorjahr betrug dieser Wert noch 34,7 Prozent.

Einzahlungen aus Transfers von den Ländern und anderen Gemeinden machten 11,2 Prozent der Mittel aus. Dabei handelte es sich um Investitionszuschüsse oder Zuschüsse für den laufenden Betrieb, beispielsweise im Bereich der Kinderbetreuung.

37,3 Prozent der eingezahlten Mittel wurden direkt von den Bürger*innen sowie Unternehmen erhoben. Die wichtigsten Einnahmequellen waren die Kommunalsteuer (lohnsummenabhängige Dienstgeberabgabe), Gebühren (v. a. für Wasser, Abwasser und Abfall) und Leistungsentgelte (etwa Kindergartenbeiträge). Die Grundsteuer war dagegen von vergleichsweise geringer Bedeutung.

Der Rest von 15,7 Prozent wurde weiteren Quellen zugeordnet, etwa Darlehensaufnahmen oder Dividenden aus Wertpapieren.

Zusammenfassend hat sich im Vergleich zum Vorjahr der Anteil der Einzahlungen vom Bund verringert, dafür sind die Anteile aus Einzahlungen von den Ländern bzw. den Bürger*innen leicht gestiegen (jeweils knapp +1 Prozent).

„Die Ertragsanteile sinken 2023, dafür steigen die Ländertransfers."

Ertragsanteile sinken, Transfereinzahlungen steigen

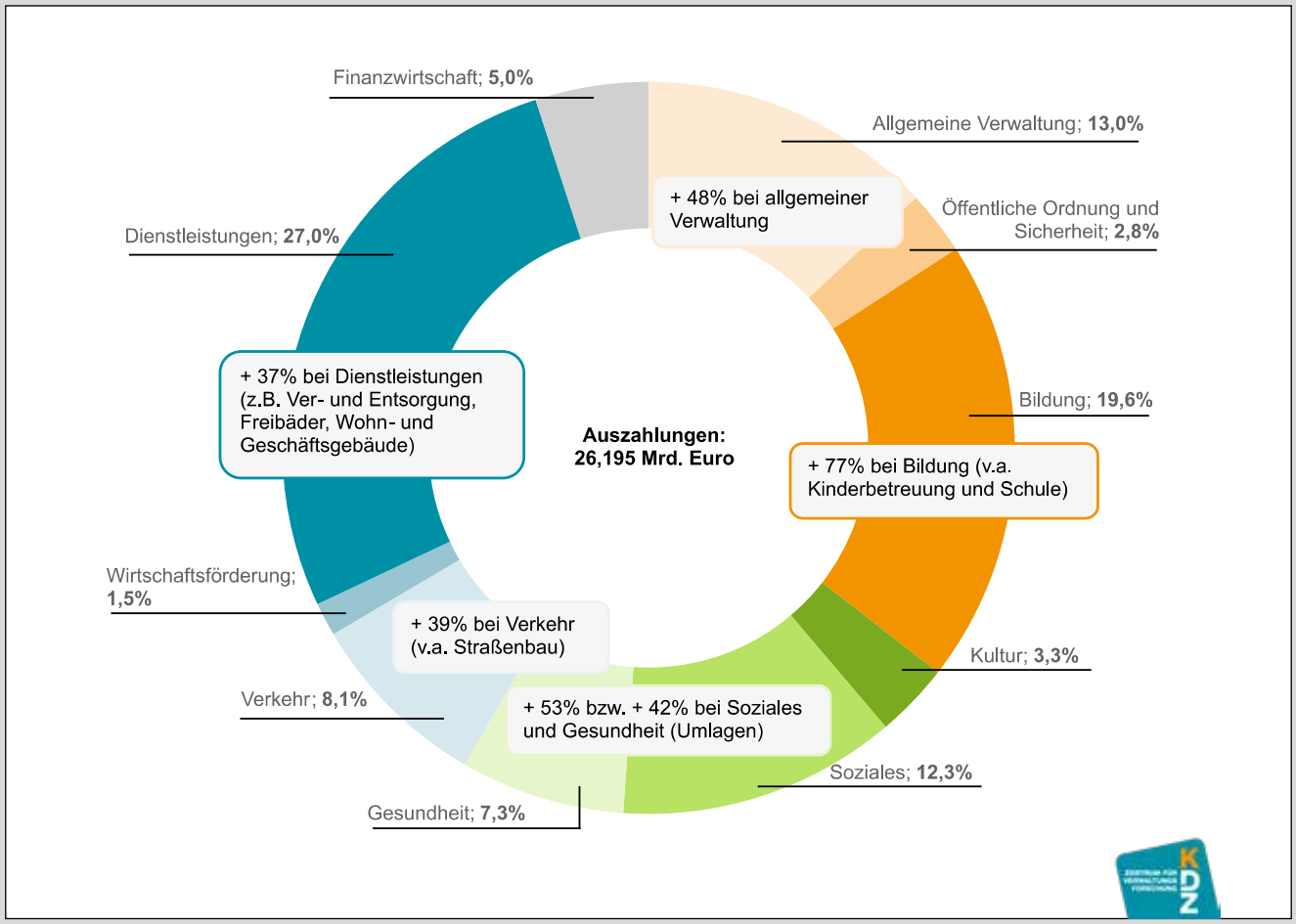
Die Entwicklung der operativen Einzahlungen sowie jener aus Kapitaltransfers in den letzten zehn Jahre zeichnet ein dynamisches Bild. Darlehensaufnahmen oder Vermögensveräußerungen bleiben in dieser Darstellung unberücksichtigt. Der Großteil der betrachteten Einzahlungen entfällt auf operative – und damit wiederkehrende – Einzahlungen. Lediglich die Kapitaltransfers von Ländern oder anderen Gemeinden, meist in Form von Investitionszuschüssen, haben einen einmaligen Charakter.

Zwischen 2014 und 2023 sind die gesamten Einzahlungen um 43 Prozent gestiegen, wobei sich die einzelnen Einzahlungskategorien unterschiedlich entwickelt haben (Abbildung 10).

Am stärksten wuchsen die operativen Transferzahlungen (+76 Prozent), insbesondere durch zusätzliche Mittel aus dem Finanzausgleichsgesetz (FAG 2017) in den Jahren 2017 und 2018.[7] In den Pandemiejahren 2020 und 2021 kam es zu einem weiteren markanten Anstieg, da die Länder gezielt Maßnahmen zur Liquiditätsstützung der Gemeinden setzten. Dies geschah vor allem durch die Umverteilung von Gemeinde-Bedarfszuweisungen – weg von Investitionszuschüssen hin zum Haushaltsausgleich. Dieser

7) *Diese Zusatzmittel waren insbesondere der Strukturfonds, die Mittel für Eisenbahnkreuzungen und eine einmalige Zahlung zur Abgeltung von Kosten im Migrationsbereich 2017.*

Abbildung 11: Auszahlungen nach Aufgabenbereichen, 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.
Anmerkung: Steigerungen in den Kästchen betreffen den Zeitraum 2014 bis 2023.

Trend verstärkte sich noch im Jahr 2023, da vermehrt Landeszuschüsse für den laufenden Betrieb von Kinderbetreuungseinrichtungen bereitgestellt wurden.

Die Einzahlungen aus Kapitaltransfers stiegen nach einem Rückgang 2022 im Jahr 2023 wieder an. Der signifikante Anstieg der Kapitaltransfers von 2019 auf 2021 war auf das Kommunale Investitionsprogramm (KIP) zurückzuführen, das vom Bund im Zuge der COVID-19-Pandemie zur Absicherung der kommunalen Investitionstätigkeit beschlossen wurde. Der erneute Anstieg 2023 ist hingegen mit Ländertransfers zu begründen, insbesondere aus Bedarfszuweisungsmitteln.

Bis 2019 verlief die Entwicklung der eigenen Steuern, der Ertragsanteile und der Gebühren weitgehend stabil. Dies änderte sich im Pandemiejahr 2020, in dem Rückgänge bei den eigenen Steuern und den Ertragsanteilen zu verzeichnen waren. Das Jahr 2021 brachte wieder eine Erholung und der Aufwärtstrend setzte sich bis 2023 fort, mit Ausnahme der Ertragsanteile. Diese sind nach dem Höhepunkt 2022 wieder rückläufig. Ausgehend von 2014 stiegen die Ertragsanteile bis 2023 um 40 Prozent, die eigenen Steuern, die Gebühren und Entgelte um jeweils 38 Prozent. Der starke Anstieg der weiteren operativen Einzahlungen 2020 ist zu einem großen Teil auf die Reform der VRV (Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung) zurückzuführen, da hier nun ein zusätzliches Verrechnungskonto zur Verfügung steht (den operativen Einzahlungen stehen operative Auszahlungen in gleicher Höhe gegenüber).

2.2 Auszahlungen der Gemeinden

Die Leistungen der Gemeinden reichen von der Kinderbetreuung über die Straßenerhaltung bis zur Wasserversorgung, um nur einige Beispiele zu nennen. In diesem Unterkapitel wird dargestellt, für welche Aufgabenbereiche die Gemeinden ihre Mittel ausgeben und wie sie sich im Zeitverlauf entwickelt haben.

Hauptbereiche Dienstleistungen, Pflichtschule und Kinderbetreuung

Die Auszahlungen der Gemeinden beliefen sich 2023 auf 26,2 Mrd. Euro (Abbildung 11). Darin enthalten sind alle Auszahlungen der operativen Gebarung, Investitionen sowie Tilgungen.

Der mit Abstand bedeutendste Bereich[8] war der Dienstleistungsbereich mit 7,1 Mrd. Euro bzw. 27 Prozent der gesamten Auszahlungen. Dazu zählen insbesondere die Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Abfallwirtschaft, aber auch die Straßenreinigung, Grünflächenbetreuung sowie Freizeit- und Sporteinrichtungen. Der Dienstleistungsbereich ist jener Aufgabenbereich mit dem höchsten Kostendeckungsgrad. Ein Großteil der Auszahlungen wird nämlich durch Gebühren oder Leistungsentgelte der Nutzer*innen gedeckt.

An zweiter Stelle folgte das Bildungswesen mit 5,1 Mrd. Euro bzw. 20 Prozent der Gesamtauszahlungen. Dies umfasst vor allem die Pflichtschulen und die Kinderbetreuung. Im Pflichtschulbereich (z. B. Volks- und Mittelschulen) sind Gemeinden zumeist Schulerhalterin und stellen hierfür die Infrastruktur bereit, einschließlich Reinigung, Schulwarte sowie pädagogisches Freizeitpersonal für Ganztagsschulen. In der Kinderbetreuung tragen die Gemeinden sowohl die Kosten für Gebäude als auch für das Personal – mit Ausnahme des pädagogischen Personals in Niederösterreich.

13 Prozent der Auszahlungen entfielen auf den allgemeinen Verwaltungsbereich. Dazu zählen etwa Auszahlungen für die Verwaltung der Gemeinden (z. B. Gemeindeämter), für das Personal, für gewählte Gemeindeorgane (z. B. Sitzungsgelder) und Pensionen.

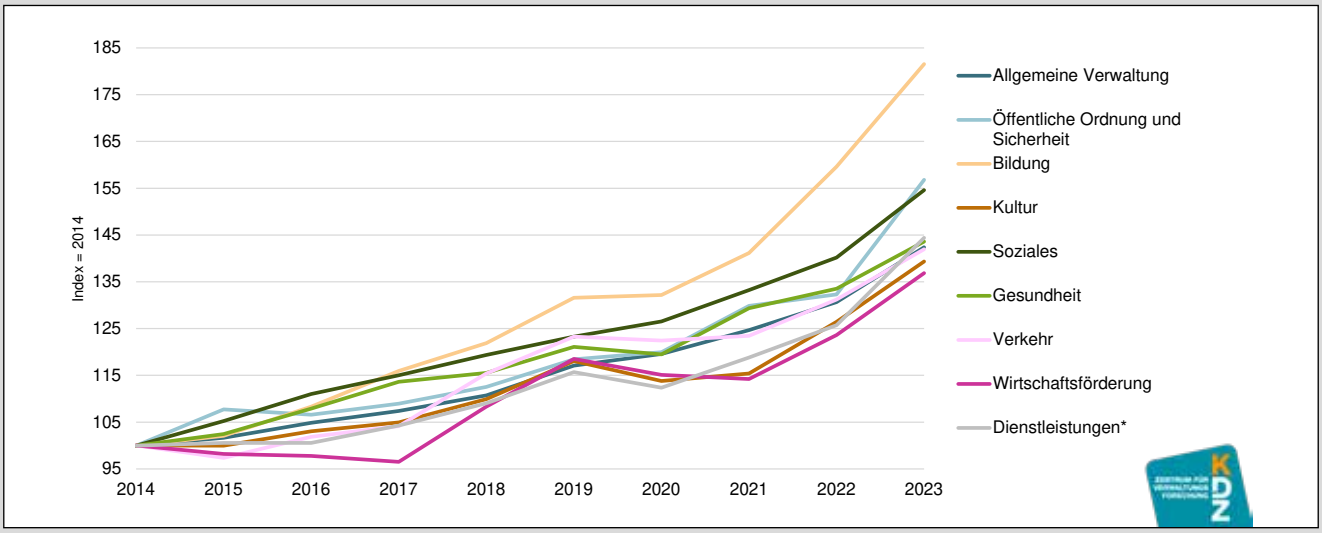
Die Bereiche Soziales und Gesundheit machten 12 bzw. 7 Prozent der gesamten Auszahlungen aus. Hierbei handelt es sich vorwiegend um Umlagen, d. h. Finanzierungsbeiträge der Gemeinden zu eigentlichen Landesaufgaben. Die Sozialhilfeumlage dient der Ko-Finanzierung von Pflegeleistungen, der Sozialhilfe sowie der Kinder- und Jugendhilfe. Die Krankenanstaltenumlage trägt zur Ko-Finanzierung von Krankenhäusern bei.

Für den Verkehrsbereich wurden 8 Prozent der Auszahlungen aufgewendet. Gemeinden sind für die Errichtung und Instandhaltung der gemeindeeigenen Verkehrsflächen wie Straßen, Plätze, Radwege und Brücken verantwortlich. Zudem finanzieren sie Maßnahmen im Straßenverkehr (z. B. Verkehrszeichen) oder den öffentlichen Personennahverkehr, darunter Straßenbahnen und Busse.

Eine vergleichsweise untergeordnete Rolle spielten die Bereiche Öffentliche Ordnung und Sicherheit, zu denen etwa

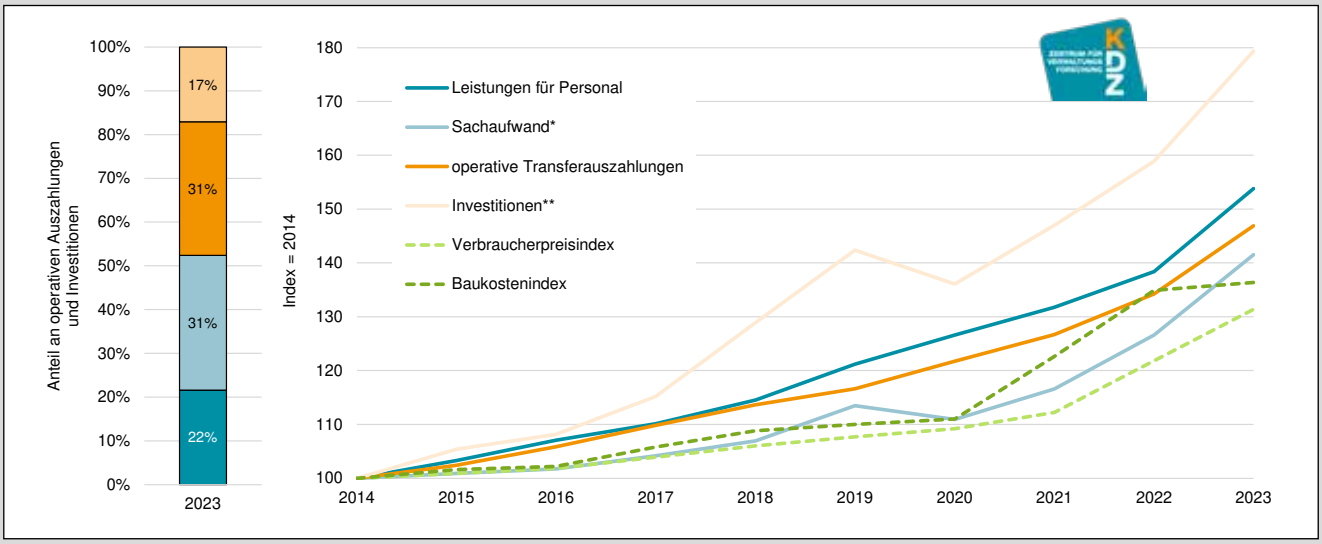
8) *Die folgende Betrachtung nach Aufgabenbereichen entspricht den Gruppen gemäß der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung. Konkret bedeutet dies: Allgemeine Verwaltung (Gruppe 0) = Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung; Öffentliche Ordnung und Sicherheit (Gruppe 1); Bildung (Gruppe 2) = Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft; Kultur (Gruppe 3) = Kunst, Kultur und Kultus; Soziales (Gruppe 4) = Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung; Gesundheit (Gruppe 5); Verkehr (Gruppe 6) = Straßen- und Wasserbau, Verkehr; Wirtschaftsförderung (Gruppe 7); Dienstleistungen (Gruppe 8); Finanzwirtschaft (Gruppe 9).*

Abbildung 12: Indexentwicklung der operativen Auszahlungen und Investitionen nach Aufgabenbereichen, 2014 bis 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.
Anmerkung: *) Bereinigt um ein Rekommunalisierungsprojekt einer großen Stadt im Jahr 2018, das als Reorganisationsmaßnahme zu werten ist.

Abbildung 13: Verteilung und Entwicklung der operativen Auszahlungen und Investitionen nach Kategorien sowie des Verbraucherpreisindex und des Baukostenindex, 2014 bis 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.
Anmerkung: *) inkl. sonstige operative Auszahlungen **) Bereinigt um ein Rekommunalisierungsprojekt einer großen Stadt im Jahr 2018, das als Reorganisationsmaßnahme zu werten ist.

die Feuerwehren gehören, der Kunst- und Kulturbereich sowie die Wirtschaftsförderung.

Hohe Dynamik im Bereich Bildung

In Abbildung 12 wird die zeitliche Entwicklung der operativen Auszahlungen und Investitionen nach Aufgabenbereichen dargestellt. Tilgungen und geleistete Kapitaltransfers sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

Der starke Aufwärtstrend im Aufgabenbereich Bildung und Kinderbetreuung setzt sich ungebrochen fort. Hier erhöhten sich die Auszahlungen in den letzten zehn Jahren um 82 Prozent. Dieser Anstieg ist hauptsächlich auf den Ausbau von Ganztagsschulen und Kinderbetreuungsplätzen zurückzuführen.

Zum Vergleich: In den anderen Aufgabenbereichen stiegen die Auszahlungen um durchschnittlich 45 Prozent. Überdurchschnittlich gewachsen ist der Sozialbereich mit einem Plus von 55 Prozent. Grund dafür war vor allem die Dynamik der Umlagen für Sozialhilfe. Zwar ist die Gruppe Öffentliche Ordnung und Sicherheit ebenfalls stark gestiegen, diese spielt jedoch in absoluten Werten eine untergeordnete Rolle.

Bei den Dienstleistungen betrug der Anstieg 44 Prozent. In dem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass in diesem Bereich auch Leistungen in gemeindeeigene Gesellschaften ausgelagert werden, wodurch die tatsächliche Dynamik höher sein kann. Im Zeitverlauf stagnierten lediglich die Bereiche Kultur, Wirtschaftsförderung und Verkehr zwischen 2019 und 2021, die aber in den letzten beiden Jahren wieder zugenommen haben.

> *„Die hohe Inflation schlägt sich zeitverzögert in den Gemeindehaushalten nieder."*

Investitionen steigen trotz Rückgang der Ertragsanteile

Die Entwicklung der Auszahlungsstruktur der letzten zehn Jahre wird in Abbildung 13 ersichtlich. Zum Vergleich sind auch der Verbraucherpreisindex (VPI) und der Baukostenindex angeführt, die aufgrund des Ukrainekriegs ab 2022 und der darauffolgenden Energiekrise deutlich angestiegen sind.

Die Investitionen wuchsen zwischen 2017 und 2019 aufgrund kommunaler Investitionsprogramme stark an, gingen jedoch im Pandemiejahr 2020 zurück. Durch Nachholeffekte und neue kommunale Investitionsprogramme wurde der Rückgang ab 2021 wieder korrigiert und die Investitionen nahmen wieder rasant zu, vor allem in den Bereichen Dienstleistungen (insbesondere Wasser- und Abwasseranlagen sowie Freizeiteinrichtungen) und Bildung. Bei Letzterem waren vorwiegend Vorgaben der Länder im Kinderbetreuungsbereich ausschlaggebend, da Gruppengrößen verkleinert und Öffnungszeiten verlängert wurden. Dadurch mussten Gebäudeinvestitionen vermehrt getätigt werden. Die steigenden Baukosten, die sich im Baukostenindex widerspiegeln, führten zusätzlich zu erheblichen Kostensteigerungen bei Bauprojekten. Schlussendlich führten all diese Faktoren zu einem Wachs-

tum der kommunalen Investition von 79 Prozent gegenüber dem Jahr 2014. Ihr Anteil an diesen Auszahlungen betrug 17 Prozent bzw. 4,1 Mrd. Euro.

Der seit 2014 stetige, über dem VPI liegende Anstieg der Personalausgaben von 54 Prozent ist mit Vorrückungen im Besoldungsschema sowie dem steigenden Personalbedarf, v. a. bei der Kinderbetreuung, zu erklären. Die Valorisierung der Gehälter im öffentlichen Dienst auf Basis der hohen Inflation 2022 machte sich 2023 mit zeitlicher Verzögerung bemerkbar. Einen leicht ausgleichenden Effekt können Pensionierungen haben, wodurch Beamt*innen und Bedienstete in höheren Gehaltsstufen aus den Personalausgaben herausfallen. In Summe betrug der Anteil der Personalausgaben an den betrachteten Auszahlungen 22 Prozent bzw. 5,2 Mrd. Euro.

Die operativen Transferauszahlungen stiegen ebenfalls kontinuierlich an (+47 Prozent seit 2014) und machten 31 Prozent bzw. 7,4 Mrd. Euro im Jahr 2023 aus. Nahezu gleichauf lagen die Auszahlungen für Sachaufwand, die um 42 Prozent in den letzten zehn Jahren gestiegen sind, im Vorjahr sogar besonders sprunghaft.

9) *Die Gruppe 9 (Finanzwirtschaft), in der jene Finanzflüsse dargestellt werden, die nicht einzelnen Aufgabenbereichen zugeordnet werden können (z. B. eigene Steuern, Ertragsanteile), wird hier nicht aufgezeigt.*

> *Die Nettobelastung in der Kinderbetreuung betrifft alle Gemeindegrößen gleichermaßen.*

Dafür waren insbesondere die starke Zunahme an Zinszahlungen sowie hohe Energiekosten verantwortlich.

2.3 Nettobelastung

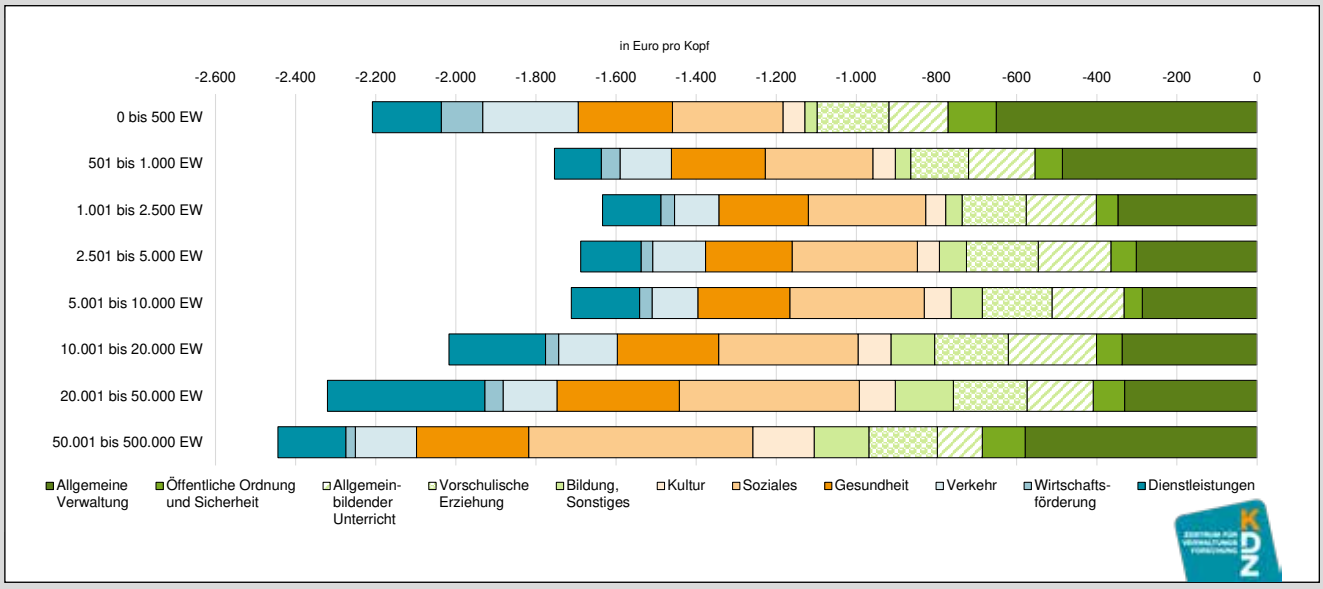
Folgend wird die Nettobelastung nach Aufgabenbereich dargestellt. Sie ist ein Indikator für den Zuschussbedarf in einem Aufgabenbereich[9] und errechnet sich aus dem Saldo der operativen Ein- und Auszahlungen sowie Kapitaltransfereinzahlungen und Investitionen. Darlehensaufnahmen und Tilgungen bleiben unberücksichtigt.

Nettobelastung nach EW-Klassen u-förmig

Die Nettobelastung ist bei Kleinstgemeinden sowie bei Städten ab 10.000 EW höher, wie Abbildung 14 verdeutlicht. Eine höhere Nettobelastung bedeutet, dass Gemeinden verstärkt auf allgemeine Steuermittel zurückgreifen müssen, um ihre Leistungen finanzieren zu können. Die größten Städte müssen 2.444 Euro pro Kopf aufwenden, während Gemeinden mit 1.000 bis 2.500 EW 1.634 Euro pro Kopf benötigen.

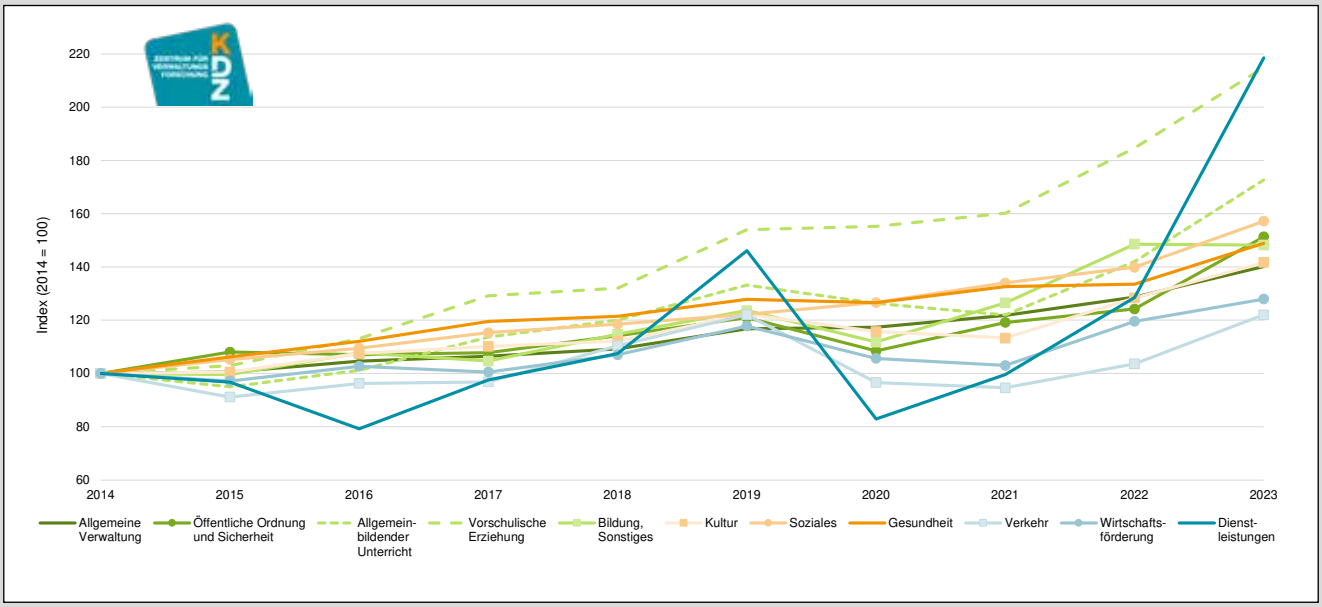
Die Begründung für diese nach EW-Klassen unterschiedliche Belastung liegt vor allem im Bereich der Allgemeinen Verwaltung, wo der u-förmige Verlauf am offensichtlichsten ist. Dies ist tendenziell auf strukturelle Ineffizienzen im Verwaltungsapparat bei Kleinstgemeinden zurückzuführen. So muss jede Gemeinde – unabhängig von der Größe –

Abbildung 14: Nettobelastung der Gemeinden nach Aufgabenbereichen und EW-Klasse, 2023*



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.
Anmerkungen: exkl. Gruppe 9. *) Operative Einzahlungen + Einzahlungen aus Kapitaltransfers – operative Auszahlungen – Auszahlungen aus Investitionstätigkeit.

Abbildung 15: Entwicklung der Nettobelastung der Gemeinden nach Aufgabenbereichen für Österreich (exkl. Wien), 2014 bis 2023*



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.
Anmerkungen: Exkl. Gruppe 9. *) Operative Einzahlungen + Einzahlungen aus Kapitaltransfers – operative Auszahlungen – Auszahlungen aus Investitionstätigkeit.

ein gewisses Grundangebot in der Verwaltung erbringen (z. B. Gemeindeamt, Mindestmaß an Verwaltungspersonal, Bürgermeister*in). In Städten mit über 50.000 EW kommen zudem höhere Pensionszahlungen hinzu, die in den anderen Größenklassen in geringerem Ausmaß anfallen, da sie dort stärker von Pensionsfonds getragen werden.

Neben der Allgemeinen Verwaltung steigt insbesondere in Gemeinden ab 10.000 EW die Nettobelastung in den Bereichen Kultur, Soziale Wohlfahrt und Dienstleistungen. Das liegt daran, dass größere zentralörtliche Gemeinden auch Infrastruktur und Leistungen zur Verfügung stellen, die von Bürger*innen umliegender Gemeinden genutzt werden. Die Finanzierung obliegt jedoch in erster Linie den Zentralorten, weshalb hier die Nettobelastung höher ausfällt. Solche regionale Versorgungsfunktionen umfassen Leistungen im Bereich der Kultur (Kulturhäuser, Veranstaltungszentren), Musikschulen, Freizeitanlagen (Hallenbäder, Sporthallen) u. v. m. Zusätzlich ist grundsätzlich darauf hinzuweisen, dass insbesondere bei Städten verstärkt Leistungen in aufgabenübergreifenden ausgelagerten Gesellschaften (z. B. Stadtwerke) erbracht werden und die Zuschüsse an die außerbudgetären Einheiten häufig im Dienstleistungsbereich abgebildet sind.

Im Sozialbereich wirkt sich maßgeblich die Umlagenbelastung der Gemeinden aus, die mit zunehmender Finanzkraft höher ausfällt. Zudem sind die zusätzlichen Aufgaben der Statutarstädte im Rahmen der Bezirksverwaltung in den größeren EW-Klassen enthalten. Bei der Gesundheit sind wiederum die EW-Klassen eher gleichmäßig belastet.

Im Bildungsbereich besteht in der vorschulischen Erziehung ebenfalls eine weitgehend gleichmäßige Belastung über alle Gemeindegrößen hinweg. Beim allgemeinbildenden Unterricht (Pflichtschulen) haben Städte mit 10.000 bis 20.000 EW eine überdurchschnittlich hohe Belastung, die größten Städte dafür die geringste, da hier vermehrt vom Bund erhaltene allgemeinbildende höhere Schulen (AHS) vorhanden sind. Die sonstigen Bildungsmaßnahmen, u. a. berufsbildende Schulen, Horte und Erwachsenenbildung, steigen wieder mit der Bevölkerungszahl.

Die Nettobelastung im Verkehrsbereich ist in allen EW-Klassen auf ähnlichem Niveau, mit Ausnahme der kleinsten Gemeinden unter 500 EW. Dies betrifft in erster Linie die Errichtung und Instandhaltung von Straßen. Während im städtischen Raum die Wege kurz sind, aber die Nutzung intensiv ist, besteht im ländlichen Raum ein langes Wegenetz. Hinzu kommen steigende Anforderungen an den öffentlichen Verkehr, der jedoch vor allem bei den großen Städten im Rahmen von ausgelagerten Gesellschaften erfolgt und daher in dieser Darstellung weitgehend fehlt. Die Kleinstgemeinden haben zudem die höchste Nettobelastung im Bereich der Wirtschaftsförderungen, wobei hier kleine Tourismusgemeinden hineinfallen, die beispielsweise Tourismusverbände fördern.

Rasantes Wachstum bei Kinderbetreuung und Dienstleistungen

Die Entwicklung der Nettobelastung über die letzten zehn Jahre bietet einen aufschlussreichen Einblick in verschiedene Aufgabenbereiche (Abbildung 15).

Besonders auffällig ist der starke Anstieg der Nettobelastung im Bereich der vorschulischen Erziehung, die um 115 Prozent zunahm – von 572 Mio. Euro im Jahr 2014 auf 1,2 Mrd. Euro im Jahr 2023. Haupttreiber dieser Entwicklung sind der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze und der damit verbundene steigende Personalbedarf. Der Pflichtschulbereich stieg um 73 Prozent auf 1,2 Mrd. Euro. Bedeutenden Anschub leisteten die kommunalen Investitionsprogramme 2017 und 2020 sowie Landestransfers. Insgesamt belief sich die Nettobelastung im gesamten Bildungsbereich 2023 auf 3,0 Mrd. Euro.

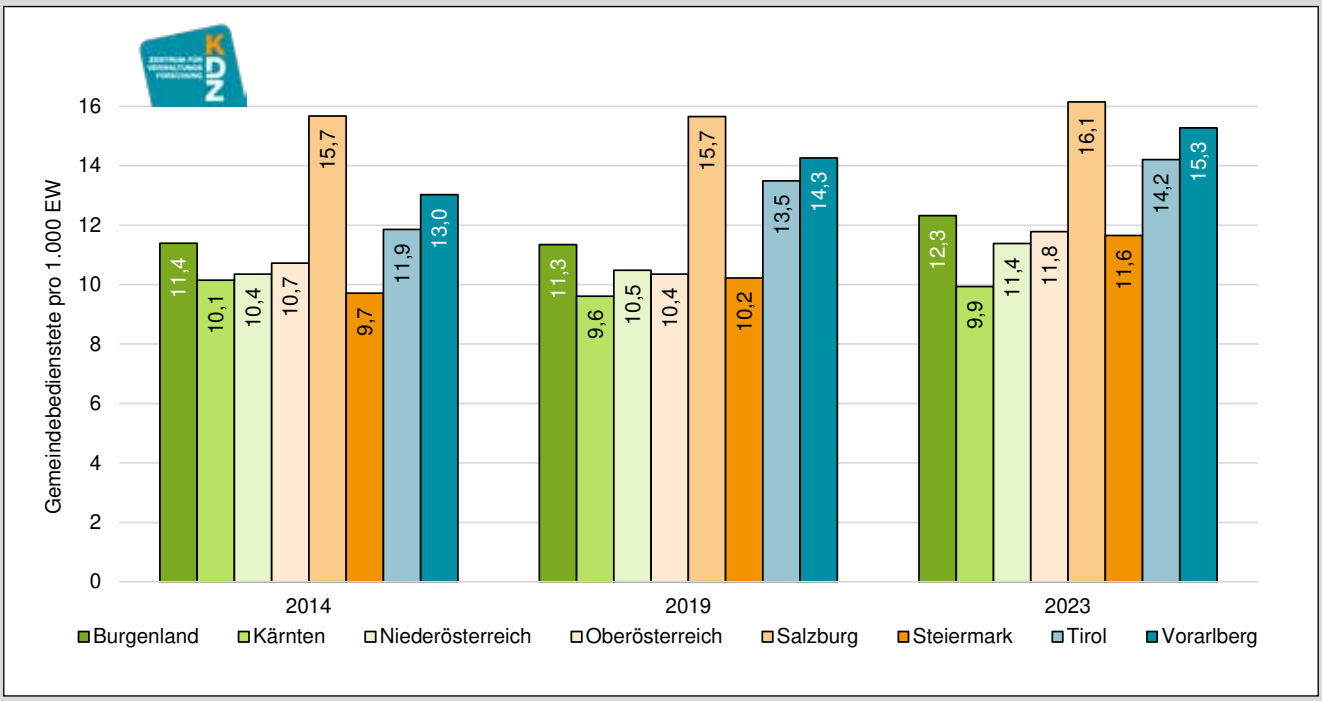
> *„Gemeinden beschäftigen 88.000 Arbeitnehmer*innen in Vollzeitäquivalenten."*

Die Entwicklung der Nettobelastung in der Gruppe Dienstleistungen war eher schwankend, da sie neben den gebührenfinanzierten Bereichen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallwirtschaft auch Bäder, Immobilien und Wirtschaftshöfe umfasst. Hier können sich die Investitionen von Jahr zu Jahr stark verändern. Ein weiterer Grund ergibt sich aus enthaltenen Bereichen mit hohem Zuschussbedarf (z. B. Bäder, Friedhöfe). Die Belastung erreichte 2023 mit 1,6 Mrd. Euro jedoch einen neuen Höchststand. Neben der verstärkten Investitionstätigkeit schlagen sich hier hohe Energie- und Zinskosten nieder. Gleichzeitig wurden als politische Entlastungsmaßnahme im Kontext der Teuerungskrise die Gebühren und Entgelte für Bürger*innen nur moderat angepasst, was die Nettobelastung zusätzlich erhöhte.

Ebenfalls gewachsen ist die Belastung im Sozialbereich, nämlich um 57 Prozent auf 2,6 Mrd. Euro im Jahr 2023. Ähnlich dynamisch entwickelt hat sich der Bereich Gesundheit mit einer Steigerung in den letzten zehn Jahren um 49 Prozent auf nun 1,7 Mrd. Euro in 2023. In diesen Bereichen spiegeln sich die Umlagen an die Länder wider, die bereits ein Drittel der gesamten Nettobelastung ausmachen und aus allgemeinen Steuermitteln der Gemeinden mitfinanziert werden müssen.

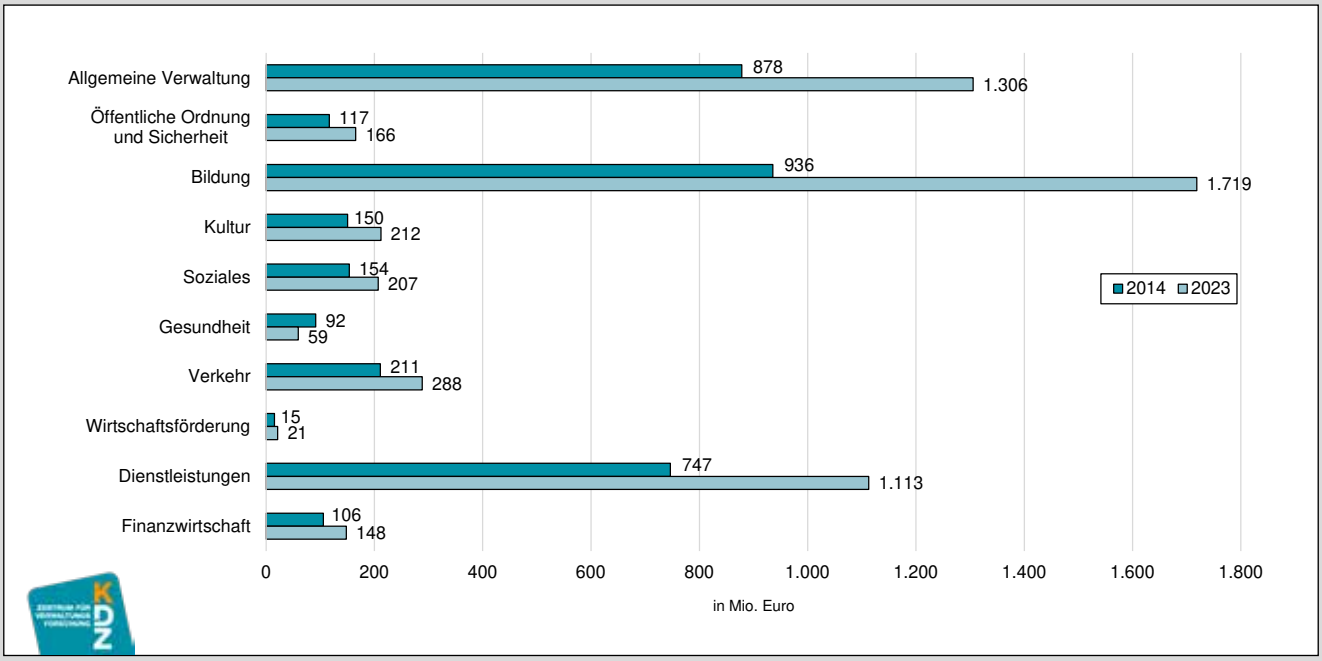
Kontinuierlich gestiegen ist auch die Nettobelastung der Allgemeinen Verwaltung. Hier ergibt sich in der Zehn-Jahres-Betrachtung eine Steigerung von 40 Prozent auf 2,6 Mrd. Euro im Jahr 2023. Der Kulturbereich ist ebenfalls bis 2019 stetig angewachsen, verzeichnete in den Pande-

Abbildung 16: Entwicklung der Gemeindebediensteten in VZÄ pro 1.000 EW nach Bundesland, 2014, 2019 und 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014, 2019 und 2023.

Abbildung 17: Auszahlungen aus Personalaufwand nach Aufgabenbereichen in Mio. Euro, 2014 und 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 und 2023.

miejahren jedoch einen Rückgang. Im Jahr 2023 betrug dieser nun wieder 550 Mio. Euro.

Im Verkehrsbereich wurde 2019 mit rund 923 Mio. Euro ein Höchststand erreicht, um dann Rückgänge festzustellen. Mit 2023 wurde dieses Niveau wieder erzielt. Hier sind vor allem Straßeninstandhaltungen, Investitionen in den Ausbau der Straßeninfrastruktur sowie die Bestellung öffentlicher Verkehrsdienstleistungen enthalten.

2.4 Personal im Detail

Als zentraler Ausgabenbereich werden die Auszahlungen für Personal hier näher vorgestellt, wobei zu beachten ist, dass die Personalkosten von ausgelagerten Gesellschaften und Gemeindeverbänden nicht enthalten sind.

Mehr Personal in westlichen Bundesländern

Die Gemeinden ohne Wien beschäftigten im Jahr 2023 rund 88.000 Mitarbeiter*innen in Vollzeitäquivalenten (VZÄ). Während der Personalstand bis 2016 weitgehend stagnierte, verzeichnete er seit 2017 wieder deutliche Zuwächse. Zwischen 2014 und 2023 stieg die Zahl der Gemeindebediensteten insgesamt um 18 Prozent.

Ein Blick auf die Auswertung nach Bundesland lässt deutliche Unterschiede erkennen (Abbildung 16). Salzburg verzeichnete mit 16,1 VZÄ je 1.000 EW den höchsten Personalstand im Jahr 2023. Dies liegt darin begründet, dass in Salzburg viele Gemeinden Senioren- und Pflegeheime betreiben und das Personal über den Gemeindehaushalt finanziert wird. Am geringsten und 2023 sogar rückläufig war der Personalstand in Kärnten mit 9,9 VZÄ je 1.000 EW.

Besonders stark gestiegen ist die Beschäftigung in den Bundesländern Steiermark, Tirol und Vorarlberg, vor allem durch den Ausbau der Kinderbetreuung. In Niederösterreich hingegen blieb der Personalstand weitgehend stabil, da hier die Kindergartenpädagog*innen direkt vom Land und nicht von den Gemeinden angestellt werden.

Personalzuwachs in Bildung, Verwaltung und Dienstleistungen

Seit 2014 sind die Auszahlungen für Personal der Gemeinden um 1,8 Mrd. Euro gestiegen – ein Plus von 54 Prozent. Es steigt aber nicht nur die Anzahl der Bediensteten, die höheren Kosten sind auch auf die Altersstruktur in der Verwaltung, Biennalsprünge im öffentlichen Dienst und Gehaltsanpassungen zurückzuführen.

Abbildung 17 zeigt die Entwicklung der Auszahlungen für Personal nach Aufgabenbereichen. Es fällt auf, dass die Personalausgaben in der Allgemeinen Verwaltung (Anteil von 25 Prozent), im Kinderbetreuungs- und Bildungsbereich (33 Prozent) und bei den Dienstleistungen (21 Prozent) über drei Viertel der gesamten Auszahlungen für Personal ausmachen.

Die stärksten absoluten Zuwächse seit 2014 gab es im Bildungsbereich mit einem Plus von 783 Mio. Euro bzw. 84 Prozent aufgrund der Ausbauprogramme in der Kinderbetreuung und bei Ganztagsschulen. Die Anstiege in der Allgemeinen Verwaltung liegen bei 427 Mio. Euro bzw. 49 Prozent, im Dienstleistungsbereich bei 366 Mio. Euro bzw. 49 Prozent.

2.5 Resümee

Im Jahr 2023 gingen die Ertragsanteile der österreichischen Gemeinden im Vergleich zum Vorjahr um 2 Prozent zurück. Gleichzeitig erhielten sie deutlich mehr finanzielle Unterstützung durch Transferzahlungen, vor allem von den Bundesländern – ein Plus von 11 Prozent. Die Einzahlungen aus eigenen Steuern und Gebühren stiegen um 6 bis 7 Prozent. Dennoch wuchsen die Gesamteinzahlungen (ohne Darlehensaufnahmen) nur leicht um 3 Prozent. Langfristig betrachtet werden Transferzahlungen immer relevanter, nicht nur für Investitionen, sondern auch für den Haushaltsausgleich. In dem Zuge zeigt sich auch eine gewisse Abhängigkeit der Gemeinden von diesen Mitteln. Besonders seit den Krisenjahren ab 2020 haben die Transfers von Bund und Ländern eine stabilisierende Rolle gespielt, doch im Jahr 2023 reichten sie offenbar nicht mehr aus.

Denn die Gesamtauszahlungen (ohne Tilgungen) stiegen 2023 deutlich um 11 Prozent – ein Anstieg, der die Einzahlungen um 8 Prozentpunkte übertraf. Hauptgründe für diesen Anstieg sind die anhaltend hohe Inflation und damit verbundene Gehaltserhöhungen in den Jahren 2022 und 2023. Besonders dynamisch entwickelten sich die Investitionen, die in den letzten zehn Jahren um 79 Prozent zulegten.

Trotz einer Stabilisierung des Baukostenindex im Jahr 2023 nahmen die Investitionen weiter zu. Auch in anderen Ausgabenfeldern wie Personal, Sachaufwand und Transferzahlungen gab es Steigerungen zwischen 42 und 54 Prozent – deutlich mehr als der VPI, der im gleichen Zeitraum um 31 Prozent stieg. Insgesamt ist ersichtlich, dass die Teuerungswelle mit Verzögerung nun die Gemeindefinanzen belastet.

Besonders in der Kinderbetreuung nahmen die finanziellen Nettobelastungen weiter zu und haben sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. Der laufende Betrieb bindet durch den starken Ausbau von Einrichtungen immer mehr Ressourcen. Im Bereich der kommunalen Dienstleistungen erreichte die Nettobelastung neue Höchstwerte. Hohe Energie- und Zinskosten trugen dazu bei, während Gebühren und Entgelte trotz der Teuerung nur moderat angehoben wurden, um die Bevölkerung zu entlasten (Stichwort Gebührenbremse). Auch die Kosten für Gesundheit (+49 Prozent) und Soziales (+57 Prozent) stiegen signifikant an. Hierbei handelt es sich größtenteils um Umlagen an die Länder, die von den Gemeinden kaum beeinflusst werden können.

Nach einigen Jahren stagnierender Zahlen stieg die Anzahl der Gemeindebediensteten seit 2017 wieder an, vor allem aufgrund des Ausbaus der Kinderbetreuung und von Ganztagsschulen. Dieser Bereich verzeichnete eine Zunahme von 84 Prozent bei den Auszahlungen für Personalaufwand in den letzten zehn Jahren. Aber auch in der Allgemeinen Verwaltung und bei den Dienstleistungen stiegen die Personalkosten um fast 50 Prozent im Vergleichszeitraum.

3 Ergebnishaushalt

Kommunale Erträge können Aufwendungen nicht decken

Den Gesamterträgen von 23,2 Mrd. Euro stehen Aufwendungen von 23,9 Mrd. Euro gegenüber. Somit ergibt sich für das Jahr 2023 in Summe ein negatives Nettoergebnis vor Rücklagen in Höhe von –676 Mio. Euro. Dieser Verlust ist insbesondere auf die Stagnierung bei den Erträgen bei gleichzeitigen Steigerungen von 12 Prozent beim Personalaufwand sowie 11 Prozent beim Transferaufwand zurückzuführen. Je kleiner die Gemeinde ist, desto stärker tragen die Abschreibungen auf das Anlagevermögen zu negativen Nettoergebnissen bei.

Der Ergebnishaushalt ermöglicht eine periodengerechte Betrachtung des Gemeindehaushalts und zeigt den tatsächlichen wirtschaftlichen Erfolg des Finanzjahres, da die Ertrags- und Kostenstruktur unabhängig vom Zahlungszeitpunkt abgebildet werden. Er stellt die Entwicklung der kommunalen Leistungen (Erträge) sowie den Ressourcenverbrauch und die Nutzung von Gütern und Dienstleistungen (Aufwendungen) der Gemeinden dar. Die Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen – das Nettoergebnis – gibt darüber Auskunft, ob die Mittelausstattung ausreicht, um die Aufwendungen für die kommunalen Leistungen und die Erhaltung der dafür erforderlichen Infrastruktur abzudecken. In diesem Kapitel wird ein Überblick zu diesen Größen gegeben, indem sie nach Bundesländern und EW-Klassen verglichen werden. Als bedeutendster Aufwandsposten werden die Abschreibungen im Detail betrachtet.

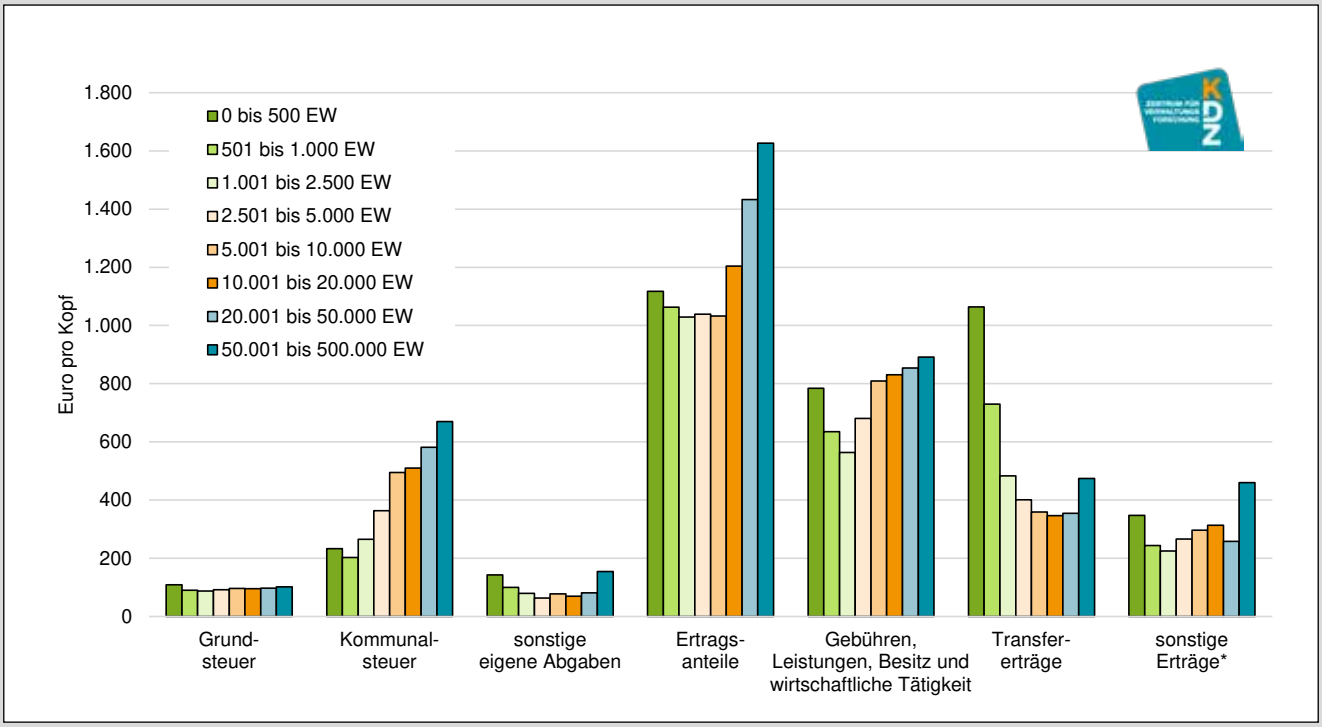
3.1 Erträge der Gemeinden

Im Gegensatz zum Finanzierungshaushalt berücksichtigt der Ergebnishaushalt auch nicht cashwirksame Einnahmen, etwa Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen. Zudem erfolgt eine periodengerechte Abgrenzung von Einzahlungen, beispielsweise durch die Verteilung von Investitionszuschüssen über die Nutzungsdauern des Anlagevermögens.

Ertragsstruktur hängt von Gemeindegröße ab

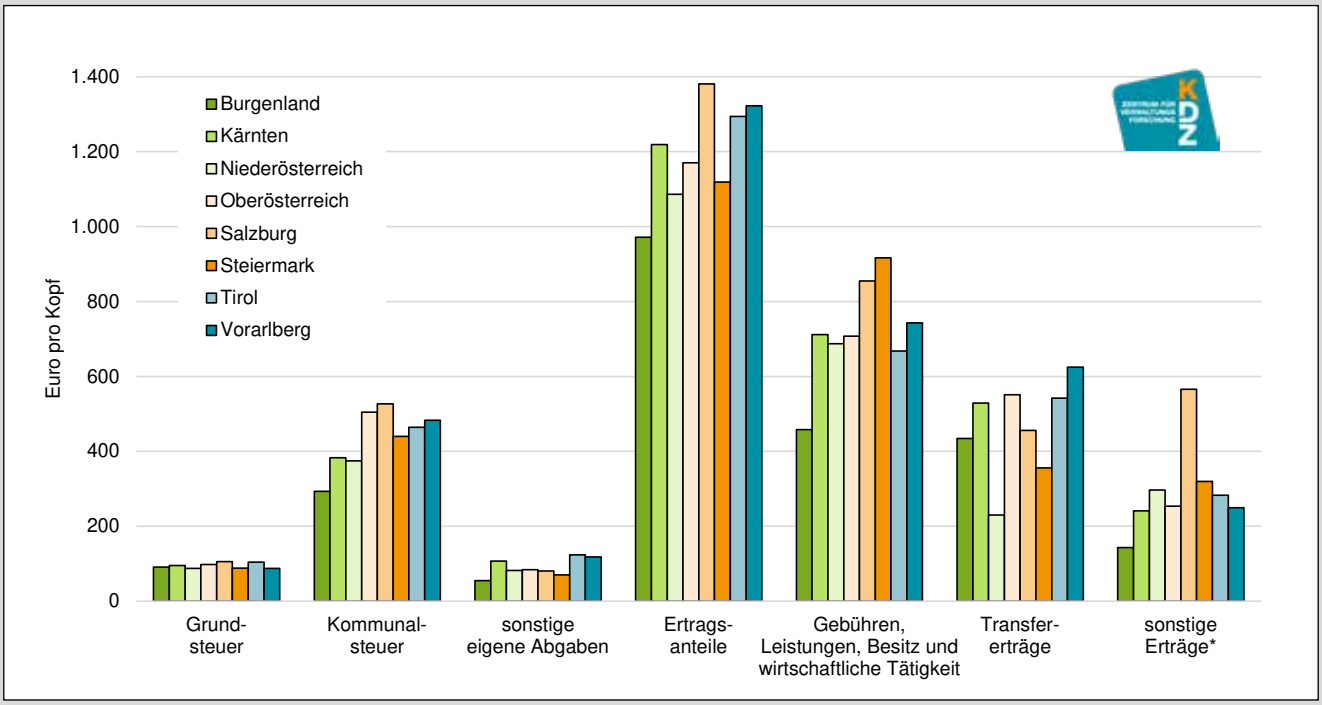
Die zentralen Einnahmenquellen einer Gemeinde spiegeln sich auch im Ergebnishaushalt wider. Differenziert nach EW-Klassen (Abbildung 18) spielen die Ertragsanteile eine wesentliche Rolle. Städte mit mehr als 10.000 EW erhalten durch den abgestuften Bevölkerungsschlüssel deutlich mehr Ertragsanteile pro Kopf, um die mit ihrer regionalen Versorgungsfunktion verbundenen Mehraufwendungen abzude-

Abbildung 18: Erträge nach EW-Klassen in Euro pro Kopf, 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.
Anmerkung: *) Sonstige operative Erträge und Finanzerträge

Abbildung 19: Erträge nach Bundesland in Euro pro Kopf, 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.
Anmerkung: *) Sonstige operative Erträge und Finanzerträge

cken. Gleichzeitig sind dafür die Transfererträge bei den zwei niedrigsten EW-Klassen überdurchschnittlich hoch. In erster Linie sind dies laufende Zuschüsse von Bund und Ländern (insbesondere Gemeinde-Bedarfszuweisungen zum Haushaltsausgleich, Zuschüsse für Kinderbetreuung und Schulen) sowie Kostenersätze von anderen Gemeinden (etwa aus Schulgemeindeverbänden).

Die eigenen Steuern und Abgaben stellen sich differenzierter dar – in Summe betrachtet sind sie weiterhin eine wesentliche Einnahmenquelle neben den Ertragsanteilen. Auf der einen Seite wird die vergleichsweise geringe Bedeutung der Grundsteuer quer durch alle EW-Klassen ersichtlich, während es sich auf der anderen Seite bei der Kommunalsteuer, deren Pro-Kopf-Aufkommen mit steigendender Bevölkerung zunimmt, anders verhält. Grund hierfür ist die höhere Anzahl an Mitarbeiter*innen in zentralen Orten. Sonstige eigene Abgaben sind bei den Kleinstgemeinden etwas höher, dies betrifft beispielsweise Fremdenverkehrsabgaben bei Tourismusgemeinden.

Eine weitere bedeutende Einnahmequelle der Gemeinden sind die Gebühren, bei denen es zu deutlichen Unterschieden nach EW-Klassen kommt. Zum Teil steigen die Gebühren und Leistungsentgelte mit der Gemeindegröße an, da in Städten in der Regel auch ein umfangreicheres Angebot zur Verfügung gestellt werden muss. Eine Ausnahme bilden wieder die Kleinstgemeinden bis 500 EW, da hier verstärkt Tourismusgemeinden mit einem umfangreicheren Leistungsangebot vertreten sind. Weiters ist auf zahlreiche Gemeindeverbände hinzuweisen, die teilweise auch die Gebühren selbst einheben, wodurch diese Erträge nicht in den Gemeindehaushalten aufscheinen.

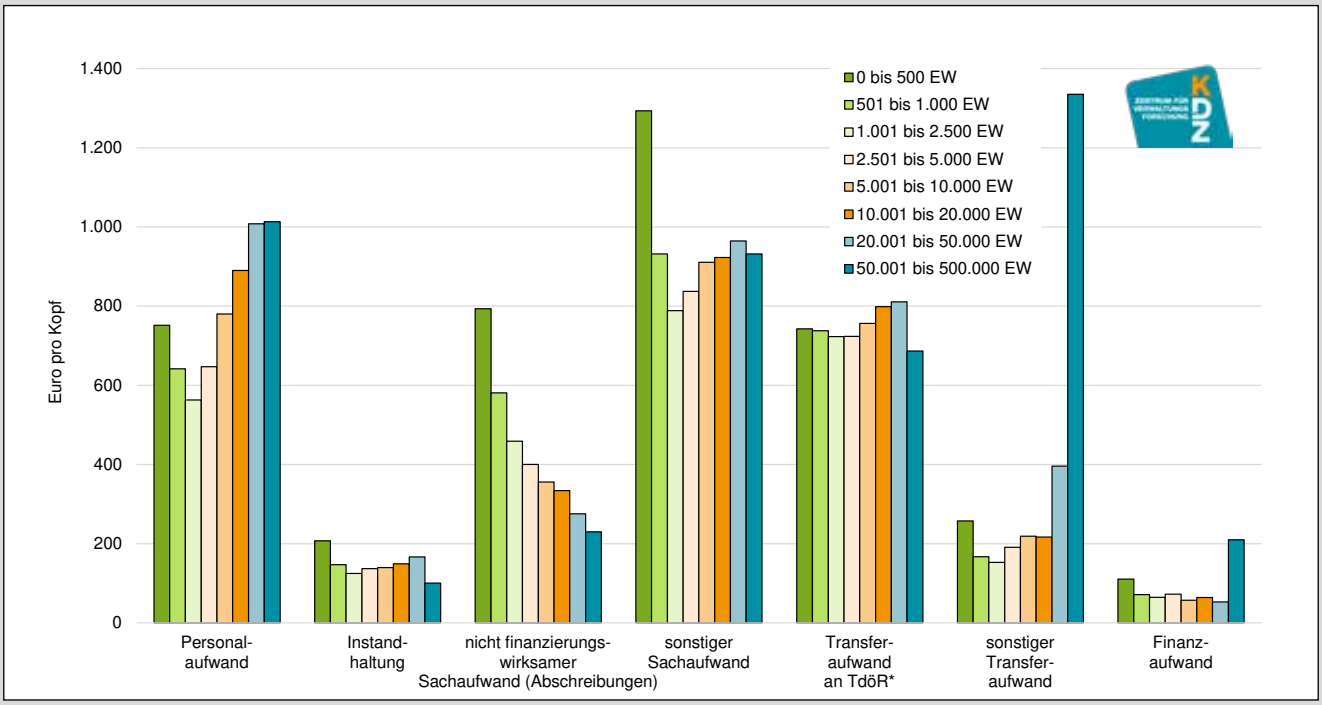
> *„Gebührenerträge variieren je nach Organisationsstruktur in den jeweiligen Bundesländern."*

Zu den sonstigen Erträgen zählen Finanzerträge und nicht finanzwirksame Erträge. In der größten EW-Klasse, die Personalrückstellungen vermehrt in ihrem Vermögenshaushalt aufweist, wirken sich Zinsschwankungen stärker aus. Steigen die Zinsen, werden Rückstellungen in der Regel aufgelöst, die dann als nicht finanzierungswirksamer Ertrag in das Nettoergebnis fließen. Auch die Bewertung von Finanzinstrumenten, die vermehrt in größeren Städten gehalten werden, beeinflusst diese Größe.

West-Ost-Gefälle bei Ertragsanteilen

Die Erträge der Gemeinden variieren je nach Bundesland und spiegeln deren unterschiedliche Finanzausstattung wider (Abbildung 19). Besonders deutlich wird dies bei der Kommunalsteuer. In Salzburg sind die Erträge daraus fast doppelt so hoch wie im Burgenland. Dies liegt unter ande-

Abbildung 20: Aufwendungen nach EW-Klassen in Euro pro Kopf, 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.
Anmerkung: *) Träger des öffentlichen Rechts

rem an höheren Löhnen und Gehältern in den westlichen Bundesländern sowie an der Vielzahl an Arbeitsstätten in Oberösterreich, die dort für überdurchschnittliche Kommunalsteuereinnahmen sorgen. Homogener sind die Erträge aus der Grundsteuer, die in allen Bundesländern annähernd gleich hoch ausfallen. Bei den sonstigen eigenen Abgaben erzielen tourismusstarke Bundesländer wie Kärnten, Tirol und Vorarlberg höhere Erträge aus Fremdenverkehrsabgaben.

Ein West-Ost-Gefälle zeigt sich bei den Pro-Kopf-Werten der Ertragsanteile. Dies ist auf die im FAG festgelegten Fixschlüssel zur Verteilung der Ertragsanteile auf die Bundesländer zurückzuführen, die teilweise auf historische Verteilungsschlüssel der ehemaligen Gemeindeabgaben basieren.

Bei den Gebühren, Erträgen aus Leistungen sowie aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit gibt es deutliche Unterschiede, die aus verschiedenen Organisationsformen kommunaler Dienstleistungen resultieren. So sind im Burgenland nahezu flächendeckend Gemeindeverbände für die Wasserversorgung und Abfallwirtschaft zuständig. Dadurch fallen die entsprechenden Erträge in den Gemeindehaushalten dort vergleichsweise gering aus.

In den Transfererträgen spiegeln sich vor allem die unterschiedlichen Förderpolitiken der Bundesländer (z. B. für Kinderbetreuung oder im Schulbereich) wider. So erhalten etwas die niederösterreichischen Gemeinden vergleichsweise geringe laufende Transfers, da sie im Gegensatz zu den anderen Bundesländern nicht selbst für die Personalkosten der Kindergartenpädagog*innen aufkommen. Auch die periodengerechte Auflösung erhaltener Investitionszuschüsse ist in dieser Position enthalten. Davon profitieren insbesondere jene Bundesländer, die rückwirkend Kapitaltransfers passiviert haben, beispielsweise Oberösterreich und Kärnten.

Die sonstigen Erträge sind eingeschränkt interpretierbar, da hier die Buchungspraktiken bei der Verrechnung zwischen der operativen Gebarung und Investitionsprojekten schwanken. Ferner sind hier Einmaleffekte aus der Veräußerung von Vermögenswerten enthalten.

3.2 Aufwendungen der Gemeinden

Die Gemeinden unterscheiden sich hinsichtlich der Struktur und Höhe der Aufwendungen, abhängig von der EW-Klasse und dem Bundesland. Diese Unterschiede resultieren aus verschiedenen institutionellen (z. B. Ausmaß an ausgelagerten Gesellschaften und Gemeindeverbänden), rechtlichen (z. B. Zusatzaufgaben von Statutarstädten) und funktionalen (z. B. regionale Versorgungsfunktion von zentralen Orten) Rahmenbedingungen. Auch die Bewertungsmethoden im Zuge der erstmaligen Erfassung aller Vermögenswerte im Jahr 2020 beeinflussten die Höhe der Abschreibungen nachhaltig.

Verschiedene Aufgaben spiegeln sich in Aufwandsstruktur wider

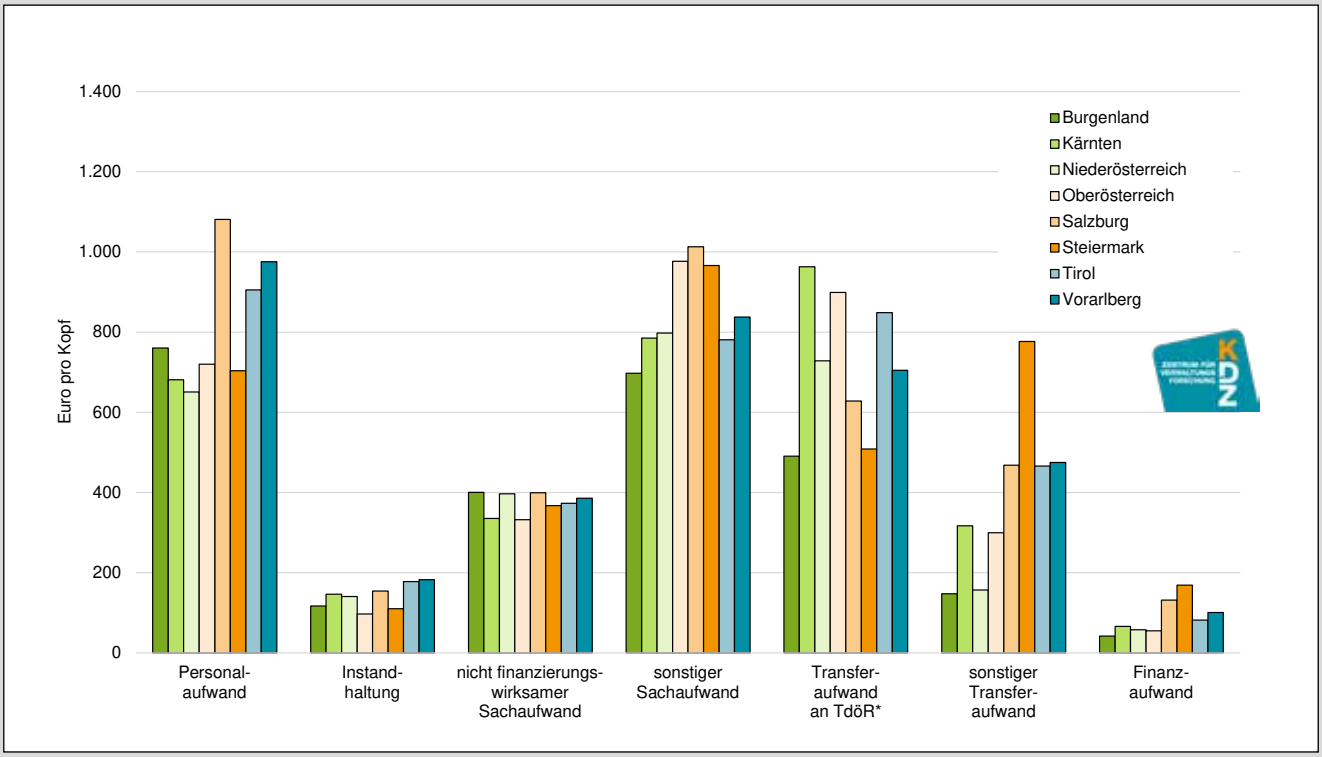
Die Aufwendungen differenziert nach EW-Klassen sind in Abbildung 20 dargestellt. Es zeigt sich, dass der Aufwand für Personal und für sonstige Transfers mit der EW-Klasse steigt. Umgekehrt sind die Pro-Kopf-Sachaufwände sowie Instandhaltungen in Kleinstgemeinden (bis 500 EW) deutlich höher als in den großen Städten.

Der Anstieg der Personalaufwendungen nach EW-Klasse ist damit zu erklären, dass Gemeinden ab einer bestimmten Größe ein umfangreicheres Aufgabenportfolio zu bewältigen haben als kleinere Gemeinden, wodurch auch mehr Personal benötigt wird. Bei den Statutarstädten werden etwa auch die Aufgaben der Bezirksverwaltungsagenden wahrgenommen. Bei den Gemeinden bis 500 EW bestehen hingegen ebenfalls höhere Pro-Kopf-Aufwendungen, da es unabhängig von der Bevölkerung eine Mindestanzahl an Bediensteten für die Kernaufgaben der Verwaltung geben muss.

Beim Sachaufwand werden Unterschiede in der Infrastrukturerhaltung deutlich. Die Instandhaltungen, der nicht finanzierungswirksame Sachaufwand (Abschreibungen) sowie der sonstige Sachaufwand (Kostenbeiträge, Energiekosten, Miete etc.) sind getrennt dargestellt. Bei Kleinstgemeinden sind die Fixkosten für verhältnismäßig wenige Einwohner*innen zu tragen. Größere Gemeinden haben eine regionale Versorgungsfunktion zu erfüllen, weswegen von den Infrastrukturen und Dienstleistungen der zentralen Orte neben der gemeindeeigenen Bevölkerung auch die der umliegenden Region profitiert. Bei den Instandhaltungen und Abschreibungen sind die Werte bei größeren Städten auch deshalb gering, da in diesem Bereich vermehrt Vermögen in Gesellschaften ausgelagert werden, beispielsweise in Immobiliengesellschaften.

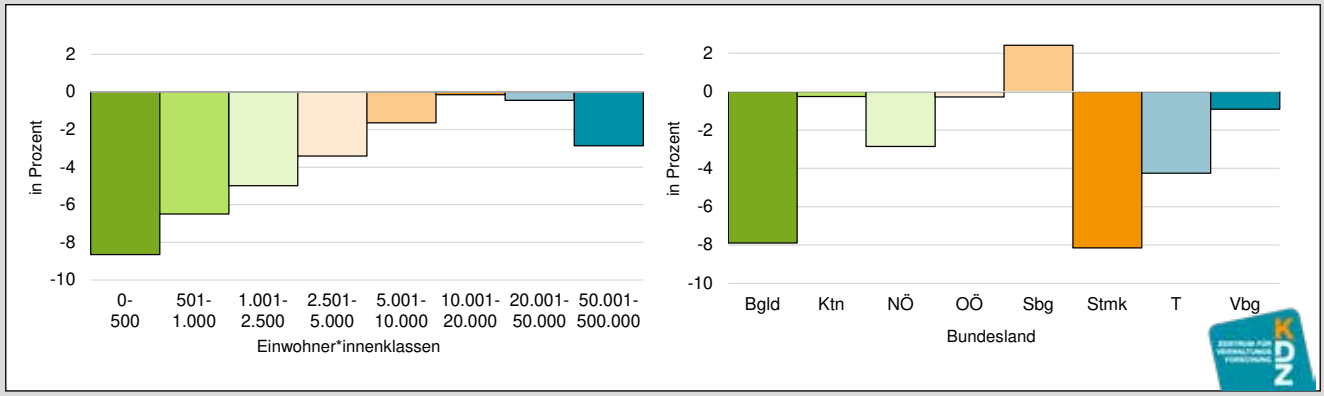
Beim Transferaufwand an Träger des öffentlichen Rechts, vor allem an die Länder, sind Städte ab 10.000 EW stärker belastet. Ausnahme sind die größten Städte, da einzelne Statutarstädte statt der Sozialhilfeumlage die Aufwendungen direkt tragen oder an andere Träger überweisen. Beim sonstigen Transferaufwand der Städte ab 20.000 EW schlagen sich vor allem Pensionsleistungen sowie Transfers an private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbszweck und Beteiligungen der Gemeinden nieder. Dies ist auf die tendenziell direkten Pensionsverpflichtungen der größeren Städte sowie die Auslagerung an Beteiligungen (z. B. Stadtwerke) zurückzuführen.

Abbildung 21: Aufwendungen nach Bundesland in Euro pro Kopf, 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.
Anmerkung: *) Träger des öffentlichen Rechts

Abbildung 22: Nettoergebnisquote (NEQ) nach EW-Klasse und Bundesland in Prozent, 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.

Der Finanzaufwand spielt eine vergleichsweise untergeordnete Rolle, wobei die größten Städte die höchste Belastung aufweisen. Dazu zählen Zinszahlungen sowie Bewertungsverluste von Finanzvermögen.

Rahmenbedingungen in den Bundesländern bestimmen die Aufwendungen

Die Aufwandsbelastung nach Bundesländern (Abbildung 21) resultiert im Wesentlichen aus unterschiedlichen rechtlichen oder institutionellen Vorgaben. In Niederösterreich sind beispielsweise die Personalaufwände vergleichsweise niedrig, da nur in diesem Bundesland die Kindergartenpädagog*innen beim Land angestellt sind. Am höchsten ist der Personalaufwand in Salzburg (hohe Anzahl an Bediensteten pro Kopf durch die Angestellten in kommunalen Heimeinrichtungen) und in Vorarlberg (hohes Einkommensniveau).

Bei den Instandhaltungen weisen die westlichsten Bundesländer die höchsten Werte auf, allerdings ohne deutlichen Abstand zu den übrigen Bundesländern. Der nicht finanzierungswirksame Sachaufwand schwankt eher gering zwischen den Bundesländern und pendelt sich zwischen 335 und 400 Euro pro Kopf ein. Im sonstigen Sachaufwand sind vor allem Kostenbeiträge und Verrechnungen enthalten. In dem Zusammenhang werden auch strukturelle Unterschiede sichtbar – insbesondere in Bezug darauf, welche Leistungen extern vergeben oder eigenständig erbracht werden.

Weitere Differenzen sind bei den Transferaufwendungen an Träger öffentlichen Rechts zu erkennen. Hier wirken sich die unterschiedlichen Ko-Finanzierungsregelungen in den Bereichen Soziales und Gesundheit aus. So liegt bspw. der Ko-Finanzierungsanteil an den Krankenanstalten im Burgenland nur bei 10 Prozent. In der Steiermark wird keine Krankenanstaltenumlage eingehoben, was sich in den geringen Pro-Kopf-Werten widerspiegelt. In anderen Bundesländern sind es jedoch bis zu 40 Prozent. Bei den sonstigen Transfers haben steiermärkische Gemeinden die höchsten Aufwendungen, wobei sich hier die Landeshauptstadt Graz mit hohen Pensionsleistungen und Transfers an Einrichtungen der allgemeinen Sozialhilfe überdurchschnittlich stark niederschlägt.

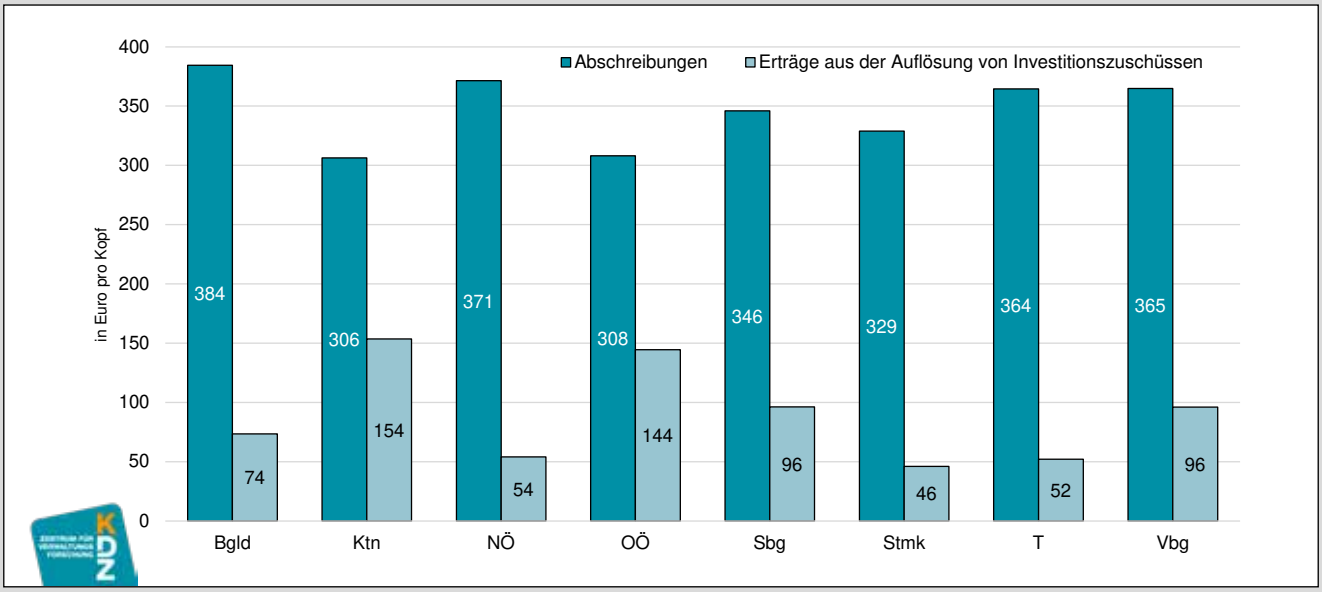
Beim Finanzaufwand, wozu vor allem Fremdkapitalzinsen zählen, weist die Steiermark den höchsten und das Burgenland den niedrigsten Wert pro Kopf aus.

> *„Nur Salzburger Gemeinden waren bei der NEQ in Summe positiv."*

3.3 Nettoergebnis

Das Nettoergebnis vor Rücklagen gibt am Ende eines Finanzjahres Auskunft darüber, ob eine Gemeinde ihre Kosten in der Periode annähernd decken konnte. Rücklagenbewegungen verändern das Nettoergebnis zusätzlich. Eine Rücklagenzuführung erfolgt in der Regel dann, wenn Überschüsse erzielt werden konnten, etwa in Gebührenhaushalten. Dies führt zu einer Reduzierung des Nettoergebnisses. Ob jedoch auch die entsprechenden liquiden Mittel vorhanden sind, lässt sich nur über den Vermögenshaushalt feststellen. In einigen Bundesländern ist zudem die Bildung von buchhalterischen Rücklagen möglich, was einen Bundesländervergleich erschwert. Rücklagen werden in der Regel entnommen, wenn die dafür gebundenen Zahlungsmittel für Investitionen verwendet werden. Eine Rücklagenentnahme führt zu einer Verbesserung des Nettoergebnisses. In manchen Bundesländern ist es jedoch möglich, buchhalterische Rücklagen aufzulösen, um den Ergebnishaushalt auszugleichen – ohne tatsächlich eine Investition zu tätigen.

Abbildung 23: Abschreibungen und Erträge aus der Auflösung von Investitionszuschüssen nach Bundesland in Euro pro Kopf, 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.

Nettoergebnis überwiegend negativ

Die über den Ergebnishaushalt ermittelte Nettoergebnisquote (NEQ) (Abbildung 22) zeigt, inwieweit die kommunalen Dienstleistungen und Infrastrukturen durch die Erträge gedeckt werden können. Dazu wird das Nettoergebnis vor Rücklagen durch die Aufwendungen dividiert. Ein negativer Wert sagt aus, dass die Mittelausstattung für das Leistungsportfolio sowie die Infrastrukturerhaltung nicht ausreichend ist.

Besonders kleinere Gemeinden sind aufgrund ihres hohen Pro-Kopf-Vermögens stärker durch Abschreibungen belastet. Gleichzeitig fallen ihre Erträge aus Kommunalsteuer und Ertragsanteilen geringer aus als in größeren Städten. Dies führt zu den negativen Werten in den kleineren EW-Klassen. Die besten Quoten wiesen die Städte mit 10.000 bis 50.000 EW aus. Ab 50.000 EW schlugen sich höhere Dotierungen für Pensionsrückstellungen nieder, was das Nettoergebnis verschlechterte.

Im Bundesländervergleich verzeichneten die Gemeinden des Burgenlands und der Steiermark mit –8 Prozent die höchsten negativen Werte. Die Tiroler Gemeinden lagen mit –4 Prozent bei der Hälfte dieser beiden Länder. Im Burgenland und in der Steiermark führten geringere Einnahmen aus Ertragsanteilen und eigenen Abgaben sowie ein sprunghafter Anstieg der Transferaufwendungen zu diesem Ergebnis. Bundeslandspezifische Unterschiede, etwa die Organisation von Dienstleistungen in Verbänden oder die Buchung von Bedarfszuweisungsmitteln, können jedoch die Vergleichbarkeit einschränken.

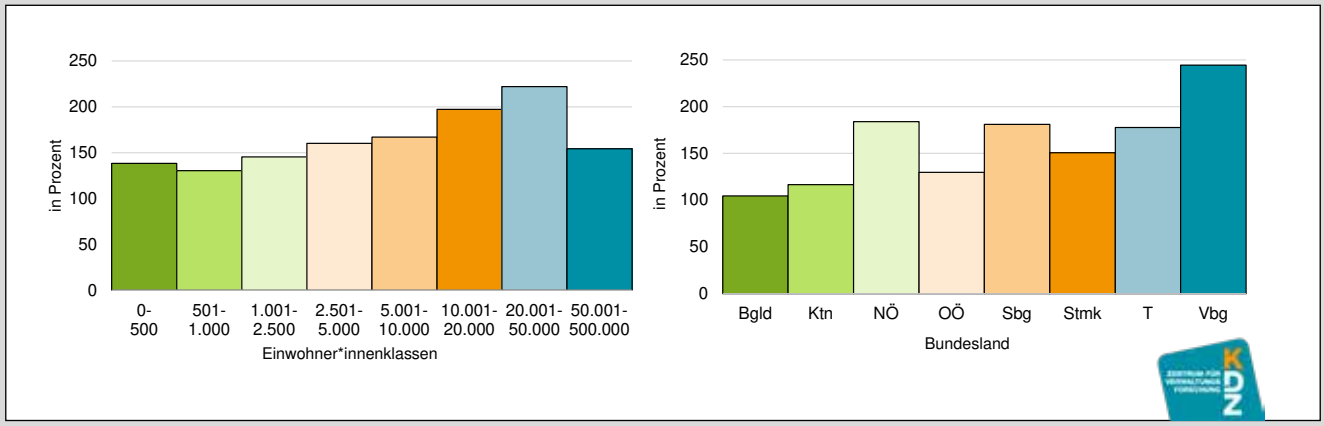
3.4 Abschreibungen und Substanzerhaltung

Insgesamt lagen die Abschreibungen 2023 bei 2,4 Mrd. Euro und entsprachen damit 10 Prozent der Gesamtaufwendungen. Parallel dazu wurden im selben Jahr Investitionszuschüsse von 0,6 Mrd. Euro aufgelöst. Die Auflösung von passivierten Investitionszuschüssen entlastet das Nettoergebnis.

Abschreibungen gleichmäßig verteilt

Im Bundesländervergleich variiert die Belastung durch Abschreibungen zwischen 306 Euro pro Kopf in Kärnten und 384 Euro pro Kopf im Burgenland (Abbildung 23). Ein wesentlicher Aspekt bei den Abschreibungen sind die Erträge aus der Auflösung von Investitionszuschüssen. In Kärnten und Oberösterreich wurden Investitionszuschüsse bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz so weit wie möglich vollständig nacherfasst, was sich langfristig positiv auf das Nettoergebnis vor Rücklagen auswirkt. Unterschiedlich verbucht werden auch Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel (BZ-Mittel). Während das Burgenland, Kärnten, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg ihre Bedarfszuweisungsmittel in den Investitionszuschüssen passivieren und in der Folge über die Nutzungsdauer auflösen, wird dies in Niederösterreich, der Steiermark und Tirol nicht so gehandhabt. Das hat auch Auswirkungen auf die Erträge aus den Auflösungen von Investitionszuschüssen. In diesen Bundesländern erfolgt die Entlastung des Ergebnishaushalts teilweise über die Rücklagenveränderung oder durch den vollen Ertrag im Jahr des Zuflusses der BZ-Mittel.

Abbildung 24: Substanzerhaltungsquote (SEQ) nach EW-Klasse und Bundesland, 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.

Neuinvestitionen übersteigen die Abschreibungen

Mit der Substanzerhaltungsquote (SEQ) (Abbildung 24) wird beurteilt, ob das Sachanlagevermögen durch Neuinvestitionen erhalten, vermehrt oder vermindert werden konnte. Die Kennzahl wird berechnet, indem die Investitionen des Jahres in Relation zu den Abschreibungen gesetzt werden. Werte unter 100 deuten darauf hin, dass die getätigten Investitionen nicht ausreichen, um die Abschreibungen des bestehenden Sachanlagevermögens zu kompensieren.

Nach EW-Klassen zeigte sich für 2023 ein sehr differenziertes Bild. Keine Klasse fiel unter die 100 Prozent, wobei Gemeinden mit 20.000 bis 50.000 EW den höchsten Wert (222 Prozent) auswiesen. Somit wurde rund mehr als doppelt so viel investiert, als Vermögen abgeschrieben wurde.

Im Bundesländervergleich heben sich vor allem die Vorarlberger Gemeinden hervor. Hier wurde fast 2,5-mal so viel investiert als abgeschrieben. Ein Mitgrund könnte sein, dass die Wiederbeschaffungspreise tendenziell höher sind im westlichsten Bundesland als beispielsweise im Burgenland, das knapp über 100 Prozent Substanzerhaltungsquote erzielte.

> *„Vorarlberger Gemeinden haben das 2,5-Fache der Abschreibungen reinvestiert."*

3.5 Resümee

Den Gesamterträgen von 23,2 Mrd. Euro (2022: 23,4) stehen Aufwendungen von 23,9 Mrd. Euro (2022: 21,6) gegenüber. Somit ergibt sich für das Jahr 2023 in Summe ein negatives Nettoergebnis vor Rücklagen in Höhe von –676 Mio. Euro.[10] Dieser Verlust ist insbesondere auf die Stagnierung bei den Erträgen bei gleichzeitigen Steigerungen von 12 Prozent beim Personalaufwand bzw. 11 Prozent beim Transferaufwand zurückzuführen.

10) Ohne Bereinigung der Erträge aus Bedarfszuweisungsmitteln beträgt das Nettoergebnis in Summe –94 Mio. Euro.

Kleinere Gemeinden konnten ihre Aufwendungen nicht mit den Erträgen decken. Einnahmenseitig steigen nämlich die Erträge bei Kommunalsteuer und die Ertragsanteile mit der Bevölkerung an. Umgekehrt ist es bei den Transfererträgen, hier profitieren vermehrt kleinere Gemeinden. Gleichzeitig ist jedoch der Sachaufwand in kleineren Gemeinden um ein Vielfaches höher (insbesondere Abschreibungen), während der Personal- und Transferaufwand mit der EW-Klasse ansteigt.

Die Bundeslandbetrachtung liefert unterschiedliche Ergebnisse. Hierzu ist jedoch festzuhalten, dass ein Vergleich aufgrund bundeslandweise unterschiedlicher Organisations- und Kostenstrukturen (z. B. Personalaufwand von Pflegeheimen oder Kindergartenpädagog*innen) sowie Ko-Finanzierungsregelungen eingeschränkt ist. Außerdem fallen größere Landeshauptstädte bei einzelnen Bundesländern stark ins Gewicht.

Als wesentlicher Posten wurden die Abschreibungen vertiefend ausgewertet. Die Bundesländer schwanken mit der Abschreibungslast innerhalb einer kleinen Bandbreite, wobei burgenländische Gemeinden den höchsten Wert aufweisen. Die Mitbetrachtung der Erträge aus der Auflösung von Investitionszuschüssen veranschaulicht zudem die Entlastung für das Nettoergebnis. Kärnten und Oberösterreich entlasten demnach ihren Ergebnishaushalt um über die Hälfte der Abschreibungen.

Bei der Substanzerhaltungsquote haben Städte zwischen 10.000 und 50.000 EW im Jahr 2023 am meisten investiert, teilweise mehr als das Doppelte von Buchwerten, die abgeschrieben wurden. Von den Bundesländern haben Vorarlberger Gemeinden in diesem Sinn am meisten reinvestiert.

4 Vermögenshaushalt

Vermögenszuwachs von 1,5 Mrd. Euro trotz Einnahmenrückgängen

In Summe kamen alle Gemeinden in Österreich auf ein Vermögen von 89,3 Mrd. Euro, was einem Zuwachs von 1,5 Mrd. Euro – insbesondere bei Gebäude und Bauten – im Vergleich zum Vorjahr entsprach. Davon waren 76 Prozent in Grundstücken, Straßen, Gebäuden sowie Wasser- und Abwasseranlagen gebunden. Das sind wesentliche Anlagen für die Sicherung der Daseinsvorsorge, die auch erhalten und finanziert werden müssen. Umso positiver ist es, dass ein Großteil davon, nämlich 76 Prozent des Gesamtvermögens, aus Eigenmitteln inklusive nicht rückzahlbaren Investitionszuschüssen finanziert werden konnte.

Der nachfolgende Überblick zeigt die Zusammensetzung des Gemeindevermögens zum Stichtag 31.12.2023. Durch die Darstellung in Form einer Bilanz werden die Vermögenswerte den Finanzierungsquellen gegenübergestellt, wodurch sich sowohl die Struktur als auch die Nachhaltigkeit der kommunalen Haushaltsführung analysieren lassen. Besonderes Augenmerk liegt auf dem Nettovermögen (Eigenkapital) sowie der Liquidität, da diese Indikatoren zentrale Aussagen über die finanzielle Stabilität und die Handlungsspielräume der Gemeinden ermöglichen.

4.1 Vermögen der Gemeinden

Das Vermögen stellt die Substanz dar, die die Gemeinden zu erhalten haben. Gegenübergestellt sind das Nettovermögen (Eigenkapital), passivierte Investitionszuschüsse und Fremdmittel, wodurch ein Überblick entsteht, wie das Gemeindevermögen finanziert wurde (Abbildung 25).

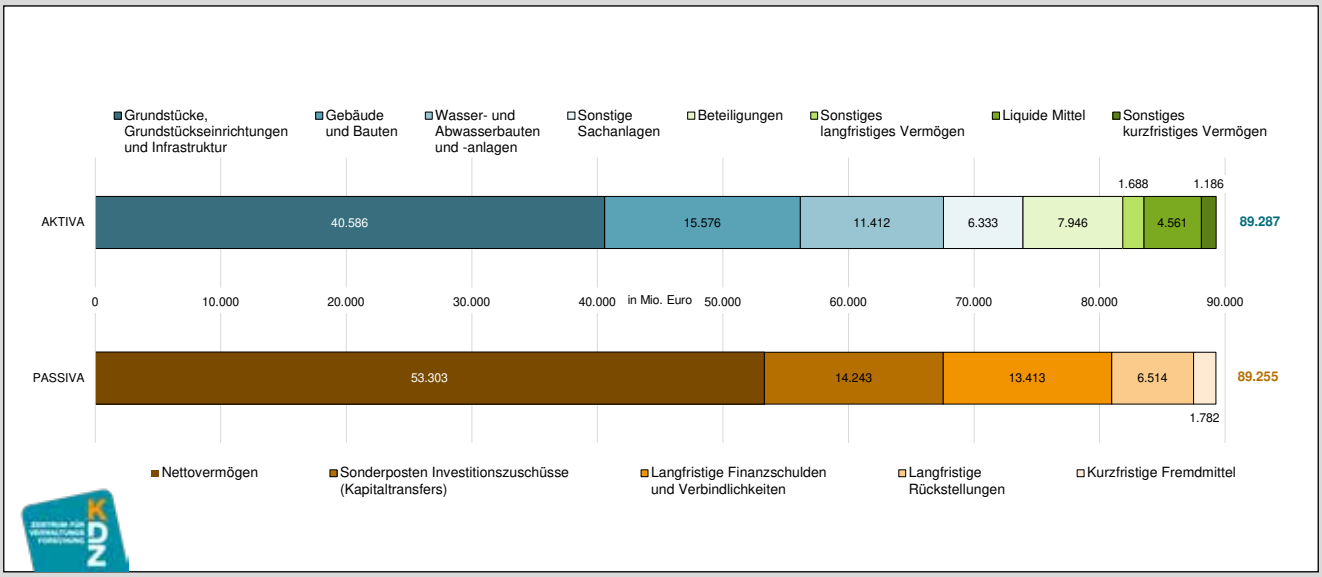
> *„76 % des Vermögens sind in Sachanlagen der Daseinsvorsorge gebunden."*

Gebäude und Bauten mit starkem Zuwachs

Den mit Abstand größten Anteil am Vermögen mit 46 Prozent hatten die Grundstücke, Grundstückeinrichtungen und die Infrastruktur. Unter die 40,6 Mrd. Euro Buchwert fielen bebaute und unbebaute Grundstücke sowie sämtliche Straßeninfrastruktur, darunter etwa Straßen, Radwege und Verkehrszeichen. Hier ist zu beachten, dass Grundstücke keiner Abschreibung unterliegen. Straßengrundstücke wurden aufgrund der eingeschränkten Nutzungsmöglichkeit im Zuge der Erstbewertung in vielen Bundesländern mit einem hohen Abschlagssatz versehen und mit niedrigen Werten aufgenommen.

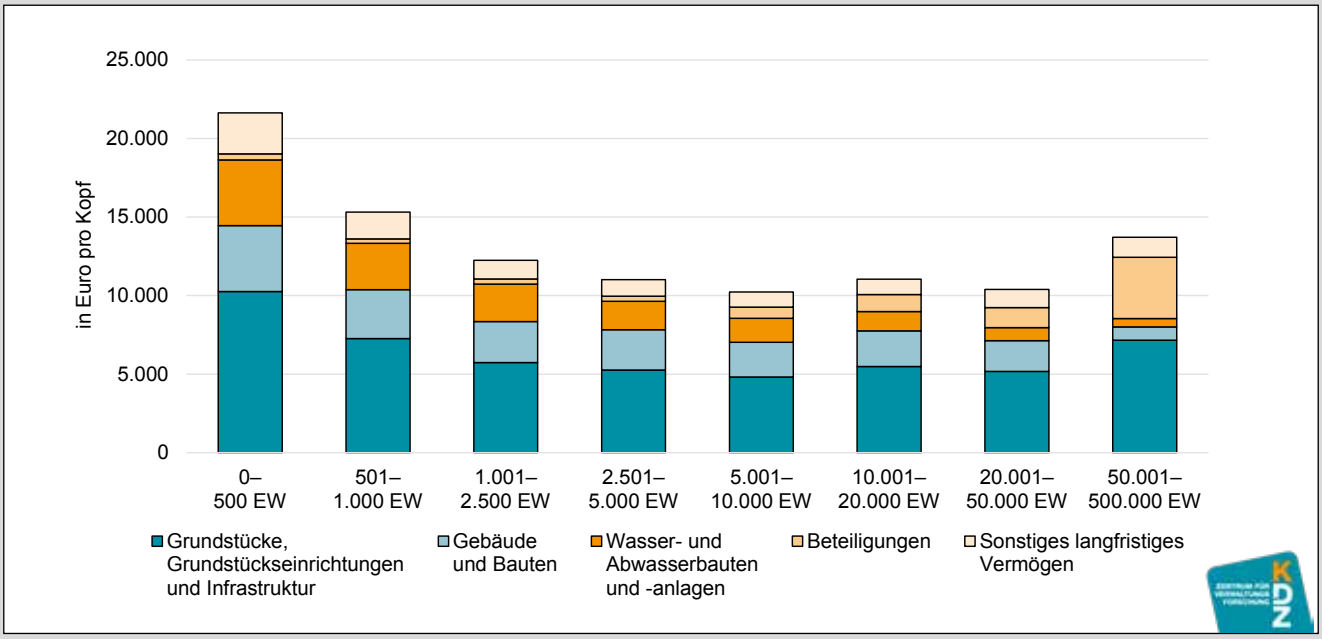
Den nächstgrößten Anteil am Vermögen bildeten die Gebäude und Bauten mit 17 Prozent bzw. 15,6 Mrd. Euro. Dies sind etwa Schul- und Kindergartengebäude, Amtsgebäude, Gemeindewohnungen sowie Veranstaltungs- und Sporthallen. Diese Vermögenskate-

Abbildung 25: Vermögenshaushalt im Überblick, 31.12.2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.
Anmerkung: Vier Gemeinden weisen im Gemeindefinanzdatensatz der Statistik Austria abweichende Summen von Aktiva und Passiva auf. Dies bedingt eine österreichweite Differenz von etwa 31,7 Mio. Euro.

Abbildung 26: Langfristiges Vermögen nach EW-Klasse in Euro pro Kopf, 31.12.2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.

gorie verzeichnete im Vergleich zum Vorjahr den höchsten Zuwachs (+1 Mrd. Euro).

Mit 13 Prozent bzw. 11,4 Mrd. Euro waren die Wasser- und Abwasserbauten und -anlagen ein wesentlicher Bestandteil des Gemeindevermögens. Dazu zählen sämtliche Wasserleitungen, Aufbereitungsanlagen und Kanalnetze. Hier kommt es zwischen den Gemeinden zu erheblichen Unterschieden, je nachdem, ob es in der Region einen (Ab-)Wasserverband gibt, der das Anlagevermögen für die Ver- und Entsorgung übernommen hat.

Auf der Aktivseite noch betraglich relevant waren Beteiligungen in Höhe von 7,9 Mrd. Euro (9 Prozent), die jährlich mit dem Anteil am Eigenkapital bewertet werden. Der Beteiligungsansatz steht somit für den Anteil der Gemeinde am aktuellen Eigenkapital der Beteiligung und nicht für die historischen Anschaffungs- oder Gründungskosten. Diese Differenz zwischen Anschaffungswert und Beteiligungsansatz befindet sich auf der Passivseite unter der Neubewertungsrücklage. Beteiligungen sind Anteile an Unternehmen und verwalteten Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, vor allem Personen- und Kapitalgesellschaften. Nicht umfasst sind Verbände und Vereine.

Die liquiden Mittel inklusive Zahlungsmittelreserven machten mit 4,6 Mrd. Euro rund 5 Prozent des Vermögens aus.

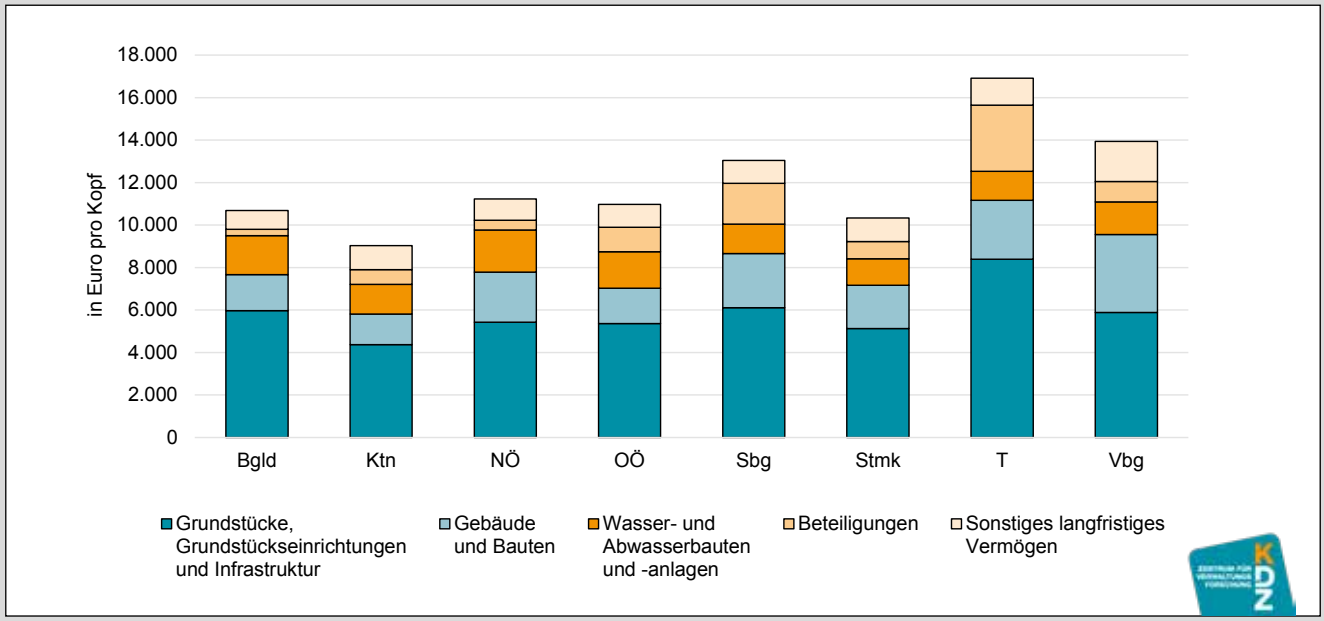
Dem Vermögen (Aktivseite) standen Nettovermögen (Eigenkapital), Investitionszuschüsse und Fremdmittel gegenüber. Mit 53,3 Mrd. Euro Nettovermögen und 14,2 Mrd. Euro Investitionszuschüssen wiesen die Gemeinden eine solide Finanzierung des Vermögens auf, nämlich zu 76 Prozent durch Eigenmittel. Weitere 13,4 Mrd. Euro waren bilanzierte Finanzschulden und Verbindlichkeiten (15 Prozent). Die langfristigen Rückstellungen machten 6,5 Mrd. Euro aus und setzten sich hauptsächlich aus Personalrückstellungen zusammen.

Unterschiede im Vermögen nach EW-Klasse

Das langfristige Vermögen zeigte nach EW-Klassen eine signifikant höhere Kopfquote bei den kleineren Gemeinden bis 500 EW (Abbildung 26). Hier ist zu erwähnen, dass verstärkt Tourismusgemeinden mit hohen Infrastrukturbedarfen vertreten sind.

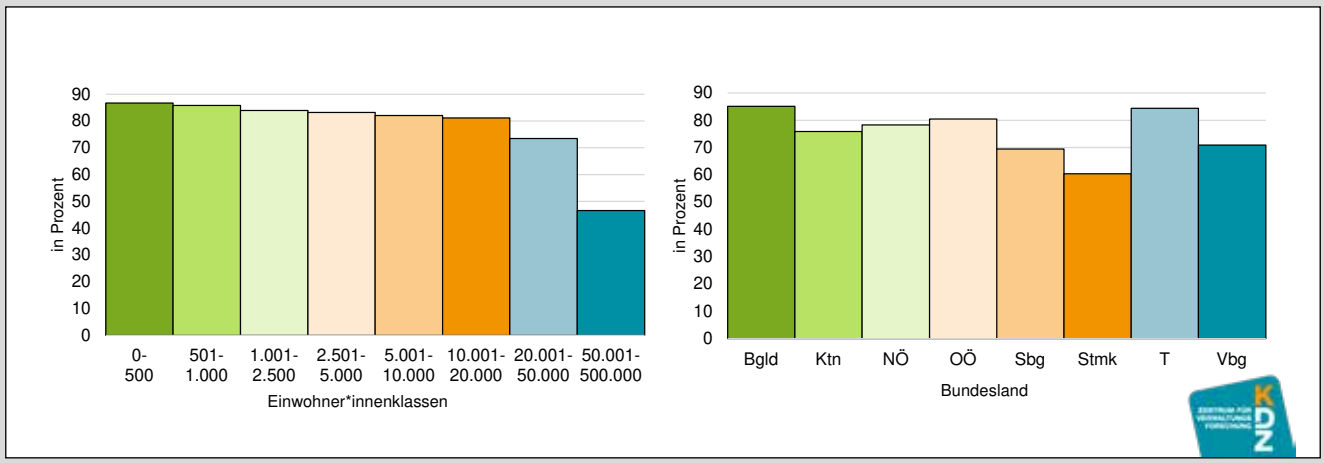
Vor allem die Verteilung auf die Vermögensarten ist aufschlussreich. In allen EW-Klassen betrug der Anteil an Grundstücken, Grundstückseinrichtungen und Infrastruktur rund 50 Prozent des langfristigen Vermögens. Wasser- und Abwasserbauten und -anlagen machten in den Gemeinden bis 2.500 EW einen gewichtigeren Anteil aus als in den oberen EW-Klassen. Die Auslagerung des Sachanlagevermögens in Verbände oder in Unternehmen kann das Vermögensbild stark beeinflussen. So war ein hoher Anteil an Beteiligungen pro Kopf besonders bei den Städten mit über 50.000 EW festzustellen. Beteiligungen werden mit dem Anteil am Eigenkapital aufgenommen, Verbände scheinen hingegen nicht im Vermögenshaushalt auf.

Abbildung 27: Langfristiges Vermögen nach Bundesland in Euro pro Kopf, 31.12.2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.

Abbildung 28: Nettovermögensquote (NVQ) nach EW-Klasse und Bundesland, 31.12.2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.

Höchstes Pro-Kopf-Vermögen in Tirol

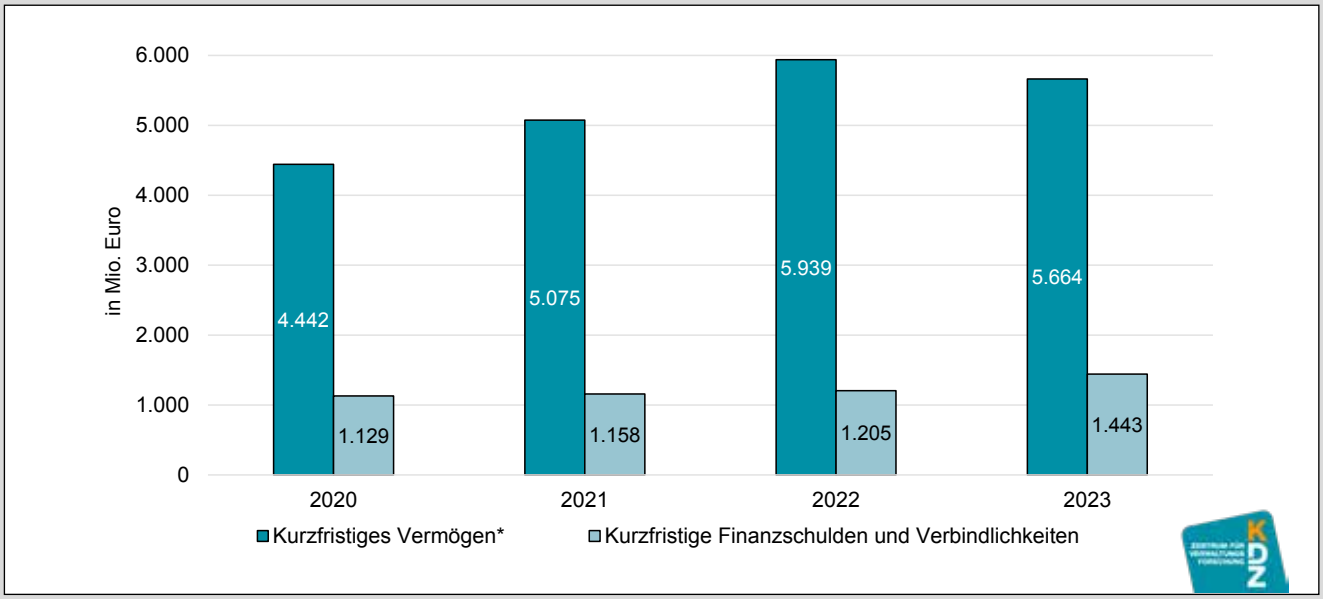
Im Bundesländervergleich wiesen die Gemeinden in Tirol fast doppelt so hohe Vermögenswerte pro Kopf aus als die Gemeinden aus dem Bundesland Kärnten (Abbildung 27). Dies könnte zum Teil durch unterschiedliche Erstbewertungsvorgaben bei Straßengrundstücken, Eigentumsstrukturen sowie Grundstückspreise in den Bundesländern begründet sein. Tirol hatte bei den Kategorien Grundstücke, Grundstückseinrichtungen und Infrastruktur (8.395 Euro) sowie bei den Beteiligungen (3.120 Euro) die höchsten Pro-Kopf-Werte. Bei Gebäude und Bauten lag Vorarlberg an der Spitze mit 3.669 Euro pro Kopf.

4.2 Nettovermögen

In Summe verfügten alle Gemeinden in Österreich über ein Nettovermögen (Eigenkapital) in Höhe von 53,3 Mrd. Euro. Davon betrug der Saldo der Eröffnungsbilanz 39,4 Mrd. Euro. Dieser buchhalterische Wert wurde aus der Differenz der Erstbewertung von Vermögen und Kapital gebildet (Eröffnungsbilanz aller Gemeinden zum 01.01.2020) und wird grundsätzlich unverändert fortgeschrieben.

Die NVQ stellt dar, wie weit das Vermögen mit eigenen Mitteln finanziert werden kann, und gibt somit Auskunft über die Kapitalstruktur einer Gemeinde (Abbildung 28). Das Nettovermögen inklusive der Investitionszuschüsse wird

Abbildung 29: Kurzfristiges Vermögen sowie kurzfristige Finanzschulden und Verbindlichkeiten in Mio. Euro, 2020 bis 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2020 bis 2023.
Anmerkung: *) Kurzfristige Forderungen, liquide Mittel und aktive Finanzinstrumente/kurzfristiges Finanzvermögen.

durch die Summe der Aktiva dividiert. Je höher der Wert ist, umso geringer sind die Finanzschulden und damit die Belastung der Gemeinde durch Tilgungen und Zinsen.

Nettovermögensquote sinkt mit der EW-Klasse

Werden die EW-Klassen verglichen, weisen die Gemeinden bis 500 EW die höchste NVQ von 87 Prozent aus. Danach sinkt die Quote mit zunehmender Gemeindegröße ab. Die niedrigste Quote haben Gemeinden mit über 50.000 EW. In dieser Klasse betrug die NVQ knapp die Hälfte (47 Prozent) des Wertes der kleinsten Klasse. Dies könnte unter anderem auf die Tendenz größerer Städte zurückgeführt werden, vom Passivierungswahlrecht der Pensionsrückstellungen Gebrauch gemacht zu haben. Somit sind auch größere Städte stärker von Zinsschwankungen in dieser Kennzahl betroffen, da damit die Personalrückstellungen jährlich bewertet werden.

Im Bundesländervergleich wiesen die steiermärkischen Gemeinden zusammen mit 60 Prozent die geringste Quote auf, das Burgenland mit 85 Prozent den höchsten Wert. In der Steiermark fällt die Landeshauptstadt Graz bei dieser Bewertung durch einen hohen Anteil an Fremdmitteln und Pensionsrückstellungen stark ins Gewicht.

4.3 Liquiditätslage

Das kurzfristige Vermögen umfasst alle Vermögenswerte, die innerhalb eines Jahres in liquide Mittel umgewandelt werden können, dazu zählen Forderungen, kurzfristiges Finanzvermögen, Bankguthaben und Kassenbestände. Die Höhe des kurzfristigen Vermögens zeigt außerdem die einsetzbaren liquiden Reserven für Investitionen zu einem Stichtag. In den liquiden Mitteln sind nämlich auch die Zahlungsmittelreserven (in Verbindung mit Haushaltsrücklagen) enthalten, die in der Regel für Investitionen zweckgebunden sind. Wird das kurzfristige Vermögen den kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenübergestellt – das sind Schulden, die innerhalb eines Jahres fällig sind –, kann die Zahlungsfähigkeit einer Gemeinde beurteilt werden.

> *„Bis zu 50 % des kfr. Vermögens sind in Zahlungsmittelreserven gebunden."*

Kurzfristiges Vermögen übersteigt kurzfristige Verbindlichkeiten

Das kurzfristige Vermögen ist von 2020 bis 2022 kontinuierlich angewachsen (Abbildung 29). Im Jahr 2023 ist dieses dann auf 5,7 Mrd. Euro leicht zurückgegangen. Gleichzeitig sind die kurzfristigen Verbindlichkeiten angestiegen und erreichen im Jahr 2023 1,4 Mrd. Euro. Das ist rund ein Viertel des kurzfristigen Vermögens.

Die Zahlungsmittelreserven sind wesentlich, um in Krisenzeiten ein finanzielles Sicherheitspolster zu haben. Es ist jedoch zu beachten, dass ein Großteil der Rücklagen zweckgebunden ist und nur für Investitionen in bestimmten Bereichen zur Verfügung steht (vor allem Abwasserentsorgung und Wasserversorgung). Schätzungsweise betrifft dies 40 bis 50 Prozent des kurzfristigen Vermögens, da nicht alle Gemeinden die Zahlungsmittelreserven buchhalterisch abbilden.

4.4 Resümee

Die Bilanz ist eine Gegenüberstellung des bewerteten Vermögens mit den Eigen- und Fremdmitteln. In Summe kamen alle Gemeinden in Österreich auf ein Vermögen von 89,3 Mrd. Euro, was einem Zuwachs von 1,5 Mrd. Euro – insbesondere bei Gebäude und Bauten – im Vergleich zum Vorjahr entsprach. Davon waren 76 Prozent in Grundstücken, Straßen, Gebäuden sowie Wasser- und Abwasseranlagen gebunden. Das sind wesentliche Anlagen für die Sicherung der Daseinsvorsorge, die auch erhalten und finanziert werden müssen.

Umso positiver ist es, dass ein Großteil davon, nämlich 76 Prozent des Gesamtvermögens, aus Eigenmitteln inkl. nicht rückzahlbaren Investitionszuschüssen finanziert werden konnte. Das gesamte langfristige Vermögen war auch mit langfristigem Kapital gedeckt.

Den Gemeinden standen 5,7 Mrd. Euro an kurzfristigem Vermögen zur Verfügung. Dem stehen kurzfristige Verbindlichkeiten in Höhe von 1,4 Mrd. Euro gegenüber, lediglich ein Viertel des kurzfristigen Vermögens. Die Zahlungsfähigkeit der österreichischen Gemeinden ist grundsätzlich gegeben, jedoch sind 40 bis 50 Prozent des kurzfristigen Vermögens in Zahlungsmittelreserven für Investitionen zweckgebunden.

Die Kennzahl der NVQ sinkt mit steigender Bevölkerung. Insbesondere große Städte weisen vor allem aufgrund der höheren Fremdmittel durch die Passivierung von Pensionsrückstellungen niedrige Werte auf.

5 Investitionen und deren Finanzierung

Investitionen 2023 wieder auf Vorkrisenniveau

Mit rund 30 Prozent der öffentlichen Investitionen stellen die Gemeinden einen zentralen öffentlichen Investor dar. Die gesamten kommunalen Investitionen inkl. außerbudgetären Einheiten (ohne Wien) lagen 2023 bei 4,5 Mrd. Euro, während es 2022 noch 4,0 Mrd. Euro waren. Dieser Anstieg ist zu einem hohen Anteil auf die Inflation zurückzuführen. Bei Betrachtung eines längeren Zeitraums zeigt sich ein überdurchschnittlicher Anstieg der Investitionen im Zeitraum 2017 bis 2019. Danach kam es krisenbedingt mit 2020 zu einem Rückgang, der mittlerweile aufgeholt werden konnte.

Im Folgenden werden die Investitionen der Gemeinden aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Zunächst wird die Entwicklung sämtlicher erfasster Investitionen dargestellt: Dies betrifft die Investitionen der Gemeinden gemäß Rechnungsabschlüssen (Kernhaushalt und Quasi-Kapitalgesellschaften) sowie die Bruttoanlageinvestitionen der außerbudgetären Einheiten gemäß ESVG.[11]

Anschließend wird auf die Beiträge der unterschiedlichen Ebenen zu den öffentlichen Investitionen und auf die Investitionen aus den Gemeindebudgets laut den Rechnungsabschlüssen (exklusive ausgelagerter Einheiten) gesondert fokussiert. Bei Letzterem ist zu beachten, dass insbesondere in Städten Investitionen oftmals an ausgelagerte Gesellschaften übertragen werden.

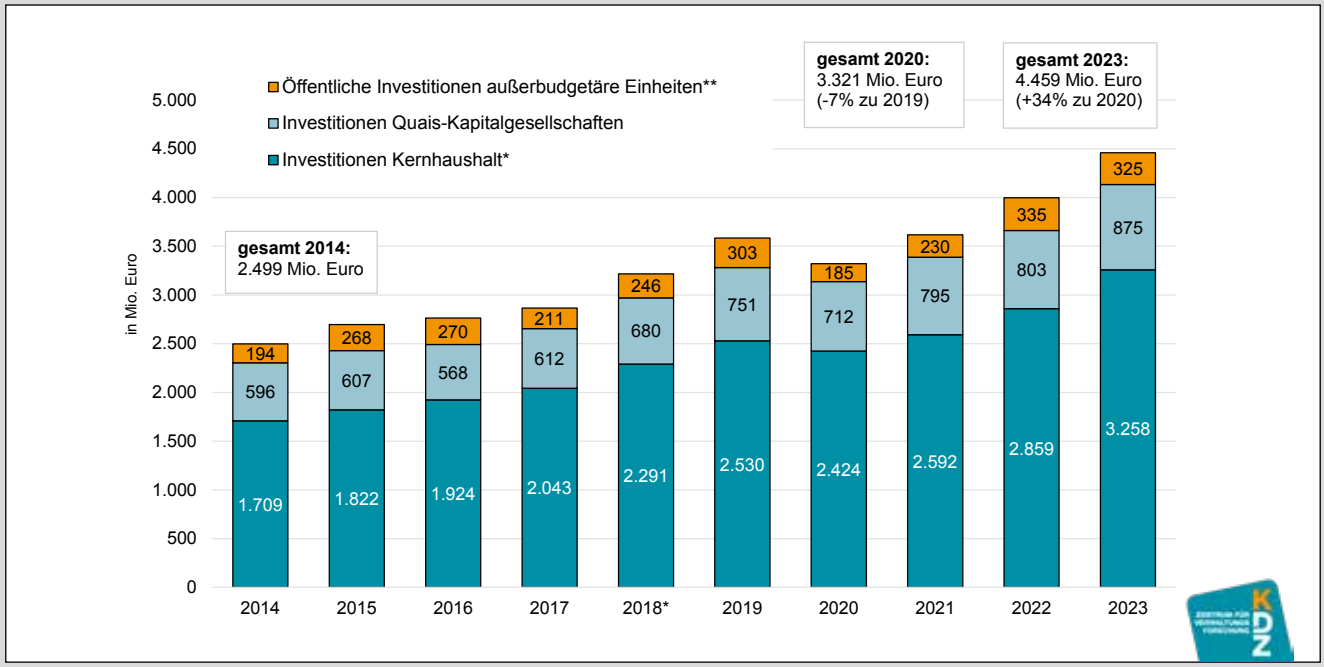
In den Abbildungen werden die Investitionen ohne Wien dargestellt, da Wien aufgrund der Doppelfunktion als Land und Gemeinde hier gesondert zu beurteilen ist. Da Wiens Investitionen jedoch stark die kommunalen Infrastrukturen betreffen, wird textlich auf die Investitionen in Wien hingewiesen.

11) *Im Kernhaushalt finden sind Investitionen der Gemeinden ohne Quasi-Kapitalgesellschaften, die v. a. die im Gemeindehaushalt geführten Gebührenbereiche Abwasser, Wasser und Müll betreffen. Außerbudgetäre Einheiten sind ausgegliederte Gesellschaften wie Stadtwerke oder Immobiliengesellschaften der Gemeinden. Nähere Ausführungen finden sich im methodischen Anhang.*

5.1 Kommunale Investitionen im Zeitverlauf

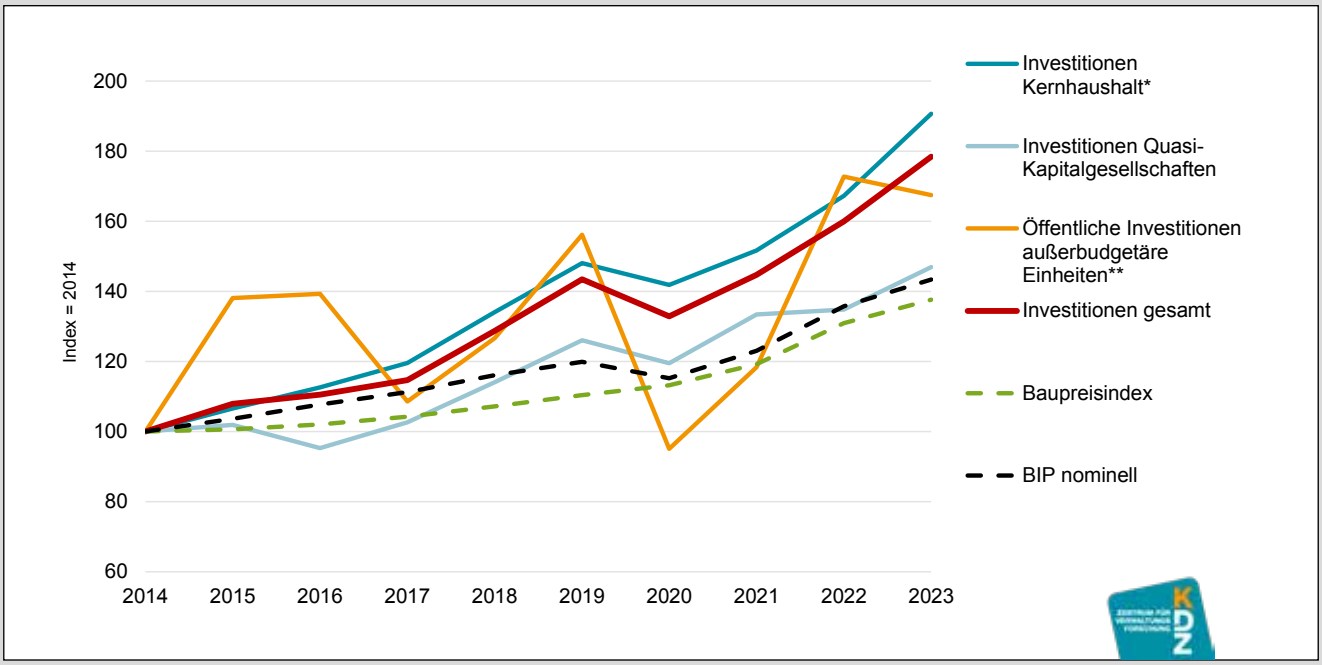
Werden die Investitionskategorien zusammengezählt, in denen Daten verfügbar sind, ergibt sich ein Investitionsvolumen 2023 für die Gemeindeebene ohne Wien in Höhe von 4,5 Mrd. Euro. Die Investitionen im Kernhaushalt der Gemeinden beliefen sich auf 3,3 Mrd. Euro und jene der

Abbildung 30: Investitionen der Gemeinden nach Kategorie in Mio. Euro, 2014 bis 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten, Investitionen Sektor Staat nach Teilsektoren (Stand: 29.09.2024) – jeweils 2014 bis 2023.
Anmerkungen: *) 2018: Bereinigt um ein Rekommunalisierungsprojekt einer großen Stadt, das als Reorganisationsmaßnahme zu werten ist.**) Bruttoinvestitionen.

Abbildung 31: Indexentwicklung der Investitionen, Baupreisindex und BIP, 2014 bis 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten, BIP, Investitionen Sektor Staat nach Teilsektoren (Stand: 29.09.2024), Baukostenindex für Hoch- und Tiefbau gesamt – jeweils 2014 bis 2023.
Anmerkungen: *) 2018: Bereinigt um ein Rekommunalisierungsprojekt einer großen Stadt, das als Reorganisationsmaßnahme zu werten ist. **) Bruttoinvestitionen.

Investitionen der Quasi-Kapitalgesellschaften auf 0,9 Mrd. Euro. Die Bruttoanlageinvestitionen der außerbudgetären Einheiten lagen bei 0,3 Mrd. Euro (Abbildung 30).

Auf Gemeindeebene kommen noch beträchtliche Investitionen der Stadt Wien hinzu, die jedoch teilweise auch im Rahmen der Funktion als Bundesland erfolgen. Insgesamt lagen die Investitionen der Stadt Wien laut Rechnungsabschluss bei 0,7 Mrd. Euro und die Bruttoanlageinvestitionen der außerbudgetären Einheiten bei 1,1 Mrd. Euro im Jahr 2023.

Die kommunale Investitionstätigkeit wurde im Betrachtungszeitraum durch drei Kommunale Investitionsprogramme (KIP) des Bundes unterstützt: das KIP 2017 mit 175 Mio. Euro, das KIP 2020 mit 1 Mrd. Euro und das KIP 2023 mit 1 Mrd. Euro. Der 2020 befürchtete Einbruch der kommunalen Investitionen konnte mithilfe des KIP 2020 verhindert werden, wenn auch nicht zur Gänze.

Auch 2023 erhöhten sich die Investitionen trotz deutlich gesunkener finanzieller Spielräume der Gemeinden. Insgesamt stiegen die Gemeinde-Investitionen seit 2020 um rund 34 Prozent, da einerseits kommunale Investitionen zumeist zeitverzögert auf sich ändernde finanzielle Spielräume reagieren und andererseits die Gemeinden mit dem KIP 2023 unterstützt wurden. Ferner müssen die Kostensteigerungen – siehe hierzu unten – berücksichtigt werden.

2022 und 2023 wieder Anschluss ans Vorkrisenniveau

Um die Entwicklung der Investitionen zu beurteilen, ist ein Vergleich mit dem Baupreisindex sowie dem BIP von Relevanz (Abbildung 31). Während sich die Investitionen der Gemeinden ohne Wien bis 2017 ähnlich wie das BIP bzw. leicht stärker als der Baupreisindex entwickelten, ist der Anstieg der Investitionen 2018 und 2019 deutlich stärker als bei den beiden genannten Indizes. So stiegen die Investitionen von 2014 auf 2019 um 43 Prozent, während sich der Baupreisindex um nur 10 Prozent erhöhte.

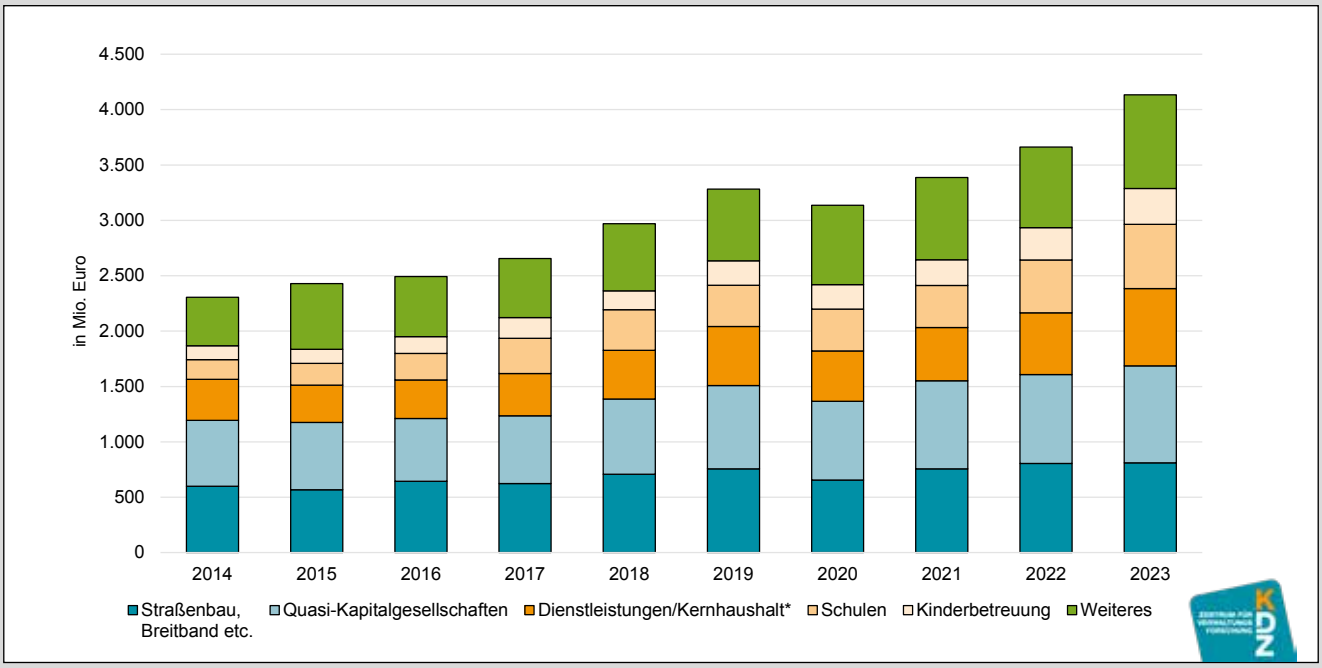
Wird der Zeitraum 2019 bis 2023 ausgewertet, zeigt sich, dass die Investitionen der Gemeinden ohne Wien mit +24 Prozent in einem ähnlichen Bereich wie der Baupreisindex mit +25 Prozent anstiegen. Dies lässt den Schluss zu, dass die Investitionen 2023 an das höhere Niveau von 2019 anschließen konnten, jedoch seitdem keine zusätzlichen Investitionen ausgelöst wurden.

5.2 Gemeindeinvestitionen gemäß Rechnungsabschlüssen der Gemeinden (ohne Wien)

Investitionen gehen verstärkt in Bildung, Daseinsvorsorge und Straßen

Werden ausschließlich die Investitionen gemäß Gemeindehaushalten (daher Investitionen Kernhaushalt sowie Quasi-Kapitalgesellschaften) ohne die außerbudgetären Einheiten betrachtet, zeigen sich mehrere Änderungen im Bereich der Ausgabenstruktur (Abbildung 32).

Abbildung 32: Investitionen nach Aufgabenbereichen in Mio. Euro, 2014 bis 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.
Anmerkung: *) Jahr 2018 bereinigt um ein Rekommunalisierungsprojekt einer großen Stadt, was als Reorganisationsmaßnahme zu werten ist.

2023 entfielen 20 Prozent der Investitionen auf den Straßenbau (inkl. Breitband), 21 Prozent wurden von Quasi-Kapitalgesellschaften geleistet (v. a. Ver- und Entsorgung). 17 Prozent der Investitionen 2023 betrafen Dienstleistungsbetriebe im Kernhaushalt, weitere 14 Prozent den Pflichtschulbereich. Auf den Kinderbetreuungsbereich entfielen 8 Prozent der Investitionen. Zu der Kategorie Weiteres gehörten v. a. Investitionen für Feuerwehren, Gemeindeimmobilien und Sporteinrichtungen.

Die stärksten Steigerungen seit 2014 waren im Schulbereich mit 225 Prozent aufgrund der Ausbauprogramme bei Ganztagsschulen festzustellen. Die Auszahlungen für den Kinderbetreuungsbereich stiegen um 157 Prozent ebenfalls beträchtlich an. Hingegen wuchsen die Investitionen in den Straßenbereich nur um 35 Prozent. Eine vergleichsweise hohe Dynamik war auch bei den Dienstleistungen (89 Prozent) zu sehen.

Die Bewertung der Investitionsart (Abbildung 33) ergibt, dass der Großteil der Investitionen in der Höhe von 4,1 Mrd. Euro 2023 in den Erwerb von Grundstücken und Grundstückseinrichtungen (2,0 Mrd. Euro) sowie in Gebäude und Bauten (1,6 Mrd. Euro) floss.

> *„Besonders bei Schulen und Kinderbetreuung stiegen die Investitionen."*

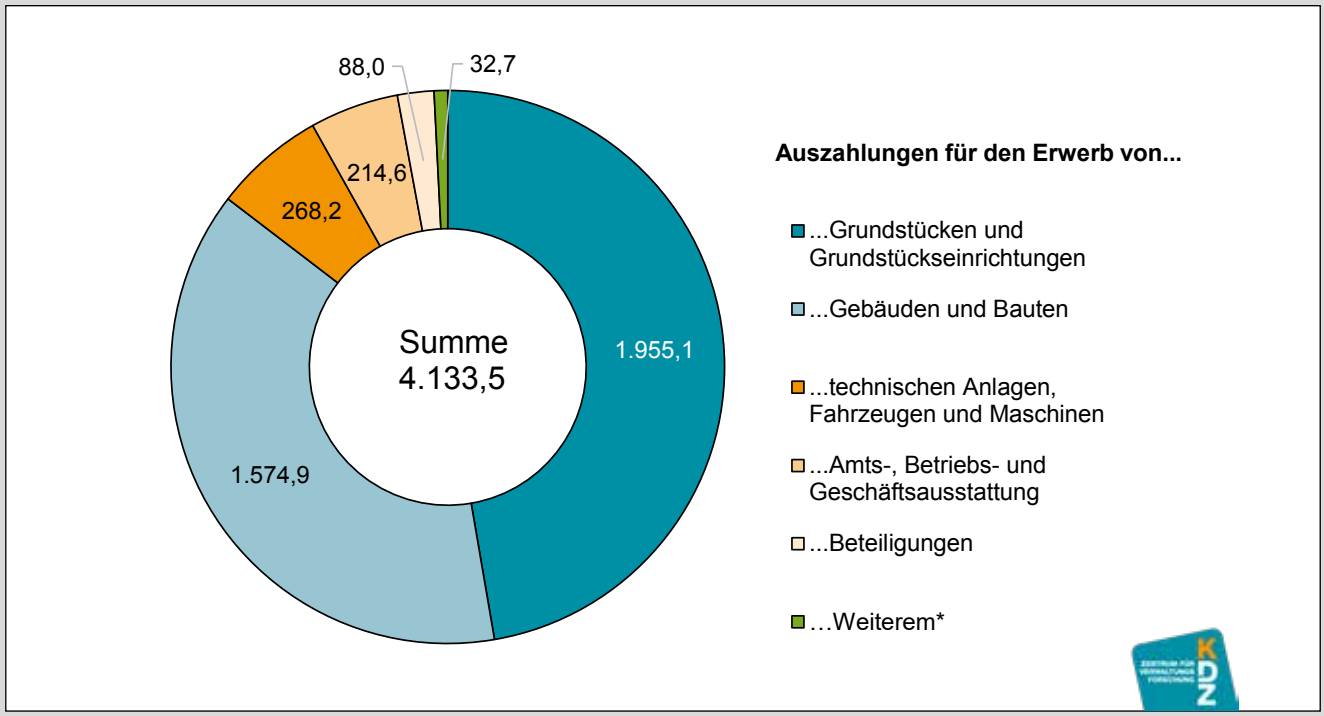
Investitionszuschüsse nach EW-Klasse

Investitionszuschüsse (Abbildung 34) sind ein entscheidendes Instrument, um eine finanzielle Überforderung der Gemeinden durch Investitionen zu vermeiden. Insgesamt lag der Anteil der Einzahlungen aus Kapitaltransferzahlungen im Jahr 2023 bei 37 Prozent. Es zeigten sich jedoch deutliche Unterschiede nach EW-Klasse. Während die Zuschüsse bei Gemeinden bis 1.000 EW 63 bzw. 61 Prozent der Investitionen ausmachten, lag der Anteil bei den Gemeinden von 10.000 bis 50.000 EW nur bei 23 bzw. 27 Prozent. Der Anteil bei den Städten über 50.000 EW betrug 36 Prozent. Letzteres könnte auch im Zusammenhang mit den Auszahlungsmodalitäten der kommunalen Investitionsprogramme stehen.

2023 reichten die Eigenmittel der Gemeinden für Investitionen nicht aus

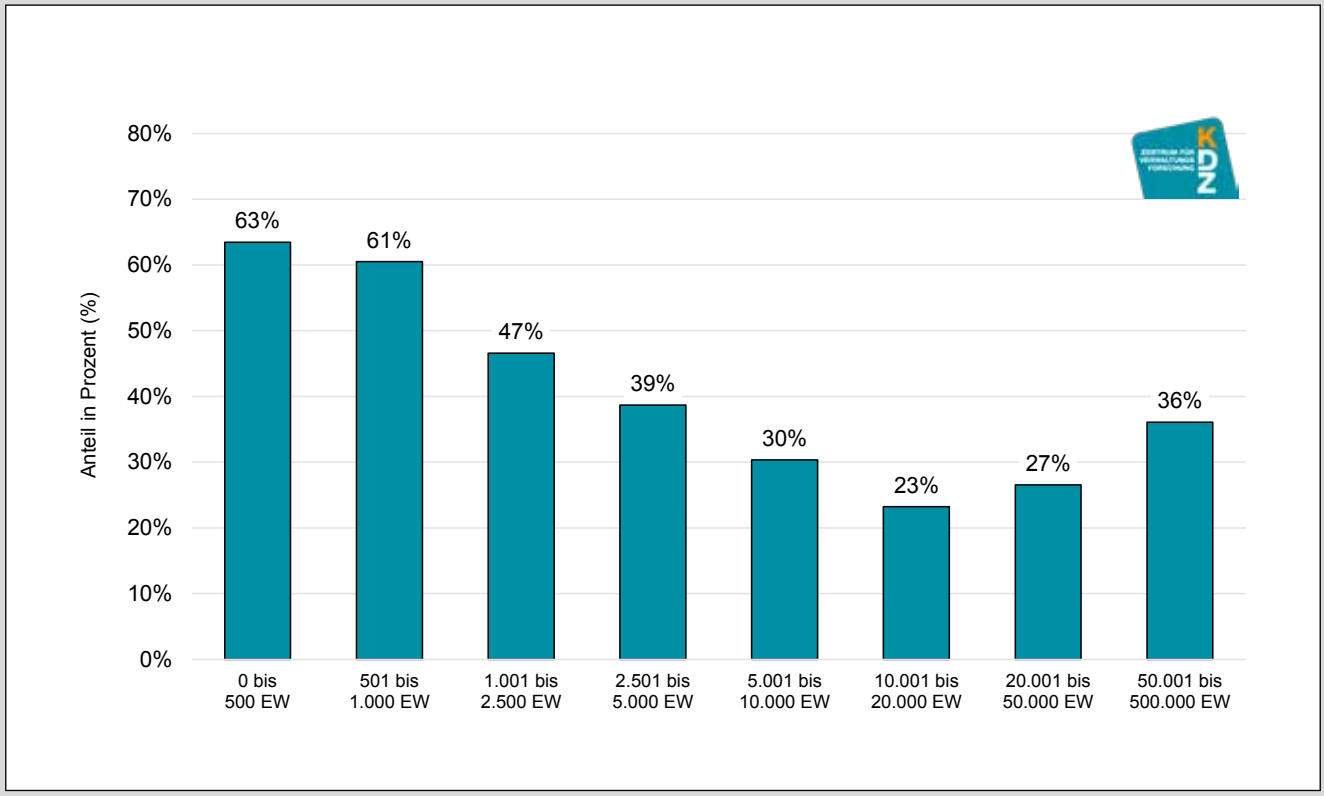
Im Jahr 2023 standen den Investitionen gemäß Gemeindehaushalten in Höhe von 4,1 Mrd. Euro Darlehensaufnahmen in Höhe von 1,7 Mrd. Euro, Kapitaltransfers von Trägern des öffentlichen Rechts (daher Investitionszuschüsse der Länder und in geringem Ausmaß vom Bund) in Höhe von 1,6 Mrd. Euro sowie Verkaufserlöse in Höhe von 0,3 Mrd. Euro gegenüber (Abbildung 35). Die verbleibende Differenz ist über Rücklagen oder andere verfügbare Zahlungsmittelreserven auszugleichen.

Abbildung 33: Struktur der Investitionen der österreichischen Gemeinden in Mio. Euro, 2023



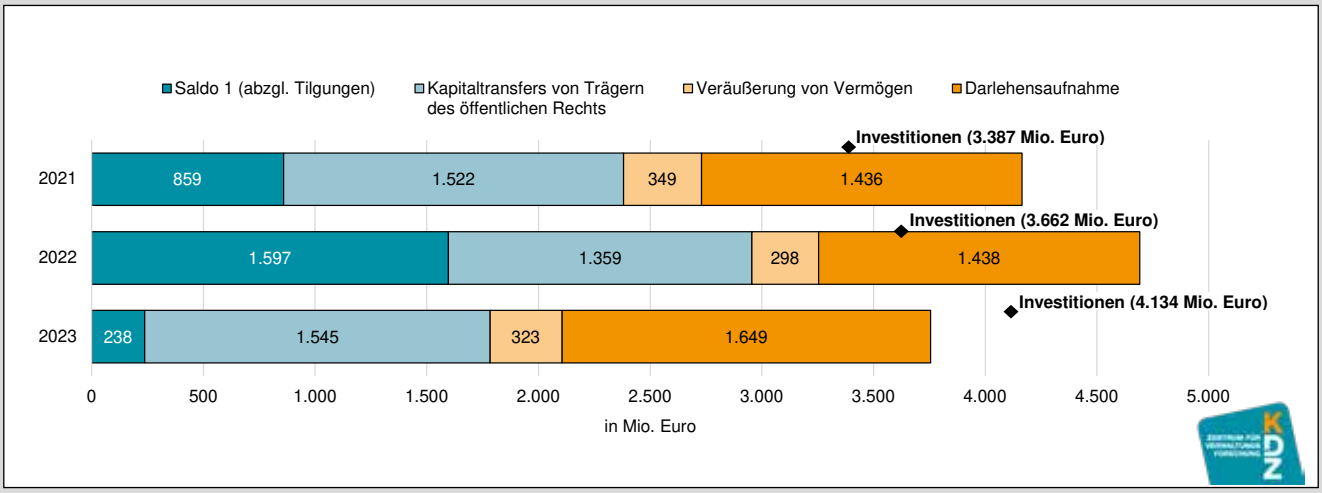
Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.
Anmerkung: *) Auszahlungen für den Erwerb von immateriellem Vermögen, Kulturgütern und kofinanzierten Schutzbauten.

Abbildung 34: Anteil der Einzahlungen aus Kapitaltransfers von Trägern des öffentlichen Rechts an den Investitionen nach EW-Klasse, 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.

Abbildung 35: Investitionen und deren Finanzierung, 2021 bis 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2021 bis 2023.

In den Jahren 2019 bis 2022 hingegen waren die Investitionen niedriger als die Summe der genannten Finanzierungsquellen. Hier ist darauf hinzuweisen, dass nicht sämtliche genannte Finanzierungsquellen auch zur Gänze zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung stehen. So sind mit diesen Mitteln insbesondere auch die Darlehen zu tilgen, die sich im Jahr 2023 auf 1,3 Mrd. Euro beliefen.

5.3 Investitionstätigkeit der Gemeindeebene gemäß ESVG (inkl. Wien)

Einen anderen Blickwinkel bietet die Betrachtung der kommunalen Investitionstätigkeit der Gemeindeebene gemäß ESVG, daher inklusive Investitionen von außerbudgetären Einheiten (z. B. Immobiliengesellschaften, Errichtungs- und Betriebsgesellschaften). Nicht enthalten sind kostendeckende, aber dennoch investitionsintensive, marktbestimmte Betriebe der Gemeinden – etwa im Abwasserentsorgungs- oder Wasserversorgungsbereich.

> *„Gemeinden sind für 30 % der öffentlichen Investitionen verantwortlich."*

Anteil am BIP weiter verbessert

Die öffentlichen Investitionen der Gemeindeebene (inkl. Wien) beliefen sich 2023 auf 5,3 Mrd. Euro und sind seit dem Jahr 2014 um 79 Prozent gestiegen (Abbildung 36). Wird der Anteil der öffentlichen kommunalen Investitionen am BIP betrachtet, konnte mit einem Anteil von 1,11 Prozent 2023 ein vorläufiger Höchstwert erreicht werden. 2020 sank der Anteil „nur" auf 0,88 Prozent und bewegte sich damit auf dem Niveau der Jahre 2014 bis 2017.

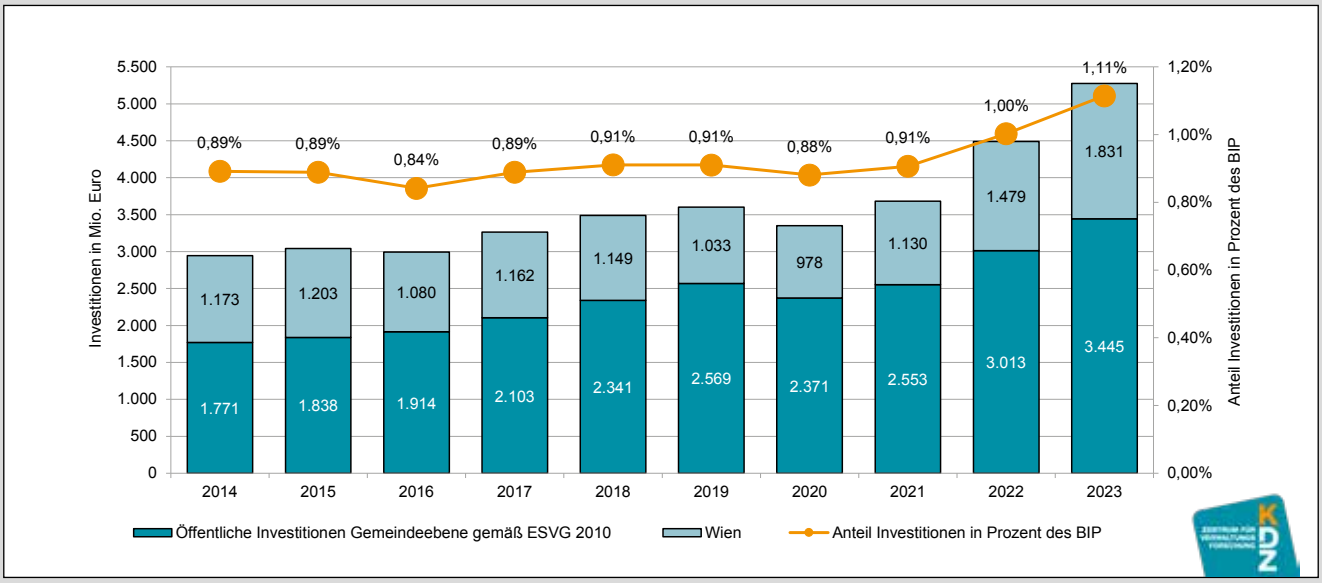
Gemeinden tätigten 30 Prozent der öffentlichen Investitionen

Bei einem Blick auf die öffentlichen Investitionen (daher ohne Quasi-Kapitalgesellschaften) zeigt sich die hohe Bedeutung der Gemeindeinvestitionen im Vergleich zu Bund und Ländern. Im Jahr 2023 lag der Anteil der Gemeindeinvestitionen ohne Wien an den öffentlichen Bruttoinvestitionen[12] mit 20 Prozent ähnlich bzw. leicht höher als in den meisten Jahren zuvor. Der Bundesanteil war insbesondere in den Jahren 2020 bis 2021 etwas erhöht (58 Prozent), da hier zumeist große Bauprojekte trotz Konjunkturschwankungen umgesetzt wurden. Der Länderanteil bewegt sich zwischen 13 und 15 Prozent und zeigt über den Zeitverlauf eine leicht sinkende Tendenz. Deutliche Schwankungen sind bei den Investitionen der Stadt Wien festzustellen, die 2020 mit nur 8 Prozent deutlich geringer ausfielen als in den anderen Jahren. Die Schwankungen in Wien sowie bei den Gemeinden sind auch Ergebnis dessen, dass kommunale Investitionen sensibler auf konjunkturelle Entwicklungen reagieren, da bei einer schwachen Ertragsanteilsentwicklung auch weniger Mittel für Investitionen bereitstehen.

Insgesamt ist hervorzuheben, dass die Gemeinden im Vergleich zu den anderen Gebietskörperschaften im Verhältnis zu ihren Einnahmen aus dem Finanzausgleich vergleichsweise viel investierten und damit ein zentraler öffentlicher Investor sind. So liegt der Anteil der Gemeinden an den Ertragsanteilen auf Basis des vertikalen Schlüssels bei nur knapp 12 Prozent, während sie rund 30 Prozent der öffentlichen Investitionen übernehmen.

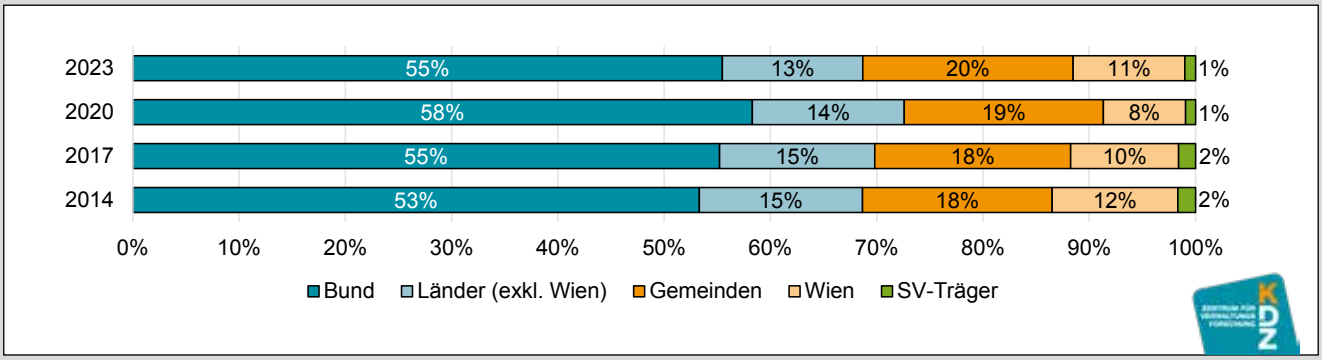
12) Bruttoinvestitionen im Sektor Staat; daher inkl. außerbudgetärer Einheiten. Beim Bund sind dies z. B. die ASFINAG oder die ÖBB.

Abbildung 36: Investitionen der Gemeindeebene inkl. Wien in Mio. Euro sowie in Prozent des BIP, 2014 bis 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Investitionen Sektor Staat nach Teilsektoren (Stand: 29.09.2024).

Abbildung 37: Anteil der Gebietskörperschaften an den öffentlichen Brutto-Investitionen in Prozent, 2014 bis 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Investitionen Sektor Staat nach Teilsektoren (Stand: 29.09.2024).

5.4 Resümee

Die Investitionstätigkeit der Gemeinden (inkl. außerbudgetärer Einheiten[13]) belief sich 2023 auf 4,5 Mrd. Euro, hinzu kamen noch Investitionen von Wien in Höhe von 1,8 Mrd. Euro. Dies ergibt ein kommunales Investitionsvolumen 2023 von 6,3 Mrd. Euro.

Bei den Gemeindeinvestitionen zeigt sich eine gewisse Abhängigkeit von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. So stiegen in wirtschaftlich guten Jahren die Investitionen (z. B. 2018, 2019, ab 2021), gingen jedoch bei engeren finanziellen Spielräumen auch schnell zurück (z. B. 2020). 2023 erhöhten sich die Investitionen gegenüber 2022 um 500 Mio. Euro, allerdings muss hier auf die inflationsbedingten Kostensteigerungen verwiesen werden. Insgesamt ist dennoch ersichtlich, dass nach dem krisenbedingten Rückgang der Investitionen im Jahr 2020 unter Berücksichtigung der Inflationsentwicklung im Jahr 2023 wieder an das Vorkrisenniveau angeschlossen werden konnte.

Die zentralen Investitionsbereiche betrafen den Dienstleistungsbereich (38 Prozent) – v. a. Ver- und Entsorgung –, den Straßenbau (20 Prozent) sowie die Kinderbetreuung und Bildung (22 Prozent). Besonders dynamisch entwickelten sich Investitionen in Pflichtschulen (Ganztagsschulen) mit +225 Prozent seit 2014 und in die Elementarpädagogik (Ausbau der Betreuungsangebote) mit +158 Prozent. Hingegen entwickelten sich die Investitionen in den Straßenbereich mit nur +35 Prozent deutlich unterdurchschnittlich.

13) *Ausgelagerte Gesellschaften, die dem öffentlichen Sektor zugeordnet sind.*

6 Verschuldungssituation
Noch stabile Verschuldung

Die Krisenjahre ab 2020 hatten deutliche Auswirkungen auf die Verschuldung. So wurden die Vorgaben im Rahmen des Österreichischen Stabilitätspaktes außer Kraft gesetzt, sodass sich die Gemeinden stärker verschulden konnten als in den Vorjahren. Davon machten sie 2020 auch Gebrauch, allerdings in moderatem Ausmaß. In den Folgejahren konnte die Verschuldung trotz erhöhter Investitionen konstant gehalten werden.

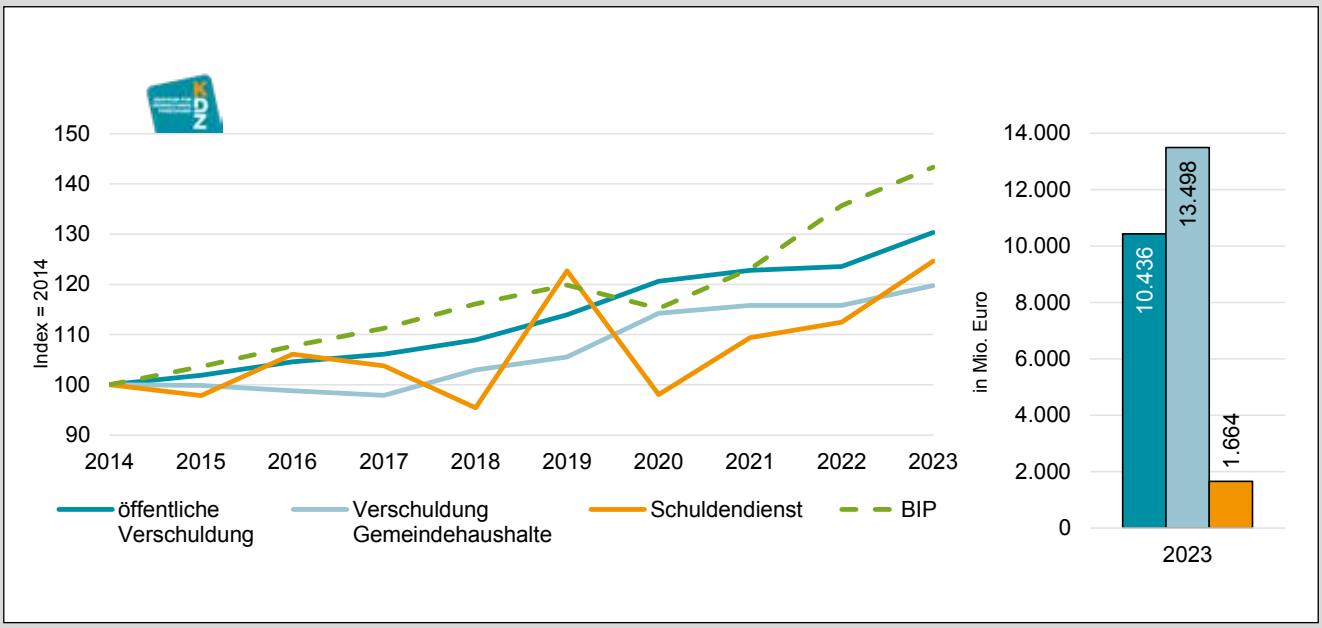
In Bezug auf die Verschuldung der Gemeinden ist generell auf deren engen rechtlichen Rahmen hinzuweisen. So ist die Gemeindeebene über den Österreichischen Stabilitätspakt verpflichtet, in Summe ein Nulldefizit zu erreichen. Im Zuge der Pandemie wurde dieses Regelwerk (wie auch die europäischen Fiskalregeln) ausgesetzt. Derzeit wird eine Neuregelung ausverhandelt. Hinzu kommen Einschränkungen über die Gemeindeordnungen der jeweiligen Bundesländer sowie das Haushaltsrecht. So dürfen Darlehen grundsätzlich nur für Investitionsvorhaben, nicht aber zur Deckung des laufenden Betriebes aufgenommen werden. Gibt es Lücken im laufenden Betrieb, wird dies in der Regel über Transferzahlungen der Bundesländer (v. a. Haushaltsausgleich über Gemeinde-Bedarfszuweisungen) gelöst. Dies hat bisher zu einer insgesamt recht konstanten Verschuldung der Gemeinden geführt. Angesichts des Konsolidierungsbedarfes der Länder bleibt abzuwarten, ob diese auch weiterhin die Gemeinden mit zusätzlichen Mitteln stützen können.

Im folgenden Kapitel wird zuerst ein Überblick über die Verschuldung der Gemeinden gegeben. Danach wird auf die Struktur der Fremdmittel eingegangen. Schließlich werden die öffentlichen Schulden der Gemeindeebene näher ausgeführt – sowohl hinsichtlich Schuldenstand als auch Defizit.

6.1 Verschuldung der Gemeinden ohne Wien im Überblick

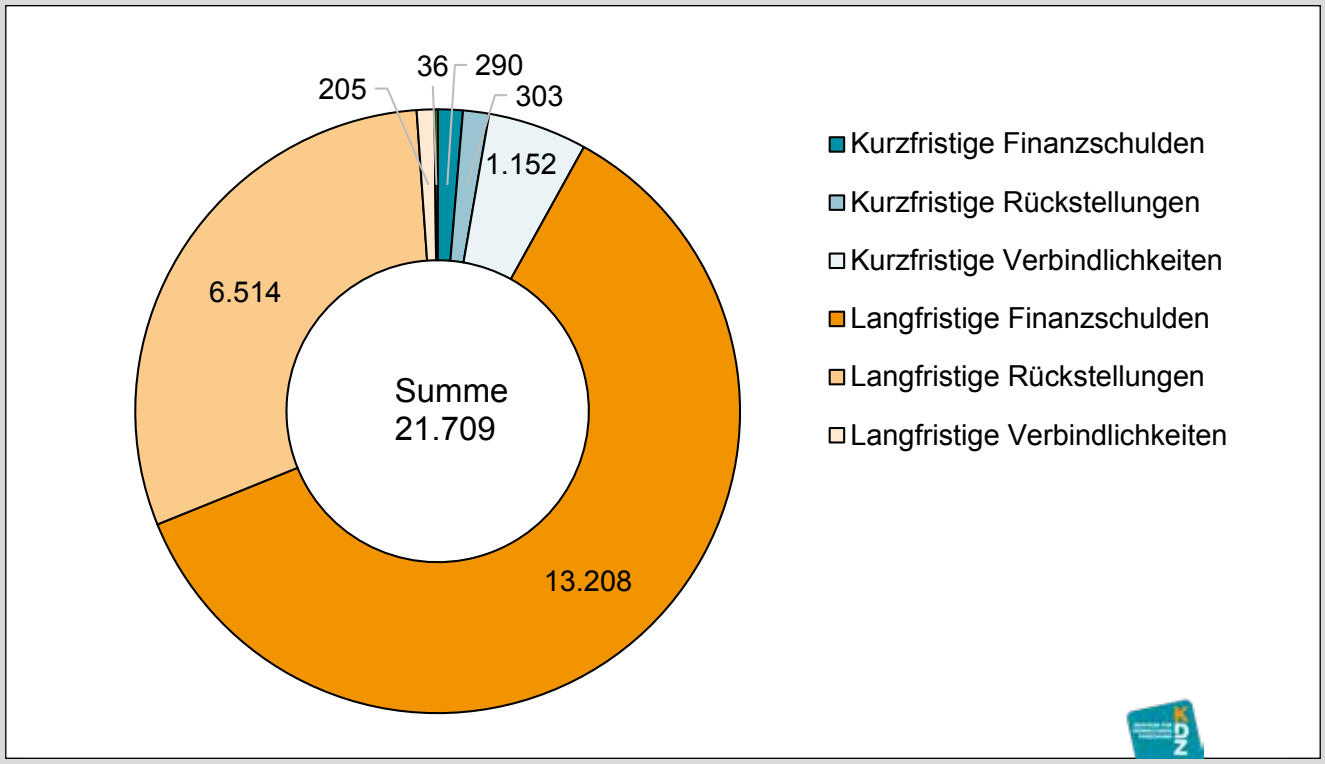
Abbildung 38 zeigt die wesentlichen Kennzahlen zur Verschuldung und ihre Entwicklung. Wie bei den Investitionen kann zwischen den Schulden gemäß Gemeindehaushalt sowie dem öffentlichen Schuldenstand der Gemeinden unterschieden werden. Die Schulden laut Gemeindehaushalt umfassen den Kernhaushalt sowie Quasi-Kapitalgesellschaften, die sich im Wesentlichen selbst finanzieren und daher nicht dem öffentlichen Sektor zugeordnet werden (z. B. Gebührenbereiche der Ver- und Entsorgung). Beim öffentlichen Schuldenstand werden auch außerbudgetäre Einheiten berücksichtigt, nicht

Abbildung 38: Indexentwicklung zentraler Steuerungsgrößen im Bereich Verschuldung, 2014 bis 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023, Öffentlicher Schuldenstand 2014 bis 2023 (Stand 30.09.2024).

Abbildung 39: Struktur der Fremdmittel der österreichischen Gemeinden in Mio. Euro, 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.

jedoch die Quasi-Kapitalgesellschaften. Die beiden Größen sind daher nicht additiv zu verstehen, da sie mit dem Kernhaushalt der Gemeinden eine Schnittmenge aufweisen.[14]

Der öffentliche Schuldenstand der Gemeinden – d. h. inklusive außerbudgetäre Einheiten, aber exklusive der Quasi-Kapitalgesellschaften – betrug im Jahr 2023 rund 10,4 Mrd. Euro, die Verschuldung aller Gemeindehaushalte (exklusive Wien) rund 13,5 Mrd. Euro (langfristige Finanzschulden).

Seit 2014 sind die langfristigen Finanzschulden der Gemeinden um 20 Prozent angestiegen und damit deutlich weniger als die öffentliche Verschuldung (+36,5 Prozent) und auch die Inflation. Insbesondere im Jahr 2020 kam es im Zuge der COVID-19-Pandemie zu einem deutlichen Anstieg der Verschuldung (während das BIP deutlich sank). 2020 wurden die Vorgaben im Rahmen des Österreichischen Stabilitätspaktes temporär außer Kraft gesetzt, sodass sich die Gemeinden stärker verschulden konnten als in den Vorjahren. Die Verschuldung konnte seitdem wieder teilweise zurückgeführt werden. Bereits ab 2023 zeigt sich ein deutlicher Anstieg der Verschuldung, wobei hier auch auf den (inflationsbedingten) Anstieg des BIP hinzuweisen ist.

Gleichzeitig mit dem Schuldenstand erhöhte sich der Schuldendienst. In den Jahren vor der Pandemie profitierten die Gemeinden hier vom niedrigen Zinsniveau, das in den letzten Jahren jedoch deutlich angestiegen ist.

6.2 Struktur der Fremdmittel der Gemeinden

Im Jahr 2023 standen den Gemeinden gemäß Vermögenshaushalt Fremdmittel (Abbildung 39) in Höhe von 21,7 Mrd. Euro zur Verfügung, von denen 66 Prozent bzw. 14,3 Mrd. Euro auf Finanzschulden und Verbindlichkeiten (im Wesentlichen Darlehen) und 30 Prozent bzw. 6,5 Mrd. Euro auf Rückstellungen entfielen.

Die Struktur der Fremdmittel ist stark von der Größe der Gemeinde sowie vom Bundesland abhängig. So steigt der Anteil an Rückstellungen deutlich mit der EW-Klasse, was auf das Wahlrecht bei der Bildung von Pensionsrückstellungen zurückzuführen ist. Demnach tragen Städte vermehrt die direkte Pensionsverpflichtung. Zudem kommt es auf

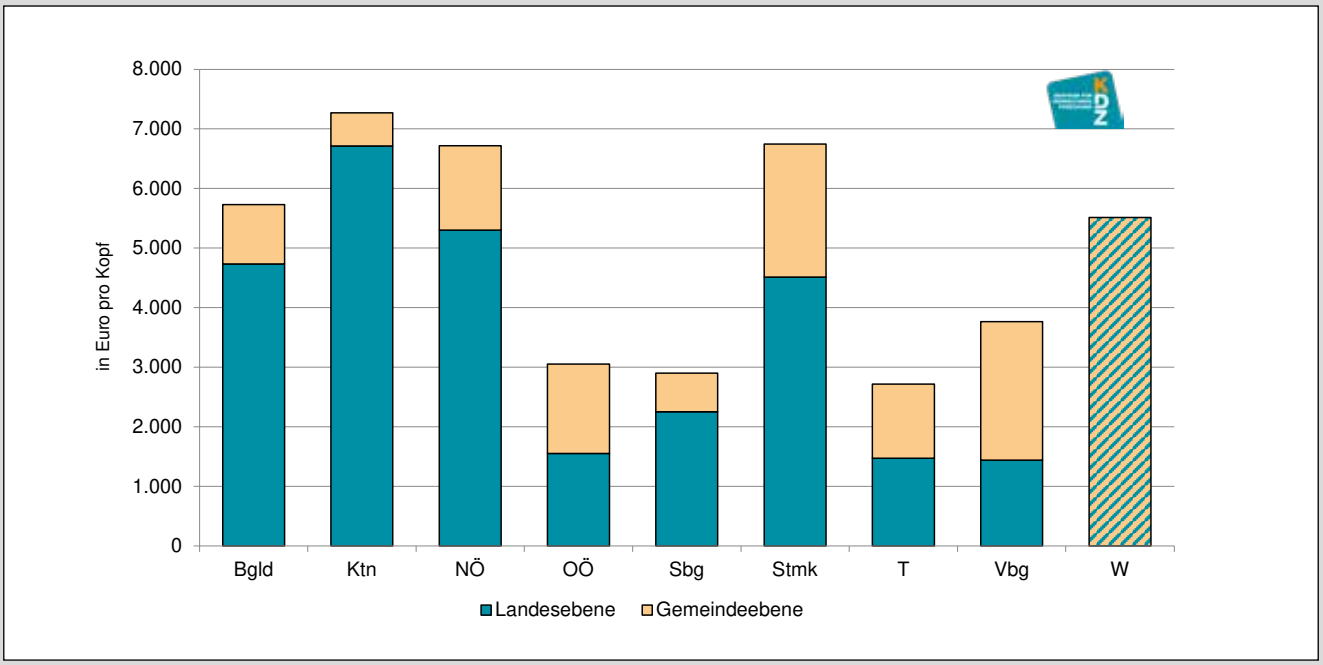
14) *Im Kernhaushalt finden sich Investitionen der Gemeinden ohne Quasi-Kapitalgesellschaften, die v. a. die im Gemeindehaushalt geführten Gebührenbereiche Abwasser, Wasser und Müll betreffen. Außerbudgetäre Einheiten sind ausgegliederte Gesellschaften wie Stadtwerke oder Immobiliengesellschaften der Gemeinden. Nähere Ausführungen finden sich im methodischen Anhang.*

Tabelle 1: Öffentlicher Schuldenstand gemäß ESVG, 2014 bis 2023

Gebietskörperschafts-ebene	Öffentlicher Schuldenstand gemäß ESVG										Index 2023
	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2014 =100
	in Mio. Euro										
Gesamtstaat*	281.289	292.874	296.693	290.373	285.840	280.975	316.360	334.713	351.129	371.729	132
in Prozent des BIP	*85,2%*	*85,6%*	*83,4%*	*79,1%*	*74,6%*	*71,0%*	*83,2%*	*82,4%*	*78,4%*	*78,6%*	
Gemeindeebene (exkl. Wien)	8.009	8.159	8.373	8.495	8.724	9.123	9.659	9.834	9.896	10.436	130
in Prozent des BIP	*2,4%*	*2,4%*	*2,4%*	*2,3%*	*2,3%*	*2,3%*	*2,5%*	*2,4%*	*2,2%*	*2,2%*	
Wien	5.827	6.440	6.955	7.289	7.255	7.217	8.327	9.908	9.645	10.933	188
Länder (exkl. Wien)	21.440	21.712	22.929	22.366	21.944	21.271	22.710	24.504	23.824	25.422	119
Bund	244.883	255.503	257.331	251.322	246.596	242.320	273.661	289.213	306.894	323.703	132
SV-Träger	1.131	1.060	1.105	901	1.323	1.043	2.002	1.254	870	1.234	109

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Öffentlicher Schuldenstand 2014 bis 2023 (Stand 30.09.2024), BIP 2014 bis 2023.

Abbildung 40: Öffentlicher Schuldenstand der Landes- und Gemeindeebene nach Bundesland in Euro pro Kopf, 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Öffentlicher Schuldenstand 2023 (Stand 30.09.2024).

die Regelungen im Bundesland an. Beispielsweise müssen steirische Gemeinden keine Abfertigungsrückstellungen bilden, da diese für alle Gemeinden im Bundesland an eine Versicherungsanstalt ausgelagert sind.

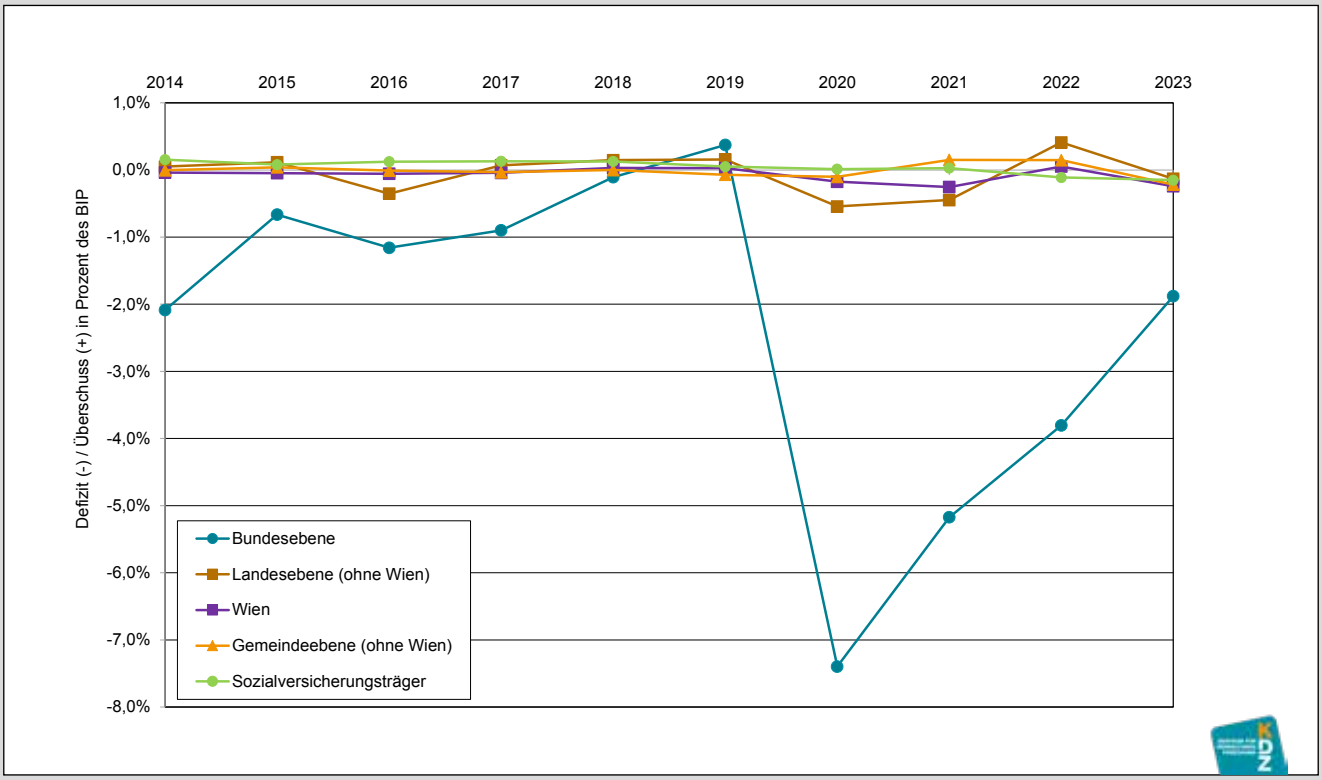
6.3 Öffentlicher Schuldenstand und öffentliches Defizit gemäß ESVG

2023 noch konstanter Anteil der Verschuldung am BIP

Der öffentliche Schuldenstand umfasst jene Schulden, die dem Sektor Staat (staatliche Einheiten) zugeordnet werden. In Tabelle 1 wird der öffentliche Schuldenstand der Gebietskörperschaftsebenen dargestellt. Ausgehend von einem Schuldenstand von 85,2 Prozent des BIP im Jahr 2014 ging der Schuldenstand bis 2019 auf 71,0 Prozent des BIP zurück. In den Jahren 2020 und 2021 kam es im Zuge der COVID-19-Pandemie und weiterer Maßnahmen der multiplen Krisenbekämpfung zu einem deutlichen Anstieg der Verschuldung auf 83 bzw. 82 Prozent. 2002 und 2023 lag der Schuldenstand dann bei rund 78 Prozent des BIP und konnte daher noch nicht weiter zurückgeführt werden.

Die Gemeindeebene insgesamt (d. h. inklusive außerbudgetäre Einheiten) wies bis 2019 relativ konstant einen Anteil

Abbildung 41: Öffentliches Defizit nach Teilsektoren des Staates in Prozent des BIP, 2014 bis 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Öffentliches Defizit (Stand 30.09.2024) und BIP.
Anmerkung zur Berechnung der Pro-Kopf-Werte für die Gemeindeebene: Öffentlicher Schuldenstand bezogen auf die Gesamtbevölkerung im jeweiligen Bundesland

von rund 2,3 Prozent auf. Mit 2020 stieg die Verschuldung auf 2,5 Prozent des BIP an und konnte bis 2023 wieder auf 2,2 Prozent reduziert werden.

Deutliche Unterschiede zeigen sich bei der Verschuldung pro Kopf der Gemeinden und Bundesländer nach Bundesländern (Abbildung 40). Werden nur die Gemeinden ausgewertet, werden nach Bundesland deutliche Unterschiede sichtbar. So lag die Verschuldung der Gemeinden 2023 in Kärnten bei 559 Euro, während sie in Vorarlberg mit 2.325 Euro pro Kopf viermal so hoch war.

Unterschiedlich ist auch das Verhältnis zwischen Gemeinde- und Landesebene. Während in Kärnten nur 8 Prozent der Schulden auf die Gemeindeebene entfielen, lag der Anteil in Vorarlberg bei 62 Prozent. Durchschnittlich betrug das Verhältnis von Schulden der Gemeinde- zur Landesebene 29 : 71 (ohne Wien).

2023 deutlich negatives Defizit auf Gemeindeebene

Die zweite wesentliche Maßzahl der öffentlichen Verschuldung ist das öffentliche Defizit – auch „Maastricht-Defizit" genannt (gegebenenfalls auch ein Überschuss). Es berücksichtigt die Gemeindehaushalte ohne Gebührenbereiche zuzüglich dem öffentlichen Sektor zugeordnete Gemeindeverbände und gemeindeeigene Gesellschaften.

In Abbildung 41 und Tabelle 2 wird das öffentliche Defizit nach Gebietskörperschaften von 2014 bis 2023 veranschaulicht. Über den gesamten Betrachtungszeitraum wurde – mit Ausnahme der Jahre 2018 und 2019 – ein gesamtstaatliches öffentliches Defizit erwirtschaftet. Das Maastricht-Ergebnis des Bundes ist stärkeren Schwankungen unterworfen. Die negativsten Werte zeigten sich 2014 aufgrund von Vermögenstransfers zur verstaatlichten Hypo Group Alpe-Adria sowie 2020 und danach im Zusammenhang mit der Bewältigung von Pandemie, Wirtschafts- und Energiekrise. So lag die Neuverschuldung 2020 bei –8,2 Prozent, konnte jedoch bis 2023 auf –2,6 Prozent zurückgeführt werden.

Die Gemeinden ohne Wien erreichten bis 2018 entsprechend den Vorgaben des Österreichischen Stabilitätspaktes ausgeglichene Ergebnisse. 2019 und 2020 lag das Defizit bei –0,1 Prozent des BIP, 2021 und 2022 waren leicht positive Werte mit +0,2 Prozent (2020) bzw. +0,1 Prozent (2021) festzustellen. Hingegen zeigte sich mit 2023 ein deutliches Minus von –0,2 Prozent des BIP. Dies ergibt sich, da trotz rückgehender Spielräume aus der operativen

Tabelle 2: Öffentliches Defizit nach Teilsektoren des Staates in Prozent des BIP, 2014 bis 2023

	Öffentliches Defizit nach Teilsektoren des Staates							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
	in Prozent des BIP								
Bundesebene	-2,1%	-0,7%	0,4%	-7,4%	-5,2%	-3,8%	-1,9%	90	-503
Landesebene (ohne Wien)	0,0%	0,1%	0,2%	-0,5%	-0,4%	0,4%	-0,1%	-262	-83
Wien	0,0%	0,0%	0,0%	-0,2%	-0,3%	0,1%	-0,2%	627	-889
Gemeindeebene (ohne Wien)	0,0%	0,0%	-0,1%	-0,1%	0,2%	0,1%	-0,2%	5.605	305
Sozialversicherungsträger	0,2%	0,1%	0,0%	0,0%	0,0%	-0,1%	-0,2%	-98	-301

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Öffentliches Defizit (Stand 30.09.2024) und BIP.

Gebarung das Investitionsvolumen erhöht und die Differenz über zusätzliche Darlehen ausgeglichen wurde.

Die Länder wiesen im Zeitraum 2014 bis 2019 – mit Ausnahme 2016 – ebenfalls ein ausgeglichenes bis leicht positives Ergebnis auf. 2020 und 2021 stieg auch hier die Verschuldung pandemiebedingt deutlich auf –0,5 bzw. –0,4 Prozent des BIP an. Im Jahr 2022 konnte ein positives Ergebnis von +0,4 Prozent erreicht werden. 2023 lag das Defizit erneut bei –0,1 Prozent des BIP.

> *„2023 ergab sich für die Gemeinden ein öffentliches Defizit von -0,2 Prozent des BIP."*

6.4 Resümee

Die öffentliche Verschuldung der Gemeinden (ohne Wien) zeigt im Verhältnis zum BIP relativ stabile Werte. Bis 2019 wurden die Vorgaben des Österreichischen Stabilitätspaktes eingehalten. Mit 2020 wurde der Stabilitätspakt ausgesetzt und so erhöhte sich die Verschuldung, da aufgrund mangelnder Spielräume aus der operativen Gebarung ansonsten ein deutlicher Investitionseinbruch entstanden wäre.

Betrachtet man das öffentliche Defizit, zeigt sich bis 2018 ein Null-Defizit bei den Gemeinden (ohne Wien). Während die Gemeinden dann 2020 und 2021 ein Defizit aufwiesen, konnten 2021 und 2022 Überschüsse erwirtschaftet werden. 2023 lag erneut ein Defizit vor – dies ist auch Ergebnis dessen, dass hier die Spielräume aus der operativen Gebarung zurückgingen, während die Investitionen stiegen.

Bei einer Auswertung der Pro-Kopf-Verschuldung nach Bundesland ergeben sich sehr deutliche Differenzen. So sind die Pro-Kopf-Schulden in Vorarlberg viermal so hoch wie in Kärnten. Dies liegt einerseits in unterschiedlichen Aufgabenzuordnungen auf der Gemeindeebene (z. B. sind die Vorarlberger Gemeinden auch für den regionalen öffentlichen Verkehr zuständig) und andererseits in unterschiedlichen länderweisen Transfersystemen begründet.

7 Länder-Gemeinde-Transfers

Ein Drittel der Gemeinde-Ertragsanteile verbleibt bei den Ländern

Die landesweise unterschiedlichen Transfersysteme zwischen Ländern und Gemeinden haben eine hohe finanzielle Bedeutung für die Gemeinden. So übersteigen die Transferausgaben von den Gemeinden an die Länder die Transfers von den Ländern an die Gemeinden deutlich, sodass es zu einer Verschiebung von Mitteln von den Gemeinden zu den Ländern kommt. Werden sowohl Transfereinnahmen als auch -ausgaben berücksichtigt, ist es dennoch ein Drittel der Ertragsanteile, das so von den Gemeinden abgeschöpft wird. Hinzu kommt die starke finanzkraftausgleichende Wirkung, die die Mittelverteilung über Ertragsanteile konterkariert. Entgegen den jahrelangen Trends ist es 2023 nicht zu einer Erhöhung des Transfersaldos 2022 gekommen. Dies ist auf Unterstützungspakete der Länder zurückzuführen, um die stark gesunkenen Finanzierungsspielräume der Gemeinden im Bereich der operativen Gebarung zumindest teilweise aufzufangen.

Im folgenden Kapitel wird ein Überblick über die Transferbeziehungen zwischen Ländern und Gemeinden gegeben. In dem Zuge wird auf die Entwicklung der Transfereinzahlungen und -auszahlungen im Zeitverlauf und deren Auswirkungen auf die Finanzkraft der Gemeinden näher eingegangen. Im Speziellen werden die unterschiedlichen Wirkungen des Transfersystems auf die Gemeinden nach Bundesland und EW-Klassen aufgezeigt.

7.1 Transferbeziehungen im Überblick

Die Transferverflechtungen zwischen Ländern und Gemeinden sind je nach Bundesland unterschiedlich ausgestaltet. Die zentralen Umlagen (Landes-, Sozialhilfe- und Krankenanstaltenumlage) sind in den einzelnen Bundesländern sowohl hinsichtlich der Höhe als auch in Bezug auf die Berechnungsgrundlage verschieden geregelt. Weiters bestehen zahlreiche Förderungen (Stützung des laufenden Betriebs und von Investitionen durch Gemeinde-Bedarfszuweisungen und andere einmalige Kapitaltransfers und Ko-Finanzierungen aus Landesmitteln), die ebenfalls unterschiedlich gehandhabt werden.

> *„32 % der Ertragsanteile gehen als Transfers an die Landesebene."*

Komplexe Transferbeziehungen

Das Transfersystem zwischen Ländern und Gemeinden besteht aus folgenden Finanz- sowie Transferströmen (Abbildung 42):

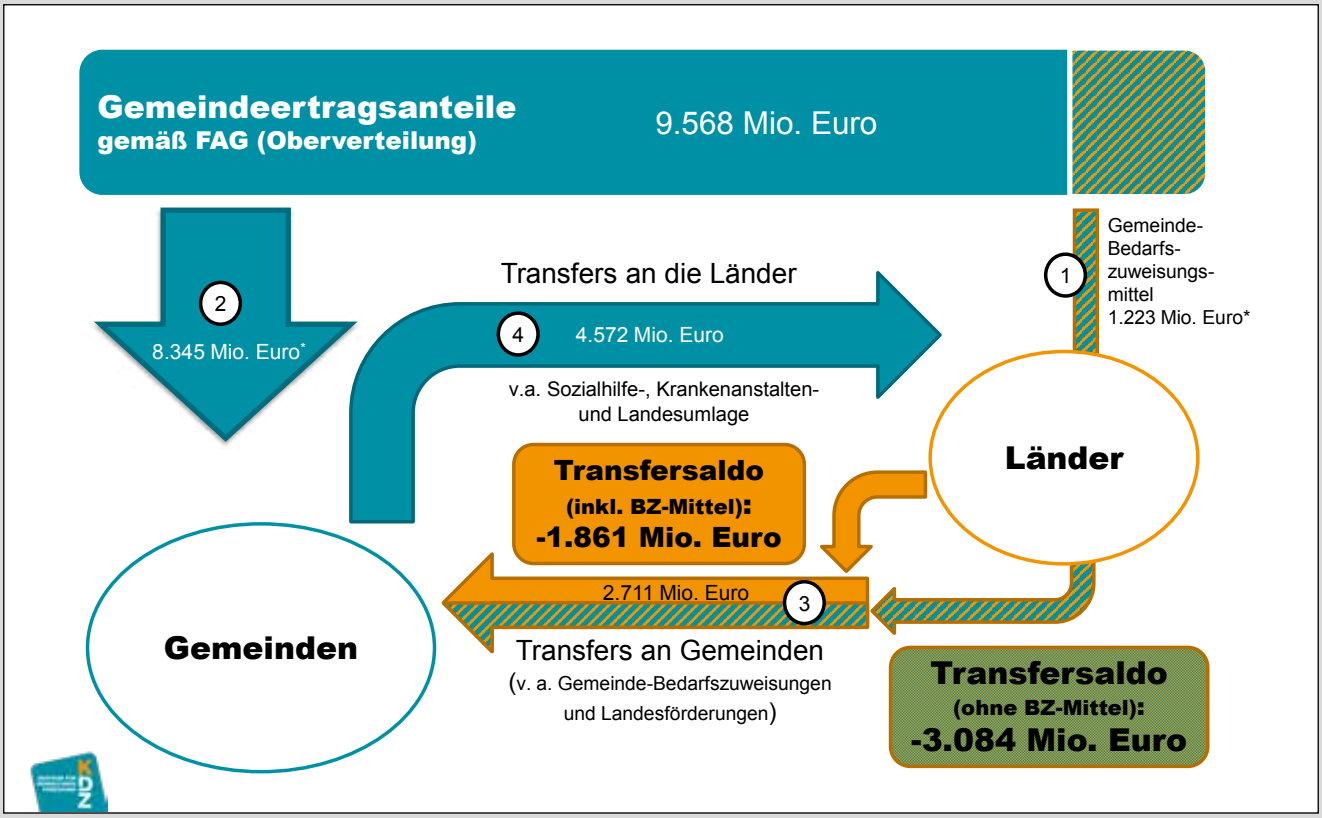
- Im Jahr 2023 lagen die Ertragsanteile der Gemeinden gemäß Finanzausgleichsgesetz (ohne Wien) bei 9.568 Mio. Euro (2022: 9.560 Mio. Euro).
- Davon gingen 1.223 Mio. Euro (2022: 1.222 Mio. Euro) als Vorwegabzug (Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel) an die Länder (1) und 8.345 Mio. Euro (2022: 8.338 Mio. Euro) als Ertragsanteile direkt an die Gemeinden (2).
- Die Gemeinden erhielten von den Ländern 2.711 Mio. Euro (2022: 2.369 Mio. Euro) an Förderungen. Dies umfasst Landesförderungen, z. B. für Kinderbetreuung, aber auch die Gemeinde-Bedarfszuweisungen – etwa für den Haushaltsausgleich sowie für Investitionsförderungen (3).
- Gleichzeitig (4) flossen 4.572 Mio. Euro (2022: 4.250 Mio. Euro) an Transfers von den Gemeinden an die Länder (in einzelnen Bundesländern auch an Sozialhilfeverbände bzw. Landesfonds).
- Insgesamt ergab sich damit ein negativer Transfersaldo für die Gemeinden von –1.861 Mio. Euro (2022: –1.881 Mio. Euro). Der leichte Rückgang ist auf höhere Transfers im Kinderbetreuungsbereich zurückzuführen.

Bei dieser Auswertung muss den Gemeinde-Bedarfszuweisungsmitteln gesondert Rechnung getragen werden. Diese werden im Rahmen eines Vorwegabzugs bei den Gemeinde-Ertragsanteilen an die Länder zur Weitergabe an die Gemeinden überwiesen und stellen eigentlich Gemeindemittel dar, weshalb die Einzahlungen aus Transfers der Gemeinden im Ausmaß der Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel (1) in Höhe von 1.223 Mio. Euro (2022: 1.222 Mio. Euro) zu reduzieren sind. Somit beläuft sich der negative Transfersaldo auf 3.084 Mio. Euro (2022: 3.103 Mio. Euro), was 32 Prozent der Gemeinde-Ertragsanteile entspricht.

Weiters muss beachtet werden, dass die hier dargestellten Transferbeziehungen ausschließlich diejenigen zwischen Gemeinden und Ländern bzw. anderen den Ländern zuordenbaren Einheiten[15] sind. Zusätzlich wurde einbezogen, dass Statutarstädte in Oberösterreich und in der Steiermark gleichzeitig auch Sozialhilfeverband sind und direkt für die Ausgaben aufkommen (und daher keine bzw. eine betragsmäßig stark reduzierte Umlage ausgewiesen wird). Diese Nettoausgaben für Sozialhilfe wurden als fiktive Transferzahlungen an das jeweilige Land als Träger ermittelt und in den Auswertungen

15) Zum Beispiel wird die Sozialhilfeumlage in Oberösterreich und in der Steiermark als Transfer an die Sozialhilfeverbände (daher Gemeindeverbände) verbucht. Bei den Krankenanstalten wird die Umlage bundesweit nicht durchgängig als Transfer an die Länder verbucht.

Abbildung 42: Gemeindeertragsanteile und Transferbeziehungen zwischen Gemeinden und Ländern in Mio. Euro, 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis des Bundesministeriums für Finanzen (BMF): Berechnung der Ertragsanteile 2023; Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.
Anmerkung: * Die hier dargestellten, gemäß BMF berechneten Ertragsanteile nach Vorwegabzug der Gemeinde-Bedarfszuweisungen weichen von den verbuchten Werten der Gemeinden (siehe folgende Abbildungen) aufgrund unterschiedlicher Abrechnungsperioden ab.

berücksichtigt. Transfers von den Ländern an ausgegliederte Gesellschaften sind explizit nicht enthalten.

2023 verlangsamte Belastung durch Transfers

Der negative Transfersaldo[16] zwischen Gemeinden und Ländern hat sich seit 2014 von 1.398 Mio. Euro auf 1.861 Mio. Euro (2023) erhöht. Das entspricht einem Plus von 463 Mio. Euro bzw. 33 Prozent (Abbildung 43).

Die Transferauszahlungen stiegen von 2014 bis 2023 um 50 Prozent bzw. 1.514 Mio. Euro an, die Transfereinzahlungen erhöhten sich um 63 Prozent bzw. um 1.051 Mio. Euro. Die Zuwächse bei den Transferausgaben waren insbesondere auf die Steigerungen der Krankenanstaltenumlage (+523 Mio. Euro bzw. +51 Prozent) sowie der Sozialhilfeumlage (+785 Mio. Euro bzw. +57 Prozent) zurückzuführen.

Deutliche Veränderungen zeigen sich bei den Transfereinzahlungen. Während bis 2019 die Dynamik der Transfereinzahlungen unter jener der Transferauszahlungen lag, stiegen die Transfereinzahlungen 2020 im Rahmen der Unterstützungspakete der Länder deutlich an (+10,6 Prozent). Nach 2020 fielen diese jedoch nicht auf das Vorkrisenniveau zurück, sondern entwickelten sich weiterhin positiv. Mit 2023 kam es dann zu einem weiteren markanten Anstieg (um 14,4 Prozent).

Zur Einschätzung der Belastung der Gemeinden durch das Transfersystem ist ein Vergleich mit der Entwicklung der Ertragsanteile aufschlussreich. Diese haben in den letzten zehn Jahren um 40 Prozent – und damit etwas geringer wie die Transferauszahlungen – zugenommen. Insgesamt ist es zu einer Steigerung des negativen Transfersaldos um 33 Prozent gekommen. Inwieweit dieser Trend auch in den nächsten Jahren beibehalten wird, bleibt abzuwarten. Es besteht jedenfalls kein unwesentliches Risiko, dass die Transfers von den Ländern an die Gemeinden angesichts der budgetären Lage der Länder wieder zurückgefahren werden.

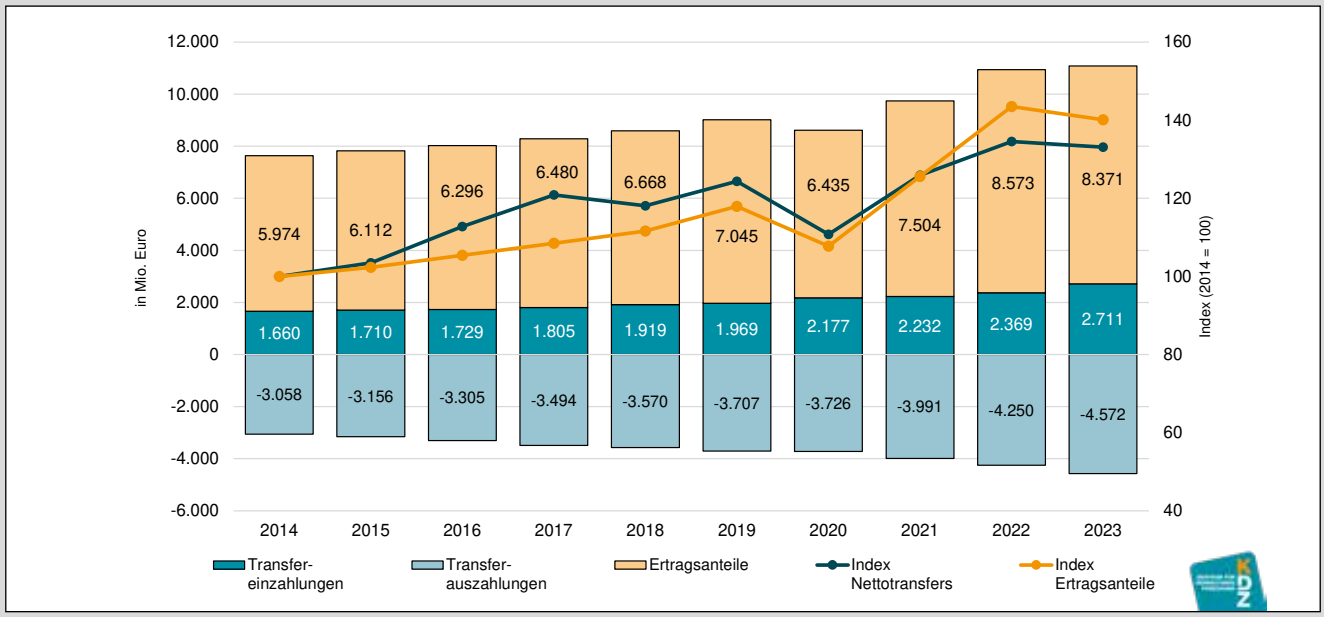
7.2 Umlagen an die Länder

Deutlich unterschiedliche Belastung nach Bundesland

Die unterschiedlich hohen Transferlasten der Gemeinden in den einzelnen Bundesländern sind die Folge der acht unter-

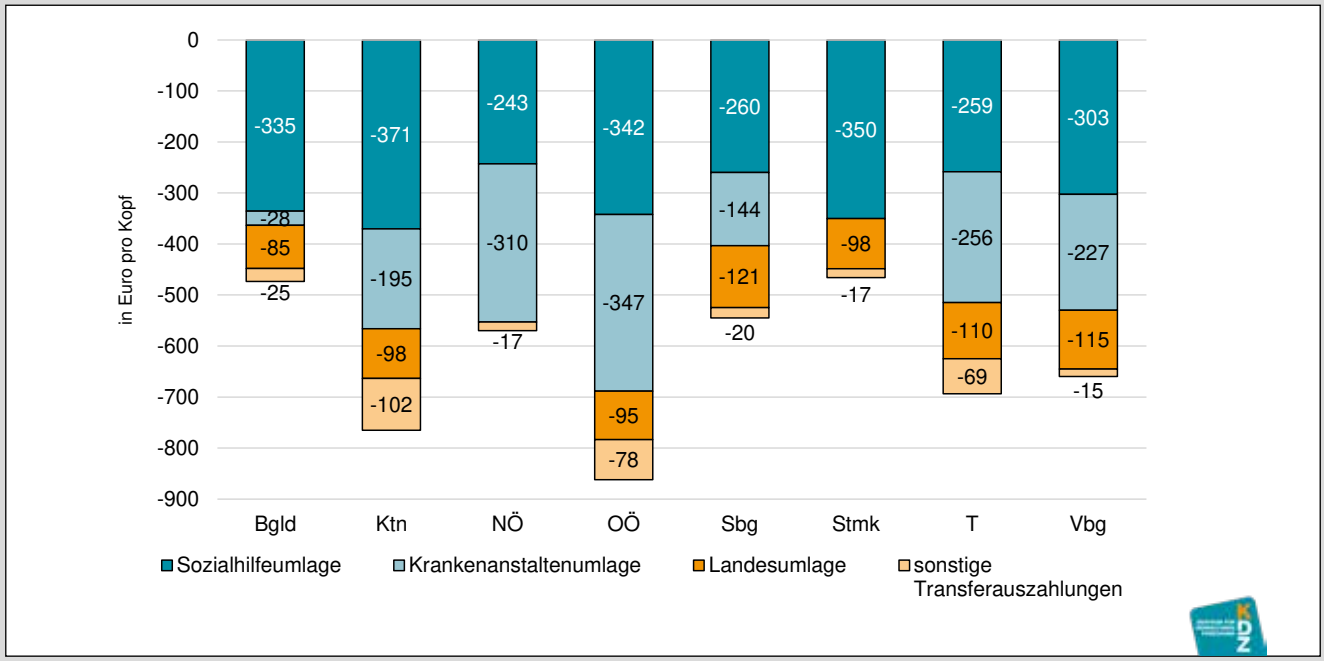
16) *Saldo sämtlicher Transfereinzahlungen und -auszahlungen der Gemeinden.*

Abbildung 43: Entwicklung der Ein- und Auszahlungen von Transfers und der Ertragsanteile in Mio. Euro, 2014 bis 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

Abbildung 44: Transferauszahlungen und Umlagenbelastung der Gemeinden nach Bundesland und Umlagenart in Euro pro Kopf, 2023

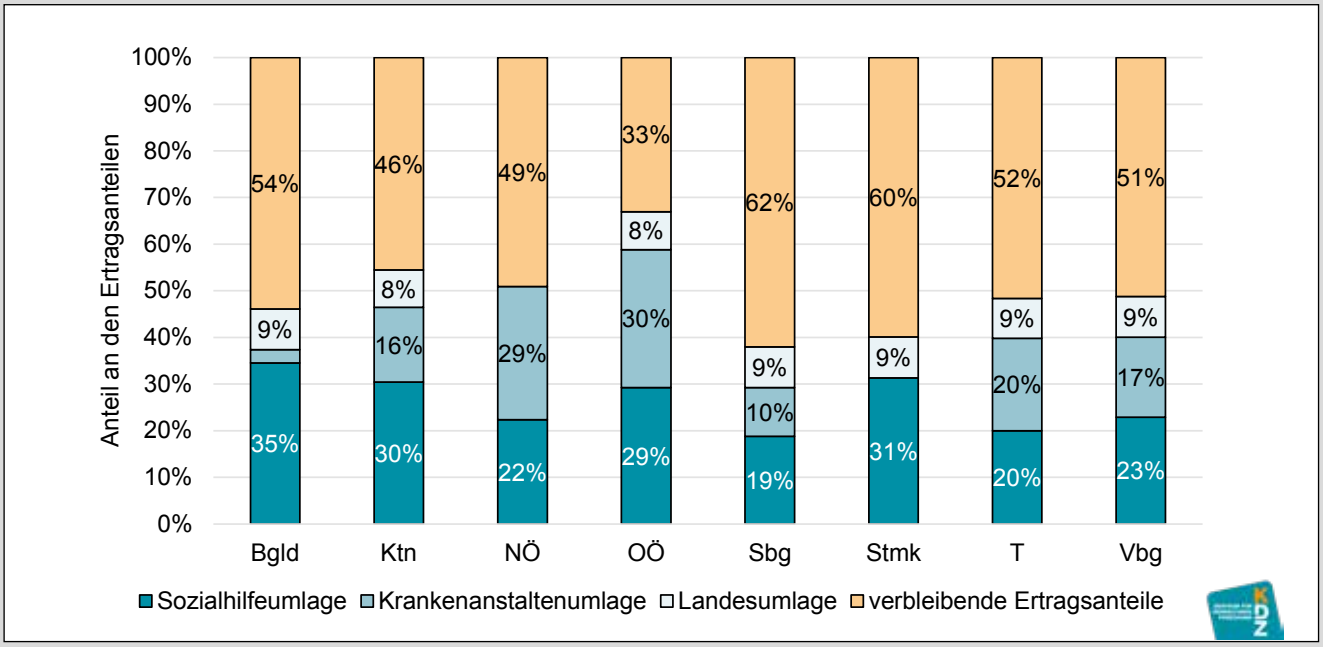


Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.

schiedlichen Transfersysteme, die insbesondere hinsichtlich folgender Parameter differieren:

- Anzahl der Umlagen: Alle Bundesländer heben eine Krankenanstalten-, Sozialhilfe- und Landesumlage ein; davon ausgenommen sind Niederösterreich (keine Landesumlage) sowie die Steiermark (keine Krankenanstaltenumlage).
- Höhe der Umlagen: Die Landesumlage schwankt zwischen 0 und 7,66 Prozent der ungekürzten Ertragsanteile, der Anteil der Gemeinden an den Krankenanstalten-Betriebsabgängen zwischen 0 und 40 Prozent, der Anteil der Gemeinden an der Sozialhilfe zwischen 35 und 50 Prozent.
- Unterschiedliche organisatorische Rahmenbedingun-

Abbildung 45: Anteil der Umlagen (Sozialhilfe-, Krankenanstalten- und Landesumlage) an den Ertragsanteilen nach Bundesland in Prozent, 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.

gen: In Oberösterreich und der Steiermark sind Statutarstädte zugleich Sozialhilfeverband und zahlen keine Umlagen an sich selbst.[17]

- Umfang des Leistungsangebots im Bereich der Sozialhilfe und Krankenanstalten und damit verbunden höhere oder niedrigere Lasten.

Damit zeigt die Höhe der Transferauszahlungen für die Gemeinden eine große Bandbreite (Abbildung 44). Im Jahr 2023 lag die höchste Belastung bei den oberösterreichischen Gemeinden (862 Euro pro Kopf), bei den Kärntner Gemeinden (766 Euro pro Kopf) sowie bei den Tiroler Gemeinden (694 Euro pro Kopf). Im Gegensatz dazu war die Belastung der burgenländischen sowie der steirischen Gemeinden mit rund 473 bzw. 465 Euro pro Kopf weniger als halb so hoch. Während die Krankenanstaltenumlage im Burgenland 28 Euro pro Kopf betrug, lag sie in Oberösterreich bei 347 Euro und in Niederösterreich bei 310 Euro pro Kopf. In der Steiermark wird gänzlich auf die Einhebung einer Krankenanstaltenumlage verzichtet. In Niederösterreich gibt es keine Landesumlage, sodass die Umlagenbelastung der niederösterreichischen Gemeinden im Mittelfeld liegt.

> *„Die Transferauszahlungen pro Kopf sind in Oberösterreich um über 80 % höher als in der Steiermark."*

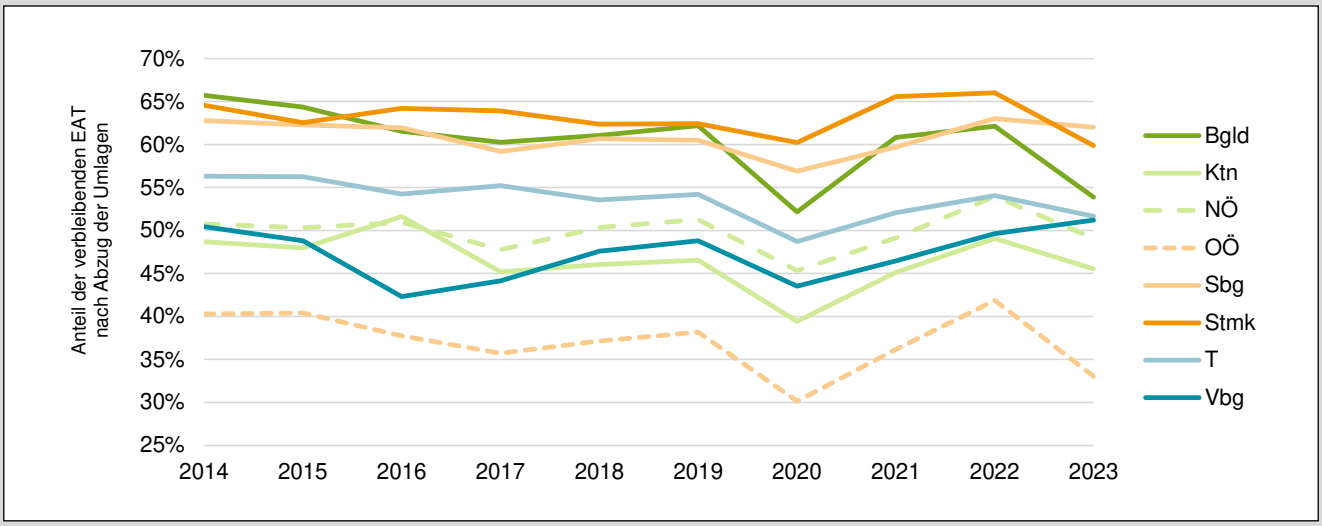
Ertragsanteile werden abgeschöpft

Die Umlagen reduzieren signifikant die Gemeinde-Ertragsanteile (Abbildung 45), wobei je nach Bundesland deutliche Unterschiede sichtbar werden. Während in Salzburg von einem Euro an Ertragsanteilen 62 Cent verbleiben, sind es in Oberösterreich nur 33 Prozent. Dies ergibt sich etwa, da die oberösterreichischen Gemeinden 40 Prozent des Betriebsabgangs von Krankenanstalten mitfinanzieren müssen, während es in Salzburg nur 25 Prozent sind. Auch unterscheiden sich die Ausgaben und die angebotenen Leistungen für Soziales und Gesundheit je nach Bundesland teils deutlich.

Im Zeitverlauf entwickelten sich die verbleibenden Ertragsanteile je Bundesland insgesamt rückläufig (Abbildung 46). Im Burgenland fielen die Gemeinden 2023 erstmals seit 2014 (wo ihnen noch 66 Prozent der Ertragsanteile verblieben) unter 55 Prozent – Ursache war der starke Anstieg der Sozialhilfeumlage. Den Gemeinden in Kärnten, Niederösterreich, Tirol und Vorarlberg verblieben 2014 zwischen 45 und 52 Prozent der Ertragsanteile. Die oberösterreichischen Gemeinden verfügten 2014 noch über 40 Prozent der Ertragsanteile, 2023 waren es nur mehr 33 Prozent. Diese Zahlen zeigen, dass der Finanzausgleich

17) *Für die Berechnung der fiktiven Sozialhilfeumlage in den steirischen und oberösterreichischen Statutarstädten wurden 73 Prozent der Nettoausgaben im Sozialbereich (Gruppe 4 ohne AB 48 Wohnbauförderung) herangezogen. Dies entspricht dem Durchschnittswert der anderen Städte über 50.000 EW. In der Steiermark wurden die Sozialhilfeverbände mit 31.12.2023 aufgelöst.*

Abbildung 46: Entwicklung der verbleibenden Ertragsanteile nach Abzug der Umlagen je Bundesland, 2014 bis 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

auf dem Kopf steht: Die Gemeinde-Ertragsanteile dienen nicht primär der Finanzierung der kommunalen Daseinsvorsorge, sondern mehrheitlich werden sie für Landesaufgaben verwendet.

Da die Umlagenhöhe pro Kopf stark an die Finanzkraft geknüpft ist, kommt es zu einer ansteigenden Belastung nach EW-Klassen bis zur Grenze von 10.000 bzw. 20.000 EW (Abbildung 47). Danach sinkt der Anteil wieder, da die Ertragsanteile aufgrund des abgestuften Bevölkerungsschlüssels bei den Städten ab 20.000 EW signifikant steigen. Dass die Anteile bei den größeren Städten weniger stark steigen als bei den kleineren und mittleren Gemeinden, könnte mit den unterschiedlichen demografischen Entwicklungen zusammenhängen. Zudem wirkt sich bei der Durchschnittsberechnung aus, dass die Statutarstädte in Oberösterreich und in der Steiermark selbst Sozialhilfeverband sind und daher die Leistungen selbst erbringen (daher keine Umlage zahlen, sondern Kostenerstattungen vom Land erhalten). Nach EW-Klassen haben die Gemeinden zwischen 5.000 und 10.000 EW mit 58 Prozent den höchsten Anteil zu tragen. Den geringsten Anteil weisen mit 44 Prozent die Städte über 50.000 EW aus.

> *„Oberösterreichischen Gemeinden verbleiben nur mehr 33 % der Ertragsanteile für die Daseinsvorsorge."*

7.3 Verteilungswirkungen des Transfersystems nach Gemeindegröße

Die Finanzkraftausstattung der Gemeinden (Ertragsanteile und gemeindeeigene Steuern) wird durch das Transfersystem zwischen Ländern und Gemeinden massiv verändert (Abbildung 48).

Die Finanzkraftausstattung (1) zeigte eine ähnliche Finanzkraft pro Kopf bei den Gemeinden bis 10.000 EW, danach stieg die Finanzkraft kontinuierlich an, was auf die höheren gemeindeeigenen Steuern sowie auf den abgestuften Bevölkerungsschlüssel ab 10.000 EW zurückzuführen ist.

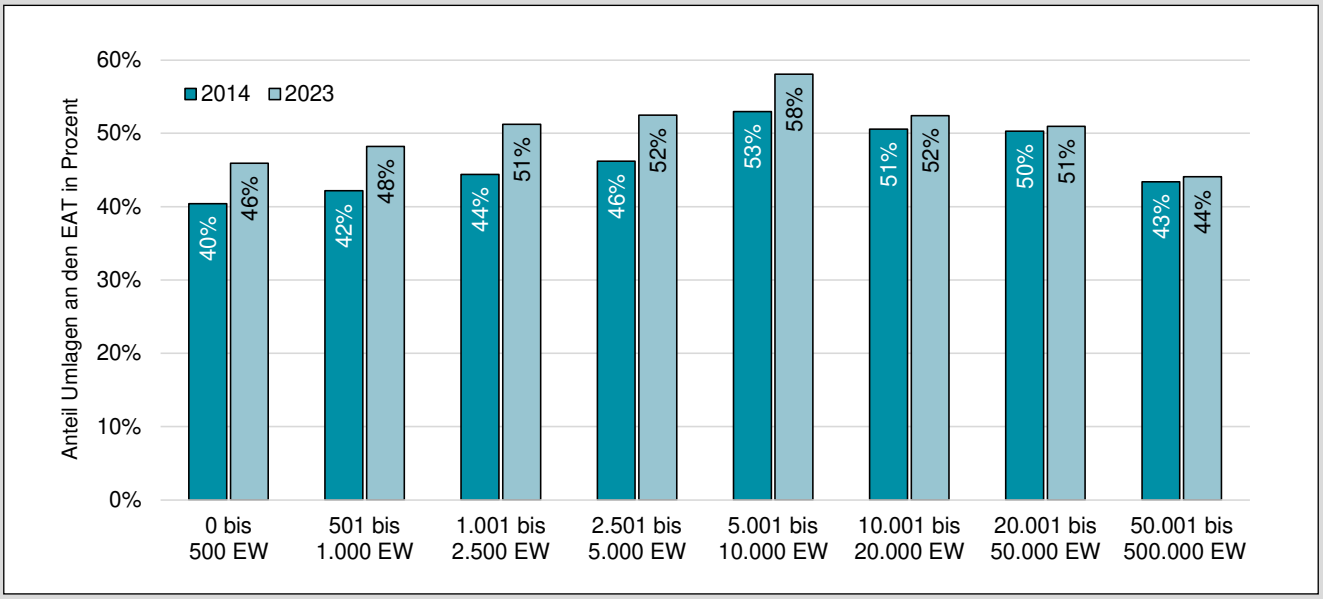
Die operativen Transfereinzahlungen (2) verbesserten die Finanzkraft der Gemeinden bis 1.000 EW, da v. a. der laufende Haushaltsausgleich verstärkt kleinere Gemeinden stützte. Weitere operative Einzahlungen – etwa Personalkostenrückerstattungen im Kinderbetreuungsbereich – kamen allen Gemeinden zugute. Werden zusätzlich die operativen Transferauszahlungen (3) berücksichtigt, zeigen sich weitere Verschiebungen, da die Finanzkraft der primäre Verteilungsschlüssel zwischen den Gemeinden bei den drei Umlagen ist.

Unter Berücksichtigung der Kapitaltransfers (4) (das sind einmalige Förderungen – etwa Investitionszuschüsse) verfügten die Gemeinden bis 1.000 EW über mehr Finanzmittel aus dem Finanzausgleich als die Gemeinden zwischen 1.000 und 50.000 EW.

7.4 Resümee

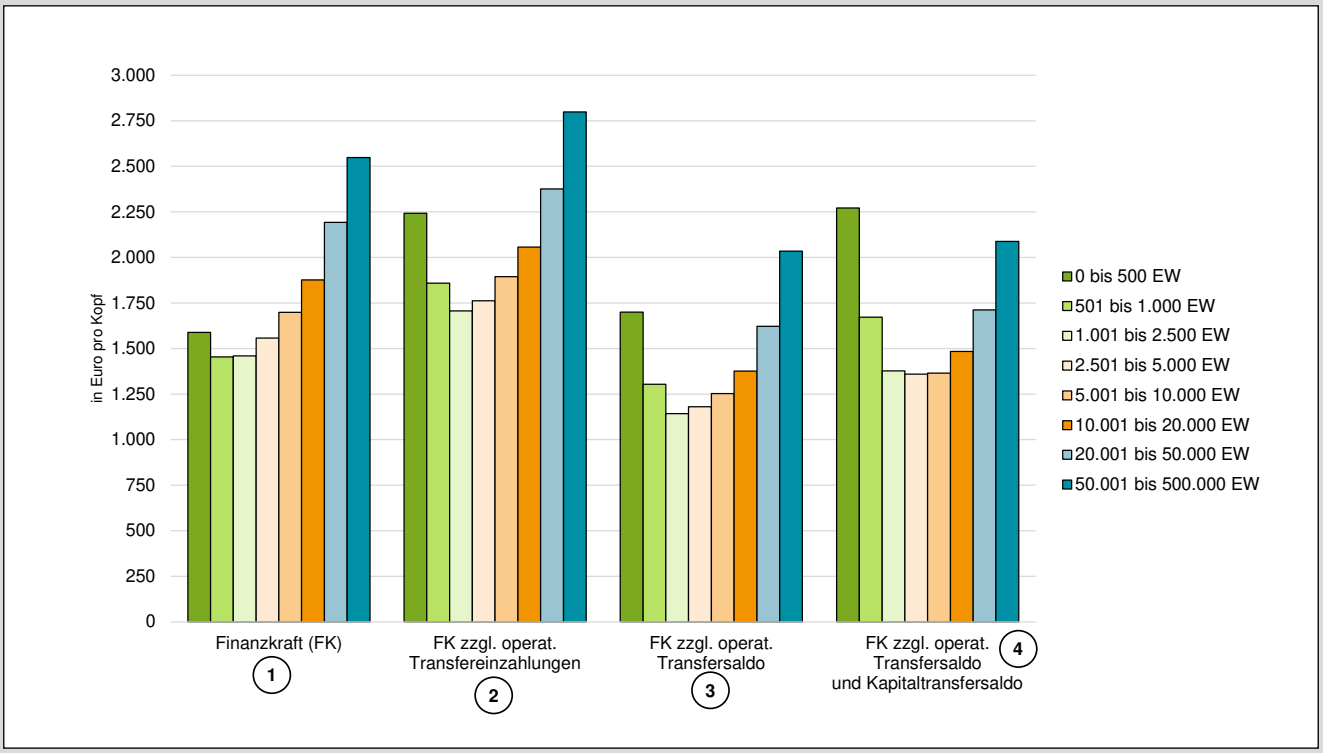
Das Transfersystem kann in seiner Gesamtheit als komplex und intransparent bezeichnet werden und weist gleichzeitig eine hohe Wachstumsdynamik auf. Dies führt dazu, dass der österreichweit einheitliche Finanzausgleich (eigene Steuern und Ertragsanteile) über das Transfersystem zwischen den Ländern und Gemeinden deutlich verändert wurde. Durch die hohe Heterogenität der Länder-Gemeinde-Transferbe-

Abbildung 47: Anteil der Umlagen (Sozialhilfe-, Krankenanstalten- und Landesumlage) an den Ertragsanteilen nach EW-Klasse in Prozent, 2014 und 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 und 2023.

Abbildung 48: Auswirkungen des Finanzausgleichs auf die Finanzkraft nach EW-Klassen in Euro pro Kopf, 2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.

ziehungen kam es zu acht Bundesländer-Finanzausgleichen mit teils sehr unterschiedlichen Verteilungswirkungen zwischen den Gemeinden und verschiedenen Transferbelastungen der Gemeinden insgesamt. So ergaben sich unterschiedlich hohe Transfersalden nach Bundesländern, die jedoch nicht auf verschiedene regionale Bedürfnisse auf der kommunalen Ebene zurückzuführen sind, sondern auf die unterschiedlichen Mitfinanzierungsbedarfe der Länder.

8 Finanzielle Herausforderungen im Bereich der Elementarpädagogik

Zusätzlicher Investitionsbedarf von 7 Mrd. Euro bis 2030

Die Gemeinden haben bisher kräftig in die Kinderbetreuung investiert und damit zu einem konstanten Ausbau der Betreuungsangebote beigetragen. Dafür haben sie stetig mehr Mittel aufgewendet, obwohl sie insbesondere für die Erhaltung des laufenden Betriebes nicht mehr Mittel aus dem Finanzausgleich bekommen haben. In den nächsten Jahren muss der finanzielle Gürtel jedoch enger geschnallt werden. Doch was bedeutet dies für den Ausbaupfad in der Elementarpädagogik?

In einer vom Österreichischen Städtebund beauftragten Studie ist das KDZ dieser Frage nachgegangen (Mitterer/Haydn/Hochholdinger, 2024, Quo vadis – Elementare Bildung?). Welche Ziele werden derzeit in der elementaren Bildung verfolgt und welcher finanzielle Aufwand ist damit verbunden? Wie haben sich das Leistungsangebot sowie der finanzielle Aufwand bisher entwickelt? Mit welchen künftigen Entwicklungen im Personalbereich und in der Finanzierung ist zu rechnen? In diesem Kapitel wird versucht, Antworten auf diese Fragen zu geben.

8.1 Ausbau- und Weiterentwicklungsbedarf in der Elementarpädagogik

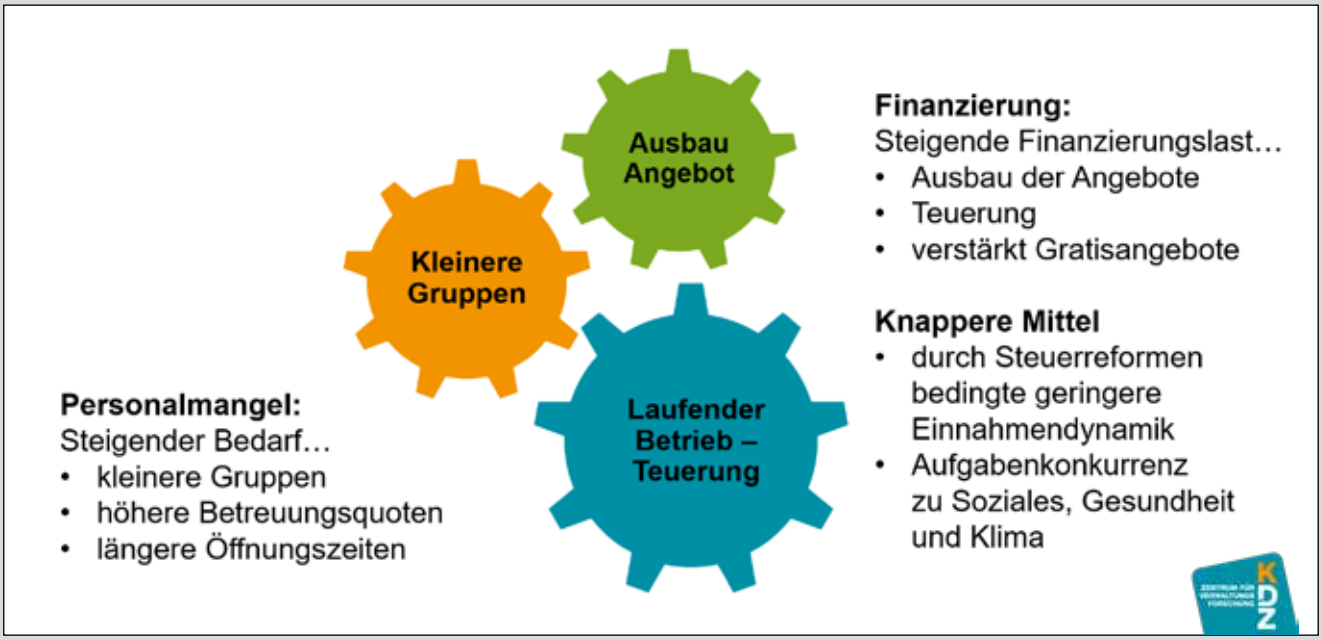
Drei große Herausforderungen

Die Elementarpädagogik steht finanziell in den nächsten Jahren vor drei großen Herausforderungen (Abbildung 49): Erstens klafft durch die Teuerung die Einnahmen-Ausgaben-Schere weiter auseinander. So stiegen die Personalausgaben stärker als die Elternbeiträge sowie die Zuschüsse des Bundes und der Länder. Derzeit ist nicht absehbar, dass sich die entstandene Finanzierungslücke schließen lässt.

Zweitens bestehen in vielen Bundesländern neue gesetzliche Vorgaben, die eine Qualitätssteigerung bewirken sollen. Dies betrifft v. a. die Reduktion der Gruppengrößen in den Betreuungseinrichtungen, wodurch zusätzliches Personal und die Schaffung erweiterter Räumlichkeiten notwendig sind. Hinzu kommen in mehreren Bundesländern Vorgaben betreffend Gratis-Angebote oder eine reduzierte Einhebung von Elternbeiträgen, die die Einnahmenbasis der Gemeinden schmälern.

Drittens wird über nationale Ausbauziele zur Steigerung der Betreuungsquoten die Schaffung zusätzlicher Betreuungs-

Abbildung 49: Herausforderungen in der Elementarpädagogik



Quelle: Mitterer et al. (2024, S. 6).

plätze gefördert. Mit den Art. 15a-Vereinbarungen erfolgte eine Orientierung an den Barcelona-Zielen, wonach mind. 90 Prozent der 3- bis 5-Jährigen und mind. 33 Prozent der unter 3-Jährigen einen Kinderbetreuungsplatz haben sollen. Mit dem FAG 2024 wurde die Zielquote bei den unter 3-Jährigen nun auf 38 Prozent entsprechend den europäischen Empfehlungen angepasst.

8.2 Entwicklung des Zuschussbedarfes

Zukunftsfonds trägt zur Finanzierung bei

Das Finanzierungsproblem der Gemeinden ist tiefgehend. Gut 70 Prozent der Ausgaben der Elementarpädagogik decken Gemeinden durch allgemeine Steuermittel – das sind primär Ertragsanteile gemäß FAG und eigene Abgaben wie die Kommunalsteuer. Die Ertragsanteile weisen aufgrund der Steuerreformen der letzten Jahre eine unterdurchschnittliche Dynamik auf und gingen 2023 sogar zurück. Gleichzeitig steigen die Umlagen der Gemeinden zur Ko-Finanzierung für Soziales und Gesundheit an die Länder. Damit verbleiben den Gemeinden immer weniger Mittel zur Finanzierung der kommunalen Daseinsvorsorge, wozu die Elementarpädagogik gehört. Die über den Finanzausgleich 2024 bereitgestellten Mittel aus dem Zukunftsfonds für die Elementarpädagogik sollen dazu beitragen, diese Lücke zu füllen.

> *„Gut 70 % der Ausgaben der Elementarpädagogik decken Gemeinden durch allgemeine Steuermittel."*

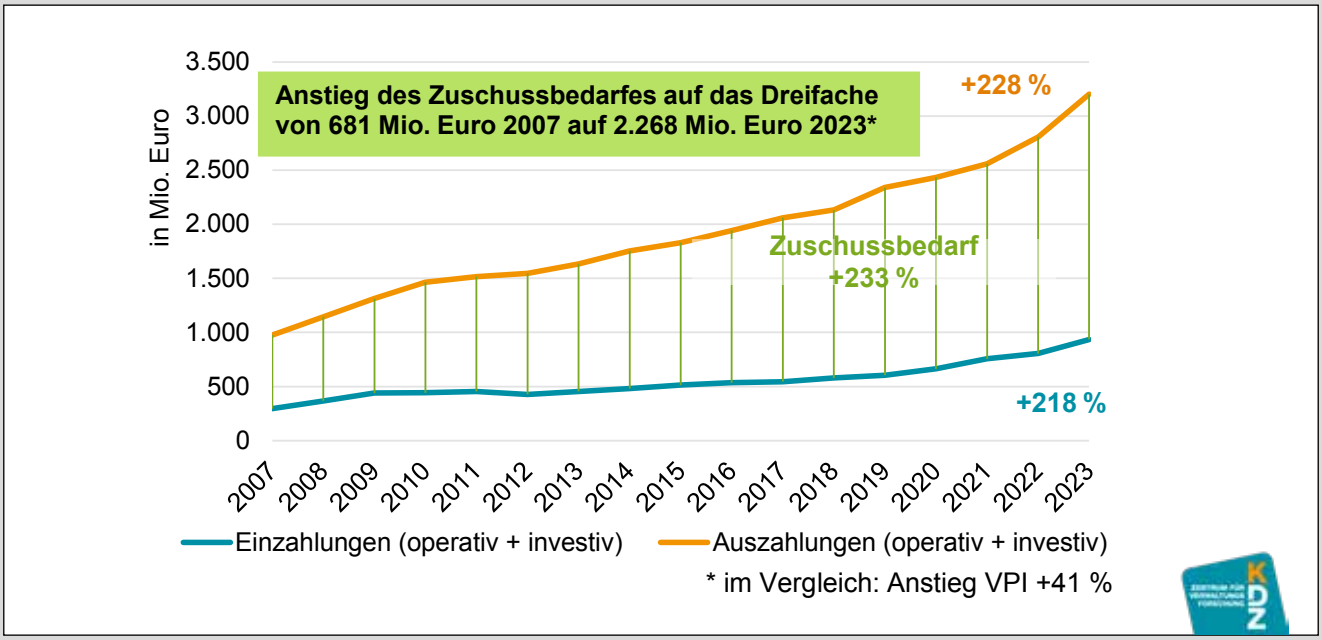
Mit dem Zukunftsfonds wurden im Rahmen des FAG 2024 vom Bund insgesamt 500 Mio. Euro zusätzlich für den Bereich der Elementarpädagogik zur Verfügung gestellt. In dem Zusammenhang wurde eine Betreuungsquote der unter 3-Jährigen von 38 Prozent als Ziel formuliert. Alternativ besteht die Möglichkeit, die Betreuungsquote um mindestens einen Prozentpunkt pro Jahr zu erhöhen.

Die Fördermittel können von den Gemeinden über den Ausbau der Betreuungsplätze hinaus auch für weitere Zwecke eingesetzt werden. Konkret werden im FAG 2024 genannt: Ausbau der Betreuungsplätze (für unter 3-Jährige), Ausbau der Öffnungszeiten bzw. VIF[18]-Konformität sowie Verbesserung der Qualität (Fachkraft-Kind-Schlüssel, Gruppengröße). Damit können die Zusatzmittel sowohl für die Infrastruktur als auch für den Personalaufwand verwendet werden.

Auch wenn mit dem Zukunftsfonds gemeinsame Ziele festgelegt wurden, sind bei einer Nichterreichung der Ziele keine Konsequenzen vorgesehen. In der Praxis ist daher zu erwarten, dass mit den Zusatzmitteln in erster Linie die Finanzierbarkeit des laufenden Betriebes abgesichert wird, danach erfolgen die gesetzlich notwendigen Adaptierungen (v. a. Verklei-

18) Vereinbarkeitsindikator Familie – mit einem Vollzeitarbeitsverhältnis vereinbarte Betreuungsdauer.

Abbildung 50: Finanzielle Entwicklung der Gemeinden inkl. Wien im Bereich der Elementarpädagogik, 2007–2023



Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis: Mitterer et al. (2024, S. 40), Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.

nerung der Gruppengröße). Sollten dann noch Mittel übrig bleiben, können diese in den Ausbau fließen.

Stark gestiegener Zuschussbedarf

Die Elementarpädagogik ist ein dynamisch wachsender Bereich (Abbildung 50). Seit Start der Art. 15a-Vereinbarungen zum Ausbau der Elementarpädagogik hat sich der Zuschussbedarf der Gemeinden mehr als verdreifacht (Steigerung um 233 Prozent) – dies ist immerhin ein durchschnittlicher jährlicher Anstieg von 7,7 Prozent. Im Vergleich dazu ist der VPI um nur 41 Prozent gestiegen.

Insgesamt zeigt sich, dass seit Beginn der Art. 15a-Vereinbarungen zum Ausbau der Elementarpädagogik ein recht konstanter Ausbau der Angebote – sowie auch der damit verbundenen Ausgaben – besteht. Insgesamt sind die Auszahlungen (z. B. für Personal und Investitionen) stärker gestiegen als die Einzahlungen (v. a. Transfers vom Bund und den Ländern sowie Elternbeiträge). Die starken Anstiege 2023 sind teilweise auf das höhere Preisniveau zurückzuführen.

Unterschiede nach Bundesland

Bei einer Bundeslandbetrachtung zeigen sich deutliche Unterschiede hinsichtlich der Betreuungsangebote. Die Betreuungsquote bei den 3- bis 5-Jährigen schwankt je nach Bundesland zwischen 89 Prozent in der Steiermark und 98,5 Prozent in Niederösterreich. Größere Unterschiede bestehen bei den 0- bis 2-Jährigen. Wien erreichte bereits 2015 ein hohes Niveau von rund 45 Prozent bei der Betreuung der Jüngsten. Großer Aufholbedarf hingegen besteht mit etwa 20 Prozent in den Bundesländern Steiermark und Oberösterreich.

Weitere Unterschiede zeigen sich bei den Öffnungszeiten. Die geringsten VIF-Anteile bei den 3- bis 5-Jährigen finden sich in Niederösterreich und Oberösterreich mit weniger als 30 Prozent, die höchsten in Wien (91 Prozent). Deutliche Unterschiede zeigen sich auch beim Verhältnis zwischen VIF-Plätzen sowie ganztags- oder halbtagsbetreuten Kindern.

Die Öffnungszeiten bestimmen auch die Ausgaben pro betreutem Kind (Abbildung 51), die deutlich variieren. In jenen Bundesländern mit längeren Öffnungszeiten ist dementsprechend auch der Zuschussbedarf der Gemeinden pro betreutem Kind höher.

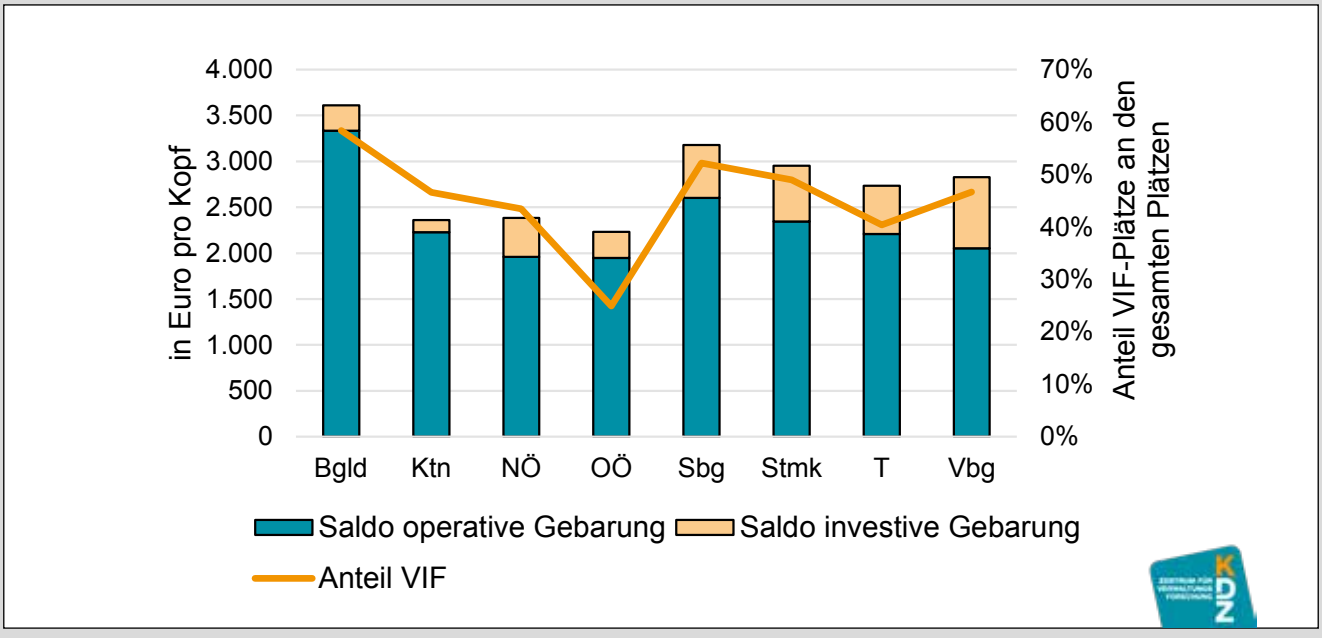
8.3 Künftige Finanzierungsbedarfe

Notwendiger Weiterentwicklungspfad

Der deutliche Ausbau der Angebote spiegelt sich auch in der Entwicklung des Betreuungspersonals wider (Abbildung 52). So erhöhte sich das Personal in der Elementarpädagogik bisher um durchschnittlich 4 Prozent pro Jahr (in Vollzeitäquivalenten), bei den Krippen sogar um 12 Prozent pro Jahr.

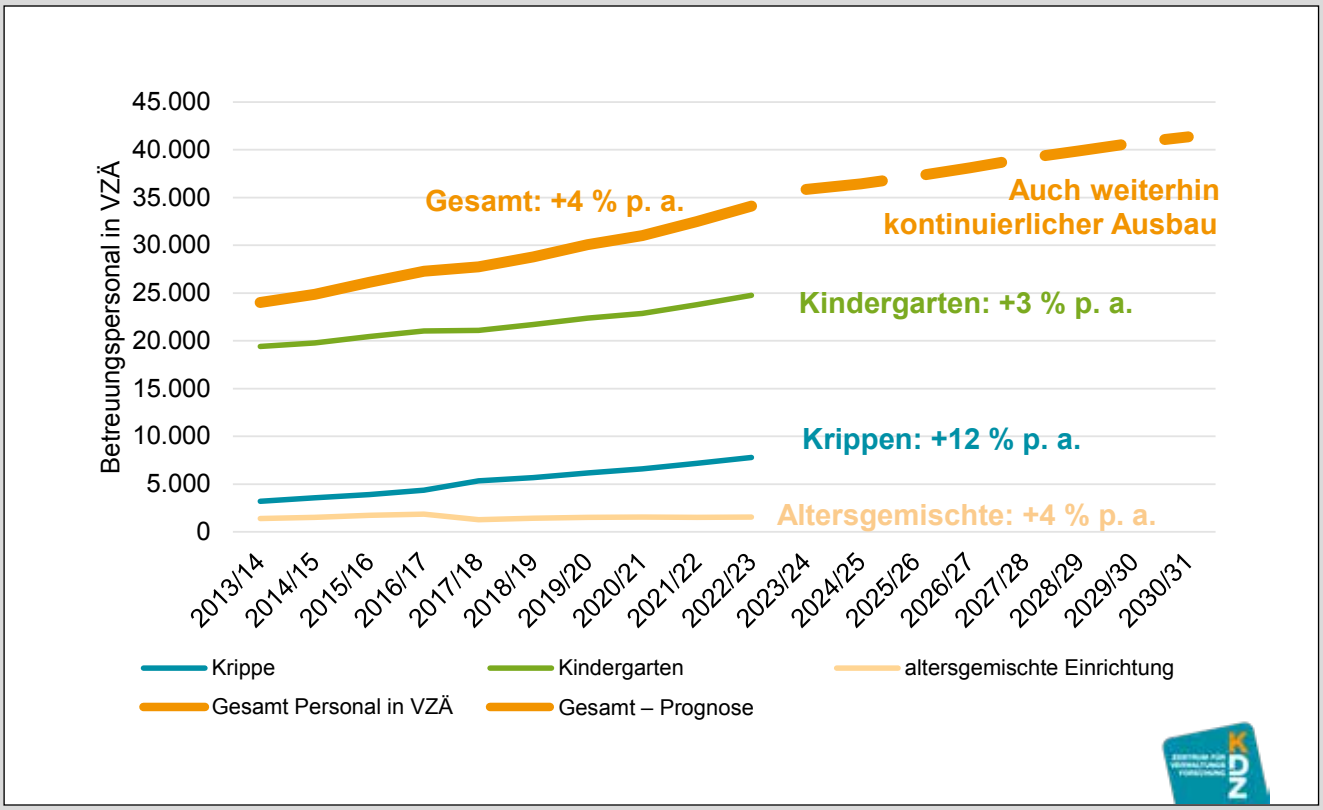
Interessant ist hierbei die Frage, inwieweit dieser Ausbaupfad auch in der Zukunft beibehalten werden wird. Entspre-

Abbildung 51: Zuschussbedarf der Gemeinden pro betreutem Kind nach Bundesland (ohne Wien), 2022



Quelle: Mitterer et al. (2024, S. 42).

Abbildung 52: Betreuungspersonal in Vollzeitäquivalenten bisher und in der Fortschreibung



Quelle: eigene Darstellung (2025), bis 2022/2023 auf Basis Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2013/2014-2022/2023; Prognose basierend auf Löffler et al. (2022). Näheres zur Prognosegrundlage in Mitterer et al. (2024).

chend den Zielsetzungen des Zukunftsfonds ist weiterhin von einer ähnlichen Entwicklung auszugehen, da mit dem Ziel der Steigerung der Betreuungsquote pro Bundesland um einen Prozentpunkt pro Jahr der bisherige Weg fortgeführt und daher kein „Turbo" beim Ausbau der Elementarpädagogik gezündet wird.

Dennoch zeigt sich, wie bedeutsam es ist, in der aktuellen Situation in zusätzliches Personal zu investieren. Insbesondere durch die in mehreren Bundesländern bestehenden Vorgaben zur Verkleinerung der Gruppengrößen entsteht hier weiterer Personalbedarf, der zusätzlich zu den zahlreichen Pensionierungen der nächsten Jahren gedeckt werden muss.

> *„Die Mittel aus dem Zukunftsfonds sind ein wichtiger Stabilisator, werden jedoch alleine nicht reichen."*

Ausbaupfad machbar?

Bleibt noch die Frage, ob die gesetzten Ziele zum Ausbau der elementaren Bildung auch finanzierbar sind. Laut einer Schätzung der zitierten Studie werden die geplanten Maßnahmen im Bereich der Elementarpädagogik zu einem zusätzlichen geschätzten Finanzierungsbedarf in Höhe von 6,9 Mrd. Euro (noch vor Abzug von Förderungen) für den Zeitraum 2024 bis 2030 führen.

Einen wesentlichen Anteil hat die sich öffnende Einnahmen-Ausgaben-Schere, die insbesondere seit der Teuerung ab 2023 offensichtlich wird.

Ein deutlicher Finanzierungsbedarf entsteht auch durch die Anhebung der Betreuungsquote um mindestens einen Prozentpunkt pro Jahr und Bundesland. Im Vergleich geringere finanzielle Bedeutung hat der zusätzliche Finanzierungsbedarf aufgrund längerer Öffnungszeiten. Durch die Verkleinerung der Gruppengrößen in den Bundesländern Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark entstehen ebenfalls nennenswerte Zusatzkosten.

Insgesamt zeigt sich, dass in Zukunft der bisherige Pfad fortgeführt werden müsste, um die gesetzten Ausbauziele zu erreichen. Angesichts der enger gewordenen finanziellen Spielräume der Gemeinden wird dies jedoch nur schwer gelingen. Die Mittel aus dem Zukunftsfonds sind hier eine wichtige Stütze, können jedoch den Mehrbedarf nicht zur Gänze abfangen. Es ist daher zu befürchten, dass die Ausbauziele nicht erreicht werden können.

9 Gemeindefinanzprognose sowie Handlungserfordernisse und -optionen

Nicht nur der Gesamtstaat, sondern auch Städte und Gemeinden werden in den nächsten Jahren einen Konsolidierungsbeitrag leisten müssen. Das ist besonders schwierig, da sie stark von den von Bund und Ländern vorgegebenen Rahmenbedingungen abhängig sind. Die aktuelle Gemeindefinanzprognose zeigt, dass ohne Gegensteuerungsmaßnahmen in den nächsten Jahren von Leistungskürzungen auszugehen ist. Es gilt daher weiterhin hoher Reformbedarf, um die Gemeindefinanzen mittelfristig wieder zu stabilisieren.

9.1 Gemeindefinanzprognose

Das KDZ erstellt im Auftrag des Österreichischen Städtebundes regelmäßig Gemeindefinanzprognosen. Die folgend dargestellte Prognose bis zum Jahr 2028 wurde Mitte Dezember 2024 der Öffentlichkeit präsentiert.[19]

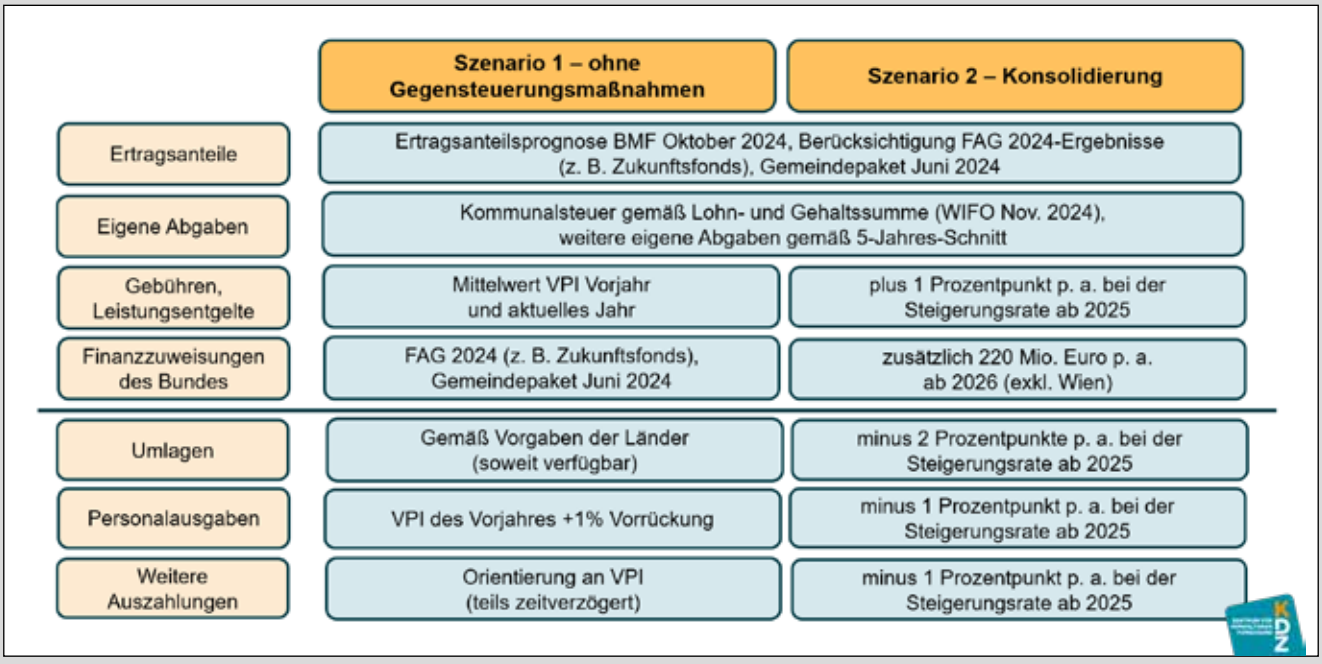
Die Prognose der Gemeindefinanzen zeigt weiterhin eine Einnahmen-Ausgaben-Schere, da die Effekte durch das neue Finanzausgleichsgesetz 2024 nicht ausreichen, um die strukturell geschwächten Gemeindefinanzen wieder auf das Vorkrisenniveau zu bringen. Ohne Gegensteuerungsmaßnahmen muss angenommen werden, dass rund jede zweite Gemeinde eine negative Freie Finanzspitze haben wird und die Liquidität nachhaltig geschwächt ist. Damit wird es auch schwierig, die erforderlichen Investitionen – insbesondere in die Kinderbetreuung, in den Klimaschutz und in die Verkehrswende – zu finanzieren.

Prognosegrundlagen

Die Prognose basiert im Wesentlichen auf Prognoseparametern des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) und des BMF (Abbildung 53). Vonseiten des WIFO ist insbesondere die Inflationsprognose für eine Vielzahl an Einnahmen- und Ausgabengrößen relevant, weiters die Prognose der Lohn- und Gehaltssumme als Grundlage für die Entwicklung der Kommunalsteuer. Bei den Ertragsanteilen wird auf eine Prognose des BMF Bezug genommen. Die Neuerungen durch das FAG 2024 (z. B. Zukunftsfonds) und das Gemeindepaket vom Juni 2024 sind bereits berücksichtigt.

19) *KDZ (2024). Gemeindefinanzprognose. https://www.kdz.eu/de/aktuelles/blog/gemeindefinanzprognose-dezember-2024-konsolidierungsmassnahmen-auch-bei-gemeinden. Veröffentlicht am 5.12.2024.*

Abbildung 53: Prognosegrundlagen



Quelle: eigene Darstellung (2024).

Den Personalausgaben liegen für 2024 die aktuellen Gehaltsabschlüsse zugrunde, für die Folgejahre wird der VPI zuzüglich einer Vorrückungstangente berücksichtigt. Die Umlagenentwicklung basiert auf einer Abfrage der Bundesländer. Wenn keine offiziellen Vorgaben des Landes verfügbar waren, wurden Annahmen auf Basis der Auskunft einzelner Städte getroffen.

Die Prognose geht grundsätzlich von einem konstanten Aufgabenniveau aus und berücksichtigt keine weiteren Ausbauerfordernisse – etwa im Bereich der Elementarpädagogik oder bei Ganztagsschulen. Ebenfalls nicht eingeschlossen sind etwaige Verschiebungen bei den Gemeinde-Bedarfszuweisungen zugunsten eines Haushaltsausgleichs, um die Anzahl der Abgangsgemeinden zu reduzieren. Dieser Effekt war etwa auch 2020 zu beobachten.

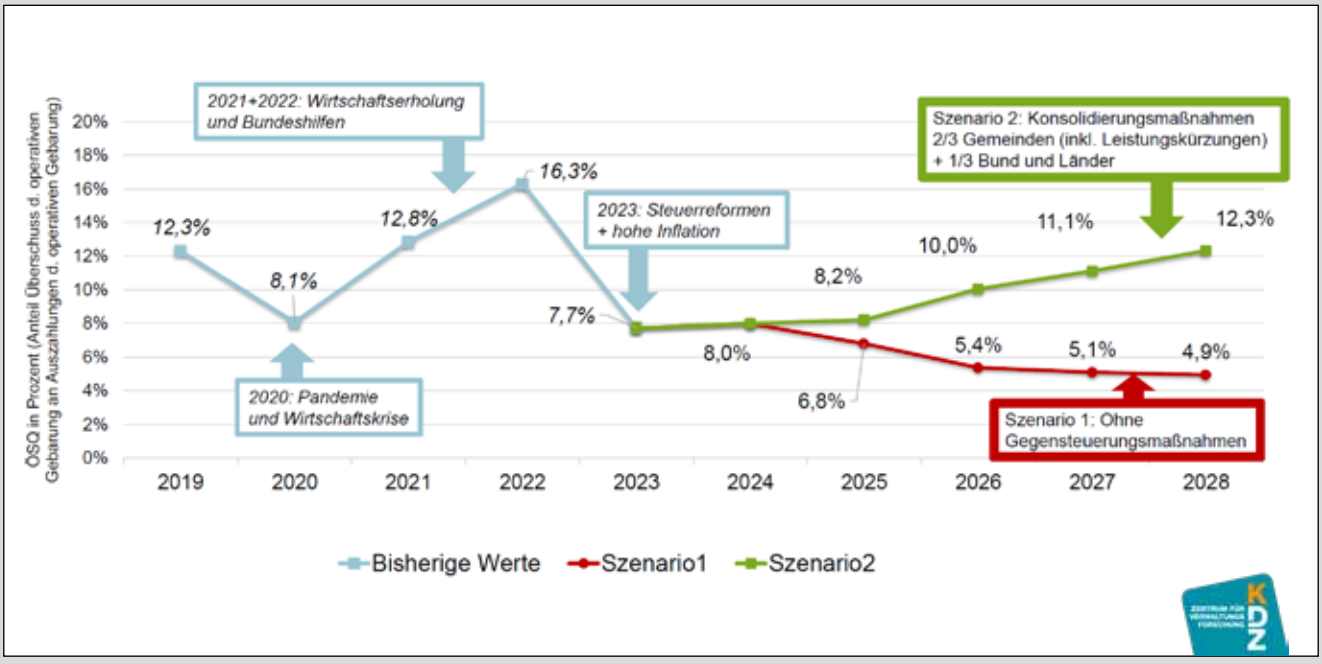
Es wurden zwei Prognosevarianten berechnet. Variante 1 basiert auf den wahrscheinlichen Entwicklungen, wenn keine Gegenmaßnahmen getroffen werden. Im Gegensatz dazu geht Variante 2 davon aus, dass die finanziellen Spielräume bis 2028 wieder das Vorkrisenniveau erreichen. Dabei werden gemeinsame Konsolidierungsbeiträge angenommen, wobei zwei Drittel des Konsolidierungsvolumens durch die Gemeinden gestemmt werden und zwei Drittel von Bund und Ländern. Beim Bund wird die Verstetigung der bestehenden Finanzzuweisungen bis 2028 und bei den Ländern eine verringerte Dynamik bei den Ko-Finanzierungsverpflichtungen der Gemeinden an die Länder in den Bereichen Soziales und Gesundheit angenommen. Das Konsolidierungsvolumen der Gemeinden fußt auf Maßnahmen zur Effizienzsteigerung (z. B. Prozessoptimierung), zur Ausschöpfung der Einnahmenpotenziale (z. B. Anhebung der Gebühren) und auf Leistungskürzungen (z. B. Aufgabenkritik, Reduktion von Öffnungszeiten, Zusammenlegen von wenig ausgelasteten Standorten, Schließen von Sport- und Kultureinrichtungen).

> *„Bei den Gemeindefinanzen zeigt sich eine sehr kritische Prognose."*

Nachhaltig gesunkene Finanzierungsspielräume

Die vom KDZ durchgeführte Prognose (Abbildung 54) fokussiert auf den operativen Bereich. Umso höher der Überschuss aus der operativen Gebarung ist, desto mehr Mittel stehen für Tilgungen und Investitionen zur Verfügung. Ein wichtiger Indikator hierfür ist die Öffentliche Sparquote (ÖSQ), die angibt, in welchem Ausmaß die operativen Einzahlungen die operativen Auszahlungen übersteigen. Je höher die Quote ist, desto größer sind die Spielräume für Tilgungen und Investitionen. Ist die Quote hingegen negativ, können weder Tilgungen noch Investitionen getätigt werden und die Gemeinde ist als Abgangsgemeinde einzustufen.

Abbildung 54: Gemeindefinanzprognose bis 2027 (Gemeinden ohne Wien)



Quelle: eigene Darstellung (2024) auf Basis KDZ-Prognosemodell.

Während vor der Krise regelmäßig Überschüsse (Öffentliche Sparquote – ÖSQ) von 13 bis 15 Prozent erzielt wurden, zeigt die mittelfristige Gemeindefinanzprognose ein Absinken der Quote auf bis zu 5 Prozent. Dies ist ein deutlicher Rückgang der finanziellen Spielräume der Gemeinden. Insbesondere ist – ohne Gegensteuerung – keine nachhaltige Erholung in Sicht.

Grund hierfür ist, dass 2023 die Ausgaben deutlich stärker gestiegen sind als die Einnahmen und seitdem eine Einnahmen-Ausgaben-Schere entstanden ist, die sich ohne Gegensteuerungsmaßnahmen nicht schließen lässt. Dies ist primär auf zwei Faktoren zurückzuführen: Erstens werden die Ertragsanteile, die knapp 40 Prozent der Einnahmen der Gemeinden ausmachen, 2024 bis 2027 aufgrund von Steuerreformen und Entlastungspaketen des Bundes nur schwach steigen. Zweitens waren die Städte und Gemeinden mit hohen Ausgabensteigerungen konfrontiert. Zu nennen sind insbesondere inflationsbedingte Anstiege bei Sach- und Personalkosten. Diese kommen zu den bereits seit vielen Jahren bestehenden überdurchschnittlichen Steigerungen bei den Ko-Finanzierungsleistungen der Gemeinden in den Bereichen Gesundheit und Soziales hinzu.

> *„2028 verbleiben nur mehr 39 % der Ertragsanteile für die Daseinsvorsorge."*

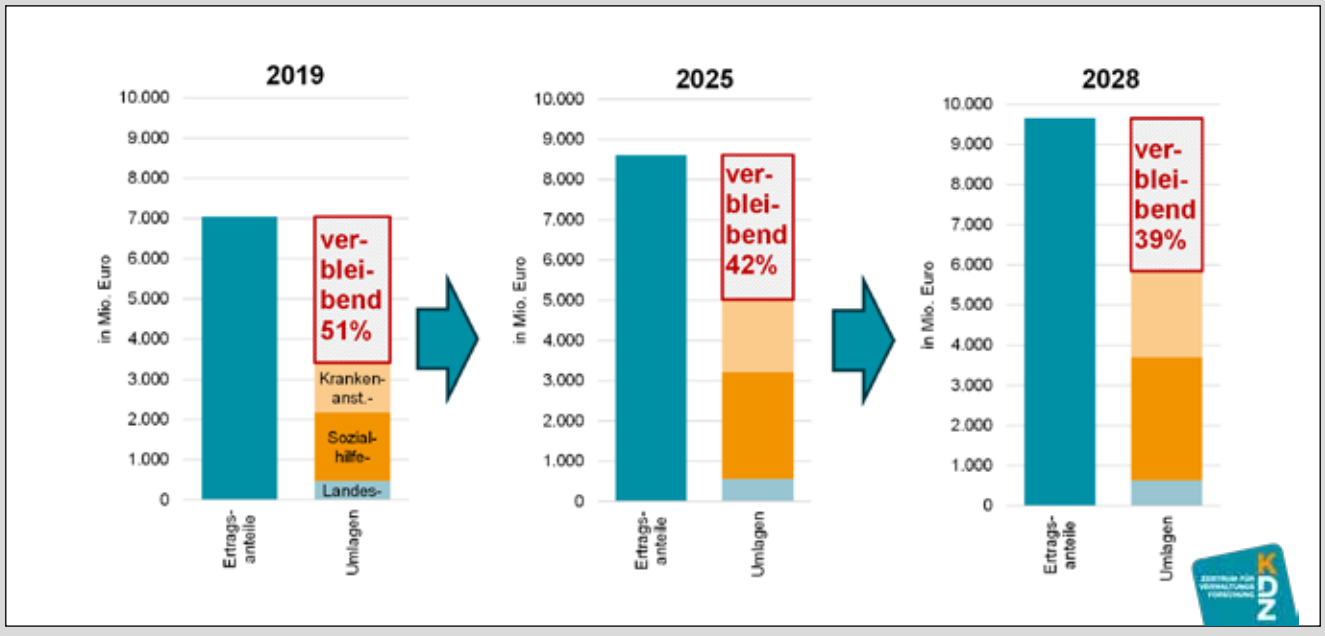
In Summe wird dies dazu führen, dass die Anzahl an Abgangsgemeinden signifikant steigen wird. Ohne Gegensteuerungsmaßnahmen zeigt die Prognose, dass 2024 jede zweite Gemeinde eine negative Freie Finanzspitze[20] haben wird und als Abgangsgemeinde gewertet werden kann.

Aushöhlung der Finanzierungsbasis über Umlagen

Städte und Gemeinden erbringen eine Vielfalt an Leistungen – von der Kinderbetreuung und Schulen über die Infrastruktur bis hin zu Sport- und Kultureinrichtungen. Die zur Finanzierung der kommunalen Daseinsvorsorge zur Verfügung stehenden Einnahmen reduzieren sich jedoch von Jahr zu Jahr, da auch über Transfers ein immer größerer Teil der Einnahmen von den Städten und Gemeinden an die Länder für die Bereiche Krankenanstalten und Soziales abzutreten ist. Die KDZ-Prognose zeigt, dass bis 2028 von einem Euro, den die Städte und Gemeinden aus dem gemeinschaftlichen Steuertopf erhalten, durch diese Transfers nur mehr 39 Cent bei den Städten und Gemeinden verbleiben (Abbildung 55). Damit ist die Finanzierung der eigentlichen kommunalen Aufgaben nicht mehr möglich. Der Intention des Finanzausgleichs, mit den Gemeinde-Ertragsanteilen die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge zu finanzieren, wird damit widersprochen.

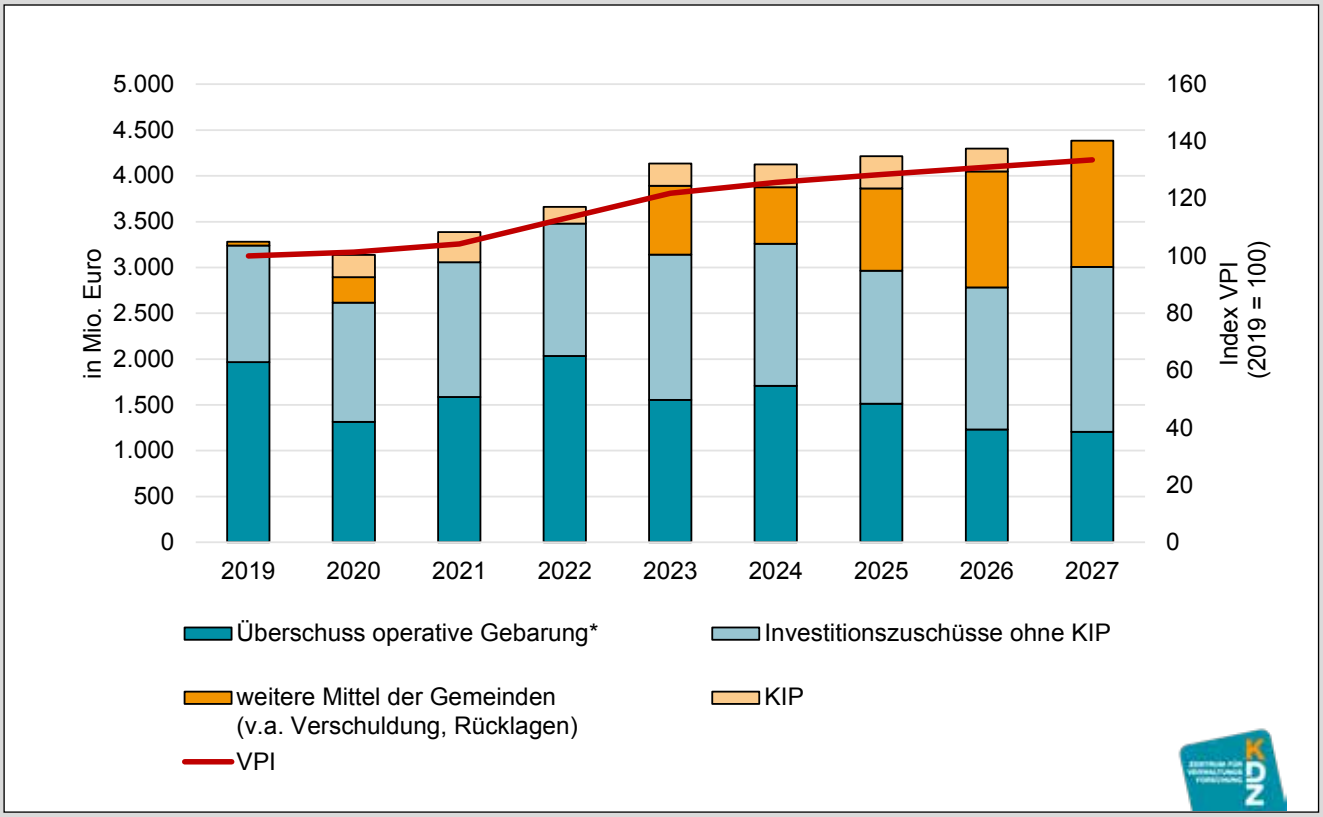
20) Eine Abgangsgemeinde kann mit den operativen Einnahmen die operativen Ausgaben zuzüglich Schuldtilgungen nicht mehr decken.

Abbildung 55: Anteil der Umlagen an den Ertragsanteilen sowie den Gemeinden verbleibende Anteile an den Ertragsanteilen, 2019, 2025 und 2028



Quelle: eigene Darstellung (2024) auf Basis KDZ-Prognosemodell.

Abbildung 56: Prognose der Finanzierungsquellen zur Aufrechterhaltung des Investitionsniveaus der Gemeinden bis 2027



Quelle: eigene Darstellung (2024) auf Basis KDZ-Prognosemodell.
* 2021 und 2022 abzg. Mittel, welche nicht zur Finanzierung der Investitionen benötigt werden."

Auch die seit Jahrzehnten unterlassene Grundsteuerreform hat die Finanzierungsbasis der Städte und Gemeinden nachhaltig geschwächt.

Wenig Spielraum für Investitionen

Damit sinken auch die finanziellen Spielräume für Investitionen, da die Gemeinden ihre Eigenmittelanteile nicht mehr aufbringen können. Abbildung 56 verdeutlicht, dass ein Aufrechterhalten des kommunalen Investitionsniveaus unter den gegebenen Rahmenbedingungen ohne deutliche Neuverschuldung der Gemeinden nicht möglich ist. Die Berechnung geht davon aus, dass sich die Investitionen im Ausmaß des VPI entwickeln (rote Linie). Da jedoch die Überschüsse aus der operativen Gebarung deutlich unterhalb des Vorkrisenniveaus liegen, müsste der Differenzbetrag entweder durch zusätzliche Investitionszuschüsse von Bund und Ländern oder v. a. durch Schuldaufnahme der Gemeinden erfolgen.

Insbesondere in den Bereichen Kinderbetreuung sowie Klimaschutz und Klimawandelanpassung bestehen hohe Investitionsbedarfe, die nach aktuellem Stand kaum realisierbar sein werden. Zu nennen sind etwa die Erreichung einer 3-%-Renovierungsrate bei kommunalen Gebäuden (gemäß Finanzausgleichsgesetz 2024) oder die Umsetzung der Mobilitätswende (etwa durch den Ausbau von innerstädtischen ÖV-Angeboten oder die Umstellung der Fahrzeuge auf umweltfreundliche Antriebe), weiters der Ausbau im Kinderbetreuungsbereich aufgrund kleinerer Gruppengrößen und höherer Betreuungsquoten.

9.2 Handlungserfordernisse und -optionen

Handeln auf verschiedenen Ebenen ist notwendig

Viele der Probleme im Bereich der Gemeindefinanzen traten bereits in der Vergangenheit auf, konnten aber bisher von den Gemeinden ausgeglichen werden. Zu nennen ist etwa die immer stärkere Schwächung der Gemeinde-Ertragsanteile durch die überdurchschnittlich dynamischen Ko-Finanzierungsverpflichtungen im Bereich Gesundheit und Soziales. Ein weiteres Beispiel ist die permanente Aushöhlung der Abgabenautonomie der Gemeinden, etwa durch die fehlende Umsetzung der Grundsteuerreform. Gleichzeitig steigen die Aufgaben der Gemeinden. Besonders deutlich wird dies beim Ausbau der Kinderbetreuung und von Ganztagsschulen. Künftig werden auch hohe Mehrkosten für Klimaschutz inkl. Verkehrswende und Klimawandelanpassung auf die Gemeinden zukommen. All dies ist im Finanzausgleich nicht ausreichend berücksichtigt.

Die bisherigen Analysen und die Gemeindefinanzprognose zeigen daher sehr deutlich, dass Handlungsbedarf besteht und das Ziel, die Gemeindefinanzen zu stärken, vehement verfolgt werden muss. Der Blick auf die Gemeindefinanzen der nächsten Jahre weist auf gravierende strukturelle Probleme hin. Andernfalls drohen Leistungskürzungen sowie ein zunehmender Investitionsrückstau. Vor diesem Hintergrund können drei Zukunftsszenarien skizziert werden, wobei die Szenarien 1 und 2 bestmöglich vermieden werden sollten.

Szenario 1: Leistungskürzungen
Wenn keine Gegensteuerungsmaßnahmen von den Gemeinden getroffen werden und auch von Bund und Ländern eine umfangreiche Hilfe ausbleibt, wird die Zahl der Abgangsgemeinden weiter steigen. Die Konsequenz ist, dass die Gemeinden Leistungen kürzen müssen, um weiterhin zahlungsfähig zu bleiben. Dies kann das Zurückfahren von Leistungsstandards (etwa bei der Grünflächenpflege oder der Straßenreinigung), die Reduktion der Öffnungszeiten in der Kinderbetreuung oder die Schließung von Einrichtungen sein (z. B. Hallen- und Freibäder, Museen).

Szenario 2: Kommunale Potenziale so weit wie möglich nutzen
Wenn aufgrund der Sparmaßnahmen weitere Unterstützungen von Bund und Ländern ausbleiben, sind die Gemeinden auf sich selbst gestellt. Die härteren Rahmenbedingungen können auch als Chance begriffen werden, die kommunale Leistungserbringung neu zu denken. Es gilt, die Organisation bestehender Leistungen zu prüfen und weiterzuentwickeln. Gleichzeitig müssen die derzeitigen Leistungen hinsichtlich ihrer Notwendigkeit und Treffsicherheit überprüft und bei Bedarf angepasst werden. Insbesondere eine verstärkte regionale Abstimmung kann hier eine Chance sein, um kommunale Dienstleistungen effizienter zu erbringen. Die Ansätze „fünf Gemeinden – eine Verwaltung“, Stadt-Umland-Kooperationen oder eine regionale Abstimmung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen wären positive Ansatzpunkte. Damit dies gelingen kann, braucht es aber auch Unterstützung durch die Länder und den Bund, insbesondere durch Schaffung der geeigneten rechtlichen Rahmenbedingungen. Es ist jedoch absehbar, dass die Effizienzerhöhung erst mittelfristig wirkt und das Problem nicht dauerhaft lösen kann. Eine nachhaltige Stabilisierung der Gemeindefinanzen wird nicht möglich sein, da die steigende Finanzierungslast der Gemeinden für Gesundheit und Soziales alle Sparbemühungen der Gemeinden obsolet machen wird.

> *„Ohne nachhaltige Reformen wird es zu Leistungskürzungen kommen müssen.“*

Szenario 3: Sicherung und Weiterentwicklung der kommunalen Daseinsvorsorge
Soll die kommunale Daseinsvorsorge weiterentwickelt, die Kinderbetreuung weiter ausgebaut und sollen die Klimaschutzinvestitionen umgesetzt werden, wird man deutlich breiter denken müssen. Nur wenn Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam Maßnahmen setzen, hat die kommunale Daseinsvorsorge eine positive Zukunft. Um die Lebensqualität in den Gemeinden nicht zu reduzieren, sind kurzfristig finanzielle Hilfen von Bund und Ländern bzw. eine Anpassung der Umlagen notwendig. Ebenso entscheidend ist es, möglichst rasch Reformen auf den Weg zu schicken. Dies betrifft die oben angesprochenen Konsolidierungsmöglichkeiten der Gemeinden, aber auch wichtige Reformen im Finanzausgleich.

Empfehlungen für nachhaltig stabile Gemeindefinanzen
An dieser Stelle soll zu Beginn an die Empfehlungen des Fiskalrates und die geplanten Vorhaben des Regierungsprogramms 2025 angeknüpft werden. Der Fiskalrat[21] betont, dass in den nächsten Jahren angesichts der aktuellen Budgetsituation große strukturelle Konsolidierungsanstrengungen notwendig sind. Er pocht auf die Notwendigkeit von Strukturreformen, etwa um die Effizienz des Fiskalföderalismus (durch Aufgabenorientierung, Stärkung der Abgabenautonomie und Transferentflechtung) zu erhöhen oder Effizienzpotenziale in den gebietskörperschaftsübergreifenden Aufgabenfeldern (z. B. Bildung, Gesundheit, Pflege) zu heben. Ergänzend unterstreicht er die Notwendigkeit, Spielräume für Zukunftsinvestitionen und zur Vorsorge für zukünftige Krisen (z. B. digitale und grüne Transformation, Bildung) zu schaffen.

Schritte in diese Richtung lassen sich auch aus dem Regierungsprogramm ablesen. So sind eine Bundesstaatsreform sowie ein Finanzausgleichsreformprozess vorgesehen. Letzterer soll einen starken Fokus auf mehr Aufgabenorientierung und Effizienzsteigerung im Finanzausgleich aufweisen. Das angeführte Beispiel, um die Rolle der Gemeinde als Schulerhalter zu erklären, ist hier sicherlich ein lohnendes Thema, aber es würden sich noch deutlich mehr Themen für eine Entflechtung und klare Aufgabenzuteilung eignen (z. B. Pflege, Klimaschutz). Das geplante zweite verpflichtende Gratis-Kindergartenjahr ist als wichtige Zukunftsinvestition zu verstehen, der Ausbau steht jedoch unter dem Finanzierungsvorbehalt nicht nur des Bundes, sondern es wäre bei der Umsetzung auch eine finanzielle Überforderung

21) Fiskalrat (2024). Empfehlungen des Fiskalrates Dezember 2024.

Abbildung 57: Empfehlungen zur finanziellen Absicherung der kommunalen Daseinsvorsorge – grundlegende Reformen

Maßnahme		Primäre Verantwortung		
		Bund	Länder	Gemeinden
Grundlegende Reformen sowie Multi-Level-Governance				
Strukturreformen und Aufgaben- und Finanzierungsentflechtungen in einzelnen Aufgabenfeldern, wie insbesondere Elementarpädagogik, Pflichtschulen, Krankenanstalten, Pflege, Kinder- und Jugendhilfe, Sozialhilfe, Klimaschutz		gemeinsamer Prozess		
Finanzausgleichsreformen zur Schaffung der Finanzierungsspielräume gemäß Vorkrisenniveau, insbesondere:		gemeinsamer Prozess		
	Entlassung der Gemeinden aus der Finanzierungsverantwortung bei Soziales (Pflege, Kinder- und Jugendhilfe, Sozialhilfe i. e. S.) und Krankenanstalten (oder zumindest Reduktion der Dynamik)		■	
	Stärkung der Abgabenautonomie – Umsetzung der Grundsteuerreform	■		
	Stärkung der Abgabenautonomie – Schaffung nennenswerter Leerstands- und Zweitwohnsitzabgaben		■	
	Aufgabenorientierter Finanzausgleich zweck Erhöhung der Effizienz der Mittelzuteilung (Geld folgt Aufgabe)	■	■	■
	Evaluierung und Anpassung des vertikalen Verteilungsschlüssels (inkl. Finanzzuweisungen des Bundes)	■	■	■
Koordinierte Aufgabenkritik				
	Evaluierung (und Reduzierung) bestehender normativer Leistungsvorgaben	■	■	
	Zielkonflikte abwägen und Aufgaben priorisieren (z. B. Zielkonflikt zwischen Finanzierung Gesundheit/Soziales und Ausbau der kommunalen Daseinsvorsorge sichtbar machen und lösen)	■	■	■
	Stärkung der Nutzerfinanzierung: Hinterfragen des derzeitigen Umfangs an Gratis- oder Günstigangeboten (z. B. Elementarpädagogik, Mobilität)	■	■	■

Quelle: eigene Darstellung (2025).

der Gemeinden zu vermeiden. Der geplante Reformprozess zum Finanzausgleich ist jedenfalls zu begrüßen und sollte möglichst rasch gestartet werden.

Die in den Abbildungen 57 und 58 ausgeführten Empfehlungen haben eine mittelfristige Absicherung und Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge zum Ziel. Um die Gemeindefinanzen nachhaltig zu stärken, empfehlen wir ein Bündel an Maßnahmen. Einerseits wird es Konsolidierungsmaßnahmen durch die Gemeinden selbst benötigen, andererseits muss an den Rahmenbedingungen für Gemeinden gearbeitet werden. Dies kann nur in einem gemeinsamen Prozess von Bund, Ländern und Gemeinden gelingen.

Dementsprechend sind Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen notwendig. Mittelfristig sollten strukturelle Reformen angestoßen werden, z. B. zur Stärkung der Abgabenautonomie, zur Reduktion der Transferbelastung sowie zur stärker aufgabenorientierten horizontalen Mittelverteilung im Rahmen der Finanzausgleichsströme. Ergänzend dazu werden Gemeinden angehalten sein, auch Effizienzpotenziale zu heben. Dies kann durch Prozessoptimierungen, verstärkte Gemeindekooperation, aber auch durch Aufgabenkritik erfolgen. Da diese Maßnahmen jedoch erst mittelfristig wirken können, werden kurzfristig Unterstützungen von Bund und Ländern notwendig sein, um die kommunale Daseinsvorsorge im gewohnten Ausmaß aufrechterhalten zu können.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt ist die Sicherung der kommunalen Investitionstätigkeit. Gemeinden spielen nicht nur eine zentrale Rolle für die Bauwirtschaft, sondern verfügen auch über viel Infrastruktur, die kontinuierlich im Sinne v. a. der sozialen und ökologischen Zielsetzungen weiterzuentwickeln ist. Ein gutes Zusammenspiel der drei Säulen „verfügbare Eigenmittel der Gemeinden", „Investitionsförderung durch Bund und Länder" und „Verschuldung" ist hierbei essenziell, damit dies auch gelingen kann. Derzeit zeigen sich hier große Lücken, da sich die Finanzierungsspielräume der Gemeinden gegenüber dem Vorkrisenniveau mittelfristig halbiert haben und damit ein Einbruch im Bereich der Eigenmittel besteht. Um weiterhin das kommunale Investitionsniveau zu halten bzw. dieses aufgrund der gestiegenen Bedarfe in Klimainvestitionen sogar auszubauen, müssen verstärkt Unterstützungen von Bund und Ländern einspringen, wenn eine übermäßige Verschuldung oder ein bedeutender Investitionsrückgang vermieden werden soll.

Abbildung 58: Empfehlungen zur finanziellen Absicherung der kommunalen Daseinsvorsorge – spezifische Maßnahmen

Maßnahme	Primäre Verantwortung		
	Bund	Länder	Gemeinden
Laufenden Betrieb absichern			
Konsolidierungsmaßnahmen umsetzen (z. B. Aufgabenkritik, Prozessoptimierungen, Leistungskürzungen)			■
Zusätzliche finanzielle Unterstützung (z. B. Finanzzuweisung des Bundes, Landesförderung)	■	■	
Effizienz und Effektivität der Gemeinde-Bedarfszuweisungen – Verwendungszweck Haushaltsausgleich - erhöhen		■	
Gemeindefusionen und -kooperationen stärker fördern (z. B. stärkere Integration bei bestehenden Förderinstrumenten)	■	■	
Regionale Zusammenarbeit neu denken (z. B. fünf Gemeinden – eine Verwaltung, regionale Personalpools, koordinierende Rolle der Länder ausbauen)		■	■
Kommunale Investitionen stützen			
Effizienz und Effektivität der Gemeinde-Bedarfszuweisungen - Verwendungszweck Investitionsförderung - erhöhen (z. B. nach objektiven und transparenten Kriterien grüne und soziale Infrastruktur verstärkt fördern)		■	
Verstetigung Kommunales Investitionsprogramm	■		
Kommunaler Klimainvestitionsfonds (mit Schwerpunkt Gebäudesanierung, Mobilität)	■		
Neben Anschubfinanzierung auch die Mittel für zusätzliche Kosten des laufenden Betriebs bereitstellen (z. B. Elementarpädagogik, Ganztagsschulen)	■		
Klimaeffizienz bei bestehenden Förderprogrammen integrieren	■	■	
Verschuldung begrenzen			
Innerösterreichischen Stabilitätspakt und Finanzierungsinstrumente Finanzausgleich gut aufeinander abstimmen	gemeinsamer Prozess		

Quelle: eigene Darstellung (2025).

10 Methodischer Anhang

Im Folgenden wird das methodische Vorgehen zusammengefasst, das bei der Interpretation der vorliegenden Analyse zu berücksichtigen ist. In dieser Publikation gab es eine wesentliche Änderung zur bisherigen Methode für die Berechnung der Pro-Kopf-Werte. Dies wurde auch bei Darstellungen von Zeitverläufen rückwirkend berücksichtigt. Aus diesem Grund sind Vergleiche mit bisherigen Publikationen teilweise eingeschränkt.

10.1 Berechnungsmethoden

Im Folgenden werden die Berechnungsmethoden, die durchgeführten Bereinigungen und die Besonderheiten bei den Auswertungen der Datensätze erläutert.

Berechnung der Pro-Kopf-Werte

In den vergangenen Publikationen wurde mit der Mittelwertmethode[22] gerechnet („Wert einer durchschnittlichen Gemeinde in einem Bundesland bzw. EW-Klasse"). Ab dieser Ausgabe wird nun die Summenwertmethode angewandt. Bei den Pro-Kopf-Werten handelt es sich jeweils um Summenwerte pro Bundesland bzw. pro EW-Klasse. Das bedeutet, dass die Summe eines Wertes für das gesamte Bundesland bzw. die gesamte EW-Klasse gebildet und durch die Summe der Bevölkerung der entsprechenden Gebietseinheit (Bundesland/EW-Klasse) dividiert wird. Durch diese Berechnungsmethode ist es möglich, die Gesamtheit der Gemeinden eines Bundeslandes oder einer EW-Klasse im Vergleich darzustellen. Dies erlaubt es, die Pro-Kopf-Werte weniger stark von einzelnen „Ausreißergemeinden" bestimmen zu lassen, führt allerdings auch dazu, dass die bevölkerungsreicheren Landeshauptstädte stärker ins Gewicht fallen.

Überleitung der Vorjahreswerte in den Finanzierungshaushalt gem. VRV 2015

Um einen Zeitreihenvergleich zu ermöglichen, wurden die Rechnungsabschlussdaten bis zum Jahr 2019 an die Logik der VRV 2015 angepasst. Dies bedeutet, dass sich auch die Vorjahreswerte gegenüber bisherigen Publikationen verändern können. In dem Zusammenhang ist insbesondere auf folgende Aspekte hinzuweisen:

- Während bis 2019 im kameralen Haushalt die Sollwerte Grundlage der Analyse waren, sind für die VRV 2015 die Istwerte relevant. Für die vorliegende Analyse wurden nun auch für die Vorjahre die Istwerte herangezogen.
- Zur Analyse der Einnahmen- und Ausgabenstruktur wurde in den Publikationen mit den Jahren vor 2020 der Querschnitt des kameralen Haushaltes genutzt. Mit der VRV 2015 erfolgt die Analyse auf Basis der Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppen (MVAG). Diese Struktur ist zwar – zumindest für den Finanzierungshaushalt – weitgehend deckungsgleich, allerdings zeigen sich durchaus auch Unterschiede zum Querschnitt. Insbesondere ist jetzt eine tiefere Gliederung gegenüber dem Querschnitt möglich.
- Der Investitionsbegriff nach MVAG unterscheidet sich gegenüber jenem des Querschnitts. So sind nun auch Auszahlungen für den Erwerb von Beteiligungen inbegriffen (MVAG 341). Diese Auszahlungen wurden rückwirkend für die Jahre bis 2019 berücksichtigt, weshalb sich die Höhe der Investitionen insgesamt gegenüber den vorherigen Analysen unterscheidet. Zudem sind ab 2020 neu geschaffene Konten in den MVAG enthalten, die daher rückwirkend nicht beachtet werden konnten. Dies betrifft die Konten 060 bis 063 (im Bau befindliche Grundstücke, Gebäude, Anlagen etc.).

Durchgeführte Bereinigung zur Erhöhung der Vergleichbarkeit zwischen Bundesländern

Bei der Anwendung der VRV 2015 bestehen vor allem bei Verbuchungspraktiken Unterschiede zwischen den Bundesländern. Für die Analyse der operativen Gebarung des Finanzierungs- sowie des Ergebnishaushaltes führt insbesondere die unterschiedliche Zuordnung der Gemeinde-Bedarfszuweisungen zu deutlichen Verwerfungen zwischen den Bundesländern und schränkt Aussagen zum Saldo 1 (Finanzierungshaushalt) und zum Nettoergebnis (Ergebnishaushalt) ein.

Um diesen Unterschied zu glätten, wurde die Kontengruppe 871 (Kapitaltransfers aus Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel) im Finanzierungshaushalt aus der operativen Gebarung herausgerechnet und der investiven Gebarung wieder zugerechnet. Im Ergebnishaushalt wurde die Kontengruppe 871 aus den Erträgen – und somit in weiterer Folge aus dem Nettoergebnis – herausgelöst. Im Vermögenshaushalt erfolgte keine Korrektur des kumulierten Nettoergebnisses.

Personalausgaben

Im Gemeindefinanzdatensatz der Statistik Austria stehen die Personaldaten für den Ergebnis- und Finanzierungshaushalt aus Datenschutzgründen für die einzelnen Gemeinden nur mehr in Summe zur Verfügung, nicht mehr nach Unterabschnitt und Kontengruppe. Der Personalaufwand bzw. die Personalauszahlungen werden im Gemeindefinanzdatensatz

22) Berechnung: Mittelwert aus den Pro-Kopf-Werten der einzelnen Gemeinden innerhalb eines Bundeslandes oder einer EW-Klasse.

im Unterabschnitt 010 – Zentralamt auf der Kontengruppe 500 – Geldbezüge der Beamtinnen und Beamten der Verwaltung ausgewiesen.

Erfolgen nun Analysen nach einzelnen Aufgabenbereichen, führt dies zu insgesamt falschen Ergebnissen, da etwa bei einer Auswertung des Kinderbetreuungsbereiches die Personalausgaben fehlen und damit eine Gesamtbeurteilung der Entwicklung der Auszahlungen in einzelnen Aufgabenbereichen nicht mehr möglich ist. Um diese massiven Mängel zu vermeiden, wird in diese Publikation eine Sonderauswertung der Statistik Austria zu den Personaldaten eingearbeitet. Damit stehen die Personalausgaben nach Ansatzgruppen aggregiert nach EW-Klassen und nach Bundesland zur Verfügung.

Investitionen und Verschuldung
Der Rechnungsabschluss der Gemeinden umfasst einerseits den Kernhaushalt der Gemeinden, der gemäß ESVG dem öffentlichen Sektor zugeordnet ist. Andererseits sind hier die Quasi-Kapitalgesellschaften enthalten, die eine hohe Autonomie haben und grundsätzlich auch im Wettbewerb erbracht werden können. Typische Beispiele hierfür sind die Bereiche Abwasser, Wasser und Müll, die in hohem Maße über Gebühren finanziert werden und daher keinen relevanten Zufluss aus öffentlichen Mitteln benötigen.

Davon zu unterscheiden sind außerbudgetäre Einheiten, unter die etwa rechtlich selbstständige ausgelagerte Gesellschaften sowie Gemeindeverbände (etwa Schulgemeindeverbände) fallen, die gemäß ESVG ebenfalls dem öffentlichen Sektor zugeordnet werden. Dies sind beispielsweise Stadtwerke oder Immobiliengesellschaften der Gemeinden.

Bei den Investitionen werden die Gesamtinvestitionen folgendermaßen berechnet:
- Investitionen gemäß Finanzierungshaushalt (MVAG 341) (Auszahlungen)
- zuzüglich der Bruttoinvestitionen der außerbudgetären Einheiten gemäß ESVG (Erwerb von Anlagegütern abzüglich der Veräußerungen gebrauchter Anlagegüter)

Bei den Gemeindeinvestitionen ohne Bruttoinvestitionen der außerbudgetären Einheiten wird unterschieden zwischen:
- Kernhaushalt (alle Abschnitte außer 85 und 86)
- Quasi-Kapitalgesellschaften (Abschnitte 85 und 86)

Bei der Verschuldung erfolgt keine gesonderte Darstellung der Verschuldung der Quasi-Kapitalgesellschaften. Es werden hier daher einerseits die Verschuldung gemäß Vermögenshaushalt der Gemeinden dargestellt, andererseits die öffentliche Verschuldung der gesamten Gemeindeebene gemäß ESVG.

10.2 Bundeslandspezifische Besonderheiten

Unterschiedliche Buchungspraktiken und Bewertungsverfahren führen dazu, dass die Vergleichbarkeit zwischen den Bundesländern zum Teil erheblich eingeschränkt wird. Folgend werden die wichtigsten Unterschiede angeführt.

Rückwirkende Erfassung von Investitionszuschüssen
Die VRV 2015 schreibt vor, dass erhaltene Kapitaltransfers als Investitionszuschüsse zu passivieren und über die Nutzungsdauer des damit angeschafften Anlageguts aufzulösen sind. Bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz bestand die Vorgabe, die erhaltenen Kapitaltransfers ab der Verlautbarung der VRV im Jahr 2015 auch tatsächlich zu passivieren. Eine weiter zurückliegende Erfassung wurde aus verwaltungsökonomischen Gründen nicht vorgeschrieben. Die Bundesländer gaben dahingehend unterschiedliche Empfehlungen an ihre Gemeinden. In Oberösterreich und Kärnten wurden die Investitionszuschüsse so weit wie möglich in die Vergangenheit erfasst. Andere Bundesländer orientierten sich an den Vorgaben der VRV oder passivierten generell wenig. Diese Vorgehensweise wird in den nächsten Jahren für Gemeinden in jenen Bundesländern, die mehr passiviert haben, einen stark positiven Effekt auf das Nettoergebnis haben.

Behandlung der Kapitaltransfers aus Gemeinde-Bedarfszuweisungsmitteln
Ein weiterer Aspekt sind die unterschiedlichen Buchungspraktiken der Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel (BZ-Mittel) zwischen den Bundesländern. Die meisten Bundesländer behandeln die Kapitaltransfers aus Gemeinde-Bedarfszuweisungsmitteln wie Investitionszuschüsse. Das bedeutet, dass diese einerseits über die investive Gebarung als Einzahlung den Saldo 2 verbessern. Andererseits werden die erhaltenen Bedarfszuweisungsmittel im Sonderposten passiviert und fließen verteilt über die Nutzungsdauer als Ertrag in den Ergebnishaushalt ein.

Die Bundesländer Tirol, Steiermark und Niederösterreich verbuchen die Bedarfszuweisungsmittel in voller Höhe im Jahr der Auszahlung auf die Kontengruppe 871 (Kapitaltransfers aus Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel). Somit fließt der Kapitaltransfer in die operative Gebarung sowohl des Ergebnis- als auch Finanzierungshaushalts ein, auch wenn es sich um einmalige Zuschüsse handelt. In der Steiermark müssen die BZ-Mittel im Nettoergebnis einer Rücklage zugeführt werden und über die Nutzungsdauer als Rücklagenentnahme wieder reduziert werden. In Niederösterreich und Tirol gibt es keine Passivierungspflicht über die Rücklagen.

Tabelle 3: Verteilung der österreichischen Gemeinden (exkl. Wien) nach Bundesland und EW-Klasse, 2023

Einwohner*innen-Klassen	Bundesländer								Gemeinden gesamt
	Burgen-land	Kärnten	Nieder-österreich	Ober-österreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	
	Anzahl 01.01.2023								
0 bis 500 EW	15	0	23	11	8	4	32	15	**108**
501 bis 1.000 EW	40	14	80	60	13	15	59	17	**298**
1.001 bis 2.500 EW	87	68	288	206	30	134	107	27	**947**
2.501 bis 5.000 EW	23	31	109	103	45	83	53	19	**466**
5.001 bis 10.000 EW	5	12	47	45	15	37	18	8	**187**
10.001 bis 20.000 EW	1	4	18	8	6	10	7	6	**60**
20.001 bis 50.000 EW	0	1	7	3	1	2	0	3	**17**
50.001 bis 500.000 EW	0	2	1	2	1	1	1	1	**9**
Gemeinden gesamt	**171**	**132**	**573**	**438**	**119**	**286**	**277**	**96**	**2.092**
	Bevölkerung 01.01.2023								
0 bis 500 EW	4.752	0	7.893	4.498	3.069	1.750	9.786	5.307	**37.055**
501 bis 1.000 EW	31.647	11.696	63.040	44.985	9.599	11.795	42.791	12.324	**227.877**
1.001 bis 2.500 EW	138.432	112.783	470.494	341.700	47.612	231.098	173.477	46.426	**1.562.022**
2.501 bis 5.000 EW	74.996	109.182	368.169	355.629	160.386	293.647	186.196	65.705	**1.613.910**
5.001 bis 10.000 EW	35.694	87.787	318.630	294.123	94.613	255.001	125.338	55.477	**1.266.663**
10.001 bis 20.000 EW	15.729	52.936	239.537	115.335	74.925	126.106	102.358	80.678	**807.604**
20.001 bis 50.000 EW	0	25.133	192.971	92.052	21.523	47.322	0	89.256	**468.257**
50.001 bis 500.000 EW	0	169.467	57.639	274.503	156.619	298.479	131.358	51.222	**1.139.287**
EW gesamt	**301.250**	**568.984**	**1.718.373**	**1.522.825**	**568.346**	**1.265.198**	**771.304**	**406.395**	**7.122.675**

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.

Rücklagengebarung
In den Bundesländern Steiermark und Niederösterreich ist die Bildung von rein buchhalterischen, nicht finanzierungswirksamen Rücklagen möglich. Das ist beispielsweise die Rücklage aus dem Saldo der Eröffnungsbilanz (EB), die im Zuge der Erstellung der Eröffnungsbilanz aus 50 Prozent des Saldos EB bzw. des Nettovermögens gebildet werden konnte. Weitere Rücklagen sind die Rücklage Bedarfszuweisungsmittel sowie die Rücklage Haushaltspotenzial (nur in Niederösterreich).

Durch diese Vorgaben sind die Haushaltsrücklagen dieser Bundesländer auf der Passivseite signifikant höher im Bundesländervergleich.

Personalrückstellungen
Die VRV 2015 räumt ein Wahlrecht bei der Bildung von Pensionsrückstellungen ein. Diese wurden in der Regel von größeren Städten ausgeübt. Damit steigen die Fremdmittel überdurchschnittlich und entsprechend geringer sind der Saldo der Eröffnungsbilanz und in der Folge das Nettovermögen.

Ferner sind die unterschiedlichen Bestimmungen bezüglich Abfertigungs- und Jubiläumsgeldrückstellungen in den Bundesländern zu beachten. Zum Beispiel weisen die Gemeinden in der Steiermark keine Abfertigungsrückstellungen aus, da die Verpflichtung landesweit ausgelagert ist. Somit sollte für die Beurteilung der Fremdmittel inkl. Rückstellungen im Bundesländervergleich auf diese Bestimmungen Rücksicht genommen werden.

10.3 Verteilung der Gemeinden nach Bundesland und EW-Klasse

Bei der Interpretation der Ergebnisse muss die Struktur der österreichischen Gemeinden (Tabelle 2) – und damit ihre unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Besonderheiten – berücksichtigt werden. Grundsätzlich wird immer die Gliederung des aktuellen Finanzjahres (in dieser Ausgabe 2023) auch rückwirkend auf die Vorjahre angewandt. Während es dadurch bei den Bundesländern zu keinen Verschiebungen kommt, kann sich die Zusammensetzung der Gemeinden in den EW-Klassen – aufgrund der stetigen Bevölkerungsveränderung – jährlich verändern.

Zum 01.01.2023 setzte sich Österreich aus 2.093 Gemeinden mit 9.104.772 EW (inkl. Wien) zusammen; in dieser Publikation werden die oben angeführten 2.092 mit ihren 7.122.675 EW für die Auswertungen herangezogen; auf diese wird auch im weiteren Text eingegangen. Die meisten Gemeinden befinden sich in Niederösterreich (573), gefolgt von Oberösterreich (438) und der Steiermark (286). Diese Bundesländer sind auch die bevölkerungsreichsten (exkl. Wien) und beherbergen fast zwei Drittel der österreichischen Bevölkerung.

Etwa 45 Prozent der Gemeinden (947) haben zwischen 1.001 und 2.500 EW; mehr als zwei Drittel der Gemeinden beherbergen zwischen 1.001 und 5.000 EW. Etwas weniger als die Hälfte der Bevölkerung lebt in Gemeinden mit bis zu 5.000 EW. Insgesamt wohnen in 2.006 Gemeinden (96 Prozent) mit bis zu 10.000 EW etwa zwei Drittel der Bevölkerung.

Bei der Interpretation der Ergebnisse muss beispielsweise berücksichtigt werden, dass im Burgenland 1,8 Prozent sowie in Tirol und Vorarlberg 1,3 Prozent der Bevölkerung in Gemeinden mit bis zu 500 EW leben, während es in den anderen Bundesländern max. 0,5 Prozent sind. Allerdings ist auch diese Gruppe über die drei Bundesländer nicht homogen, da im Westen Österreichs kleinere Gemeinden tendenziell höhere Tourismusbedeutung haben als Gemeinden im Osten Österreichs. Dieses Spezifikum geht mit niedrigeren bzw. erhöhten Einnahmen einher und kann deswegen zu unterschiedlichen Entwicklungen in einer vermeintlich ähnlichen Gruppe führen.

11 Tabellarischer Anhang

11.1 Finanzkennzahlen

Einwohner*innen-Klassen	ausgewählte Finanzkennzahlen							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
Finanzkraft vor Transfers				in Mio. Euro					
0 bis 500 EW	45	46	53	48	53	61	59	*131*	*111*
501 bis 1.000 EW	249	254	291	265	298	335	331	*133*	*114*
1.001 bis 2.500 EW	1.684	1.719	1.973	1.817	2.057	2.302	2.280	*135*	*116*
2.501 bis 5.000 EW	1.814	1.841	2.153	1.991	2.254	2.523	2.514	*139*	*117*
5.001 bis 10.000 EW	1.547	1.564	1.844	1.703	1.923	2.141	2.151	*139*	*117*
10.001 bis 20.000 EW	1.067	1.099	1.292	1.208	1.345	1.503	1.516	*142*	*117*
20.001 bis 50.000 EW	741	765	876	801	898	1.016	1.027	*139*	*117*
50.001 bis 500.000 EW	2.030	2.098	2.452	2.280	2.552	2.862	2.903	*143*	*118*
Gemeinden gesamt	**9.178**	**9.387**	**10.935**	**10.112**	**11.379**	**12.742**	**12.781**	***139***	***117***
Finanzkraft nach Transfers				in Mio. Euro					
0 bis 500 EW	57	60	71	68	78	80	84	*149*	*119*
501 bis 1.000 EW	278	282	330	310	333	365	381	*137*	*115*
1.001 bis 2.500 EW	1.587	1.639	1.848	1.721	1.919	2.161	2.152	*136*	*116*
2.501 bis 5.000 EW	1.581	1.611	1.855	1.714	1.929	2.189	2.195	*139*	*118*
5.001 bis 10.000 EW	1.249	1.248	1.482	1.356	1.542	1.721	1.729	*138*	*117*
10.001 bis 20.000 EW	827	852	997	936	1.038	1.165	1.199	*145*	*120*
20.001 bis 50.000 EW	561	573	663	592	689	791	802	*143*	*121*
50.001 bis 500.000 EW	1.641	1.676	1.951	1.867	2.089	2.390	2.379	*145*	*122*
Gemeinden gesamt	**7.780**	**7.941**	**9.197**	**8.564**	**9.619**	**10.862**	**10.921**	***140***	***119***
Saldo 1				in Mio. Euro					
0 bis 500 EW	11	9	13	10	10	16	9	*80*	*69*
501 bis 1.000 EW	50	55	51	44	65	81	48	*95*	*94*
1.001 bis 2.500 EW	379	374	455	336	504	598	303	*80*	*66*
2.501 bis 5.000 EW	404	422	498	387	549	668	356	*88*	*72*
5.001 bis 10.000 EW	303	330	402	262	422	516	300	*99*	*75*
10.001 bis 20.000 EW	202	217	252	179	255	330	204	*101*	*81*
20.001 bis 50.000 EW	108	93	130	70	143	219	106	*98*	*81*
50.001 bis 500.000 EW	87	91	166	26	238	531	228	*262*	*137*
Gemeinden gesamt	**1.545**	**1.591**	**1.968**	**1.314**	**2.186**	**2.959**	**1.554**	***101***	***79***
Investitionen				in Mio. Euro					
0 bis 500 EW	20	25	35	34	33	33	41	*205*	*117*
501 bis 1.000 EW	105	109	147	149	157	158	172	*164*	*118*
1.001 bis 2.500 EW	631	686	831	801	897	973	1.036	*164*	*125*
2.501 bis 5.000 EW	596	585	851	782	891	942	1.025	*172*	*120*
5.001 bis 10.000 EW	421	386	560	519	555	647	728	*173*	*130*
10.001 bis 20.000 EW	233	265	360	339	339	375	515	*221*	*143*
20.001 bis 50.000 EW	128	123	148	120	148	208	279	*219*	*188*
50.001 bis 500.000 EW	172	250	350	393	367	326	338	*197*	*96*
Gemeinden gesamt	**2.305**	**2.429**	**3.281**	**3.136**	**3.387**	**3.662**	**4.134**	***179***	***126***
Schulden				in Mio. Euro					
0 bis 500 EW	101	99	98	113	105	100	101	*101*	*103*
501 bis 1.000 EW	512	509	492	467	458	458	453	*88*	*92*
1.001 bis 2.500 EW	2.760	2.822	2.701	2.807	2.779	2.787	2.863	*104*	*106*
2.501 bis 5.000 EW	2.561	2.479	2.626	2.645	2.647	2.697	2.740	*107*	*104*
5.001 bis 10.000 EW	1.535	1.470	1.570	1.864	1.859	1.895	2.003	*130*	*128*
10.001 bis 20.000 EW	1.124	1.121	1.212	1.290	1.310	1.297	1.384	*123*	*114*
20.001 bis 50.000 EW	880	873	860	774	737	741	793	*90*	*92*
50.001 bis 500.000 EW	1.799	1.883	2.338	2.915	3.156	3.082	3.161	*176*	*135*
Gemeinden gesamt	**11.271**	**11.256**	**11.897**	**12.875**	**13.052**	**13.056**	**13.498**	***120***	***113***

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

Tabelle 4: Entwicklung ausgewählter Finanzkennzahlen nach EW-Klasse in Mio. Euro, 2014 bis 2023

Bundesländer	ausgewählte Finanzkennzahlen							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
Finanzkraft vor Transfers				in Mio. Euro					
Burgenland	307	314	356	324	369	419	424	*138*	*119*
Kärnten	741	762	848	787	908	1.008	1.025	*138*	*121*
Niederösterreich	2.039	2.093	2.426	2.226	2.521	2.819	2.798	*137*	*115*
Oberösterreich	2.000	2.067	2.395	2.229	2.506	2.795	2.823	*141*	*118*
Salzburg	858	879	1.013	933	1.039	1.173	1.190	*139*	*117*
Steiermark	1.587	1.555	1.875	1.725	1.934	2.171	2.172	*137*	*116*
Tirol	1.060	1.104	1.302	1.224	1.368	1.529	1.531	*144*	*118*
Vorarlberg	586	615	719	663	733	829	818	*140*	*114*
Gemeinden gesamt	**9.178**	**9.387**	**10.935**	**10.112**	**11.379**	**12.742**	**12.781**	***139***	***117***
Finanzkraft nach Transfers				in Mio. Euro					
Burgenland	298	298	350	302	357	399	387	*130*	*110*
Kärnten	570	590	659	578	647	751	777	*136*	*118*
Niederösterreich	1.683	1.698	2.002	1.797	2.058	2.409	2.245	*133*	*112*
Oberösterreich	1.565	1.671	1.800	1.682	1.870	2.090	2.134	*136*	*119*
Salzburg	748	763	886	828	913	1.075	1.129	*151*	*127*
Steiermark	1.499	1.428	1.709	1.627	1.830	2.045	2.024	*135*	*118*
Tirol	910	953	1.135	1.160	1.282	1.362	1.444	*159*	*127*
Vorarlberg	507	539	655	589	663	731	781	*154*	*119*
Gemeinden gesamt	**7.780**	**7.941**	**9.197**	**8.564**	**9.619**	**10.862**	**10.921**	***140***	***119***
Saldo 1				in Mio. Euro					
Burgenland	75	74	97	42	102	97	30	*40*	*31*
Kärnten	69	92	88	34	102	153	100	*146*	*114*
Niederösterreich	448	472	534	391	639	862	394	*88*	*74*
Oberösterreich	299	296	438	228	328	499	262	*87*	*60*
Salzburg	194	201	223	155	227	314	235	*121*	*105*
Steiermark	209	195	277	156	403	506	227	*109*	*82*
Tirol	211	221	252	218	261	338	224	*106*	*89*
Vorarlberg	39	42	59	89	124	190	81	*208*	*137*
Gemeinden gesamt	**1.545**	**1.591**	**1.968**	**1.314**	**2.186**	**2.959**	**1.554**	***101***	***79***
Investitionen				in Mio. Euro					
Burgenland	84	91	102	102	112	126	126	*150*	*124*
Kärnten	140	123	165	163	163	182	214	*153*	*130*
Niederösterreich	613	617	887	818	890	1.049	1.222	*199*	*138*
Oberösterreich	422	535	541	544	646	630	639	*151*	*118*
Salzburg	182	181	259	213	258	332	366	*201*	*141*
Steiermark	372	405	583	641	599	601	677	*182*	*116*
Tirol	295	294	460	399	450	431	510	*173*	*111*
Vorarlberg	196	183	284	256	270	311	380	*194*	*134*
Gemeinden gesamt	**2.305**	**2.429**	**3.281**	**3.136**	**3.387**	**3.662**	**4.134**	***179***	***126***
Schulden				in Mio. Euro					
Burgenland	313	312	308	338	344	356	365	*117*	*119*
Kärnten	664	650	590	646	715	706	699	*105*	*119*
Niederösterreich	3.576	3.542	3.544	3.629	3.581	3.595	3.707	*104*	*105*
Oberösterreich	2.617	2.664	2.497	2.509	2.514	2.502	2.478	*95*	*99*
Salzburg	578	566	493	492	477	480	484	*84*	*98*
Steiermark	2.045	2.021	2.571	3.115	3.237	3.190	3.402	*166*	*132*
Tirol	790	815	1.075	1.183	1.170	1.162	1.196	*151*	*111*
Vorarlberg	688	687	820	964	1.014	1.066	1.168	*170*	*143*
Gemeinden gesamt	**11.271**	**11.256**	**11.897**	**12.875**	**13.052**	**13.056**	**13.498**	***120***	***113***

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

Tabelle 5: Entwicklung ausgewählter Finanzkennzahlen nach Bundesland in Mio. Euro, 2013 bis 2022

Einwohner*innen-Klassen	Mittelwerte ausgewählter Finanzkennzahlen							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
Finanzkraft vor Transfers				in Euro pro Kopf					
0 bis 500 EW	1.221	1.259	1.443	1.296	1.447	1.653	1.589	*130*	*110*
501 bis 1.000 EW	1.110	1.133	1.290	1.176	1.321	1.480	1.454	*131*	*113*
1.001 bis 2.500 EW	1.114	1.133	1.284	1.181	1.332	1.485	1.460	*131*	*114*
2.501 bis 5.000 EW	1.187	1.199	1.368	1.260	1.420	1.579	1.558	*131*	*114*
5.001 bis 10.000 EW	1.294	1.300	1.493	1.372	1.544	1.708	1.698	*131*	*114*
10.001 bis 20.000 EW	1.417	1.447	1.644	1.528	1.696	1.884	1.877	*132*	*114*
20.001 bis 50.000 EW	1.678	1.719	1.913	1.738	1.945	2.194	2.193	*131*	*115*
50.001 bis 500.000 EW	1.933	1.969	2.208	2.041	2.282	2.550	2.548	*132*	*115*
Gemeinden gesamt	**1.361**	**1.383**	**1.571**	**1.447**	**1.623**	**1.808**	**1.794**	***132***	***114***
Finanzkraft nach Transfers				in Euro pro Kopf					
0 bis 500 EW	1.536	1.640	1.932	1.850	2.120	2.159	2.271	*148*	*118*
501 bis 1.000 EW	1.241	1.256	1.467	1.378	1.477	1.611	1.672	*135*	*114*
1.001 bis 2.500 EW	1.050	1.081	1.203	1.119	1.243	1.394	1.378	*131*	*114*
2.501 bis 5.000 EW	1.035	1.049	1.179	1.084	1.215	1.370	1.360	*131*	*115*
5.001 bis 10.000 EW	1.044	1.037	1.200	1.093	1.238	1.373	1.365	*131*	*114*
10.001 bis 20.000 EW	1.098	1.121	1.268	1.184	1.310	1.460	1.484	*135*	*117*
20.001 bis 50.000 EW	1.270	1.289	1.447	1.284	1.494	1.709	1.712	*135*	*118*
50.001 bis 500.000 EW	1.563	1.573	1.757	1.671	1.869	2.129	2.088	*134*	*119*
Gemeinden gesamt	**1.154**	**1.170**	**1.321**	**1.225**	**1.372**	**1.541**	**1.533**	***133***	***116***
Saldo 1				in Euro pro Kopf					
0 bis 500 EW	308	254	358	259	276	441	245	*79*	*68*
501 bis 1.000 EW	225	243	226	197	287	357	210	*93*	*93*
1.001 bis 2.500 EW	251	247	296	219	326	386	194	*77*	*65*
2.501 bis 5.000 EW	264	275	317	245	346	418	221	*84*	*70*
5.001 bis 10.000 EW	254	274	325	211	339	412	236	*93*	*73*
10.001 bis 20.000 EW	267	286	321	227	321	414	253	*95*	*79*
20.001 bis 50.000 EW	244	208	284	152	310	472	226	*93*	*80*
50.001 bis 500.000 EW	83	85	149	23	213	473	200	*241*	*134*
Gemeinden gesamt	**229**	**234**	**283**	**188**	**312**	**420**	**218**	***95***	***77***
Investitionen				in Euro pro Kopf					
0 bis 500 EW	538	692	950	924	904	901	1.096	*204*	*115*
501 bis 1.000 EW	468	485	651	660	696	700	757	*162*	*116*
1.001 bis 2.500 EW	418	452	541	521	581	628	663	*159*	*123*
2.501 bis 5.000 EW	390	381	541	495	561	590	635	*163*	*117*
5.001 bis 10.000 EW	352	321	453	418	446	516	575	*163*	*127*
10.001 bis 20.000 EW	309	348	457	429	427	471	638	*206*	*139*
20.001 bis 50.000 EW	289	277	323	260	321	448	596	*206*	*184*
50.001 bis 500.000 EW	163	234	315	352	329	290	296	*181*	*94*
Gemeinden gesamt	**342**	**358**	**471**	**449**	**483**	**520**	**580**	***170***	***123***
Schulden				in Euro pro Kopf					
0 bis 500 EW	2.737	2.698	2.676	3.062	2.854	2.708	2.737	*100*	*102*
501 bis 1.000 EW	2.285	2.269	2.184	2.074	2.030	2.022	1.988	*87*	*91*
1.001 bis 2.500 EW	1.826	1.860	1.758	1.825	1.800	1.798	1.833	*100*	*104*
2.501 bis 5.000 EW	1.676	1.614	1.669	1.673	1.667	1.688	1.698	*101*	*102*
5.001 bis 10.000 EW	1.284	1.222	1.271	1.502	1.493	1.512	1.581	*123*	*124*
10.001 bis 20.000 EW	1.491	1.475	1.542	1.632	1.652	1.626	1.714	*115*	*111*
20.001 bis 50.000 EW	1.994	1.962	1.878	1.681	1.598	1.600	1.694	*85*	*90*
50.001 bis 500.000 EW	1.713	1.767	2.106	2.610	2.823	2.746	2.774	*162*	*132*
Gemeinden gesamt	**1.672**	**1.658**	**1.709**	**1.842**	**1.861**	**1.853**	**1.895**	***113***	***111***

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

Tabelle 6: Entwicklung ausgewählter Finanzkennzahlen nach EW-Klasse in Euro pro Kopf, 2014 bis 2023

Bundesländer	Mittelwerte ausgewählter Finanzkennzahlen							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
Finanzkraft vor Transfers	in Euro pro Kopf								
Burgenland	1.070	1.087	1.213	1.101	1.247	1.407	1.408	*132*	*116*
Kärnten	1.333	1.366	1.512	1.402	1.616	1.785	1.802	*135*	*119*
Niederösterreich	1.254	1.279	1.446	1.322	1.491	1.659	1.628	*130*	*113*
Oberösterreich	1.403	1.438	1.616	1.496	1.676	1.857	1.854	*132*	*115*
Salzburg	1.606	1.632	1.825	1.671	1.853	2.085	2.094	*130*	*115*
Steiermark	1.306	1.273	1.509	1.384	1.551	1.733	1.716	*131*	*114*
Tirol	1.468	1.514	1.725	1.616	1.799	2.002	1.985	*135*	*115*
Vorarlberg	1.560	1.623	1.825	1.669	1.836	2.064	2.013	*129*	*110*
Gemeinden gesamt	**1.361**	**1.383**	**1.571**	**1.447**	**1.623**	**1.808**	**1.794**	***132***	***114***
Finanzkraft nach Transfers	in Euro pro Kopf								
Burgenland	1.038	1.033	1.194	1.024	1.206	1.341	1.285	*124*	*108*
Kärnten	1.025	1.058	1.175	1.030	1.151	1.331	1.366	*133*	*116*
Niederösterreich	1.035	1.038	1.193	1.067	1.217	1.418	1.306	*126*	*109*
Oberösterreich	1.098	1.163	1.214	1.128	1.250	1.388	1.401	*128*	*115*
Salzburg	1.401	1.418	1.596	1.483	1.628	1.911	1.986	*142*	*124*
Steiermark	1.234	1.169	1.375	1.306	1.468	1.632	1.600	*130*	*116*
Tirol	1.260	1.308	1.504	1.531	1.686	1.782	1.872	*149*	*124*
Vorarlberg	1.351	1.424	1.662	1.484	1.661	1.820	1.922	*142*	*116*
Gemeinden gesamt	**1.154**	**1.170**	**1.321**	**1.225**	**1.372**	**1.541**	**1.533**	***133***	***116***
Saldo 1	in Euro pro Kopf								
Burgenland	260	256	329	144	345	326	100	*38*	*30*
Kärnten	123	165	157	60	181	272	176	*143*	*113*
Niederösterreich	276	288	318	232	378	507	230	*83*	*72*
Oberösterreich	210	206	296	153	219	331	172	*82*	*58*
Salzburg	363	373	402	278	406	559	413	*114*	*103*
Steiermark	172	159	223	125	323	404	180	*105*	*81*
Tirol	293	303	334	287	343	442	290	*99*	*87*
Vorarlberg	104	110	150	225	311	472	200	*192*	*133*
Gemeinden gesamt	**229**	**234**	**283**	**188**	**312**	**420**	**218**	***95***	***77***
Investitionen	in Euro pro Kopf								
Burgenland	293	315	347	346	378	423	418	*143*	*121*
Kärnten	252	221	294	291	291	323	375	*149*	*128*
Niederösterreich	377	377	529	485	526	617	711	*188*	*134*
Oberösterreich	296	372	365	365	432	419	419	*142*	*115*
Salzburg	341	335	467	382	459	589	645	*189*	*138*
Steiermark	306	331	469	514	480	480	535	*175*	*114*
Tirol	408	404	610	526	592	565	662	*162*	*109*
Vorarlberg	523	484	720	645	676	773	935	*179*	*130*
Gemeinden gesamt	**342**	**358**	**471**	**449**	**483**	**520**	**580**	***170***	***123***
Schulden	in Euro pro Kopf								
Burgenland	1.089	1.082	1.050	1.146	1.163	1.195	1.212	*111*	*116*
Kärnten	1.194	1.166	1.051	1.150	1.272	1.250	1.228	*103*	*117*
Niederösterreich	2.200	2.164	2.113	2.155	2.118	2.116	2.157	*98*	*102*
Oberösterreich	1.836	1.854	1.685	1.683	1.681	1.662	1.627	*89*	*97*
Salzburg	1.082	1.051	889	882	850	853	851	*79*	*96*
Steiermark	1.683	1.654	2.068	2.499	2.595	2.546	2.689	*160*	*130*
Tirol	1.095	1.118	1.424	1.561	1.540	1.520	1.550	*142*	*109*
Vorarlberg	1.834	1.814	2.079	2.427	2.540	2.654	2.875	*157*	*138*
Gemeinden gesamt	**1.672**	**1.658**	**1.709**	**1.842**	**1.861**	**1.853**	**1.895**	***113***	***111***

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

Tabelle 7: Entwicklung ausgewählter Finanzkennzahlen nach Bundesland in Euro pro Kopf, 2014 bis 2023

Gliederung	ausgewählte Kennzahlen in Prozent				
	Quote Freie Finanzspitze (FSQ)	Eigenfinanzierungsquote (EFQ)	Nettoergebnisquote (NEQ)	Substanzerhaltungsqoute (SEQ)	Nettovermögensquote (NVQ)
EW-Klassen					
0 bis 500 EW	-1,42	97,38	-8,65	138,27	86,75
501 bis 1.000 EW	-0,94	98,60	-6,49	130,44	85,83
1.001 bis 2.500 EW	-0,16	95,92	-4,98	145,35	83,94
2.501 bis 5.000 EW	1,22	95,98	-3,40	160,23	83,23
5.001 bis 10.000 EW	2,77	95,94	-1,64	166,99	82,09
10.001 bis 20.000 EW	3,44	94,47	-0,15	197,34	81,18
20.001 bis 50.000 EW	0,37	94,82	-0,44	222,06	73,47
50.001 bis 500.000 EW	-0,03	99,76	-2,86	154,23	46,56
Bundesländer					
Burgenland	-0,99	93,27	-7,90	104,49	85,10
Kärnten	-1,34	100,03	-0,25	116,59	75,92
Niederösterreich	0,41	93,53	-2,85	183,84	78,34
Oberösterreich	0,00	99,76	-0,27	129,62	80,45
Salzburg	8,25	100,66	2,43	180,93	69,46
Steiermark	-0,26	95,70	-8,15	150,72	60,43
Tirol	3,92	96,94	-4,26	177,58	84,43
Vorarlberg	-0,85	89,64	-0,91	244,42	70,92

Tabelle 8: Ausgewählte Kennzahlen in Prozent, 2023

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.

11.2 Ergebnishaushalt

Tabelle 9: Ergebnishaushalt im Überblick in Mio. Euro, 2020 bis 2023

MVAG-Code	Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppen (1. Ebene)	2020	2021	2022	2023
211	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	16.270,0	17.893,7	20.487,2	20.025,2
212	Erträge aus Transfers	2.519,9	2.671,8	2.760,0	3.047,1
213	Finanzerträge	93,7	105,2	125,5	153,3
21	**Summe Erträge**	**18.883,5**	**20.670,7**	**23.372,7**	**23.225,6**
221	Personalaufwand	4.506,6	4.625,0	4.863,0	5.430,8
222	Sachaufwand (ohne Transferaufwand)	8.251,8	8.693,0	9.140,4	9.837,2
223	Transferaufwand (laufende Transfers und Kapitaltransfers)	6.626,2	6.870,4	7.186,4	8.008,8
224	Finanzaufwand	306,0	347,3	385,9	625,1
22	**Summe Aufwendungen**	**19.690,5**	**20.535,7**	**21.575,7**	**23.901,9**
SA0	**(0) Nettoergebnis (21 – 22)**	**-807,0**	**135,0**	**1.796,9**	**-676,3**
230	Entnahmen von Haushaltsrücklagen	888,2	937,0	854,0	1.378,3
240	Zuweisung an Haushaltsrücklagen	856,3	1.112,1	1.163,7	1.501,8
23	**Summe Haushaltsrücklagen**	**31,9**	**-175,1**	**-309,7**	**-123,5**
SA00	**Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahmen von Haushaltsrücklagen (SA 0 +/- SU23)**	**-775,1**	**-40,1**	**1.487,3**	**-799,8**

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2020 bis 2023.

Gliederung	Abschreibungen	Erträge aus der Auflösung von Investitionszuschüssen
EW-Klassen	in Mio. Euro	
0 bis 500 EW	28,17	7,46
501 bis 1.000 EW	128,96	39,44
1.001 bis 2.500 EW	687,04	205,74
2.501 bis 5.000 EW	610,94	161,63
5.001 bis 10.000 EW	416,14	97,82
10.001 bis 20.000 EW	246,63	44,83
20.001 bis 50.000 EW	119,57	17,59
50.001 bis 500.000 EW	201,92	39,70
Gemeinden gesamt	**2.439,37**	**614,20**
Bundesländer		
Burgenland	115,78	22,14
Kärnten	174,27	87,38
Niederösterreich	638,24	92,84
Oberösterreich	468,97	219,86
Salzburg	196,61	54,65
Steiermark	416,15	58,17
Tirol	281,13	40,16
Vorarlberg	148,22	39,00
Gemeinden gesamt	**2.439,37**	**614,20**

Tabelle 10: Abschreibungen und Erträge aus der Auflösung von Investitionszuschüssen in Mio. Euro, 2023

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.

Gliederung	Abschreibungen	Erträge aus der Auflösung von Investitionszuschüssen
EW-Klassen	in Euro pro Kopf	
0 bis 500 EW	760	201
501 bis 1.000 EW	566	173
1.001 bis 2.500 EW	440	132
2.501 bis 5.000 EW	379	100
5.001 bis 10.000 EW	329	77
10.001 bis 20.000 EW	305	56
20.001 bis 50.000 EW	255	38
50.001 bis 500.000 EW	177	35
Gemeinden gesamt	**342**	**86**
Bundesländer		
Burgenland	384	74
Kärnten	306	154
Niederösterreich	371	54
Oberösterreich	308	144
Salzburg	346	96
Steiermark	329	46
Tirol	364	52
Vorarlberg	365	96
Gemeinden gesamt	**342**	**86**

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.

Tabelle 11: Abschreibungen und Erträge aus der Auflösung von Investitionszuschüssen in Euro pro Kopf, 2023

11.3 Finanzierungshaushalt

Tabelle 12: Finanzierungshaushalt im Überblick in Mio. Euro, 2013 bis 2022

MVAG-Code	Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppen (1. und 2. Ebene)	Finanzierungshaushalt							Index 2023	
		2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
operative Gebarung										
311	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	13.509	13.846	15.962	15.522	17.029	18.824	19.116	*142*	*120*
312	Einzahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)	1.381	1.384	1.757	1.995	2.086	2.194	2.425	*176*	*138*
313	Einzahlungen aus Finanzerträgen	370	357	233	89	87	90	115	*31*	*49*
31	**Summe Einzahlungen operative Gebarung**	**15.260**	**15.587**	**17.952**	**17.606**	**19.201**	**21.108**	**21.656**	***142***	***121***
321	Auszahlungen aus Personalaufwand	3.405	3.516	4.126	4.311	4.487	4.712	5.238	*154*	*127*
322	Auszahlungen aus Sachaufwand (ohne Transferaufwand)	4.798	4.846	5.681	5.687	5.994	6.509	7.091	*148*	*125*
323	Auszahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)	5.038	5.159	5.876	6.132	6.381	6.762	7.401	*147*	*126*
324	Auszahlungen aus Finanzaufwand	474	475	302	162	153	166	371	*78*	*123*
32	**Summe Auszahlungen operative Gebarung**	**13.715**	**13.996**	**15.984**	**16.292**	**17.015**	**18.149**	**20.102**	***147***	***126***
SA1	**Saldo (1) Geldfluss aus der operativen Gebarung (31 – 32)**	**1.545**	**1.591**	**1.968**	**1.314**	**2.186**	**2.959**	**1.554**	***101***	***79***
investive Gebarung										
331	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	278	243	429	383	349	298	323	*116*	*75*
332	Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	41	38	48	211	194	194	208	*512*	*434*
333	Einzahlungen aus Kapitaltransfers	1.206	1.283	1.271	1.544	1.801	1.632	1.826	*151*	*144*
33	**Summe Einzahlungen investive Gebarung**	**1.524**	**1.564**	**1.748**	**2.138**	**2.344**	**2.124**	**2.357**	***155***	***135***
341	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	2.305	2.429	3.281	3.136	3.387	3.662	4.134	*179*	*126*
342	Auszahlungen von gewährten Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	33	23	88	283	214	186	211	*635*	*240*
343	Auszahlungen aus Kapitaltransfers	547	604	515	430	431	422	427	*78*	*83*
34	**Summe Auszahlungen investive Gebarung**	**2.885**	**3.056**	**3.884**	**3.849**	**4.032**	**4.270**	**4.772**	***165***	***123***
SA2	**Saldo (2) Geldfluss aus der investiven Gebarung (33 – 34)**	**-1.361**	**-1.492**	**-2.136**	**-1.711**	**-1.688**	**-2.145**	**-2.415**	***177***	***113***
SA3	**Saldo (3) Nettofinanzierungssaldo (Saldo 1 + Saldo 2)**	**184**	**99**	**-168**	**-397**	**498**	**814**	**-861**	***-469***	***511***
Finanzierungstätigkeit										
351	Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden	1.112	1.065	1.765	1.684	1.436	1.438	1.649	*148*	*93*
353	Einzahlungen infolge eines Kapitaltausches bei derivativen Finanzinstrumenten mit Grundgeschäft	0	0	0	0	0	0	0	-	-
355	Einzahlungen aus dem Abgang von Finanzinstrumenten	18	19	51	28	33	44	34	*195*	*67*
35	**Summe Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit**	**1.129**	**1.084**	**1.816**	**1.713**	**1.469**	**1.482**	**1.683**	***149***	***93***
361	Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden	1.147	1.142	1.481	1.182	1.327	1.362	1.316	*115*	*89*
363	Auszahlungen infolge eines Kapitaltausches bei derivativen Finanzinstrumenten mit Grundgeschäft	0	0	0	0	0	0	0	-	-
365	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzinstrumenten	9	13	47	12	12	18	6	*64*	*12*
36	**Summe Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit**	**1.156**	**1.155**	**1.528**	**1.195**	**1.339**	**1.380**	**1.321**	***114***	***86***
SA4	**Saldo (4) Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit (35 – 36)**	**-27**	**-71**	**288**	**518**	**130**	**102**	**362**	***-1.344***	***126***
SA5	**Saldo (5) Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung (Saldo 3 + Saldo 4)**	**157**	**28**	**119**	**121**	**628**	**916**	**-499**	***-319***	***-419***

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2020 bis 2023.

Tabelle 13: Entwicklung des Aufkommens der eigenen Abgaben in Mio. Euro, 2014 bis 2023

	Entwicklung des Aufkommens der Gemeindeabgaben							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
	in Mio. Euro								
Kommunalsteuer	2.091	2.151	2.586	2.472	2.628	2.879	3.123	*149*	*121*
Grundsteuer	548	561	604	625	646	661	669	*122*	*111*
Interessentenbeiträge	260	259	349	257	282	269	225	*86*	*64*
Fremdenverkehrsabgabe	65	66	82	73	61	77	79	*121*	*96*
sonstige Gemeindeabgaben	239	239	269	250	257	283	315	*132*	*117*
Gemeinden gesamt	**3.204**	**3.275**	**3.889**	**3.677**	**3.875**	**4.169**	**4.410**	***138***	***113***

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

Einwohner*innen-Klassen	Ausgewählte Einzahlungen							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
eigene Abgaben	in Mio. Euro								
0 bis 500 EW	13	14	17	15	15	18	18	*134*	*103*
501 bis 1.000 EW	66	67	83	76	79	85	89	*135*	*107*
1.001 bis 2.500 EW	493	506	611	579	606	647	673	*137*	*110*
2.501 bis 5.000 EW	599	611	744	705	746	801	837	*140*	*113*
5.001 bis 10.000 EW	613	617	745	701	749	797	843	*138*	*113*
10.001 bis 20.000 EW	397	407	479	457	481	515	543	*137*	*113*
20.001 bis 50.000 EW	269	276	317	285	302	332	356	*132*	*112*
50.001 bis 500.000 EW	754	777	894	858	897	973	1.051	*139*	*118*
Gemeinden gesamt	**3.204**	**3.275**	**3.889**	**3.677**	**3.875**	**4.169**	**4.410**	***138***	***113***
Ertragsanteile									
0 bis 500 EW	32	32	36	33	38	43	41	*130*	*115*
501 bis 1.000 EW	183	187	207	189	220	250	242	*133*	*117*
1.001 bis 2.500 EW	1.191	1.213	1.362	1.238	1.451	1.655	1.607	*135*	*118*
2.501 bis 5.000 EW	1.216	1.230	1.409	1.286	1.508	1.722	1.677	*138*	*119*
5.001 bis 10.000 EW	935	947	1.099	1.001	1.174	1.343	1.308	*140*	*119*
10.001 bis 20.000 EW	670	692	813	750	863	988	972	*145*	*120*
20.001 bis 50.000 EW	472	489	560	516	595	684	671	*142*	*120*
50.001 bis 500.000 EW	1.276	1.321	1.558	1.421	1.654	1.888	1.852	*145*	*119*
Gemeinden gesamt	**5.974**	**6.112**	**7.045**	**6.435**	**7.504**	**8.573**	**8.371**	***140***	***119***
Gebühren, Einnahmen aus Leistungen, Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit									
0 bis 500 EW	19	19	24	24	23	27	29	*155*	*122*
501 bis 1.000 EW	92	97	113	116	122	129	143	*155*	*127*
1.001 bis 2.500 EW	599	614	715	731	768	812	875	*146*	*122*
2.501 bis 5.000 EW	749	758	887	912	960	1.010	1.095	*146*	*123*
5.001 bis 10.000 EW	705	716	834	859	913	947	1.022	*145*	*122*
10.001 bis 20.000 EW	482	488	568	568	600	626	669	*139*	*118*
20.001 bis 50.000 EW	320	323	346	347	364	379	397	*124*	*115*
50.001 bis 500.000 EW	752	769	868	769	869	903	945	*126*	*109*
Gemeinden gesamt	**3.719**	**3.785**	**4.354**	**4.326**	**4.618**	**4.833**	**5.175**	***139***	***119***
operative Transfereinzahlungen									
0 bis 500 EW	23	23	27	27	28	27	32	*142*	*120*
501 bis 1.000 EW	75	76	93	104	109	108	126	*168*	*136*
1.001 bis 2.500 EW	315	318	414	454	498	497	548	*174*	*132*
2.501 bis 5.000 EW	273	280	353	395	407	425	484	*177*	*137*
5.001 bis 10.000 EW	190	191	241	278	309	312	356	*187*	*148*
10.001 bis 20.000 EW	146	147	176	186	195	208	236	*161*	*134*
20.001 bis 50.000 EW	94	95	101	112	126	139	148	*158*	*146*
50.001 bis 500.000 EW	266	254	352	439	415	478	495	*186*	*140*
Gemeinden gesamt	**1.381**	**1.384**	**1.757**	**1.995**	**2.086**	**2.194**	**2.425**	***176***	***138***
weitere operative Einzahlungen									
0 bis 500 EW	9	9	9	9	9	10	9	*106*	*111*
501 bis 1.000 EW	32	30	27	57	38	41	42	*131*	*154*
1.001 bis 2.500 EW	163	168	151	298	243	283	259	*158*	*172*
2.501 bis 5.000 EW	172	196	173	255	259	317	304	*177*	*176*
5.001 bis 10.000 EW	213	232	195	226	233	289	264	*124*	*135*
10.001 bis 20.000 EW	121	129	99	108	129	159	151	*124*	*153*
20.001 bis 50.000 EW	92	85	78	67	65	69	75	*81*	*96*
50.001 bis 500.000 EW	180	183	174	152	142	170	171	*95*	*98*
Gemeinden gesamt	**982**	**1.032**	**906**	**1.173**	**1.119**	**1.339**	**1.275**	***130***	***141***
Kapitaltransferzahlungen									
0 bis 500 EW	16	21	22	26	35	26	29	*175*	*131*
501 bis 1.000 EW	84	85	99	113	121	104	118	*141*	*119*
1.001 bis 2.500 EW	365	414	398	494	550	507	564	*155*	*142*
2.501 bis 5.000 EW	296	312	314	402	459	433	474	*160*	*151*
5.001 bis 10.000 EW	168	169	186	237	266	231	279	*165*	*150*
10.001 bis 20.000 EW	82	92	88	128	144	113	145	*177*	*164*
20.001 bis 50.000 EW	34	32	33	49	69	53	83	*241*	*253*
50.001 bis 500.000 EW	159	158	131	95	156	166	135	*85*	*103*
Gemeinden gesamt	**1.206**	**1.283**	**1.271**	**1.544**	**1.801**	**1.632**	**1.826**	***151***	***144***

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

Tabelle 14: Entwicklung ausgewählter Einzahlungen nach EW-Klasse in Mio. Euro, 2014 bis 2023

Bundesländer	Ausgewählte Einzahlungen							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
eigene Abgaben	in Mio. Euro								
Burgenland	95	99	115	106	112	123	131	*138*	*114*
Kärnten	245	249	276	272	285	305	332	*135*	*120*
Niederösterreich	705	725	869	793	851	904	931	*132*	*107*
Oberösterreich	734	758	906	866	920	974	1.040	*142*	*115*
Salzburg	301	305	356	328	336	376	405	*135*	*114*
Steiermark	555	546	661	631	668	723	756	*136*	*114*
Tirol	360	376	450	446	461	498	534	*148*	*119*
Vorarlberg	208	216	257	235	243	267	280	*135*	*109*
Gemeinden gesamt	**3.204**	**3.275**	**3.889**	**3.677**	**3.875**	**4.169**	**4.410**	***138***	***113***
Ertragsanteile									
Burgenland	212	214	241	219	257	296	293	*138*	*122*
Kärnten	496	513	572	515	623	703	693	*140*	*121*
Niederösterreich	1.334	1.367	1.557	1.433	1.670	1.915	1.867	*140*	*120*
Oberösterreich	1.266	1.309	1.489	1.363	1.586	1.821	1.783	*141*	*120*
Salzburg	557	574	657	605	703	797	785	*141*	*119*
Steiermark	1.032	1.009	1.215	1.095	1.266	1.448	1.415	*137*	*117*
Tirol	700	728	851	778	907	1.032	997	*143*	*117*
Vorarlberg	377	398	463	427	490	562	538	*143*	*116*
Gemeinden gesamt	**5.974**	**6.112**	**7.045**	**6.435**	**7.504**	**8.573**	**8.371**	***140***	***119***
Gebühren, Einnahmen aus Leistungen, Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit									
Burgenland	104	108	124	110	118	125	136	*131*	*110*
Kärnten	332	333	362	351	367	379	405	*122*	*112*
Niederösterreich	888	913	1.019	1.007	1.067	1.116	1.180	*133*	*116*
Oberösterreich	654	675	762	923	962	1.006	1.074	*164*	*141*
Salzburg	360	368	429	414	428	444	485	*135*	*113*
Steiermark	793	785	931	845	977	1.014	1.088	*137*	*117*
Tirol	372	381	473	431	439	476	515	*138*	*109*
Vorarlberg	215	222	255	245	260	273	293	*136*	*115*
Gemeinden gesamt	**3.719**	**3.785**	**4.354**	**4.326**	**4.618**	**4.833**	**5.175**	***139***	***119***
operative Transfereinzahlungen									
Burgenland	73	73	99	95	111	108	109	*148*	*110*
Kärnten	97	98	121	157	172	183	213	*220*	*176*
Niederösterreich	246	242	275	271	324	369	302	*123*	*110*
Oberösterreich	287	268	410	486	451	479	622	*217*	*152*
Salzburg	107	111	158	151	183	186	205	*192*	*130*
Steiermark	255	254	315	376	355	374	392	*154*	*124*
Tirol	179	191	216	299	315	300	377	*211*	*175*
Vorarlberg	138	148	163	161	175	195	206	*149*	*127*
Gemeinden gesamt	**1.381**	**1.384**	**1.757**	**1.995**	**2.086**	**2.194**	**2.425**	***176***	***138***
weitere operative Einzahlungen									
Burgenland	6	7	8	10	13	9	12	*208*	*165*
Kärnten	58	56	63	53	56	61	73	*125*	*116*
Niederösterreich	218	212	219	608	340	375	374	*171*	*171*
Oberösterreich	269	281	270	206	238	279	229	*85*	*85*
Salzburg	94	100	97	81	151	186	179	*191*	*184*
Steiermark	172	229	143	137	183	252	227	*132*	*159*
Tirol	113	97	62	49	100	138	135	*120*	*219*
Vorarlberg	51	51	44	28	37	39	45	*88*	*101*
Gemeinden gesamt	**982**	**1.032**	**906**	**1.173**	**1.119**	**1.339**	**1.275**	***130***	***141***
Kapitaltransferzahlungen									
Burgenland	22	22	20	34	35	33	47	*216*	*240*
Kärnten	85	91	109	104	109	101	113	*133*	*103*
Niederösterreich	242	219	270	384	428	412	445	*184*	*165*
Oberösterreich	317	410	274	340	451	328	377	*119*	*138*
Salzburg	82	84	79	120	125	130	168	*205*	*213*
Steiermark	218	227	248	235	259	296	302	*139*	*121*
Tirol	179	165	200	250	283	249	263	*146*	*131*
Vorarlberg	61	66	71	77	112	83	112	*183*	*158*
Gemeinden gesamt	**1.206**	**1.283**	**1.271**	**1.544**	**1.801**	**1.632**	**1.826**	***151***	***144***

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

Tabelle 15: Entwicklung ausgewählter Einzahlungen nach Bundesland in Mio. Euro, 2014 bis 2023

Einwohner*innen-Klassen	Mittelwerte ausgewählter Einzahlungen							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
eigene Abgaben	in Euro pro Kopf								
0 bis 500 EW	356	376	465	408	410	487	472	*133*	*102*
501 bis 1.000 EW	295	300	370	338	348	376	391	*133*	*106*
1.001 bis 2.500 EW	326	334	398	376	393	417	431	*132*	*108*
2.501 bis 5.000 EW	392	398	473	446	470	501	519	*132*	*110*
5.001 bis 10.000 EW	512	513	603	565	601	636	666	*130*	*110*
10.001 bis 20.000 EW	527	536	609	579	607	646	672	*128*	*110*
20.001 bis 50.000 EW	609	619	691	618	656	718	760	*125*	*110*
50.001 bis 500.000 EW	718	729	805	769	803	867	922	*128*	*115*
Gemeinden gesamt	**475**	**482**	**559**	**526**	**553**	**592**	**619**	***130***	***111***
Ertragsanteile									
0 bis 500 EW	864	883	979	888	1.037	1.166	1.117	*129*	*114*
501 bis 1.000 EW	815	832	921	838	973	1.104	1.063	*130*	*115*
1.001 bis 2.500 EW	788	799	887	805	940	1.067	1.029	*131*	*116*
2.501 bis 5.000 EW	796	801	896	814	950	1.078	1.039	*131*	*116*
5.001 bis 10.000 EW	782	787	890	807	943	1.072	1.033	*132*	*116*
10.001 bis 20.000 EW	889	911	1.035	950	1.089	1.238	1.204	*135*	*116*
20.001 bis 50.000 EW	1.069	1.100	1.222	1.120	1.290	1.477	1.432	*134*	*117*
50.001 bis 500.000 EW	1.215	1.240	1.404	1.273	1.480	1.683	1.626	*134*	*116*
Gemeinden gesamt	**886**	**900**	**1.012**	**921**	**1.070**	**1.216**	**1.175**	***133***	***116***
Gebühren, Einnahmen aus Leistungen, Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit									
0 bis 500 EW	506	524	645	662	626	723	777	*154*	*120*
501 bis 1.000 EW	412	432	500	517	539	568	626	*152*	*125*
1.001 bis 2.500 EW	396	405	465	475	497	524	560	*141*	*120*
2.501 bis 5.000 EW	490	493	563	577	605	632	678	*138*	*120*
5.001 bis 10.000 EW	590	595	675	692	733	756	807	*137*	*119*
10.001 bis 20.000 EW	640	642	723	718	757	785	828	*129*	*115*
20.001 bis 50.000 EW	724	727	756	753	789	818	847	*117*	*112*
50.001 bis 500.000 EW	716	722	782	688	777	804	830	*116*	*106*
Gemeinden gesamt	**552**	**558**	**626**	**619**	**659**	**686**	**726**	***132***	***116***
operative Transfereinzahlungen									
0 bis 500 EW	612	618	727	723	758	723	861	*141*	*118*
501 bis 1.000 EW	336	340	411	464	483	479	555	*165*	*135*
1.001 bis 2.500 EW	208	210	270	295	323	320	351	*169*	*130*
2.501 bis 5.000 EW	179	182	224	250	256	266	300	*168*	*134*
5.001 bis 10.000 EW	159	159	195	224	248	249	281	*177*	*144*
10.001 bis 20.000 EW	194	193	224	236	246	260	292	*151*	*131*
20.001 bis 50.000 EW	213	213	221	242	272	301	316	*149*	*143*
50.001 bis 500.000 EW	253	238	317	394	371	426	434	*172*	*137*
Gemeinden gesamt	**205**	**204**	**252**	**285**	**297**	**311**	**340**	***166***	***135***
weitere operative Einzahlungen									
0 bis 500 EW	243	234	233	258	257	283	256	*105*	*110*
501 bis 1.000 EW	142	132	120	252	170	182	183	*129*	*152*
1.001 bis 2.500 EW	108	111	98	194	158	182	166	*153*	*169*
2.501 bis 5.000 EW	112	128	110	161	163	198	189	*168*	*171*
5.001 bis 10.000 EW	178	193	158	182	187	231	209	*117*	*132*
10.001 bis 20.000 EW	161	169	125	137	162	200	186	*116*	*149*
20.001 bis 50.000 EW	209	191	170	146	141	150	160	*77*	*94*
50.001 bis 500.000 EW	171	172	157	136	127	152	150	*88*	*96*
Gemeinden gesamt	**146**	**152**	**130**	**168**	**160**	**190**	**179**	***123***	***138***
Kapitaltransferzahlungen									
0 bis 500 EW	443	566	594	703	938	711	771	*174*	*130*
501 bis 1.000 EW	373	378	439	502	538	458	517	*139*	*118*
1.001 bis 2.500 EW	241	273	259	321	356	327	361	*150*	*140*
2.501 bis 5.000 EW	194	203	200	254	289	271	293	*151*	*147*
5.001 bis 10.000 EW	141	141	150	191	214	184	220	*156*	*146*
10.001 bis 20.000 EW	109	121	112	162	181	142	180	*165*	*160*
20.001 bis 50.000 EW	78	73	72	107	150	113	178	*227*	*248*
50.001 bis 500.000 EW	152	148	118	85	140	148	118	*78*	*100*
Gemeinden gesamt	**179**	**189**	**183**	**221**	**257**	**232**	**256**	***143***	***140***

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

Tabelle 16: Entwicklung ausgewählter Einzahlungen nach EW-Klasse in Euro pro Kopf, 2014 bis 2023

Bundesländer	Mittelwerte ausgewählter Einzahlungen							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
eigene Abgaben	in Euro pro Kopf								
Burgenland	331	344	392	359	378	414	436	*132*	*111*
Kärnten	441	446	492	484	508	540	583	*132*	*119*
Niederösterreich	434	443	518	471	503	532	542	*125*	*105*
Oberösterreich	515	527	611	581	615	647	683	*133*	*112*
Salzburg	563	567	641	587	599	668	713	*127*	*111*
Steiermark	457	447	531	506	536	577	598	*131*	*112*
Tirol	499	516	597	589	606	651	692	*139*	*116*
Vorarlberg	555	572	651	593	608	665	690	*124*	*106*
Gemeinden gesamt	**475**	**482**	**559**	**526**	**553**	**592**	**619**	***130***	***111***
Ertragsanteile									
Burgenland	739	743	821	742	870	994	972	*131*	*118*
Kärnten	892	919	1.020	918	1.108	1.245	1.219	*137*	*119*
Niederösterreich	820	835	928	851	988	1.127	1.087	*132*	*117*
Oberösterreich	888	911	1.005	915	1.061	1.210	1.171	*132*	*117*
Salzburg	1.043	1.066	1.184	1.084	1.254	1.417	1.381	*132*	*117*
Steiermark	849	826	977	878	1.015	1.156	1.119	*132*	*114*
Tirol	969	998	1.128	1.027	1.193	1.350	1.293	*133*	*115*
Vorarlberg	1.005	1.051	1.174	1.076	1.228	1.399	1.323	*132*	*113*
Gemeinden gesamt	**886**	**900**	**1.012**	**921**	**1.070**	**1.216**	**1.175**	***133***	***116***
Gebühren, Einnahmen aus Leistungen, Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit									
Burgenland	362	374	422	375	399	421	450	*125*	*107*
Kärnten	597	598	645	626	654	671	712	*119*	*110*
Niederösterreich	547	558	607	598	631	657	686	*126*	*113*
Oberösterreich	459	470	514	619	643	668	705	*154*	*137*
Salzburg	674	683	772	741	763	790	853	*126*	*110*
Steiermark	653	643	749	678	783	809	860	*132*	*115*
Tirol	515	522	627	569	577	622	667	*129*	*106*
Vorarlberg	574	587	648	616	652	680	720	*126*	*111*
Gemeinden gesamt	**552**	**558**	**626**	**619**	**659**	**686**	**726**	***132***	***116***
operative Transfereinzahlungen									
Burgenland	254	254	337	321	376	364	360	*142*	*107*
Kärnten	174	176	216	279	306	325	374	*215*	*173*
Niederösterreich	152	148	164	161	191	217	176	*116*	*107*
Oberösterreich	201	186	277	326	301	318	408	*203*	*147*
Salzburg	200	206	285	271	327	331	361	*180*	*127*
Steiermark	210	208	254	301	284	299	309	*148*	*122*
Tirol	248	261	286	395	414	393	489	*197*	*171*
Vorarlberg	367	390	412	405	438	485	507	*138*	*123*
Gemeinden gesamt	**205**	**204**	**252**	**285**	**297**	**311**	**340**	***166***	***135***
weitere operative Einzahlungen									
Burgenland	21	23	26	35	43	31	41	*199*	*160*
Kärnten	105	100	113	95	100	109	129	*123*	*114*
Niederösterreich	134	130	130	361	201	221	217	*162*	*167*
Oberösterreich	189	196	182	138	159	185	150	*80*	*83*
Salzburg	175	186	175	146	270	331	315	*180*	*180*
Steiermark	142	187	115	110	147	201	180	*127*	*156*
Tirol	157	133	82	64	132	180	175	*112*	*215*
Vorarlberg	136	135	112	70	94	97	110	*81*	*98*
Gemeinden gesamt	**146**	**152**	**130**	**168**	**160**	**190**	**179**	***123***	***138***
Kapitaltransferzahlungen									
Burgenland	76	76	67	116	117	110	156	*206*	*234*
Kärnten	153	163	195	186	193	179	199	*130*	*102*
Niederösterreich	149	134	161	228	253	242	259	*174*	*161*
Oberösterreich	222	285	185	228	301	218	248	*111*	*134*
Salzburg	153	155	142	215	224	231	295	*193*	*208*
Steiermark	179	186	200	188	208	236	238	*133*	*119*
Tirol	248	226	265	329	372	326	341	*137*	*129*
Vorarlberg	163	173	180	194	281	207	276	*169*	*153*
Gemeinden gesamt	**179**	**189**	**183**	**221**	**257**	**232**	**256**	***143***	***140***

Quelle: KDZ: eigene Berechnung 2023 auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2013 bis 2022

Tabelle 17: Entwicklung ausgewählter Einzahlungen nach Bundesland in Euro pro Kopf, 2014 bis 2023

Einwohner*innen-Klassen	Ausgewählte Auszahlungen							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
Leistungen für Personal			in Mio. Euro						
0 bis 500 EW	16	17	21	22	22	24	27	*163*	*127*
501 bis 1.000 EW	88	92	111	114	120	127	142	*160*	*128*
1.001 bis 2.500 EW	526	546	658	686	719	763	856	*163*	*130*
2.501 bis 5.000 EW	617	642	772	812	849	902	1.013	*164*	*131*
5.001 bis 10.000 EW	608	627	747	782	814	857	948	*156*	*127*
10.001 bis 20.000 EW	433	450	539	572	593	625	694	*160*	*129*
20.001 bis 50.000 EW	319	324	357	376	388	402	445	*140*	*125*
50.001 bis 500.000 EW	797	818	921	947	981	1.013	1.114	*140*	*121*
Gemeinden gesamt	**3.405**	**3.516**	**4.126**	**4.311**	**4.487**	**4.712**	**5.238**	***154***	***127***
Sachaufwand*									
0 bis 500 EW	42	44	49	49	51	53	59	*141*	*120*
501 bis 1.000 EW	174	172	205	225	215	227	259	*149*	*126*
1.001 bis 2.500 EW	976	989	1.111	1.228	1.235	1.350	1.506	*154*	*136*
2.501 bis 5.000 EW	1.034	1.040	1.190	1.238	1.305	1.448	1.645	*159*	*138*
5.001 bis 10.000 EW	919	914	1.015	1.061	1.128	1.236	1.379	*150*	*136*
10.001 bis 20.000 EW	617	622	692	670	730	813	897	*145*	*130*
20.001 bis 50.000 EW	409	431	467	417	444	473	546	*133*	*117*
50.001 bis 500.000 EW	1.101	1.109	1.254	960	1.039	1.074	1.171	*106*	*93*
Gemeinden gesamt	**5.273**	**5.320**	**5.982**	**5.849**	**6.147**	**6.674**	**7.462**	***142***	***125***
operative Transferauszahlungen									
0 bis 500 EW	25	27	29	28	30	31	34	*135*	*119*
501 bis 1.000 EW	135	139	157	159	167	179	194	*143*	*124*
1.001 bis 2.500 EW	879	910	1.029	1.051	1.108	1.182	1.297	*148*	*126*
2.501 bis 5.000 EW	954	971	1.106	1.117	1.176	1.257	1.383	*145*	*125*
5.001 bis 10.000 EW	826	832	951	960	1.013	1.081	1.167	*141*	*123*
10.001 bis 20.000 EW	565	573	651	648	690	728	776	*137*	*119*
20.001 bis 50.000 EW	410	421	447	463	478	509	549	*134*	*123*
50.001 bis 500.000 EW	1.243	1.287	1.506	1.707	1.719	1.795	2.001	*161*	*133*
Gemeinden gesamt	**5.038**	**5.159**	**5.876**	**6.132**	**6.381**	**6.762**	**7.401**	***147***	***126***
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit									
0 bis 500 EW	20	25	35	34	33	33	41	*205*	*117*
501 bis 1.000 EW	105	109	147	149	157	158	172	*164*	*118*
1.001 bis 2.500 EW	631	686	831	801	897	973	1.036	*164*	*125*
2.501 bis 5.000 EW	596	585	851	782	891	942	1.025	*172*	*120*
5.001 bis 10.000 EW	421	386	560	519	555	647	728	*173*	*130*
10.001 bis 20.000 EW	233	265	360	339	339	375	515	*221*	*143*
20.001 bis 50.000 EW	128	123	148	120	148	208	279	*219*	*188*
50.001 bis 500.000 EW	172	250	350	393	367	326	338	*197*	*96*
Gemeinden gesamt	**2.305**	**2.429**	**3.281**	**3.136**	**3.387**	**3.662**	**4.134**	***179***	***126***

Tabelle 18: Entwicklung ausgewählter Auszahlungen nach EW-Klasse in Mio. Euro, 2014 bis 2023

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.
Anmerkungen: *) inkl. sonstige operative Auszahlungen.

Bundesländer	Ausgewählte Auszahlungen							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
Leistungen für Personal	in Mio. Euro								
Burgenland	130	134	162	168	177	192	218	*168*	*134*
Kärnten	284	292	316	324	334	350	376	*132*	*119*
Niederösterreich	719	739	863	897	928	971	1.081	*150*	*125*
Oberösterreich	680	704	806	885	917	951	1.063	*156*	*132*
Salzburg	390	404	473	495	508	531	589	*151*	*125*
Steiermark	555	568	657	721	759	799	873	*157*	*133*
Tirol	377	393	498	526	551	587	659	*175*	*132*
Vorarlberg	269	282	351	296	311	330	379	*141*	*108*
Gemeinden gesamt	**3.405**	**3.516**	**4.126**	**4.311**	**4.487**	**4.712**	**5.238**	***154***	***127***
Sachaufwand*									
Burgenland	177	177	202	194	198	223	255	*144*	*126*
Kärnten	403	383	442	411	453	482	542	*134*	*123*
Niederösterreich	1.157	1.177	1.363	1.602	1.401	1.489	1.699	*147*	*125*
Oberösterreich	1.015	1.051	1.137	1.286	1.418	1.550	1.699	*167*	*149*
Salzburg	417	422	500	445	545	610	671	*161*	*134*
Steiermark	1.247	1.243	1.374	1.066	1.167	1.290	1.391	*112*	*101*
Tirol	504	498	562	518	607	659	765	*152*	*136*
Vorarlberg	353	369	403	327	358	371	442	*125*	*110*
Gemeinden gesamt	**5.273**	**5.320**	**5.982**	**5.849**	**6.147**	**6.674**	**7.462**	***142***	***125***
operative Transferauszahlungen									
Burgenland	109	116	126	135	134	149	178	*163*	*142*
Kärnten	472	481	549	580	615	646	698	*148*	*127*
Niederösterreich	1.067	1.071	1.178	1.222	1.283	1.355	1.480	*139*	*126*
Oberösterreich	1.215	1.239	1.456	1.444	1.494	1.559	1.724	*142*	*118*
Salzburg	418	432	501	485	520	534	564	*135*	*112*
Steiermark	796	817	957	1.140	1.120	1.216	1.388	*174*	*145*
Tirol	631	660	741	741	803	859	911	*144*	*123*
Vorarlberg	329	343	369	384	412	445	459	*140*	*125*
Gemeinden gesamt	**5.038**	**5.159**	**5.876**	**6.132**	**6.381**	**6.762**	**7.401**	***147***	***126***
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit									
Burgenland	84	91	102	102	112	126	126	*150*	*124*
Kärnten	140	123	165	163	163	182	214	*153*	*130*
Niederösterreich	613	617	887	818	890	1.049	1.222	*199*	*138*
Oberösterreich	422	535	541	544	646	630	639	*151*	*118*
Salzburg	182	181	259	213	258	332	366	*201*	*141*
Steiermark	372	405	583	641	599	601	677	*182*	*116*
Tirol	295	294	460	399	450	431	510	*173*	*111*
Vorarlberg	196	183	284	256	270	311	380	*194*	*134*
Gemeinden gesamt	**2.305**	**2.429**	**3.281**	**3.136**	**3.387**	**3.662**	**4.134**	***179***	***126***

Tabelle 19: Entwicklung ausgewählter Auszahlungen nach Bundesland in Mio. Euro, 2014 bis 2023

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.
Anmerkungen: *) inkl. sonstige operative Auszahlungen.

Einwohner*innen-Klassen	Mittelwerte ausgewählter Auszahlungen							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
Leistungen für Personal	in Euro pro Kopf								
0 bis 500 EW	444	467	569	596	609	641	719	*162*	*126*
501 bis 1.000 EW	395	408	491	508	531	560	622	*157*	*127*
1.001 bis 2.500 EW	348	360	428	446	466	492	548	*157*	*128*
2.501 bis 5.000 EW	404	418	491	514	535	565	628	*155*	*128*
5.001 bis 10.000 EW	509	521	605	630	653	684	748	*147*	*124*
10.001 bis 20.000 EW	575	593	686	724	748	783	860	*150*	*125*
20.001 bis 50.000 EW	723	728	781	816	841	869	951	*132*	*122*
50.001 bis 500.000 EW	759	768	830	848	878	903	978	*129*	*118*
Gemeinden gesamt	**505**	**518**	**593**	**617**	**640**	**669**	**735**	***146***	***124***
Sachaufwand*									
0 bis 500 EW	1.144	1.189	1.340	1.328	1.387	1.449	1.598	*140*	*119*
501 bis 1.000 EW	777	765	910	999	953	1.002	1.136	*146*	*125*
1.001 bis 2.500 EW	646	652	723	798	800	871	964	*149*	*133*
2.501 bis 5.000 EW	677	677	756	783	822	906	1.019	*151*	*135*
5.001 bis 10.000 EW	768	760	822	855	906	986	1.088	*142*	*132*
10.001 bis 20.000 EW	820	819	881	848	921	1.019	1.111	*136*	*126*
20.001 bis 50.000 EW	927	969	1.019	906	962	1.023	1.166	*126*	*115*
50.001 bis 500.000 EW	1.048	1.041	1.129	860	929	957	1.028	*98*	*91*
Gemeinden gesamt	**782**	**784**	**859**	**837**	**877**	**947**	**1.048**	***134***	***122***
operative Transferauszahlungen									
0 bis 500 EW	686	725	780	755	815	851	922	*134*	*118*
501 bis 1.000 EW	604	619	695	706	742	789	850	*141*	*122*
1.001 bis 2.500 EW	582	600	670	683	718	763	831	*143*	*124*
2.501 bis 5.000 EW	624	632	703	707	740	787	857	*137*	*122*
5.001 bis 10.000 EW	691	692	770	773	813	862	921	*133*	*120*
10.001 bis 20.000 EW	750	754	828	820	870	913	961	*128*	*116*
20.001 bis 50.000 EW	930	946	977	1.005	1.036	1.100	1.172	*126*	*120*
50.001 bis 500.000 EW	1.184	1.208	1.357	1.528	1.538	1.599	1.756	*148*	*129*
Gemeinden gesamt	**747**	**760**	**844**	**877**	**910**	**960**	**1.039**	***139***	***123***
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit									
0 bis 500 EW	538	692	950	924	904	901	1.096	*204*	*115*
501 bis 1.000 EW	468	485	651	660	696	700	757	*162*	*116*
1.001 bis 2.500 EW	418	452	541	521	581	628	663	*159*	*123*
2.501 bis 5.000 EW	390	381	541	495	561	590	635	*163*	*117*
5.001 bis 10.000 EW	352	321	453	418	446	516	575	*163*	*127*
10.001 bis 20.000 EW	309	348	457	429	427	471	638	*206*	*139*
20.001 bis 50.000 EW	289	277	323	260	321	448	596	*206*	*184*
50.001 bis 500.000 EW	163	234	315	352	329	290	296	*181*	*94*
Gemeinden gesamt	**342**	**358**	**471**	**449**	**483**	**520**	**580**	***170***	***123***

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.
Anmerkungen: *) inkl. sonstige operative Auszahlungen.

Tabelle 20: Entwicklung ausgewählter Auszahlungen nach EW-Klasse in Euro pro Kopf, 2014 bis 2023

Bundesländer	Mittelwerte ausgewählter Auszahlungen							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
Leistungen für Personal	in Euro pro Kopf								
Burgenland	452	463	552	571	599	647	723	*160*	*131*
Kärnten	512	524	563	576	595	621	661	*129*	*118*
Niederösterreich	443	451	514	532	549	572	629	*142*	*122*
Oberösterreich	477	490	544	594	613	632	698	*146*	*128*
Salzburg	729	750	852	886	907	945	1.037	*142*	*122*
Steiermark	457	465	529	578	609	638	690	*151*	*131*
Tirol	523	540	660	694	725	768	854	*163*	*129*
Vorarlberg	718	744	890	746	779	821	933	*130*	*105*
Gemeinden gesamt	**505**	**518**	**593**	**617**	**640**	**669**	**735**	***146***	***124***
Sachaufwand*									
Burgenland	614	615	687	658	670	750	845	*138*	*123*
Kärnten	725	687	788	732	805	853	952	*131*	*121*
Niederösterreich	712	719	812	951	829	877	989	*139*	*122*
Oberösterreich	712	731	767	863	948	1.029	1.116	*157*	*145*
Salzburg	781	783	901	797	973	1.084	1.181	*151*	*131*
Steiermark	1.026	1.017	1.105	856	936	1.030	1.099	*107*	*99*
Tirol	698	684	745	684	798	863	991	*142*	*133*
Vorarlberg	939	975	1.021	823	898	924	1.087	*116*	*106*
Gemeinden gesamt	**782**	**784**	**859**	**837**	**877**	**947**	**1.048**	***134***	***122***
operative Transferauszahlungen									
Burgenland	380	404	428	460	451	500	592	*156*	*138*
Kärnten	849	863	978	1.034	1.094	1.144	1.227	*144*	*125*
Niederösterreich	656	654	702	726	759	798	861	*131*	*123*
Oberösterreich	853	862	982	969	999	1.036	1.132	*133*	*115*
Salzburg	783	801	903	868	927	949	992	*127*	*110*
Steiermark	655	669	770	915	898	970	1.097	*167*	*143*
Tirol	874	905	982	978	1.056	1.124	1.181	*135*	*120*
Vorarlberg	876	906	935	967	1.033	1.109	1.130	*129*	*121*
Gemeinden gesamt	**747**	**760**	**844**	**877**	**910**	**960**	**1.039**	***139***	***123***
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit									
Burgenland	293	315	347	346	378	423	418	*143*	*121*
Kärnten	252	221	294	291	291	323	375	*149*	*128*
Niederösterreich	377	377	529	485	526	617	711	*188*	*134*
Oberösterreich	296	372	365	365	432	419	419	*142*	*115*
Salzburg	341	335	467	382	459	589	645	*189*	*138*
Steiermark	306	331	469	514	480	480	535	*175*	*114*
Tirol	408	404	610	526	592	565	662	*162*	*109*
Vorarlberg	523	484	720	645	676	773	935	*179*	*130*
Gemeinden gesamt	**342**	**358**	**471**	**449**	**483**	**520**	**580**	***170***	***123***

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.
Anmerkungen: *) inkl. sonstige operative Auszahlungen.

Tabelle 21: Entwicklung ausgewählter Auszahlungen nach Bundesland in Euro pro Kopf, 2014 bis 2023

Tabelle 22: Entwicklung der Auszahlungen für Personalaufwand nach Aufgabenbereich, 2014 bis 2023

Aufgabenbereiche	Auszahlungen für Personalaufwand							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
	in Mio. Euro								
Allgemeine Verwaltung	878	905	1.047	1.098	1.144	1.198	1.306	*149*	*125*
Öffentliche Ordnung und Sicherheit	117	120	135	142	148	153	166	*142*	*122*
Bildung	936	978	1.221	1.338	1.406	1.501	1.719	*184*	*141*
Kultur	150	152	171	182	186	197	212	*141*	*124*
Soziales	154	157	167	172	179	189	207	*135*	*124*
Gesundheit	92	95	104	54	64	59	59	*65*	*57*
Verkehr	211	215	241	246	253	259	288	*137*	*120*
Wirtschaftsförderung	15	16	16	18	18	19	21	*137*	*128*
Dienstleistungen	747	772	898	932	959	1.000	1.113	*149*	*124*
Finanzwirtschaft	106	108	125	129	130	136	148	*140*	*118*
Gemeinden gesamt	**3.405**	**3.516**	**4.126**	**4.311**	**4.487**	**4.712**	**5.238**	***154***	***127***

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

Tabelle 23: Gemeindebedienstete in Vollzeitäquivalent nach EW-Klassen, 2014 bis 2023

Einwohner*innen-Klassen	Anzahl der Gemeindebediensteten							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
	Bedienstete zum 31.12.								
0 bis 500 EW	376	377	417	420	435	436	452	*120*	*108*
501 bis 1.000 EW	2.103	2.051	2.237	2.283	2.287	2.346	2.437	*116*	*109*
1.001 bis 2.500 EW	12.273	12.410	13.454	13.693	14.059	14.536	14.993	*122*	*111*
2.501 bis 5.000 EW	14.031	14.303	15.542	15.725	16.359	16.874	17.523	*125*	*113*
5.001 bis 10.000 EW	13.655	13.767	14.709	15.129	15.307	15.501	16.049	*118*	*109*
10.001 bis 20.000 EW	9.601	9.757	10.723	10.792	11.090	11.320	11.602	*121*	*108*
20.001 bis 50.000 EW	6.665	6.532	6.896	6.721	6.885	6.975	7.249	*109*	*105*
50.001 bis 500.000 EW	15.962	14.888	14.887	16.162	17.498	17.512	17.652	*111*	*119*
Gemeinden gesamt	**74.665**	**74.085**	**78.865**	**80.926**	**83.920**	**85.501**	**87.956**	***118***	***112***

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

Tabelle 24: Gemeindebedienstete in Vollzeitäquivalent nach Bundesland, 2014 bis 2023

Bundesländer	Anzahl der Gemeindebediensteten							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
	Bedienstete zum 31.12.								
Burgenland	3.274	3.341	3.330	3.459	3.533	3.656	3.713	*113*	*112*
Kärnten	5.642	5.547	5.392	5.264	5.509	5.515	5.651	*100*	*105*
Niederösterreich	16.831	16.693	17.584	18.206	18.515	18.816	19.566	*116*	*111*
Oberösterreich	15.290	14.426	15.346	16.863	17.281	17.514	17.946	*117*	*117*
Salzburg	8.376	8.588	8.692	8.640	8.769	8.961	9.178	*110*	*106*
Steiermark	11.798	11.772	12.712	12.912	14.016	14.313	14.739	*125*	*116*
Tirol	8.564	8.718	10.183	10.000	10.418	10.551	10.955	*128*	*108*
Vorarlberg	4.890	5.000	5.625	5.582	5.879	6.174	6.208	*127*	*110*
Gemeinden gesamt	**74.665**	**74.085**	**78.865**	**80.926**	**83.920**	**85.501**	**87.956**	***118***	***112***

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

11.4 Nettobelastung nach Aufgabenbereichen gemäß Finanzierungshaushalt

Tabelle 25: Nettobelastung nach Aufgabenbereich nach EW-Klasse, 2023*

Einwohner*innen-Klassen	Nettobelastung nach Aufgabenbereich											
	Allgemeine Verwaltung	Öffentliche Ordnung und Sicherheit	Bildung gesamt	Allgemeinbildender Unterricht	Vorschulische Erziehung	Kultur	Soziales	Gesundheit	Verkehr	Wirtschaftsförderung	Dienstleistungen	Finanzwirtschaft
	in Mio. Euro											
0 bis 500 EW	24	4	13	5	7	2	10	9	9	4	6	-77
501 bis 1.000 EW	111	16	79	38	33	13	61	53	29	11	27	-389
1.001 bis 2.500 EW	543	84	587	274	250	78	457	350	172	54	227	-2.378
2.501 bis 5.000 EW	487	102	690	292	290	88	505	348	213	47	243	-2.492
5.001 bis 10.000 EW	363	58	546	227	221	86	424	291	144	40	216	-2.067
10.001 bis 20.000 EW	272	52	414	178	148	66	281	204	118	26	195	-1.463
20.001 bis 50.000 EW	155	37	231	77	86	42	210	143	63	21	184	-997
50.001 bis 500.000 EW	660	122	478	128	195	174	637	319	174	27	193	-2.810
Gemeinden gesamt	**2.614**	**475**	**3.041**	**1.219**	**1.230**	**550**	**2.587**	**1.717**	**923**	**230**	**1.291**	**-12.673**
	in Euro pro Kopf											
0 bis 500 EW	651	121	357	148	179	55	276	235	238	104	172	-2.088
501 bis 1.000 EW	486	69	349	166	144	56	268	234	128	46	117	-1.707
1.001 bis 2.500 EW	348	54	376	175	160	50	292	224	110	34	146	-1.522
2.501 bis 5.000 EW	302	63	428	181	180	55	313	216	132	29	150	-1.544
5.001 bis 10.000 EW	287	45	431	179	174	68	335	230	114	31	170	-1.632
10.001 bis 20.000 EW	337	64	513	220	184	82	348	252	147	33	241	-1.812
20.001 bis 50.000 EW	330	79	494	165	184	90	450	305	135	46	393	-2.129
50.001 bis 500.000 EW	579	107	420	112	171	153	559	280	153	24	170	-2.466
Gemeinden gesamt	**367**	**67**	**427**	**171**	**173**	**77**	**363**	**241**	**130**	**32**	**181**	**-1.779**

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2023.
Anmerkung: *) Operative Einzahlungen + Einzahlungen aus Kapitaltransfers – operative Auszahlungen – Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Tabelle 26: Einzahlungen, Auszahlungen und Nettobelastung nach Aufgabenbereichen in Mio. Euro, 2014 bis 2023

Aufgabenbereiche	Nettobelastung							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
operative Einzahlungen und Kapitaltransfereinzahlungen				in Mio. Euro					
Allgemeine Verwaltung	386	414	458	503	535	542	592	*153*	*129*
Öffentliche Ordnung und Sicherheit	128	136	143	189	199	194	217	*170*	*152*
Bildung	967	1.042	1.165	1.269	1.451	1.570	1.760	*182*	*151*
Kultur	190	188	208	209	227	232	255	*135*	*123*
Soziales	413	435	526	521	538	584	596	*144*	*113*
Gesundheit	148	109	102	95	154	198	152	*102*	*149*
Verkehr	600	632	749	931	959	996	1.003	*167*	*134*
Wirtschaftsförderung	63	64	76	90	93	86	103	*162*	*135*
Dienstleistungen	3.733	3.776	4.138	4.368	4.549	4.676	4.953	*133*	*120*
Finanzwirtschaft	9.836	10.076	11.656	10.976	12.297	13.662	13.851	*141*	*119*
Gemeinden gesamt	**16.465**	**16.871**	**19.223**	**19.150**	**21.002**	**22.740**	**23.482**	***143***	***122***
operative Auszahlungen und Investitionen									
Allgemeine Verwaltung	2.251	2.288	2.636	2.691	2.807	2.941	3.206	*142*	*122*
Öffentliche Ordnung und Sicherheit	441	475	523	529	573	584	692	*157*	*132*
Bildung	2.644	2.699	3.480	3.495	3.733	4.221	4.801	*182*	*138*
Kultur	578	578	682	657	667	730	805	*139*	*118*
Soziales	2.058	2.166	2.538	2.605	2.742	2.886	3.182	*155*	*125*
Gesundheit	1.301	1.333	1.576	1.555	1.683	1.737	1.869	*144*	*119*
Verkehr	1.357	1.321	1.672	1.661	1.674	1.780	1.926	*142*	*115*
Wirtschaftsförderung	243	239	288	280	277	300	332	*137*	*115*
Dienstleistungen	4.323	4.347	5.001	4.857	5.137	5.435	6.244	*144*	*125*
Finanzwirtschaft	824	980	871	1.098	1.109	1.196	1.179	*143*	*135*
Gemeinden gesamt	**16.020**	**16.425**	**19.266**	**19.428**	**20.402**	**21.811**	**24.235**	***151***	***126***
Nettobelastung									
Allgemeine Verwaltung	-1.865	-1.874	-2.178	-2.188	-2.271	-2.400	-2.614	*140*	*120*
Öffentliche Ordnung und Sicherheit	-314	-339	-379	-340	-374	-390	-475	*151*	*125*
Bildung	-1.677	-1.657	-2.315	-2.226	-2.282	-2.651	-3.041	*181*	*131*
Kultur	-388	-390	-474	-449	-439	-498	-550	*142*	*116*
Soziales	-1.645	-1.731	-2.011	-2.084	-2.204	-2.301	-2.587	*157*	*129*
Gesundheit	-1.153	-1.224	-1.473	-1.459	-1.529	-1.540	-1.717	*149*	*117*
Verkehr	-756	-689	-923	-730	-716	-784	-923	*122*	*100*
Wirtschaftsförderung	-179	-174	-211	-190	-185	-215	-230	*128*	*109*
Dienstleistungen	-591	-571	-863	-489	-588	-759	-1.291	*219*	*150*
Finanzwirtschaft	9.013	9.095	10.786	9.878	11.188	12.466	12.673	*141*	*117*
Gemeinden gesamt	**445**	**445**	**-43**	**-278**	**600**	**929**	**-754**	***-169***	***1754***

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

11.5 Vermögenshaushalt

Tabelle 27: Vermögenshaushalt im Überblick in Mio. Euro, 2020 bis 2023

MVAG-Code	Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppen (1. Ebene)	Endstand Rechnungsjahr				
		2020	2021	2022	2023	Veränderung
AKTIVA			in Mio. Euro			in Prozent
101	Immaterielle Vermögenswerte	139,3	149,9	162,1	175,4	26%
102	Sachanlagen	70.188,0	70.939,0	72.179,4	73.906,1	5%
103	Aktive Finanzinstrumente/Langfristiges Finanzvermögen	312,4	293,9	249,6	239,6	-23%
104	Beteiligungen	7.463,0	7.754,7	7.792,5	7.945,8	6%
106	Langfristige Forderungen	1.401,4	1.488,0	1.376,9	1.272,9	-9%
10	**Langfristiges Vermögen**	**79.504,2**	**80.625,5**	**81.760,4**	**83.539,9**	**5%**
113	Kurzfristige Forderungen	1.013,2	1.014,1	989,2	1.093,6	8%
114	Vorräte	17,2	18,1	21,7	21,9	27%
115	Liquide Mittel	3.413,3	4.047,0	4.931,1	4.560,8	34%
116	Aktive Finanzinstrumente/Kurzfristiges Finanzvermögen	15,5	14,0	18,8	9,3	-40%
117	Aktive Rechnungsabgrenzung	96,4	91,9	63,4	61,4	-36%
11	**Summe Aufwendungen**	**4.555,6**	**5.185,2**	**6.024,1**	**5.747,0**	**26%**
	Summe Aktiva (10 + 11)	**84.059,8**	**85.810,8**	**87.784,6**	**89.286,9**	**6%**
PASSIVA			in Mio. Euro			in Prozent
121	Saldo der Eröffnungsbilanz	39.498,9	39.449,4	39.382,6	39.376,6	0%
122	Kumuliertes Nettoergebnis	-219,7	266,0	2.247,2	2.020,2	-1020%
123	Haushaltsrücklagen	9.367,6	9.678,0	9.975,7	10.105,2	8%
124	Neubewertungsrücklagen (Umbewertungskonto)	1.224,1	1.425,2	1.574,9	1.850,0	51%
125	Fremdwährungsumrechnungsrücklagen	-32,3	-37,2	-44,2	-48,7	51%
12	**Nettovermögen (Ausgleichsposten)**	**49.838,7**	**50.781,5**	**53.136,1**	**53.303,3**	**7%**
131	Investitionszuschüsse	12.175,4	12.954,7	13.554,7	14.243,2	17%
13	**Sonderposten Investitionszuschüsse (Kapitaltransfers)**	**12.175,4**	**12.954,7**	**13.554,7**	**14.243,2**	**17%**
141	Langfristige Finanzschulden, netto	12.623,0	12.732,1	12.800,6	13.207,6	5%
142	Langfristige Verbindlichkeiten	281,7	245,4	202,3	205,5	-27%
143	Langfristige Rückstellungen	7.561,4	7.504,3	6.519,2	6.514,1	-14%
14	**Langfristige Fremdmittel**	**20.466,1**	**20.481,8**	**19.522,1**	**19.927,2**	**-3%**
151	Kurzfristige Finanzschulden, netto	251,9	319,8	255,4	290,3	15%
152	Kurzfristige Verbindlichkeiten	877,3	837,9	949,8	1.152,5	31%
153	Kurzfristige Rückstellungen	383,7	378,6	285,0	302,7	-21%
154	Passive Rechnungsabgrenzung	36,6	33,2	38,8	36,1	-1%
15	**Kurzfristige Fremdmittel**	**1.549,6**	**1.569,5**	**1.528,9**	**1.781,5**	**15%**
	Summe Passiva (12 + 13 + 14 + 15)	**84.029,8**	**85.787,4**	**87.741,8**	**89.255,2**	**6%**

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.
Anmerkung: 4 Gemeinden weisen im Gemeindefinanzdatensatz der Statistik Austria abweichende Summen von Aktiva und Passiva auf. Dies bedingt eine österreichweite Differenz im Jahr 2023 von etwa 31,7 Mio. Euro.

11.6 Investitionen

Gliederung	Investitionen							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
EW-Klassen	in Mio. Euro								
0 bis 500 EW	20	25	35	34	33	33	41	*205*	*117*
501 bis 1.000 EW	105	109	147	149	157	158	172	*164*	*118*
1.001 bis 2.500 EW	631	686	831	801	897	973	1.036	*164*	*125*
2.501 bis 5.000 EW	596	585	851	782	891	942	1.025	*172*	*120*
5.001 bis 10.000 EW	421	386	560	519	555	647	728	*173*	*130*
10.001 bis 20.000 EW	233	265	360	339	339	375	515	*221*	*143*
20.001 bis 50.000 EW	128	123	148	120	148	208	279	*219*	*188*
50.001 bis 500.000 EW	172	250	350	393	367	326	338	*197*	*96*
Gemeinden gesamt	**2.305**	**2.429**	**3.281**	**3.136**	**3.387**	**3.662**	**4.134**	***179***	***126***
Bundesländer									
Burgenland	84	91	102	102	112	126	126	*150*	*124*
Kärnten	140	123	165	163	163	182	214	*153*	*130*
Niederösterreich	613	617	887	818	890	1.049	1.222	*199*	*138*
Oberösterreich	422	535	541	544	646	630	639	*151*	*118*
Salzburg	182	181	259	213	258	332	366	*201*	*141*
Steiermark	372	405	583	641	599	601	677	*182*	*116*
Tirol	295	294	460	399	450	431	510	*173*	*111*
Vorarlberg	196	183	284	256	270	311	380	*194*	*134*
Gemeinden gesamt	**2.305**	**2.429**	**3.281**	**3.136**	**3.387**	**3.662**	**4.134**	***179***	***126***
Aufgabenbereiche									
Allgemeine Verwaltung	79	100	150	135	139	130	167	*212*	*112*
Öffentliche Ordnung und Sicherheit	137	171	176	180	207	197	258	*188*	*147*
Bildung	377	401	695	673	729	936	1.024	*272*	*147*
Kultur	60	59	86	75	85	88	111	*186*	*129*
Soziales	19	15	29	22	30	36	33	*177*	*113*
Gesundheit	9	10	17	16	22	28	16	*176*	*97*
Verkehr	598	567	757	655	756	805	811	*135*	*107*
Wirtschaftsförderung	33	32	43	43	40	46	54	*163*	*127*
Dienstleistungen	966	946	1.285	1.166	1.276	1.361	1.573	*163*	*122*
Finanzwirtschaft	27	128	45	172	101	35	88	*323*	*195*
Gemeinden gesamt	**2.305**	**2.429**	**3.281**	**3.136**	**3.387**	**3.662**	**4.134**	***179***	***126***

Tabelle 28: Entwicklung der Investitionen nach EW-Klasse, Bundesland und Aufgabenbereich, 2014 bis 2023

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

Aufgabenbereiche zusammengefasst	Investitionen							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
Aufgabenbereiche	in Mio. Euro								
Straßenbau, Breitband etc.	598	567	757	655	756	805	811	*135*	*107*
Quasi-Kapitalgesellschaften	596	607	751	712	795	803	875	*147*	*117*
Dienstleistungen/Kernhaushalt	370	338	534	454	482	558	697	*189*	*131*
Schulen	179	195	372	378	380	477	582	*325*	*156*
Kinderbetreuung	125	128	221	220	231	292	322	*257*	*146*
Weiteres	436	593	646	717	743	727	847	*194*	*131*
Gemeinden gesamt	**2.305**	**2.429**	**3.281**	**3.136**	**3.387**	**3.662**	**4.134**	***179***	***126***

Tabelle 29: Entwicklung der Investitionen nach Aufgabenbereich zusammengefasst, 2014 bis 2023

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

	Investitionen der Gemeinden							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
	in Mio. Euro								
Öffentliche Investitionen Kernhaushalt	1.709	1.822	2.530	2.424	2.592	2.859	3.258	*191*	*129*
Investitionen Quasi-Kapitalgesellschaften	596	607	751	712	795	803	875	*147*	*117*
Öffentliche Investitionen ausgelagerter Einheiten*	194	268	303	185	230	335	325	*167*	*107*
Investitionen der Gemeinden gesamt	**2.499**	**2.697**	**3.585**	**3.321**	**3.617**	**3.997**	**4.459**	***178***	***124***
BIP nominell	330.113	342.084	395.707	380.318	406.232	448.007	473.227	*143*	*120*

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023; Öffentliche Investitionen (Stand 30.09.2024).
Anmerkung: *) Methodischer Hinweis: Revidierte Zeitreihe ab 1995 im Zuge der Mid-Term-Revision September 2024.

Tabelle 30: Entwicklung der Gemeindeinvestitionen nach verschiedenen Betrachtungsebenen, 2014 bis 2023

	Kommunale und volkswirtschaftliche Investitionstätigkeit laut							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
	in Mio. Euro								
BIP – Bruttoinlandsprodukt	330.113	342.084	395.707	380.318	406.232	448.007	473.227	*143*	*120*
Gesamtwirtschaftliche Bruttoinvestitionen gemäß VGR	78.728	82.142	100.941	97.563	112.418	130.938	120.238	*153*	*119*
Öffentliche Investitionen gesamt gemäß ESVG	**9.922**	**10.240**	**12.415**	**12.647**	**14.551**	**15.477**	**17.417**	***176***	***140***
Bundesebene	5.289	5.514	6.840	7.374	8.448	8.842	9.664	*183*	*141*
Länderebene (exkl. Wien)	1.523	1.427	1.812	1.806	2.250	1.955	2.301	*151*	*127*
Wien	1.173	1.203	1.033	978	1.130	1.479	1.831	*156*	*177*
Gemeindeebene (exkl. Wien)	1.771	1.838	2.569	2.371	2.553	3.013	3.445	*194*	*134*
in Prozent des BIP	*0,54%*	*0,54%*	*0,65%*	*0,62%*	*0,63%*	*0,67%*	*0,73%*		
in Prozent der Bruttoinvestitionen gesamt	*2,25%*	*2,24%*	*2,55%*	*2,43%*	*2,27%*	*2,30%*	*2,86%*		
in Prozent der öffentlichen Investitionen gesamt	*17,85%*	*17,95%*	*20,69%*	*18,75%*	*17,54%*	*19,47%*	*19,78%*		
SV-Träger	166	257	161	118	170	188	176	*106*	*109*

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Investitionen Sektor Staat nach Teilsektoren (Stand: 29.09.2024)

Tabelle 31: Entwicklung BIP, Bruttoinvestitionen gemäß VGR und öffentliche Investitionen gemäß ESVG 2010 in Mio. Euro, 2014 bis 2023

11.7 Verschuldung

	Verschuldung und Haftungen							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
	in Mio. Euro								
Öffentliche Verschuldung	8.009	8.159	9.123	9.659	9.834	9.896	10.436	*130*	*114*
Verschuldung Gemeindehaushalte	11.271	11.256	11.897	12.875	13.052	13.056	13.498	*120*	*113*
Schuldendienst	1.336	1.307	1.639	1.309	1.461	1.502	1.664	*125*	*102*
Haftungen	6.414	6.177	4.684	4.743	4.312	4.105	3.823	*60*	*82*

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023; Verschuldung Sektor Staat nach Teilsektoren (Stand: 29.09.2024).

Tabelle 32: Entwicklung Verschuldung und Haftungen in Mio. Euro, 2014 bis 2023

Gliederung	Verschuldung							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
EW-Klassen	in Mio. Euro								
0 bis 500 EW	101	99	98	113	105	100	101	*101*	*103*
501 bis 1.000 EW	512	509	492	467	458	458	453	*88*	*92*
1.001 bis 2.500 EW	2.760	2.822	2.701	2.807	2.779	2.787	2.863	*104*	*106*
2.501 bis 5.000 EW	2.561	2.479	2.626	2.645	2.647	2.697	2.740	*107*	*104*
5.001 bis 10.000 EW	1.535	1.470	1.570	1.864	1.859	1.895	2.003	*130*	*128*
10.001 bis 20.000 EW	1.124	1.121	1.212	1.290	1.310	1.297	1.384	*123*	*114*
20.001 bis 50.000 EW	880	873	860	774	737	741	793	*90*	*92*
50.001 bis 500.000 EW	1.799	1.883	2.338	2.915	3.156	3.082	3.161	*176*	*135*
Gemeinden gesamt	**11.271**	**11.256**	**11.897**	**12.875**	**13.052**	**13.056**	**13.498**	***120***	***113***
Bundesländer									
Burgenland	313	312	308	338	344	356	365	*117*	*119*
Kärnten	664	650	590	646	715	706	699	*105*	*119*
Niederösterreich	3.576	3.542	3.544	3.629	3.581	3.595	3.707	*104*	*105*
Oberösterreich	2.617	2.664	2.497	2.509	2.514	2.502	2.478	*95*	*99*
Salzburg	578	566	493	492	477	480	484	*84*	*98*
Steiermark	2.045	2.021	2.571	3.115	3.237	3.190	3.402	*166*	*132*
Tirol	790	815	1.075	1.183	1.170	1.162	1.196	*151*	*111*
Vorarlberg	688	687	820	964	1.014	1.066	1.168	*170*	*143*
Gemeinden gesamt	**11.271**	**11.256**	**11.897**	**12.875**	**13.052**	**13.056**	**13.498**	***120***	***113***

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

Tabelle 33: Entwicklung Verschuldung in Mio. Euro, 2014 bis 2023

Gliederung	Verschuldung							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
EW-Klassen	in Euro pro Kopf								
0 bis 500 EW	2.737	2.698	2.676	3.062	2.854	2.708	2.737	*100*	*102*
501 bis 1.000 EW	2.285	2.269	2.184	2.074	2.030	2.022	1.988	*87*	*91*
1.001 bis 2.500 EW	1.826	1.860	1.758	1.825	1.800	1.798	1.833	*100*	*104*
2.501 bis 5.000 EW	1.676	1.614	1.669	1.673	1.667	1.688	1.698	*101*	*102*
5.001 bis 10.000 EW	1.284	1.222	1.271	1.502	1.493	1.512	1.581	*123*	*124*
10.001 bis 20.000 EW	1.491	1.475	1.542	1.632	1.652	1.626	1.714	*115*	*111*
20.001 bis 50.000 EW	1.994	1.962	1.878	1.681	1.598	1.600	1.694	*85*	*90*
50.001 bis 500.000 EW	1.713	1.767	2.106	2.610	2.823	2.746	2.774	*162*	*132*
Gemeinden gesamt	**1.672**	**1.658**	**1.709**	**1.842**	**1.861**	**1.853**	**1.895**	***113***	***111***
Bundesländer									
Burgenland	1.089	1.082	1.050	1.146	1.163	1.195	1.212	*111*	*116*
Kärnten	1.194	1.166	1.051	1.150	1.272	1.250	1.228	*103*	*117*
Niederösterreich	2.200	2.164	2.113	2.155	2.118	2.116	2.157	*98*	*102*
Oberösterreich	1.836	1.854	1.685	1.683	1.681	1.662	1.627	*89*	*97*
Salzburg	1.082	1.051	889	882	850	853	851	*79*	*96*
Steiermark	1.683	1.654	2.068	2.499	2.595	2.546	2.689	*160*	*130*
Tirol	1.095	1.118	1.424	1.561	1.540	1.520	1.550	*142*	*109*
Vorarlberg	1.834	1.814	2.079	2.427	2.540	2.654	2.875	*157*	*138*
Gemeinden gesamt	**1.672**	**1.658**	**1.709**	**1.842**	**1.861**	**1.853**	**1.895**	***113***	***111***

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

Tabelle 34: Entwicklung Verschuldung in Euro pro Kopf, 2014 bis 2023

	Öffentlicher Schuldenstand 2023	
	in Mio. Euro	in Euro pro Kopf
Landesebene (ohne Wien)	**25.422**	**3.569**
Burgenland	1.425	4.731
Kärnten	3.819	6.712
Niederösterreich	9.110	5.302
Oberösterreich	2.361	1.550
Salzburg	1.280	2.253
Steiermark	5.708	4.512
Tirol	1.134	1.470
Vorarlberg	585	1.440
Wien	**10.933**	**5.516**
Gemeindeebene (ohne Wien)	**10.436**	**1.465**
Burgenland	301	999
Kärnten	318	559
Niederösterreich	2.432	1.415
Oberösterreich	2.287	1.502
Salzburg	369	649
Steiermark	2.825	2.233
Tirol	960	1.244
Vorarlberg	945	2.325

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Sektor Staat nach Teilsektoren (Stand: 29.09.2024).

Tabelle 35: Öffentlicher Schuldenstand nach Bundesland und Gemeindeebene, 2023

	Öffentliches Defizit nach Teilsektoren des Staates							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
	in Mio. Euro								
Bundesebene	-6.884	-2.274	1.477	-28.131	-21.012	-17.044	-8.893	*129*	*-602*
Landesebene (ohne Wien)	165	393	622	-2.067	-1.820	1.840	-620	*-376*	*-100*
Wien	-127	-163	107	-663	-1.028	231	-1.142	*899*	*-1.063*
Gemeindeebene (ohne Wien)	-13	138	-282	-389	614	659	-1.031	*8.035*	*365*
Sozialversicherungsträger	509	274	198	47	117	-499	-712	*-140*	*-360*

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Öffentliches Defizit (Stand 30.09.2024).

Tabelle 36: Entwicklung öffentliches Defizit nach Teilsektoren des Staates, 2014 bis 2023

11.8 Transfers zwischen Ländern und Gemeinden

Einwohner*innen-Klassen	Transfers zwischen Ländern und Gemeinden							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
Transfereinzahlungen				in Mio. Euro					
0 bis 500 EW	26	29	35	37	43	38	46	*177*	*130*
501 bis 1.000 EW	114	115	142	150	147	149	177	*155*	*125*
1.001 bis 2.500 EW	475	518	573	616	626	675	756	*159*	*132*
2.501 bis 5.000 EW	378	404	452	487	497	542	625	*165*	*138*
5.001 bis 10.000 EW	245	245	297	320	333	339	396	*162*	*133*
10.001 bis 20.000 EW	133	136	159	187	188	186	234	*175*	*147*
20.001 bis 50.000 EW	71	69	81	85	99	105	128	*181*	*159*
50.001 bis 500.000 EW	219	194	231	295	299	335	350	*160*	*151*
Gemeinden gesamt	**1.660**	**1.710**	**1.969**	**2.177**	**2.232**	**2.369**	**2.711**	***163***	***138***
Transferauszahlungen									
0 bis 500 EW	14	15	17	17	19	20	20	*144*	*120*
501 bis 1.000 EW	84	87	102	105	112	119	127	*151*	*125*
1.001 bis 2.500 EW	572	597	698	712	763	815	884	*155*	*127*
2.501 bis 5.000 EW	612	635	750	765	821	875	944	*154*	*126*
5.001 bis 10.000 EW	543	562	659	667	714	759	818	*151*	*124*
10.001 bis 20.000 EW	374	384	454	459	495	524	551	*147*	*121*
20.001 bis 50.000 EW	251	261	294	294	307	330	354	*141*	*120*
50.001 bis 500.000 EW	608	617	733	709	761	807	874	*144*	*119*
Gemeinden gesamt	**3.058**	**3.156**	**3.707**	**3.726**	**3.991**	**4.250**	**4.572**	***149***	***123***
Transfersaldo									
0 bis 500 EW	12	14	18	20	25	19	25	*218*	*141*
501 bis 1.000 EW	29	28	40	45	35	30	50	*169*	*125*
1.001 bis 2.500 EW	-97	-79	-125	-96	-137	-140	-128	*132*	*103*
2.501 bis 5.000 EW	-234	-230	-298	-277	-325	-334	-319	*137*	*107*
5.001 bis 10.000 EW	-299	-317	-362	-346	-381	-420	-422	*141*	*117*
10.001 bis 20.000 EW	-240	-247	-295	-272	-306	-338	-317	*132*	*107*
20.001 bis 50.000 EW	-180	-192	-214	-209	-208	-225	-225	*125*	*105*
50.001 bis 500.000 EW	-390	-422	-501	-413	-462	-472	-524	*134*	*105*
Gemeinden gesamt	**-1.398**	**-1.446**	**-1.738**	**-1.548**	**-1.760**	**-1.881**	**-1.861**	***133***	***107***

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

Tabelle 37: Entwicklung Transfers zwischen Ländern und Gemeinden nach EW-Klasse in Mio. Euro, 2014 bis 2023

Bundesländer	Transfers zwischen Ländern und Gemeinden							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
Transfereinzahlungen				in Mio. Euro					
Burgenland	68	65	90	85	93	99	106	*156*	*117*
Kärnten	102	116	152	150	133	151	187	*183*	*123*
Niederösterreich	311	295	344	363	396	494	426	*137*	*124*
Oberösterreich	419	475	432	509	492	471	624	*149*	*144*
Salzburg	107	112	145	166	171	211	248	*233*	*171*
Steiermark	333	306	351	359	349	391	442	*132*	*126*
Tirol	199	210	278	374	401	363	448	*225*	*161*
Vorarlberg	122	132	177	172	198	190	231	*190*	*131*
Gemeinden gesamt	**1.660**	**1.710**	**1.969**	**2.177**	**2.232**	**2.369**	**2.711**	***163***	***138***
Transferauszahlungen									
Burgenland	77	81	95	108	105	118	143	*186*	*150*
Kärnten	273	287	341	359	395	407	435	*159*	*128*
Niederösterreich	667	689	768	792	859	903	979	*147*	*127*
Oberösterreich	854	870	1.027	1.057	1.128	1.176	1.312	*154*	*128*
Salzburg	217	228	272	271	298	309	310	*143*	*114*
Steiermark	421	433	517	457	453	517	589	*140*	*114*
Tirol	349	360	444	438	487	531	535	*153*	*120*
Vorarlberg	200	207	241	246	267	288	268	*134*	*111*
Gemeinden gesamt	**3.058**	**3.156**	**3.707**	**3.726**	**3.991**	**4.250**	**4.572**	***149***	***123***
Transfersaldo									
Burgenland	-9	-16	-5	-23	-12	-20	-37	*403*	*679*
Kärnten	-171	-172	-189	-209	-262	-256	-248	*145*	*131*
Niederösterreich	-356	-395	-424	-429	-463	-410	-553	*155*	*130*
Oberösterreich	-435	-396	-595	-548	-636	-705	-689	*158*	*116*
Salzburg	-110	-116	-127	-105	-126	-98	-61	*56*	*48*
Steiermark	-88	-127	-166	-98	-104	-126	-147	*168*	*89*
Tirol	-150	-151	-167	-64	-86	-168	-88	*58*	*52*
Vorarlberg	-79	-76	-64	-74	-70	-98	-37	*47*	*57*
Gemeinden gesamt	**-1.398**	**-1.446**	**-1.738**	**-1.548**	**-1.760**	**-1.881**	**-1.861**	***133***	***107***

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

Tabelle 38: Entwicklung Transfers zwischen Ländern und Gemeinden nach Bundesland in Mio. Euro, 2014 bis 2023

Einwohner*innen-Klassen	Transfers zwischen Ländern und Gemeinden							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
Transfereinzahlungen	in Euro pro Kopf								
0 bis 500 EW	698	777	952	1.015	1.180	1.039	1.230	*176*	*129*
501 bis 1.000 EW	507	512	629	667	651	656	775	*153*	*123*
1.001 bis 2.500 EW	314	341	373	400	406	436	484	*154*	*130*
2.501 bis 5.000 EW	247	263	287	308	313	339	387	*156*	*135*
5.001 bis 10.000 EW	205	204	240	258	267	271	313	*153*	*130*
10.001 bis 20.000 EW	177	180	202	236	238	233	290	*164*	*143*
20.001 bis 50.000 EW	161	155	176	185	215	228	274	*170*	*156*
50.001 bis 500.000 EW	208	182	209	265	267	299	307	*147*	*147*
Gemeinden gesamt	**246**	**252**	**283**	**312**	**318**	**336**	**381**	***155***	***135***
Transferauszahlungen									
0 bis 500 EW	382	395	463	461	507	534	548	*143*	*118*
501 bis 1.000 EW	376	388	452	465	495	525	557	*148*	*123*
1.001 bis 2.500 EW	378	394	454	462	495	526	566	*150*	*125*
2.501 bis 5.000 EW	400	413	477	484	517	548	585	*146*	*123*
5.001 bis 10.000 EW	454	467	534	537	573	606	646	*142*	*121*
10.001 bis 20.000 EW	496	505	578	580	624	657	682	*138*	*118*
20.001 bis 50.000 EW	569	586	642	639	666	713	755	*133*	*118*
50.001 bis 500.000 EW	579	579	660	635	680	719	767	*132*	*116*
Gemeinden gesamt	**454**	**465**	**533**	**533**	**569**	**603**	**642**	***141***	***121***
Transfersaldo									
0 bis 500 EW	315	381	489	554	673	506	682	*216*	*139*
501 bis 1.000 EW	131	124	177	201	156	131	218	*166*	*123*
1.001 bis 2.500 EW	-64	-52	-81	-62	-89	-91	-82	*128*	*101*
2.501 bis 5.000 EW	-153	-150	-190	-176	-205	-209	-198	*129*	*104*
5.001 bis 10.000 EW	-250	-263	-293	-279	-306	-335	-333	*134*	*114*
10.001 bis 20.000 EW	-319	-326	-376	-344	-386	-424	-392	*123*	*104*
20.001 bis 50.000 EW	-408	-430	-467	-454	-451	-485	-481	*118*	*103*
50.001 bis 500.000 EW	-371	-396	-451	-370	-413	-421	-460	*124*	*102*
Gemeinden gesamt	**-207**	**-213**	**-250**	**-222**	**-251**	**-267**	**-261**	***126***	***105***

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

Tabelle 39: Entwicklung Transfers zwischen Ländern und Gemeinden nach EW-Klasse in Euro pro Kopf, 2014 bis 2023

Bundesländer	Transfers zwischen Ländern und Gemeinden							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
Transfereinzahlungen	in Euro pro Kopf								
Burgenland	235	227	306	290	313	331	351	*149*	*114*
Kärnten	184	208	271	267	237	267	329	*179*	*121*
Niederösterreich	191	180	205	215	234	291	248	*130*	*121*
Oberösterreich	294	330	292	341	329	313	409	*139*	*140*
Salzburg	200	208	261	297	305	376	437	*219*	*167*
Steiermark	274	251	282	288	280	312	349	*127*	*124*
Tirol	276	288	368	493	527	475	580	*210*	*158*
Vorarlberg	324	348	449	434	495	473	569	*176*	*127*
Gemeinden gesamt	**246**	**252**	**283**	**312**	**318**	**336**	**381**	***155***	***135***
Transferauszahlungen									
Burgenland	267	281	325	367	355	398	473	*177*	*146*
Kärnten	491	515	609	639	702	721	765	*156*	*126*
Niederösterreich	410	421	458	470	508	532	570	*139*	*124*
Oberösterreich	599	605	693	709	754	782	862	*144*	*124*
Salzburg	405	423	489	485	531	550	545	*134*	*111*
Steiermark	347	354	416	366	363	413	466	*134*	*112*
Tirol	483	494	589	578	640	694	694	*144*	*118*
Vorarlberg	534	548	612	619	670	717	660	*124*	*108*
Gemeinden gesamt	**454**	**465**	**533**	**533**	**569**	**603**	**642**	***141***	***121***
Transfersaldo									
Burgenland	-32	-54	-19	-77	-42	-67	-123	*384*	*662*
Kärnten	-308	-308	-337	-372	-465	-454	-436	*142*	*129*
Niederösterreich	-219	-241	-253	-255	-274	-241	-322	*147*	*127*
Oberösterreich	-305	-275	-401	-368	-426	-469	-452	*148*	*113*
Salzburg	-206	-215	-229	-188	-226	-174	-108	*53*	*47*
Steiermark	-72	-104	-134	-79	-83	-101	-117	*162*	*87*
Tirol	-208	-207	-221	-85	-113	-219	-113	*55*	*51*
Vorarlberg	-210	-199	-163	-185	-175	-244	-91	*43*	*56*
Gemeinden gesamt	**-207**	**-213**	**-250**	**-222**	**-251**	**-267**	**-261**	***126***	***105***

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

Tabelle 40: Entwicklung Transfers zwischen Ländern und Gemeinden nach Bundesland in Euro pro Kopf, 2014 bis 2023

Einwohner*innen-Klassen	Transferauszahlungen und Umlagen							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
Sozialhilfeumlage	in Mio. Euro								
0 bis 500 EW	6	6	7	7	8	8	9	*158*	*129*
501 bis 1.000 EW	37	39	45	48	50	53	58	*159*	*130*
1.001 bis 2.500 EW	261	279	320	340	359	379	425	*163*	*133*
2.501 bis 5.000 EW	279	297	346	366	389	407	453	*163*	*131*
5.001 bis 10.000 EW	246	258	299	317	333	347	387	*158*	*129*
10.001 bis 20.000 EW	160	170	199	210	221	233	253	*159*	*127*
20.001 bis 50.000 EW	116	125	138	141	145	154	173	*149*	*125*
50.001 bis 500.000 EW	275	287	344	333	332	356	405	*147*	*118*
Gemeinden gesamt	**1.379**	**1.461**	**1.698**	**1.762**	**1.838**	**1.938**	**2.164**	***157***	***127***
Krankenanstaltenumlage									
0 bis 500 EW	6	6	7	7	7	8	8	*143*	*118*
501 bis 1.000 EW	33	34	40	41	44	46	49	*147*	*122*
1.001 bis 2.500 EW	212	217	256	265	281	296	319	*151*	*125*
2.501 bis 5.000 EW	207	212	254	265	280	296	318	*154*	*125*
5.001 bis 10.000 EW	176	179	216	225	238	251	269	*153*	*125*
10.001 bis 20.000 EW	129	133	155	161	173	180	187	*145*	*120*
20.001 bis 50.000 EW	97	99	115	119	125	134	137	*141*	*120*
50.001 bis 500.000 EW	170	171	210	214	235	241	264	*156*	*126*
Gemeinden gesamt	**1.029**	**1.050**	**1.252**	**1.299**	**1.383**	**1.451**	**1.552**	***151***	***124***
Landesumlage									
0 bis 500 EW	1	2	2	2	2	2	2	*127*	*106*
501 bis 1.000 EW	7	8	9	8	9	10	10	*135*	*115*
1.001 bis 2.500 EW	56	57	66	61	71	81	78	*140*	*118*
2.501 bis 5.000 EW	76	78	92	84	98	112	109	*143*	*119*
5.001 bis 10.000 EW	73	75	87	79	93	105	103	*141*	*118*
10.001 bis 20.000 EW	51	51	59	54	63	71	70	*138*	*118*
20.001 bis 50.000 EW	24	25	28	25	29	32	32	*132*	*115*
50.001 bis 500.000 EW	109	113	127	114	135	150	147	*135*	*116*
Gemeinden gesamt	**397**	**408**	**469**	**427**	**500**	**564**	**551**	***139***	***117***
Sonstige Transferauszahlungen									
0 bis 500 EW	1	1	1	1	1	1	1	*107*	*98*
501 bis 1.000 EW	7	7	9	8	9	10	10	*140*	*118*
1.001 bis 2.500 EW	43	44	55	46	52	59	61	*141*	*111*
2.501 bis 5.000 EW	50	48	58	49	54	60	64	*128*	*110*
5.001 bis 10.000 EW	48	49	57	46	50	56	59	*122*	*103*
10.001 bis 20.000 EW	35	30	41	33	37	40	41	*118*	*99*
20.001 bis 50.000 EW	14	12	14	9	8	10	12	*86*	*86*
50.001 bis 500.000 EW	54	46	52	47	58	61	57	*106*	*110*
Gemeinden gesamt	**253**	**238**	**288**	**238**	**270**	**298**	**306**	***121***	***106***

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

Tabelle 41: Entwicklung Transferauszahlungen und Umlagen nach EW-Klasse in Mio. Euro, 2014 bis 2023

Bundesländer	Transferauszahlungen und Umlagen							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
Sozialhilfeumlage				in Mio. Euro					
Burgenland	48	51	63	78	70	78	101	*211*	*161*
Kärnten	128	146	166	175	187	199	211	*164*	*127*
Niederösterreich	273	283	303	315	348	363	417	*153*	*138*
Oberösterreich	359	378	422	444	474	468	521	*145*	*123*
Salzburg	97	103	132	134	146	147	148	*153*	*112*
Steiermark	275	287	350	340	325	365	443	*161*	*126*
Tirol	115	119	154	164	175	198	199	*173*	*130*
Vorarlberg	85	94	109	111	113	120	123	*145*	*113*
Gemeinden gesamt	**1.379**	**1.461**	**1.698**	**1.762**	**1.838**	**1.938**	**2.164**	***157***	***127***
Krankenanstaltenumlage									
Burgenland	6	7	7	8	8	8	8	*131*	*112*
Kärnten	82	76	90	92	100	102	111	*135*	*124*
Niederösterreich	383	396	456	468	501	519	533	*139*	*117*
Oberösterreich	294	295	377	396	409	443	528	*179*	*140*
Salzburg	62	64	70	74	75	78	82	*131*	*116*
Steiermark	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Tirol	130	137	163	168	182	188	198	*152*	*121*
Vorarlberg	70	75	88	92	107	114	92	*133*	*105*
Gemeinden gesamt	**1.029**	**1.050**	**1.252**	**1.299**	**1.383**	**1.451**	**1.552**	***151***	***124***
Landesumlage									
Burgenland	19	19	21	19	22	26	26	*138*	*122*
Kärnten	44	45	50	45	55	57	56	*127*	*111*
Niederösterreich	0	0	0	0	0	0	0	-	-
Oberösterreich	103	107	121	111	129	148	145	*140*	*119*
Salzburg	48	50	58	53	62	70	69	*143*	*119*
Steiermark	91	90	106	95	111	127	124	*137*	*117*
Tirol	60	62	73	66	77	88	85	*142*	*117*
Vorarlberg	33	34	40	37	42	49	47	*144*	*116*
Gemeinden gesamt	**397**	**408**	**469**	**427**	**500**	**564**	**551**	***139***	***117***
Sonstige Transferauszahlungen									
Burgenland	4	5	4	4	4	6	8	*187*	*176*
Kärnten	19	21	35	47	53	49	58	*308*	*163*
Niederösterreich	11	10	10	9	9	22	29	*271*	*301*
Oberösterreich	98	90	107	105	115	118	119	*122*	*112*
Salzburg	9	11	12	10	14	15	12	*125*	*96*
Steiermark	55	55	61	21	17	26	22	*39*	*35*
Tirol	44	42	54	39	52	57	53	*122*	*97*
Vorarlberg	13	4	4	4	5	5	6	*44*	*136*
Gemeinden gesamt	**253**	**238**	**288**	**238**	**270**	**298**	**306**	***121***	***106***

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

Tabelle 42: Entwicklung Transferauszahlungen und Umlagen nach Bundesland in Mio. Euro, 2014 bis 2023

Einwohner*innen-Klassen	Transferauszahlungen und Umlagen							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
Sozialhilfeumlage	in Euro pro Kopf								
0 bis 500 EW	158	167	194	196	216	229	247	*157*	*128*
501 bis 1.000 EW	163	172	198	211	220	233	255	*156*	*129*
1.001 bis 2.500 EW	173	184	208	221	233	245	272	*157*	*131*
2.501 bis 5.000 EW	182	193	220	232	245	255	281	*154*	*127*
5.001 bis 10.000 EW	205	215	242	255	268	277	306	*149*	*126*
10.001 bis 20.000 EW	212	224	253	266	279	292	314	*148*	*124*
20.001 bis 50.000 EW	263	281	302	307	315	332	369	*140*	*122*
50.001 bis 500.000 EW	262	269	310	298	297	317	355	*136*	*115*
Gemeinden gesamt	**205**	**215**	**244**	**252**	**262**	**275**	**304**	***148***	***125***
Krankenanstaltenumlage									
0 bis 500 EW	151	155	184	190	204	211	214	*142*	*116*
501 bis 1.000 EW	148	152	178	184	194	202	214	*145*	*121*
1.001 bis 2.500 EW	140	143	167	172	182	191	205	*146*	*123*
2.501 bis 5.000 EW	135	138	161	168	176	185	197	*146*	*122*
5.001 bis 10.000 EW	148	149	175	181	191	200	213	*144*	*122*
10.001 bis 20.000 EW	171	174	197	204	219	225	231	*135*	*117*
20.001 bis 50.000 EW	220	222	251	258	271	290	293	*133*	*117*
50.001 bis 500.000 EW	162	160	189	192	210	215	232	*143*	*123*
Gemeinden gesamt	**153**	**155**	**180**	**186**	**197**	**206**	**218**	***143***	***121***
Landesumlage									
0 bis 500 EW	40	41	49	44	51	55	51	*126*	*105*
501 bis 1.000 EW	32	34	38	35	40	46	43	*133*	*114*
1.001 bis 2.500 EW	37	38	43	39	46	52	50	*136*	*116*
2.501 bis 5.000 EW	50	51	58	53	61	70	68	*136*	*116*
5.001 bis 10.000 EW	61	62	71	64	75	84	81	*133*	*115*
10.001 bis 20.000 EW	67	67	75	69	80	89	86	*129*	*115*
20.001 bis 50.000 EW	54	55	60	55	63	70	68	*124*	*113*
50.001 bis 500.000 EW	104	106	114	103	121	134	129	*125*	*113*
Gemeinden gesamt	**59**	**60**	**67**	**61**	**71**	**80**	**77**	***131***	***115***
Sonstige Transferauszahlungen									
0 bis 500 EW	33	32	36	31	36	39	35	*106*	*97*
501 bis 1.000 EW	32	31	38	35	41	45	44	*138*	*117*
1.001 bis 2.500 EW	29	29	36	30	34	38	39	*136*	*109*
2.501 bis 5.000 EW	33	32	37	31	34	38	40	*121*	*107*
5.001 bis 10.000 EW	40	41	46	37	40	45	46	*116*	*100*
10.001 bis 20.000 EW	46	40	53	42	47	50	51	*110*	*96*
20.001 bis 50.000 EW	31	28	30	19	17	21	25	*81*	*84*
50.001 bis 500.000 EW	52	43	47	42	52	54	50	*97*	*107*
Gemeinden gesamt	**38**	**35**	**41**	**34**	**39**	**42**	**43**	***114***	***104***

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

Tabelle 43: Entwicklung Transferauszahlungen und Umlagen nach EW-Klasse in Euro pro Kopf, 2014 bis 2023

Bundesländer	Transferauszahlungen und Umlagen							Index 2023	
	2014	2015	2019	2020	2021	2022	2023	2014 = 100	2019 = 100
Sozialhilfeumlage	in Euro pro Kopf								
Burgenland	166	176	213	264	238	262	335	*202*	*157*
Kärnten	231	261	296	311	332	353	371	*161*	*125*
Niederösterreich	168	173	180	187	206	213	243	*145*	*135*
Oberösterreich	252	263	285	298	317	311	342	*136*	*120*
Salzburg	181	191	237	240	261	261	260	*144*	*109*
Steiermark	226	235	282	273	260	291	350	*155*	*124*
Tirol	160	163	204	217	231	259	259	*162*	*127*
Vorarlberg	226	248	276	281	283	298	303	*134*	*110*
Gemeinden gesamt	**205**	**215**	**244**	**252**	**262**	**275**	**304**	***148***	***125***
Krankenanstaltenumlage									
Burgenland	22	23	26	26	27	27	28	*125*	*109*
Kärnten	148	136	160	164	178	180	195	*132*	*122*
Niederösterreich	236	242	272	278	296	305	310	*131*	*114*
Oberösterreich	207	205	255	266	274	294	347	*168*	*136*
Salzburg	117	119	127	132	135	138	144	*123*	*113*
Steiermark	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tirol	181	188	216	222	239	246	256	*142*	*119*
Vorarlberg	185	199	223	233	269	284	227	*123*	*102*
Gemeinden gesamt	**153**	**155**	**180**	**186**	**197**	**206**	**218**	***143***	***121***
Landesumlage									
Burgenland	65	66	72	65	76	87	85	*131*	*118*
Kärnten	78	81	89	80	98	100	98	*124*	*109*
Niederösterreich	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Oberösterreich	72	74	82	75	86	98	95	*131*	*116*
Salzburg	90	92	104	95	110	124	121	*134*	*117*
Steiermark	75	74	85	76	89	101	98	*131*	*115*
Tirol	83	86	97	88	102	115	110	*133*	*114*
Vorarlberg	87	91	102	94	106	122	115	*133*	*113*
Gemeinden gesamt	**59**	**60**	**67**	**61**	**71**	**80**	**77**	***131***	***115***
Sonstige Transferauszahlungen									
Burgenland	14	16	15	12	14	22	25	*179*	*172*
Kärnten	34	37	63	83	94	87	102	*301*	*161*
Niederösterreich	7	6	6	5	5	13	17	*256*	*293*
Oberösterreich	69	63	72	70	77	78	78	*114*	*109*
Salzburg	17	21	22	18	26	26	20	*118*	*93*
Steiermark	46	45	49	17	14	20	17	*37*	*35*
Tirol	60	57	72	51	68	74	69	*114*	*95*
Vorarlberg	36	10	11	11	12	12	15	*41*	*132*
Gemeinden gesamt	**38**	**35**	**41**	**34**	**39**	**42**	**43**	***114***	***104***

Quelle: eigene Berechnungen (2025) auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2014 bis 2023.

Tabelle 44: Entwicklung Transferauszahlungen und Umlagen nach Bundesland in Euro pro Kopf, 2014 bis 2023

Das **KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung** ist Kompetenzzentrum und Wissensplattform für

- Public Management Consulting
- Öffentliche Finanzen und Föderalismus
- Europäische Governance und Städtepolitik
- Weiterbildung

Das KDZ ist ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Wien, der seit 1969 dem öffentlichen Sektor angewandte Forschung, Beratung und Weiterbildung anbietet. Das Denken und Handeln der Organisation sind ganzheitlich und interdisziplinär. Die Sichtweise umfasst Städte und Gemeinden, Länder, Bund und die europäische Ebene.
Geschäftsführer: Mag. Peter Biwald, Mag. Thomas Prorok

www.kdz.or.at

Österreichischer
Städtebund